Mannhart:



Hintergründe des Diktates von Versailles

Schulddokumente neuzeitlicher Konfessionspolitik

Wolfsangel-Verlag

MANNHART:

Verrat um Gotteslohn?

Schulddokumente neuzeitlicher Konfessionspolitik

3., erweiterte Auflage
(11. bis 15. Tausend)



Wolfsangel-Verlag Horst Knöpke, Dresden-Blasewitz

Vorwort zur ersten Auflage

Wir Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich in seiner Geschichte eines dreißig Jahre währenden Bruderkampfes mit Schwert und Feuer um theologischer Dinge willen rühmen darf. Andere Völker rühmen sich nützlicherer und einträglicherer Beschäftigungen aus jener Zeit und ziehen in unseren Tagen sichtbaren Gewinn aus den umfangreichen Machterwerbungen ihrer politisch klugen Väter, denen der theologische Streit um das Gesicht des Herrgotts weniger bedeutsam war als die Inbesitznahme der Schatzkammern dieser Erde. Sie sehen sich heute als Erben der Ergebnisse einer folgerichtigen Diesseitspolitik der Notwendigkeit enthoben, aus Steinen Brot zu machen. Ihnen sind die Anstrengungen erspart geblieben, die zum Beispiel Deuschland in dieser Richtung heute zu unternehmen gezwungen ist. Die Streitlust der Deutschen untereinander um Gotteslohn ist seit jenem selbstmörderischen Streite in der ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts bis in die neueste Zeit hinein stets ein Grundfaktor der europäischen Politik, eine sichere Größe in allen Deutschland abträglichen Berechnungen und Geschehnissen gewesen, wenn sie auch dann und wann anonym blieb. Der „protestantische" Norden und der „katholische" Süden haben ehedem in jeder politischen Lage ihre Bedeutung gehabt. Napoleon I. hat — als er bereits auf Elba in der Verbannung saß — in Erinnerung an seine Erfahrungen mit dem „Rheinbund" einmal über die Deutschen den sarkastischen Ausspruch getan: „Zwiespalt durfte ich nicht stiften unter ihnen, denn die Einigkeit war aus ihrer Mitte längst gewichen. Nur meine Netze durfte ich stellen, und sie liefen mir wie ein scheues Wild selbst hinein .... Immer haben sie mehr Erbitterung gegeneinander als gegen den wahren Feind gezeigt."

Wir haben auch mehr als ein Jahrhundert gebraucht, um für uns die Lehre aus dieser bitteren Wahrheit zu ziehen. Das Gespenst der Mainlinie ist erst im Jahre 1933 in Personalunion mit dem „katholisch" orientierten Kabinett Held in Bayern aus der deutschen Politik beseitigt worden. Heute endlich weiß das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit, daß die Welt auf nichts anderes

Rücksicht nimmt, als auf die Macht starker Nationen mit einheitlicher Willenskraft. Der Nationalsozialismus hat diese Erkenntnis nach der verhängnisvollsten Katastrophe der deutschen Geschichte in die Tat umgesetzt. Der Kampf um die Einigung des deutschen Volkes ist von Anbeginn sein Programm gewesen. Diesem Programm sind Opfer über Opfer gebracht worden; die Vorsehung hat ihnen ihren Segen nicht versagt. Die Einigung der Deutschen und ihre Befreiung hat Adolf Hitler vollzogen. Jetzt liegt es bei dem gegenwärtig deutschen Geschlecht, die große geschichtliche Sendung dieses Mannes und seiner Bewegung nicht nur im Hinblick auf die Gegenwart, sondern auch auf die Zukunft unseres Volkes zu begreifen. Die „Einigung der Deutschen zur Nation" durch den Führer verpflichtet uns, die geschichtlich so mühsam und schwer erkämpfte Einheit von Volk und Reich für alle Zeiten nicht nur machtmäßig, sondern auch weltanschaulich endgültig zu sichern!

*

Der Kampf um die Existenz eines Siebzigmillionenvolkes, dem Natur und Geschichte den Ueberfluß an Brot versagt haben, erfordert eine letztmögliche Ausschaltung aller theoretischen Differenzen aus dem politischen Innenleben zugunsten des konzentrierten Einsatzes sämtlicher Energien an den lebenswichtigsten Aufgaben der Gesamtheit. Deutschland hat keine Zeit, auf ein Manna zu warten, das einmal vom Himmel fallen könnte. Das Wort: „Not lehrt beten — aber Arbeit lehrt, wie man gegen Not sich wehrt", ist das Programm unserer Generation geworden. Wir sind von der Vorsehung nicht gefragt worden, ob es uns gefällt oder nicht, wir werden nur die Frage zu beantworten haben, ob wir damit fertig werden oder nicht. Mit einzigartiger Entschlossenheit hat der Führer nach der endlichen Herstellung des inneren Friedens mit der Aufstellung des zweiten Vierjahresplanes diesen entscheidenden Kampf um die Sicherung des deutschen Brotes aufgenommen. Die rastlose Sorge um sein Volk ist sein ständiger Begleiter geworden. In den Laboratorien mühen sich die besten Köpfe im Dienst der deutschen Lebensfrage, der deutsche Bauer setzt das Letzte an Leistungskraft in diesem Kampfe ein, deutsche Arbeiter stehen mit wahrem Opfermut Tag und Nacht in dieser Front des Friedens, das ganze Volk hat eine Hoffnung, einen Glauben:

Daß dieser gewaltige Kampf Deutschland nach Jahrzehnten der Verzweiflung, der Not und des Elendes endgültig eine bessere Zukunft sichern wird; daß der Fleiß, die Anständigkeit und die Tüchtigkeit den Endsieg über Mißgunst, Haß und Ungerechtigkeit unter den Völkern davontragen wird!

Das ist fürwahr ein Programm, das selbst christlichen Beifalles würdig wäre. Das deutsche Volk hat seit mehr als vier Jahren vergeblich auf diesen Beifall gewartet. Nicht nur das! Es muß im Gegenteil erleben, daß die sogenannten christlichen Kirchen darangegangen sind, planmäßig — unter Vorgabe

religiöser Interessen — in Wort und Schrift ihre Angehörigen in Deutschland gegen den Staat und die nationalsozialistische Führung mobil zu machen. Der alte Propagandaschrei, daß die Religion in Gefahr sei, hat unter der Duldsamkeit des nationalsozialistischen Regimes eine Lautstärke angenommen, die in gar keinem Verhältnis steht zu dem Anteil, den die christlichen Kirchen als solche an der seinerzeitigen Ueberwindung des „tatsächlichen Weltfeindes jeder Religion" in Deutschland genommen haben.

Mit der Niederwerfung des jüdischen Bolschewismus aber hat der Nationalsozialismus in der Tat nicht nur die Kirchen, sondern auch Gott und Religion schlechthin gerettet.

Diese Tatsache zu bestreiten, kann nur denen vorbehalten bleiben, die in dünkelhafter Verblendung den Begriff der Religion mit einer angeblichen Konzession des lieben Gottes an die eigene, angemaßte Herrschsucht gleichsetzen.

Nicht die Religion ist in Deutschland in Gefahr, sondern ihr Mißbrauch zu politischen Machtzwecken. Der nationalsozialistische Staat gestattet nicht, daß mit den Mitteln weltlicher Gewalt dem einzelnen Deutschen vorgeschrieben werden darf, wie er sich seinen Herrgott vorzustellen hat. Das ist alles!

Aber es genügt, um den Nationalsozialismus und das Dritte Reich vor aller Welt mit den übelsten Propagandamethoden hemmungslos zu verleumden; es genügt, um unter Anwendung seelischer Druckmittel den Deutschen gegen den Deutschen, den Sohn gegen den Vater, die Frau gegen den Mann aufzubringen.

Daß der Staat als Treuhänder des Bürgerfriedens den theologischen Haarspaltereien um die Rettung des mosaischen Testamentes seine öffentlichen Propagandamittel nicht ausleiht, ist kein Beweis für eine angebliche religiöse Unterdrückung, sondern geradezu ein Beweis für die taktvolle Großzügigkeit, mit welcher er die öffentliche Atmosphäre vor gefährlichen Spannungen gegenüber gewissen rassischen Kernproblemen der Bibel zugunsten der Kirchen selbst freizuhalten bemüht ist. Ebenso unwahrhaftig wie unmoralisch ist auch jene kirchliche Beweisführung, die aus der Tatsache strafrechtlicher Maßnahmen gegen Träger kirchlicher Weihen und Würden eine Glaubensverfolgung konstruiert hat. Wenn eine Handvoll notorischer politischer Hetzer, einige hundert Devisen- und einige tausend Sittlichkeitsverbrecher von den amtlichen Kirchenstellen der Welt als die religiösen Märtyrer des Dritten Reiches vorgestellt werden, so müssen bei Millionen gläubiger und sittlich gesunder Menschen zwangsläufig die folgenschwersten Zweifel gegenüber dem Begriffe der Religion an sich entstehen, für welche wiederum nicht der Staat verantwortlich ist, sondern der spitzfindige politische Mißbrauch der Religion durch eine skrupellose Priesterkaste. Seit Jahr und Tag wird in Hirtenbriefen, Predigten und Enzykliken systematisch versucht, einen religiösen Verfolgungswahnsinn zu erzeugen.

Dabei aber ist die Wahrheit, daß nirgendwo in Deutschland ein Mensch an der Religionsausübung gehindert oder der Bau von unzähligen neuen Gotteshäusern verboten worden ist. Vielmehr geht die politische Duldsamkeit gegenüber den

religiösen Eiferern von der Bekenntnisfront bis zur katholischen Kirche soweit, daß seit 1933 nirgendwoanders als gerade von den Kanzeln und vor den Altären, in Kirchenblättern und Kirchenbriefen, auf Bet- und Beichtzetteln eine größere Gehässigkeit gegen Maßnahmen des Staates und weltanschauliche Grundsätze der nationalsozialistischen Bewegung an den Tag gelegt werden konnte.

Was aber die wissenschaftlichen, politischen, rassischen und weltanschaulichen Vorgänge betrifft, die sich in unserer Zeit entwickeln, so ist es Sache der Kirchen, zuzusehen, wie sie dem veränderten geistigen Zustand unseres Jahrhunderts aus eigener Kraft Rechnung tragen können. Der Staat kann nicht zum Kirchenbüttel gemacht werden, weil etwa diese Kirche nicht auf die geistigen Grundsätze des Mittelalters oder die Verdammung der Rasseerkenntnis verzichten will.

Wo blieben sonst diejenigen, denen mit diesen Grundsätzen in religiöser Beziehung nicht gedient ist? Wo bliebe der völkische Staat selbst, wenn er seine rassischen und politischen Zielsetzungen solchen dogmatischen Leitsätzen unterordnen wollte, die jedes vernünftigen, biologischen Erkenntniswertes mangeln? Heute gehts es in Deutschland um die Freiheit des modernen Geistes schlechthin. Diesem Grundsatz lassen der nationalsozialistische Staat und die nationalsozialistische Bewegung ihre Patenschaft angedeihen, weil er nicht nur die Voraussetzung einer jeglichen modernen kulturellen Weiterentwicklung, sondern auch einer endgültigen inneren Befriedung des deutschen Volkes ist, das ja geschichtsnotorisch im Namen der Religionen lange genug in seiner Entwicklung zur nationalpolitischen Einheit aufgehalten worden ist.

Wenn aber die Dinge so dargestellt werden, als sei eine Beteiligung der Kirchenmächte an der politischen Formgebung des deutschen Volkes ein religiös berechtigter Anspruch, so bedeutet das einen bewußten Ausfall der Religionsgesellschaften in die Politik — dort aber wird mit politischen Maßstäben gemessen. Der politische Katholizismus jedoch als wesentlichster Verfechter eines derartigen Anspruches hätte allen Grund, eine Debatte in dieser Richtung nicht heraufzubeschwören. Denn, wenn auch das Kapitel von „Versailles", das uns alle einmal am eigenen Leibe tief bedrückt hat, heute historisch zu den Akten gelegt ist, so steht es doch politisch und moralisch auf jenen Seiten noch durchaus offen, auf denen der politische Katholizismus mitgeschrieben hat. Es kommt in dem Augenblicke einer unbeglichenen Rechnung gleich, in welcher der politische Katholizismus sich entgegen allen seinen förmlichen Abschiedserklärungen des Jahres 1933 in Deutschland oder gegen Deutschland wieder zum Worte meldet. Dieses Kapitel aber hat den bemerkenswerten Vorzug, daß eine Rechtfertigung seines dunklen Inhaltes auf Kosten des Nationalsozialismus geschichtlich nicht möglich ist. Es beweist vielmehr, daß die heutigen Manöver gegen Deutschland nichts weiter als die planmäßige Fortsetzung einer alten Störungspolitik sind, deren fanatisches Ziel vor mehr als vierhundert Jahren der päpstliche Nuntius Aleander auf dem Reichstage zu Worms verriet, als er Luther zurief:

„Wenn Ihr Deutschen das römische Joch abschütteln wollt, so werden wir dafür sorgen, daß Ihr Euch untereinander totschlagt."

Vorwort zur dritten, erweiterten Auflage

Der Untertitel der ersten und zweiten Auflage dieser Schrift lautete: „Hintergründe des Diktates von Versailles". Damit war eine zeitgeschichtliche Abgrenzung des behandelten Stoffes angedeutet, die insofern nicht mehr berechtigt ist, als sich immer deutlicher erweist, daß der politische Katholizismus den in der Versailler Aera auf so gewissenlose Weise in Deutschland erzielten Machtgewinn offenbar unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu behaupten beabsichtigt. Bei der neuerlichen Untersuchung dieses politischen Komplexes ergab sich, daß die klerikale Machtpolitik um „Versailles" keineswegs nur als ein persönliches Verschulden der damaligen Mitspieler betrachtet werden kann. Vielmehr ist jene Politik durch theologische Grundsätze vorbereitet und untermauert worden, die eine dauernde Gefahr für das staatlich-politische Leben bedeuten und heute ebenso in Kraft sind wie damals. Aus der näheren Würdigung gerade dieser Frage ergab sich der Schluß, daß eine zeitgeschichtliche Abgrenzung im Sinne des ersten Untertitels insofern nicht mehr am Platze ist, als sie den Eindruck erwecken könnte, daß es sich hier um die Darstellung einer geschichtlich bereits liquidierten Schuld handele. Das Versailler Kapitel jedoch ist im Grunde lediglich die Einleitung jener Auseinandersetzung gewesen, die mit dem politischen Konfessionalismus schlechthin so oder so bis zu seiner Niederwerfung durchgeführt werden muß, wenn das deutsche Volk endlich und endgültig seine innere Einheit sicherstellen will. Das in der Schrift dargestellte dokumentarische Material mag diese Auffassung belegen.

Das Vorspiel . . .

„Bonifatiusgeist" drinnen und draußen

Im Jahre 1895 erscheint in Paderborn eine vom katholischen Klerus protegierte „Bonifatiusbroschüre", in welcher das folgende bemerkenswerte Bekenntnis zu lesen ist:

> **„Wir sind zuerst Christen, zuerst Katholiken und erkennen in dem modernen Patriotismus ein Stück Barbarei, ein Vergehen an der Menschheit, eine Sünde gegen die Nächstenliebe, einen Abfall vom Christentum."**

Am 19. Juli 1898 berichtet der russische Gesandte Tschargykow nach Petersburg über eine Aeußerung des päpstlichen Kardinalstaatssekretärs Rampolla gegenüber dem französischen Gesandten Mombel. Diese Information lautet: wenn Frankreich, Rußland und Italien gemeinsam gegen Deutschland Krieg führen würden, so sei der Vatikan bereit, einem solchen Bündnisse beizutreten, da der „in Preußen verkörperte Protestantismus" für ihn „die größte Gefahr bedeute."

1903 stirbt Papst Leo XIII. Auf dem Konklave zu Rom gibt die Mehrzahl der Kardinäle bei der Wahl eines neuen Papstes ihre Stimme für den Kardinal Rampolla ab. Auf Veranlassung der österreichischen Regierung und auf Wunsch Italiens legt der Kardinal von Krakau sein Veto gegen die Wahl Rampollas ein und erntet dafür von seiten seiner Kollegen den mehrstimmigen Zuruf, er solle sich schämen. Rampolla wird nicht Papst. Aber im September 1914 besteigt sein vertrauter Mitarbeiter, sein ehemaliger Unterstaatssekretär Giacomo della Chiesa, den päpstlichen Thron als Benedikt XV. Der Rektor des deutschen Campo Santo in Rom, Prälat de Waal, kennzeichnete die Tendenz dieser Papstwahl mit dem italienischen Volksworte: „Den hat Rampolla uns von Gott erbeten!" Die Rampolla-Politik hat im entscheidenden Augenblick also doch gesiegt!

Im Jahre 1906 spielt sich in der Kaisergruft des Domes zu Speyer ein eigenartiger Vorgang ab. Kein Hochamt, keine stille Messe, keine Andacht, nein: eine Besprechung des Herrn Dompfarrers Bettinger mit einigen prominenten Sozialdemokraten. Das Ergebnis ist eine Allianz zwischen dem Zentrum und den Marxisten. Das Wort des Herrn Bebel, daß „die Beseitigung des Christentumes vom Standpunkte des Fortschrittes der

Menschheit aus eine Notwendigkeit sei", stört die Bonifatiuspolitiker dabei nicht im geringsten. Im Gegenteil! Der Pfarrer Bettinger wird später Kardinalerzbischof von München. Die Annahme, daß es sich dabei um eine Strafversetzung handelte, ist sicherlich fehl am Platze.

1912, als alle Einsichtigen sich über den Zweck der gewaltigen Aufrüstungen der Ententemächte längst im klaren sind, verweigern die Bonifatiuspolitiker des Zentrums Arm in Arm mit ihren marxistischen Herzensbrüdern im Deutschen Reichstage den größten Teil der von der Regierung zur Rüstungsverstärkung geforderten Mittel. Zwei Jahre später bezahlt Deutschland diese Sabotage mit dem Scheitern der Marneschlacht, weil dort die von der Armeeführung einst geforderten Reserven fehlen. Gut vierzig Jahre zuvor (am 24. August 1873) hat der große deutsche Kanzler Otto von Bismarck das warnende Wort ausgesprochen:

„Die Zentrumspartei in ihren Wirkungen ist eine Breschebatterie, aufgerichtet gegen den Staat. Die Regierung und S. Majestät der König haben mit mir die Ueberzeugung, daß der Staat in seinen Fundamenten bedroht und geschädigt ist von zwei Parteien (Zentrum und Sozialdemokratie), die beide das Gemeinsame haben, daß sie ihre Gegnerschaft gegen die nationale Entwicklung richten, daß sie Nation und nationale Staatenbildung bekämpfen."

Die furchtbare Wahrheit dieses Urteils ist von den Deutschen weder 1912 angesichts der Vorgänge im deutschen Reichstag, noch kaum 1914 angesichts der verheerenden realpolitischen Auswirkungen derselben begriffen worden.

Die römischen „Breschebatterien"

Die Aktion der Speyrer Allianz von 1912 ist, was das Zentrum betrifft, nicht etwa die Folge einer zufälligen Unzulänglichkeit der politischen Einsicht in dieser Partei, sondern der Vollzug eines von der römischen Kurie wohl vorbereiteten Programmes. Dieses Programm heißt kurz und bündig:

„Wehrsabotage ist ein christliches Glaubensrecht!"

Am 15. März 1875 hat Papst Pius IX. unter offener Anspielung auf das deutsche Reichsmilitärgesetz von 1874 im Konsistorium zu Rom erklärt:

> **„Da sogar die Erziehung derjenigen, welche sich zum geistlichen Stande berufen fühlen, durch willkürlich aufgezwungene Studienverordnungen und Lehrpläne behindert wird, so folgt daraus, daß denselben die Verfolgung dieser Laufbahn immer beschwerlicher wird, und daß es somit nur noch Wenige gibt, besonders nach dem heillosen Gesetze über die allgemeine Militärpflicht (!!), die in den geistlichen Stand treten können."**

Das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland ist also vom Papst ein Jahr nach seinem Bestehen bereits als ein „heilloses Gesetz" bezeichnet worden. Die päpstliche Befürchtung, daß es zu einer Verminderung seines geistlichen Personalbestandes im Deutschen Reiche führen könnte, hat sich

offenkundig bis heute nicht bestätigt. Es erhebt sich demnach die Frage, ob diese päpstliche Einmischung in die deutsche Wehrpolitik lediglich als eine gelegentliche diplomatische Entgleisung abgetan werden kann. Bei der Prüfung dieser Frage ergibt sich jedoch, daß Pius IX. seinen Ausfall in ein hochpolitisches Interessengebiet des deutschen Staates nicht als schlechter Diplomat, sondern als oberster Interpret der katholischen Moraltheologie gewagt haben muß.

Es ist für die politische Beurteilung dieses Verhaltes unerheblich, ob Pius IX. eine bereits vorhandene theologische Meinung erstmalig offiziell verkündet hat oder ob sein Ausspruch das Signal zum grundsätzlichen theologischen Angriff auf die Wehrgesetzgebung war. Jedenfalls folgen nun sehr bemerkenswerte Auslassungen in dieser Hinsicht, die samt und sonders den Landesverrat nahezu als eine christliche Glaubensfreiheit abstempeln.

1876 zitiert der Jesuit Pachtler in seinem Buche „Der europäische Militarismus" folgenden Ausspruch des Bischofs von Ketteler, der eine klare Diskriminierung der allgemeinen Wehrpflicht bedeutet:

> **„Ein Volk in Waffen und zugleich Beibehaltung des Systems der stehenden Heere heißt eigentlich: ein ganzes Volk in ein stehendes Heer verwandeln und noch mehr, ein ganzes Volk in steter Kriegsbereitschaft halten. Das sind aber krankhafte und auf die Dauer unerträgliche Zustände."**

Pachtler selbst vertritt in dem genannten Buche folgende Meinung:

> **„Die Völker ohne Ausnahme sind des Krieges müde und flehen um Frieden; wenn aber die Eroberungssucht und die Geheimbünde ein ungeheures Heer bedürfen, so folgt daraus nicht der naturrechtliche und anthropologische Unsinn, daß jedermann so mir nichts dir nichts Soldat sein müsse. Man werbe dann eben, aber um das eigene Geld, viele Hunderttausende und treibe sein zweifelhaftes Gewerbe, spreche aber nicht von einer allgemeinen Bürgerpflicht, wo eine solche nicht ist . . .**
>
> **Wenn je ein Volk, so waren die Israeliten bei Eroberung des heiligen Landes berechtigt, den allgemeinsten Kriegsdienst von allen Volksgenossen zu verlangen; denn ihr Krieg war theokratischer (!!!) Natur, da es sich um Eroberung des von Gott selbst angewiesenen „gelobten Landes" handelte; er war zugleich im Privatinteresse jeder einzelnen Familie, weil die eroberten Strecken als Stammbesitz verteilt werden sollten. Daher war in jenen Tagen des Kampfes gegen die heidnischen Stämme Kanaans jeder männliche Israelite vom 20. bis 50. Lebensjahre dienstpflichtig; das nach Stämmen geordnete Heer, je mit einem Unterfeldherrn aus dem nämlichen Stamme, zählte 603 000 Mann. Trotz alledem aber kannte die allgemeine Wehrpflicht gewisse Ausnahmen zugunsten der Religion, der Familie und des persönlichen Berufes; Ausnahmen, welchen der Stempel höchster Weisheit aufgedrückt ist.**
>
> **1. Vor allem waren die Leviten, also alle höheren und niedrigen Kirchendiener, militärfrei. Diese unabweisliche Rücksicht lag dem taktvollen Morgenländer auch ohne göttliches Gebot nahe; die Religion des Friedens und der blutige Krieg können nur zusammengespannt**

werden, wo es überhaupt keine Religion mehr gibt, oder wo man es auf Vernichtung derselben abgesehen hat.
2. Im Interesse der Familie war militärfrei: a) Wer ein Haus gebaut und es noch nicht eingeweiht hatte, b) wer einen neuen Weinberg angelegt und c) Verlobte, welche die Ehe noch nicht abgeschlossen hatten.
3. Im Interesse des persönlichen Berufes galten als dienstfrei „die Furchtsamen und Feigen", welche nur den guten Teil des Heeres anstecken würden; oder nach unseren Begriffen: wem die zum Kriegsdienste nötigen Charaktereigenschaften abgingen."

Wie man sieht: der schlaue Jesuit deckt sich und seinesgleichen den Rücken für den Fall, daß vielleicht ein Staatsmann ebenfalls zur Bibel greifen und sich mit alttestamentlichen Begründungen gegen die theologischen Angriffe auf die allgemeine Militärdienstpflicht zur Wehr setzen könnte. Der Einwand, daß es sich bei Pachtler um die private Meinung eines schreibenden Paters und bei Ketteler um die private Meinung eines politisierenden Bischofs gehandelt habe, wird widerlegt durch eine Serie von Erläuterungen zum „Wehrproblem", die sich in der katholischen Moraltheologie findet. Sie haben alle den gleichen staatsgefährdenden Tenor.

In dem „Compendium Theologiae Moralis" (Gesamtübersicht der Moraltheologie) der Jesuiten Gury und Ballerini, 1882 zu Rom erschienen, heißt es in Band 1, Seite 391:

„Ist es katholischen Fürsten erlaubt, in einem gerechten Kriege sich mit Ketzern und Ungläubigen zu verbinden? An und für sich und rein theoretisch gesprochen, ja; meistens aber ist es unerlaubt, wegen der für die Religion dadurch entstehenden Gefahren.
In einem ungerechten Kriege dürfen Soldaten nicht einmal zur Selbstverteidigung die Feinde töten; können sie nicht fliehen, so müssen sie Sorge tragen, daß ihre Schüsse nicht treffen."

Hier ist bezüglich der „katholischen" Fürsten eindeutig erklärt, daß sie die Interessen der alleinseligmachenden Religion, das heißt, der katholischen Kirche, grundsätzlich über die politischen Interessen der von ihnen regierten Völker und Staaten zu stellen haben. Hier sind die politischen Grundsätze des Mittelalters „moraltheologisch" als bindend auch für das 19. Jahrhundert festgestellt. Was nun den „einfachen Soldaten" angeht, so wird ihm die Entscheidung über Recht oder Unrecht eines Krieges zugeschanzt. Das heißt praktisch: Der einfache Soldat, der ja als Bürger seine Meinung über Recht oder Unrecht in der Politik zumeist nicht unmittelbar von der staatlichen Führung, sondern von seiner Partei oder von „seiner" Kirche bezogen hat, soll je nach seiner Partei- oder sogenannten „Glaubens"-Doktrin das Recht haben, zu „fliehen" oder — danebenzuschießen!

Hier ist klar erklärt, daß nach moraltheologischer Auffassung der Kirche das Urteilsrecht über die schwerwiegendste Entscheidung zusteht, die einer

Staatsführung überhaupt gestellt werden kann: über den Krieg! Dabei ist zu bedenken, daß jede „nichtkatholische" Staatsführung von vornherein unter das Ketzertum fällt, also gar keinen grundsätzlichen Anspruch auf Gehorsam bei ihren katholischen Untertanen haben kann. Wird nun eine solche Staatsführung sich zu einem Kriege entschließen, und steht beispielsweise eine Erweiterung des „Ketzereinflusses" durch ihren Sieg zu erwarten, so ist damit ohne weiteres eine „Gefahr" für den Ausschließlichkeitsanspruch der katholischen Religion gegeben. In diesem Falle also darf nach der Moraltheologie der katholische Christ ohne weiteres meutern oder desertieren! Unter solchen Umständen gäbe es für die Staatsvölker nur eine einzige Möglichkeit, sich vor dem Zerfall zu schützen, nämlich: katholisch, ausschließlich katholisch zu werden und jeweils den päpstlichen Rechts- und Segensspruch für alle militärisch-politischen Unternehmungen einzuholen! Daß diese Lehre eine dauernde moralische Bedrohung für jedes Volk bedeutet, braucht wohl nicht weiter ausgeführt zu werden. Sie rangiert in ihren Wirkungsmöglichkeiten unmittelbar neben der marxistischen Lehre, die ja ebenfalls für ihre Anhänger das Recht zu Meuterei und Fahnenflucht in Anspruch nimmt, wenn etwa ein Krieg den Interessen der Weltrevolution zuwiderlaufen und daher, — marxistisch gesehen, — „ungerecht" sein sollte. Diese gemeinsame „Moral" macht nun allerdings das Speyerer Bündnis zwischen den Bonifatiuspolitikern und den Marxisten mehr als verständlich; sie macht es fast zur geschichtlichen Notwendigkeit.

Daß nun aber die Jesuiten Gury und Ballerini keine „Außenseiter" der Moraltheologie sind, erweist sich auf Grund der übrigen Belege aus dieser Sparte. Der Jesuit Lehmkuhl, der als Autorität ersten Ranges in dieser katholischen „Wissenschaft" gilt, und dessen „Theologia moralis" auch heute noch in den Priesterseminaren als Lehrbuch benutzt wird, schreibt in diesem Regelbuch der theologischen Moral:

> **„Wird einem Soldaten etwas befohlen, was höchstwahrscheinlich ungerecht ist, oder was ihn Gefahren für die Seele aussetzt, die für ihn zur nächsten Gelegenheit zur Sünde werden, so hindert ihn sein Fahneneid nicht, den Dienst zu verlassen. Bei der allgemeinen Wehrpflicht muß auch erwogen werden, ob der Zwang ein gerechter ist, ob nicht der ungerechte Zwang den Fahneneid nichtig macht, ob nicht genügender Grund vorliegt, den Fahneneid als Scheineid oder als Eid mit Mentalrestriktion abzulegen."**

Diese „Moralregel" empfiehlt also ungeniert den „Scheineid", das heißt, den bewußten Falscheid; die Desertion ist ihr gemäß ein unantastbares Christenrecht. Daß ein „katholischer" Soldat, der etwa unter einer „protestantischen" Regierungsgewalt für sein Land kämpfen soll, jederzeit diesen „Dienst verlassen" darf, das steht zweifellos zwischen den Zeilen. Eine offene Rechtfertigung der Desertion findet sich auch in dem Buche des Jesuiten Viktor Cathrein,

„Die Aufgaben der Staatsgewalt und ihre Grenzen". In dieser Schrift aus dem Jahre 1882 begründet der genannte Jesuit die Fahnenflucht ganz allgemein, er gibt den Fahnenflüchtigen geradezu das Universalstichwort. Er schreibt:

> **„Die allgemeine Wehrpflicht drückt wie ein Alp unaufhörlich auf das Volk und verwandelt den Staat nahezu in eine große Kaserne. Sie stört den einmal ergriffenen Beruf und nötigt einen andern äußerst harten auf; sie greift erschütternd in die Grundlage der Familie, indem sie das Haupt und den Ernährer derselben öfters aus ihrer Mitte reißt und auf das Schlachtfeld wirft. Mit der Zeit führt sie daher auch notwendig zu dem sogenannten Militarismus, welcher den Schwerpunkt des staatlichen Lebens in den Krieg verlegt, ja den Krieg zu einer unentbehrlichen, bleibenden Institution macht und ihm alle Kräfte der Nation zum Opfer bringt. Dadurch wird der Staat notwendig in die Bahnen eines erdrückenden Zentralismus getrieben, welcher kein freies, selbständiges Leben aufkommen läßt; Ackerbau, Handel und Industrie werden wegen der vielen ihnen entzogenen Arbeitskräfte und der ewigen Kriegsunruhen empfindlich geschädigt, die ideale Richtung des Volkes schwindet und die edle Bildung weicht einem barschen und rohen militärischen Wesen. Kein Wunder, daß jährlich Tausende von jungen Leuten sich durch die Flucht den unsäglich harten Militärlasten entziehen und jenseits des Ozeans eine erträglichere Heimat suchen."**

Das ist die Uebersetzung der Lehren der „Theologia moralis" für den politischen Hausgebrauch, für die geistige und politische Agitation des Zentrums. Das ist der Appell zur Wehrdienstverweigerung an den Laien, der die theologischen Morallehren nicht unmittelbar begreift oder nicht unmittelbar kennenlernen soll. Aber selbst in der „moraltheologischen" Fachliteratur findet sich diese unverbrämt politische Gebrauchsanweisung zur Wehrsabotage, sozusagen die mundgerechte Formel für solche Geistliche, die einmal in die Verlegenheit kommen könnten, nebenbei als Abgeordnete und Zentrumsagitatoren zu wirken. Der Redemptorist Aertnys, ebenfalls eine Leuchte der katholischen Moraltheologie, schreibt in seiner „Theologia moralis":

> **„Die erzwungene Dienstpflicht ist die Sklaverei unseres der Freiheit sich rühmenden Zeitalters. Ist die allgemeine Wehrpflicht gerecht? Wenn sie alle Bürger verpflichtet, mit Ausnahme derer, die einen genügenden Entschuldigungsgrund haben, so ist die allgemeine Wehrpflicht sicher ungerecht, weil sie für das allgemeine Wohl unnötig und für das Einzelwohl schädlich ist."**

Alle diese moraltheologischen Auslassungen gehen nun keineswegs auf das private Konto ihrer Verfasser. Denn solche Lehrschriften bedürfen bekanntlich der oberhirtlichen Genehmigung. Diese hier haben diese Genehmigung. Sie stellen demnach also die amtliche Kirchenmeinung zu der erörterten Frage dar. Die Machenschaften des Zentrums im Reichstag 1912 aber sind lediglich der politische Vollzug dieser Meinung. Das stimmt vollkommen überein mit jener Kennzeichnung der geistig-politischen Einheit von Kurie und

Zentrum, welche der Graf Ballestrem 1892 in Mainz freimütig in die Worte gekleidet hat:

> **„Wir, das Zentrum, sind unzertrennlich vom Papst, wir betrachten uns als eine Garde Seiner Heiligkeit in Rom."**

Das parlamentarische Verbrechen von 1912 ist die gefährlichste Bresche, welche diese „Garden" der Bonifatiuspolitik vor dem Kriege in die Sicherheit des deutschen Reiches geschlagen haben. Sie können sich dabei sogar nachweislich auf einen „katholischen Moralkodex für Landesverrat" berufen. Die deutsche Staatsführung aber steht diesem Geschehen hilflos und widerstandslos gegenüber. Zwanzig Jahre zuvor, im Jahre 1892, hatte Bismarck auf dem Marktplatze zu Jena gewarnt:

„Ich halte die Leitung des Zentrums für gefährlich, nicht nur in konfessionellen Fragen, sondern hauptsächlich in nationalen. Sie bröckelt alles ab, was wir aufgebaut haben. Ich betrachte es als ein Unglück und als eine Gefahr für das Reich, wenn die Regierung ihre leitenden Ratgeber der Zentrumsrichtung entnimmt und ihre Tendenz darauf zuspitzt, dem Zentrum zu gefallen."

Das Doppelspiel beginnt . . .

Der Vatikan wünscht „einen" Krieg

Nach der Mordtat von Sarajevo — am 26. 7. 1914 — als die deutsche Reichsregierung noch immer an die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konfliktes durch die Großmächte glaubt, — erhält die bayerische Staatsregierung folgendes Telegramm ihres Gesandten beim Vatikan:

> **„Der Papst billigt ein scharfes Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien und schätzt im Kriegsfalle mit Rußland die russische und französische Armee nicht hoch ein. Der Kardinalstaatssekretär hofft ebenfalls, daß diesmal Oesterreich standhalten wird. Er fragt sich, wann es denn solle Krieg führen können, wenn es nicht einmal entschlossen wäre, mit den Waffen eine ausländische Bewegung zurückzuweisen, die die Ermordung des Erzherzogs herbeigeführt hat, und die in Rücksicht auf die gegenwärtige Lage Oesterreichs dessen Fortbestand gefährdet. In seiner Erklärung enthüllt sich die Furcht der römischen Kurie vor dem Panslavismus."**

Papst Pius X. selbst läßt den Kaiser Franz Josef telegraphisch wissen, „das Ansehen seiner Apostolischen Majestät könne leiden, wenn der österreichische Kaiser nicht Genugtuung für den Mord am österreichischen Thronfolger fordere."

Etwaige Zweifel über die vatikanische Auffassung von der Art dieser „Genugtuung" weiß der Gesandte Oesterreich-Ungarns beim Vatikan, der katholische Graf Palffy, in einem Bericht an den österreichischen Außen-

minister zu beheben. In diesem seinem Berichte vom 29. Juli 1914 über eine Besprechung mit dem Kardinalstaatssekretär in Rom heißt es:

„Freilich meinte der Kardinal, sei es schade, daß Serbien nicht schon früher ‚kleingemacht' worden sei, denn damals wäre das vielleicht ohne einen so großen Einsatz an unübersehbaren Möglichkeiten durchführbar gewesen, wie heute...
Diese Aeußerung — (das Bedauern über das ‚Nichtkleinmachen' Serbiens) — entspricht auch der Denkungsart des Papstes, denn im Verlauf der letzten Jahre hat Seine Heiligkeit mehrmals das Bedauern geäußert, daß Oesterreich-Ungarn es unterlassen habe, seinen gefährlichen Nachbarn an der Donau zu ‚züchtigen'....."

Die ganze Welt weiß, daß hinter Serbien das kriegslüsterne russische Zarenreich steht. Rußland hat mit Frankreich einen auf Gegenseitigkeit aufgebauten militärischen Beistandspakt. Nach Lage der Dinge bedeutet das vom Vatikan empfohlene „Kleinmachen" Serbiens Krieg; Krieg Oesterreichs mit Rußland, Krieg des mit Oesterreich verbündeten Deutschen Reiches gegen Rußland, Krieg der mit Rußland verbündeten französischen Republik gegen Deutschland. Es bedeutet kurzerhand den Weltkrieg. Noch in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli 1914 schickt der deutsche Reichskanzler folgende zur Mäßigung mahnende Depesche nach Wien:

„Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen."

Wilhelm II. telegraphiert im gleichen Sinne an den Kaiser Franz Josef. Was aber will das alles gegen die Ratschläge und Wünsche bedeuten, welche die „oberste moralische Macht der Erde" durch die Feder des Grafen Palffy in Wien zur Kenntnis bringen läßt? In jenem Bericht vom 29. Juli aus Rom wird die Donaumonarchie zum Kreuzzug gesalbt, das ist ein anderes Argument! Wörtlich heißt es dort:

„Man könnte sich fragen, wie es denn erklärlich sei, daß sich die katholische Kirche zu einer Zeit, wo sie von dem heiligmäßigen, von wahrhaft apostolischen Ideen durchdrungenen Oberhaupt geleitet wird, so kriegerisch zeigt? Die Antwort ist sehr einfach. Papst und Kurie erblicken in Serbien die fressende Krankheit, die allmählich bis zum Lebensmark der Monarchie vordringt und sie mit der Zeit zersetzen müßte. Oesterreich-Ungarn ist und bleibt aber trotz aller anderweitigen Experimente, die in den letzten Dezennien von der Kurie versucht worden sein möchten, der katholische Staat ‚kat exochen'*, das stärkste Bollwerk des Glaubens, das der Kirche Christi in unserem Zeitalter geblieben ist. Dieses Bollwerk stürzen, heiße daher für die Kirche ihren mächtigsten Stützpunkt verlieren und im Kampf gegen die Orthodoxie" (gemeint ist die russische ‚orthodoxe' Kirche) „ihren stärksten Vorkämpfer fallen sehen. So wie es daher für Oesterreich-Ungarn ein direktes Gebot der Selbsterhaltung ist, die zersetzende Krankheit, wenn nötig auch mit Gewalt, aus seinem Or-

---

* Kat exochen: „im besten Sinne"

ganismus zu entfernen, so ist es für die katholische Kirche ein indirektes Gebot, alles zu tun oder doch gutzuheißen, was diesem Ziel dienen kann. In diesem Licht betrachtet, läßt sich zwischen apostolischer Gesinnung und kriegerischem Geiste sehr wohl eine Brücke schlagen."

Damit ist auch jene Erklärung Pius X. vom 11. Juni 1911 in das richtige Licht gerückt, die lautet:

„Die vornehmste Pflicht der Gegenwart ist es, die kriegerischen Bestrebungen und allen nationalen Wehrgeist zu bekämpfen."

Der Bericht des Grafen Palffy beweist, daß der Heilige Vater auch anders kann, wenn er sich davon einen Vorteil für die Machtpolitik seiner alleinseligmachenden Kirche verspricht.

Nun fallen in Wien die Würfel so, wie der Papst es gewünscht hat. Das Habsburgerreich gehorcht den Prinzipien mittelalterlicher Politik. Auch jene Frage, ob und wann es katholischen Fürsten erlaubt sei, in einem „gerechten Kriege sich Ketzern und Ungläubigen zu verbinden", erfährt nun unter dem Motiv eines Kreuzzuges gegen die russische Orthodoxie ihre praktische Beantwortung. In Preußen-Deutschland, das den „Protestantismus verkörpert", wird das Wort von der Nibelungentreue gesprochen; es wird auch gehalten. Das blutige Weltdrama beginnt. Ueber dem Bündnis zwischen dem „katholischen Staate" ‚kat exochen' und dem von dem „protestantischen" Preußen geführten Reiche aber steht der heimtückische jesuitische Lehrsatz, daß „Kriegsbündnisse zwischen katholischen Fürsten und Ketzern an und für sich und rein theoretisch erlaubt, meistens aber unerlaubt sind, wegen der für die Religion dadurch entstehenden Gefahren"!

Kreuzzug gegen „Preußen-Deutschland"

Der Beginn dieses Dramas sieht deutscherseits so aus: im Westen eröffnen die deutschen Truppen ihre Operationen nach dem strategischen Plane Schlieffens. Im Osten rollt die übermächtige „russische Walze" heran; und nun fehlen die im Jahre 1912 von Zentrum und SPD. verweigerten Reserven haargenau! Die deutsche Heeresleitung entnimmt der Westarmee zwei Korps und eine Kavalleriedivision, um die Ostfront vor der Vernichtung zu schützen. Noch ehe diese Truppen im Osten eingreifen können, haben die Feldherren Hindenburg und Ludendorff allerdings die geniale Tannenbergschlacht bereits geschlagen. Im Westen aber fühlt sich die damalige oberste Heeresführung infolge des Ausfalles jener Truppenkörper zu Abweichungen vom strategischen Grundplane veranlaßt, Unsicherheit im entscheidenden Augenblick ist die Folge, die Marneschlacht kommt zum Stehen, der Schlieffenplan ist zerschlagen! Das Verhalten der militärischen Führung im kritischen Kampfstadium ist — politisch gesehen — von sekundärer Bedeutung, und daher hier nicht zu beleuchten. Der politische Tatbestand jedoch besagt, daß die Bonifatiuspolitik von 1912 sich nun als eine schicksals-

schwere Sabotage an den vorausgesehenen militärischen Notwendigkeiten erwiesen hat.

In der weiteren Entwicklung bleiben dennoch die deutschen Waffen Herr der Lage; sie scheinen Deutschland sogar den Sieg zu sichern. Das aber entspricht keineswegs den Zielen, die Rampolla 1898 gegenüber dem Franzosen Mombel gekennzeichnet hat. Der Vatikan stellt sich sofort entsprechend ein. Im Oktober wird der Rampollaschüler, Kardinal Gasparri, Staatssekretär des Vatikans; das heißt: er wird päpstlicher Außenminister. Dieser Mann hat 18 Jahre lang in Paris gewirkt, hat genauen Einblick in die politischen Strömungen und Meinungen Frankreichs, hat persönliche Beziehungen zu den französischen Regierungsstellen und — was das Ausschlaggebendste ist — die bedeutendsten Köpfe des französischen Klerus zählt er zu seinen Schülern. Was man in „Preußen-Deutschland" von dem neuen vatikanischen Staatssekretär erwartet, spricht die „Magdeburgische Zeitung" am 15. Oktober 1914 folgendermaßen aus:

„Er wird die Richtung innehalten, die . . . Benedikt XV. gewählt und die römische Kirche mit der Wahl des letzteren beschlossen hatte. Daß dabei Pietro Gasparri ebensowenig, wie sein Vorgänger Ferrata, seine Hinneigung zu Frankreich zu einer Feindschaft gegen Deutschland ausarten lassen wird, dürfte sich von selbst verstehen. Dazu hat er eine viel zu gründliche diplomatische Schulung genossen."

Was die vatikanische Diplomatie betrifft, so ist sie in der Tat hervorragend geschult. So beginnt sie von nun ab auf seiten der Entente mitzuspielen.

Am 7. Januar 1915 läßt sie im „New York Herald" die ersten Minen springen: „Isolierung Preußens durch Trennung Oesterreichs, Bayerns und der übrigen ‚katholischen' Staaten von der ‚protestantischen' deutschen Vormacht", wird dort vorgeschlagen. In dem betreffenden Artikel wird folgendes erklärt:

„In Oesterreich hat der Vatikan Einfluß und ebenso in den dem Deutschen Reiche angehörigen römisch-katholischen Staaten; wenn diese Staaten sich vom Reiche trennten, so könnten sie zusammen mit Oesterreich Deutschland schnell zwingen, seinen Militarismus für alle Zeiten aufzugeben oder es auf die Größe des ursprünglichen Preußen zurückzuführen."

Um das ganze Projekt auch genügend anschaulich zu machen, fügt der „New York Herald" sogar eine genaue Kartenskizze bei. Zwar sind darauf auch Württemberg und Sachsen unter die „römisch-katholischen" Staaten gerechnet. Aber das zielt wohl nur darauf ab, auch diesen Ländern die Plattform für eine Trennung von Preußen zu zeigen. Das Wichtigste an der ganzen Sache ist die Mitteilung des „New York Herald", daß es sich bei diesem Plane um einen per Kabeltelegramm übermittelten Friedensvorschlag aus dem Vatikan handle, mit dessen Verwirklichung in dem „katholischen" Oesterreich-Ungarn begonnen werden solle.

Am Tage vorher (6. 1. 1915) hat die halbamtliche Jesuitenzeitschrift des Papstes, „Civiltà Cattolica"-Rom, der Greuelpropaganda der Entente den halbamtlichen christlichen Segen gegeben:

„Wahrhaftig, die Zerstörungswut, die von Deutschland in diesem Kriege zum System erhoben wurde, die... offene Städte beschießt, unschuldige Kunstdenkmäler zu ihrem Ziele macht, in jammervoller Weise wehrlose Frauen und Kinder niedermetzelt, ist eines Volkes unwürdig....."

Wer in aller Welt will nun noch daran zweifeln, daß die Deutschen „Barbaren", „Kulturschänder" und „Kindsmörder" sind, wo die „moralische Großmacht" nach einem halben Kriegsjahr ein solches Urteil veröffentlichen läßt? Am 22. Januar erklärt der Papst Benedikt XV. im Konsistorium zu Rom:

„An dieser Stelle sei es verstattet, die Gefühle der Menschlichkeit anzurufen bei jenen, die kämpfend die feindlichen Grenzen überschritten haben, daß über die Notwendigkeiten der Besetzung hinaus in jenen Gegenden nichts zerstört werde, noch daß, was von noch höherer Bedeutung ist, die Gefühle der Bevölkerung im Teuersten, was sie haben, wie Gotteshäuser, Diener des Heiligtums, Rechte der Religionsübung und des Glaubens, ohne Grund verletzt werden. Wie schwer anderseits diejenigen, deren Gebiete der Feind besetzt hält, an dem Bewußtsein der fremden Herrschaft tragen, wissen wir wohl zu würdigen."

Nach Lage der Dinge geht das — wenn auch diesmal in diplomatischer Sprache — unzweideutig an die deutsche Adresse, da ja von einer „Ueberschreitung feindlicher Grenzen" und Ueberschreitung der Notwendigkeiten „der Besetzung" bei der anderen Seite nach dem militärischen Stand so gut wie nicht mehr die Rede sein kann. Die „Civiltà Cattolica" ist gerechtfertigt! Der Papst selbst hat die Deutschen zur Unterlassung „möglicher" Barbarentaten ermahnt; das heißt, er traut ihnen solche „Taten" eben durchaus zu. In derselben Erklärung erfolgt dann noch ein bemerkenswertes Bekenntnis:

„Freilich begreift man wohl, daß, wo immer, mehr als anderswo, Söhne in erprobter Liebe an dem gemeinsamen Vater der Gläubigen hängen, dorthin auch gewissermaßen mit größerer Sorge Sinnen und Denken des Vaters sich richtet; dessen ist auch Zeuge, was z. B. das geliebte belgische Volk betrifft, der Brief, den wir vor kurzem an den Kardinal und Erzbischof von Mecheln gerichtet haben."

Danach kann also nun kein Zweifel mehr darüber sein, daß das Schicksal des deutschen Volkes in diesem ihm aufgezwungenen Kampf auf Leben und Tod den Heiligen Vater nur soweit interessiert, als der Prozentsatz katholischer Interessen an diesem Schicksale beträgt. Die Gleichung lautet: soviel Söhne des gemeinsamen Vaters der Gläubigen, soviel Anteile väterlicher Sorge! Sie ist eine geschäftliche, keine sittliche, sie besagt mit anderen Worten, daß der Heilige Vater das Recht immer dort sieht, wo die meisten Katholiken sind. Sie bringt also ganz klar zum Ausdruck, daß die vatikanische „Sorge" nicht dem Recht an sich, nicht dem Frieden an sich, sondern dem machtpolitischen Interessenschutz der Kirche gilt. Sie ist also nicht das Ergebnis eines Moraldogmas, sondern das eines politischen Nützlichkeitsdogmas. Die „oberste moralische Weltbehörde" hat sich damit als eine welt-

politische Instanz mit religiösem Tarnungszeichen entpuppt.

Was Benedikt XV. an jenem 22. Januar 1915 in Rom erklärte, ist die welthistorische Absage an die von Christus einst im Gleichnisse vom barmherzigen Samariter aufgestellte Forderung selbstloser und unbedingter Nächstenliebe. Wollte man diese Absage in der Sprache des biblischen Gleichnisses selbst darstellen, so käme dem Papste die Rolle jenes Priesters zu, der des Weges kommt, ein Volk liegen sieht, das unter die „Räuber" fiel, und vorübergeht. Es wäre allenfalls die Frage des Priesters einzuschieben:

„An welchen Gott glaubst du?" Da jenes Volk antwortet: „Zu zwei Dritteln an den protestantischen, zu einem Drittel an den katholischen Gott", so würde nach der vorliegenden Regel der Priester erwidern müssen, er wolle dorthin helfen gehen, wo zu drei Dritteln an den katholischen Gott geglaubt wird. Das wäre dann die folgerichtige Abwandlung des Gleichnisses im Sinne der Bonifatiuspolitik. Die Bonifatiusapostel in Deutschland aber scheinen das alles vollauf in Ordnung zu finden. Nicht nur, daß sie weder als Christen noch als Deutsche ihrem allerhöchsten Priester nicht im geringsten seine Einseitigkeit verübeln; nein, sie bemühen sich sogar direkt darum, ihrem „gemeinsamen Vater" die für sein „Sorgen, Sinnen und Denken" notwendigen Betriebsmittel unter allen Umständen sicherzustellen. Das „geliebte belgische Volk" hat zwar eingestandenermaßen den Löwenanteil am bisherigen päpstlichen Kriegssegen erhalten, aber es hat sich trotzdem nicht an den dafür aufgewandten Unkosten beteiligt. An sich kann das einem kriegführenden Volk auch kaum übelgenommen werden. Damit aber angesichts dieses Mißverhältnisses von Aufwand und Ertrag in dieser Sache der Heilige Vater nicht ernsthaft zu kurz kommt, reichen die deutschen Bonifatiuspolitiker unter Führung eines Reichstagsabgeordneten namens Erzberger und unter Berufung auf den deutschen Reichskanzler und das deutsche Auswärtige Amt im März 1915 „vertraulich" einen Klingelbeutel herum, der im Format zweifellos nicht auf das Scherflein der deutschen Kriegerwitwe abgestellt ist. Darüber gibt das folgende Dokument lehrreichen Aufschluß:

Vertraulich! **Berlin, Mai 1915.**

Die Unterzeichneten gestatten sich, ihre Aufmerksamkeit auf die finanzielle Lage des Apostolischen Stuhles zu lenken. Durch die Kriegswirren ist es den Katholiken verschiedener Staaten unmöglich geworden, die Gaben und den Peterspfennig für den Heiligen Vater im Umfang der Friedensleistungen abzusenden. Es fallen namentlich weg etwa 2 Millionen, welche die katholische belgische Presse jährlich gesammelt hat. Frankreich sendet kaum mehr Spenden an den Heiligen Vater. Aus den Vereinigten Staaten und Südamerika fließen nur spärliche Gelder. Für die deutschen Katholiken ist es eine religiöse und nationale Ehrenpflicht, den Heiligen Vater für die Dauer des Krieges finanziell vollkommen unabhängig zu stellen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche soll und darf keinem

politischen Druck von irgendwelcher Seite ausgesetzt werden. Als Katholiken wie als Deutsche müßten wir es tief beklagen, wenn irgendeine Macht auch nur den geringsten Versuch in dieser Richtung unternehmen wollte.

Der Herr Reichskanzler und das Auswärtige Amt sind mit den Unterzeichneten hierin einer Meinung. Darum bitten wir Sie nicht um eine kleine Gabe, sondern um einen recht namhaften Betrag. Große einmalige Geldspenden dienen ebenso dem Zweck, wie wenn ein kleinerer Betrag für jeden einzelnen Monat des laufenden Jahres fest gezeichnet würde.

Die Gelder sind bei der Deutschen Bank, Berlin W 8, auf das „Konto Rom" einzuzahlen. Für Abhebungen und Ueberweisungen erfolgen Namensunterschriften der Herren Seine Durchlaucht Fürst Hatzfeldt, Seine Exzellenz Freiherr von Schorlemer-Lieser, Abgeordneter Erzberger.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Fürst von Hatzfeldt, Herzog zu Trachenberg, Berlin
Staatsminister Freiherr von Schorlemer-Lieser, Berlin
Abgeordneter Erzberger, Berlin
Graf Arthur Strachwitz, Schlesien
Geheimer Justizrat, Vizepräsident Dr. Porsch, Breslau
Kommerzienrat W. Riedemann, Hamburg
Regierungspräsident a. D. von Gescher, Münster i. Westf.
Graf von und zu Hoensbroech, Schloß Haag (Geldern)
Oberbürgermeister Wallraf, Köln
Oberbürgermeister Veltmann, Aachen
Geheimer Justizrat am Zehnhoff, Düsseldorf
Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn, Frankfurt a. M.
Staatsminister a. D. Graf von Podewils, München
Freiherr von Cramer-Klett, München
Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, Kleinheubach
Verlagsbuchhändler Herder, Freiburg i. Br.
Großherzogl. Hessischer Gesandter Frhr. v. Biegeleben, Hessen.

Wie ersichtlich, bewegt die besorgten Fürsprecher einzig und allein die „finanzielle" Lage des Apostolischen Stuhles, keineswegs aber seine „moralische", über die man eigentlich in Deutschland umgekehrt mit weit größerer Berechtigung Besorgnis hegen dürfte. Von besonderem Interesse ist die Feststellung, daß Frankreich „kaum mehr" Spenden nach Rom schickt. Die Franzosen halten demnach offenbar von der Herstellung neuer Kanonen mehr als vom päpstlichen Segen, der ihnen und den Belgiern allem Anscheine nach auch ohne Entgelt sicher ist. Was den deutschen Kanzler und das deutsche Auswärtige Amt betrifft, so liegt die Vermutung nahe, daß man dort bei der Duldung dieser Aktion an eine Art von „namhaftem" Schweigegeld dachte. Denn: wie würde nach den bisherigen Proben — die „oberste moralische Macht der Erde" den Deutschen vermutlich erst am Zeuge flicken, wenn sie gar noch von seiten der Entente finanziell „vollkommen unabhängig" gestellt würde? Jedenfalls besteht nach der Meinung der Bonifatiuspolitiker selbst die Möglichkeit, daß das „Oberhaupt der katholischen Kirche" sich gegen bare Münze unter politischen Druck setzen läßt. Das ist immerhin ein außerordentlich interessantes Geständnis — wenngleich es

zweifellos auch den Charakter einer „vertraulichen" Erpressung im Hinblick auf die deutsche Politik besitzt.*

Jetzt, im schönen Monat Mai des Jahres 1915, kommt also jedenfalls die Groteske zuwege, daß die Deutschen von ihren prominenten Bonifatiusdienern „für die Dauer des Krieges" an den außerordentlich hohen Unkosten einer Institution beteiligt werden, die nach Erfahrung und Grundsatz den moralischen Beistand für den Feind und die moralische Schädigung Deutschlands betreibt! Daß es sich in der Tat so verhält, wird durch Benedikt XV. umgehendst unter Beweis gestellt. Während, wie erwähnt, das obengenannte Schreiben in gewissen deutschen Kreisen „vertraulich" herumgereicht wird, gibt der Heilige Vater zur gleichen Zeit eine unmißverständliche, neue Probe dafür ab, daß er seine „moralische Macht" sehr eindeutig zugunsten der Alliierten zu verwerten weiß.

Als im gleichen Monat der von den Engländern zu Munitionstransporten benutzte Dampfer „Lusitania" von einem deutschen U-Boot torpediert wird, läßt der Papst in einem Briefe vom 25. Mai 1915 dem Kardinalskollegium wiederum einen deutlichen Wink darüber zukommen, wo er das „Recht" in diesem Kriege zu sehen gewillt ist. In diesem Schreiben heißt es unter direkter Anspielung auf den Einsatz der U-Bootwaffe durch die Deutschen:

> **„Man scheut sich sogar nicht einmal, zu Lande und zur See Angriffsmittel zu verwenden, die dem Gesetze der Menschlichkeit und dem Völkerrechte widersprechen."**

Daß die von den Engländern betriebene brutale Hungerblockade gegen Deutschland, die rücksichslos auf Kosten der deutschen Zivilbevölkerung geht, unter diesen „unerlaubten Angriffsmitteln" gemeint sein könnte, dafür findet sich kein Anhaltspunkt. Die Auslandspresse interpretiert diese päpstliche Aeußerung jedenfalls als Verurteilung des angeblichen deutschen Völkerrechtsbruches im Lusitaniafall durch den Heiligen Vater. Eine gegenteilige Erklärung zu dieser Deutung durch den Vatikan erfolgt nicht. Vielleicht kann sich der deutsche Peterspfennig dadurch erhöhen, daß die Deutschen jetzt Gelegenheit finden, sich praktisch vom tatsächlichen Nutzen eines gut bezahlten päpstlichen Schweigens zu überzeugen! Sei dem, wie es wolle, es steht fest, daß die Greuelhetzer der ganzen Welt sich nun sogar auf den Papst selbst berufen können. Nachdem er also auf diese Weise nunmehr offiziell seine „moralische Macht" ganz klar in die Waagschalen sortiert hat, kann man auch an untergeordneter kirchlicher Stelle allmählich deutlicher werden. Am 15. Dezember 1915 fordert der Jesuit Vaughan in London von der Kanzel herab den „Kreuzzug der gesamten Christenheit gegen Preußen-Deutschland". Er predigte also:

> **„Wie unsere Kreuzzugs-Vorfahren auszogen, um für das Kreuz Christi zu sterben und die heidnischen Sarazenen zu überwinden, so sind**

* Wer wollte es daher im Jahre 1937 dem Laien verübeln, wenn er etwa auf den Gedanken käme, daß der diplomatische Schutz des Vatikans gegenüber dem Provokateur Mundelein nicht unwesentlich von finanziellen Erwägungen mitbestimmt wurde? Die Ausfuhr „deutscher Peterspfennige" ist infolge der deutschen Devisenknappheit zweifellos sehr erschwert — eine Nachwirkung von Versailles —, so daß die amerikanischen „Peterscents" natürlich doppelt wiegen. Nach jenem Geständnis von 1915 aber haben selbst beim Stellvertreter Gottes auf Erden die irdischen Münzen ein nicht unerhebliches „moralisches" Gewicht!!

wir bereit, unser Leben für den Christus-Glauben hinzugeben, für den Untergang von Thor und Odin, den preußischer Militarismus höher als Christus verehrt. —
Wenn der Siegesschrei von Petersburg nach Rom und von Paris nach England ertönt, dann werden wir ausrufen können: Der Tod hat zum Siege geführt und ist in ihn übergegangen. So bleibe es für immer!" —

Selbst Napoleon — wenn er noch gelebt hätte — würde vielleicht den Kopf geschüttelt und an das Wort des Nuntius Aleander zu Worms gegen Luther gedacht haben. In Deutschland aber werden „Peterspfennige" gesammelt, um den Heiligen Vater „für die Dauer des Krieges finanziell vollkommen unabhängig" zu stellen! Nach den „Neuen Zürcher Nachrichten" vom 21. Januar 1916 hat Benedikt XV. dem Kardinalerzbischof Amette von Paris gegenüber zu diesem Zeitpunkte das Ergebnis der deutschen Sammlung mit sieben Millionen Mark angegeben und hinzugefügt, daß die „deutschen Katholiken damit mehr als die Katholiken aller anderen Länder zusammen für die Bedürfnisse des Heiligen Stuhles aufgebracht hätten." Bis Ende des Jahres 1916 hat nach glaubwürdiger Angabe der deutsche Peterspfennig dem Papste zwölf Millionen Mark eingebracht. Das Endergebnis der Sammlung während der Gesamtdauer des Krieges ist leider nicht bekannt geworden.

Der Judas mit der Kaiserkrone

Die „habsburgischen Familiengespräche"

Am 21. November 1916 stirbt der greise Kaiser Franz Josef von Oesterreich. Sein Nachfolger auf dem Habsburger Throne ist der Erzherzog Karl, verheiratet mit Zita, geborene von Parma-Bourbon. Die Brüder der neuen Kaiserin, die Prinzen Sixtus und Xaver von Bourbon, stehen als Offiziere bei den Truppen der Entente. Die kaiserliche Schwiegermutter, die Herzogin von Parma, bewohnt in Niederösterreich das Schloß Schwarzau, das als eine Art von Naturschutzgebiet hoher politisierender Kleriker gilt und exterritorial ist.

Auf diesem Schlosse sind bereits in den ersten Kriegstagen denkwürdige Dinge geschehen. Am 23. Juli 1914, als den Serben das Wiener Ultimatum bezüglich des Mordes von Sarajevo gestellt wurde, reisten Sixtus und Xaver von Paris ab, um die herzogliche Mama zu besuchen. Am 12. August erklärte Frankreich zwar an Oesterreich-Ungarn den Krieg, aber der liebe Schwager Karl und nunmehrige Thronfolger brachte es trotzdem zuwege, daß die beiden Prinzen am 19. August über die Schweiz nach Frankreich zur Dienstleistung bei den feindlichen Truppen abreisen konnten. Der Widerstand der Minister war schon damals der habsburgischen Hausmacht nicht gewachsen. Karl und Zita aber wußten sehr wohl, weshalb die beiden Prinzen als Franzosen in Frankreich wertvoller waren als auf dem geheimnisvollen Eiland Schwarzau. Der politische Intimus des späteren Kaiserpaares, Graf Polzer, hat darüber folgendes enthüllt:

„Im Gedankenaustausch, der sich durch die Lage von selbst ergab, traten sich Erzherzog Karl und dessen Schwager Prinz Sixtus, obwohl sie vom Tage des Kriegsausbruchs an in einander feindlichen Lagern standen, politisch näher. Von zwei völlig verschiedenen Standpunkten ausgehend, begegneten sich ihre Meinungen in einem Punkt: ein Anwachsen der preußischen Militärmacht war bedrohlich in gleicher Weise für die Sicherheit Frankreichs wie für die Selbständigkeit des Habsburgerreiches ....

Prinz Sixtus sah in der Erhaltung eines nicht an Deutschland gebundenen Oesterreich ein natürliches Interesse Frankreichs. Erzherzog Karl sah in diesem Interesse einen Vorteil, durch dessen Ausnützung er das Reich, dessen Erbe er war, in der bedrohten Existenz und Selbständigkeit schützen zu können meinte.

In jenen ersten Tagen des Weltkrieges schon wurde durch solchen Gedankenaustausch zwischen Erzherzog Karl und Prinz Sixtus der Grund gelegt für die Friedensversuche im Frühjahr 1917 ....“

„Bonifatiusgeist“ im Kaiserhause

Inzwischen ist also Karl Kaiser und Zita Kaiserin geworden. Für den Außenstehenden bedeutet das nicht viel mehr, als daß nun ein junges Herrscherpaar in die Wiener Hofburg eingezogen ist und die Kronen der Donau-Monarchie trägt. Ein einfacher Tatbestand, der angesichts des gegenwärtigen gemeinsamen Existenzkampfes Deutschlands und Oesterreichs gegen den brutalen Vernichtungswillen der halben Welt keiner außergewöhnlichen Kommentare bedarf. Die kaiserlichen „Hausgespräche“ von 1914 sind in der Familie geblieben. Niemand in beiden Ländern könnte also Böses ahnen. Das Schicksal aber hat bereits zum Schlage ausgeholt und einen bedenklichen, zunächst unsichtbaren und unbeweisbaren, für die Mittelmächte gefährlichen Faktor in das Weltringen eingefügt: den „Bonifatiusgeist“ mit kaiserlichem Vorzeichen! General von Cramon, der persönliche Vertreter Wilhelms II. bei Karl, gibt folgende Charakterisierung des neuen Wiener Hofes:

„Die Mutter des jungen Kaisers, Schwester des letzten Sachsenkönigs, eines der treuesten deutschen Bundesfürsten, war streng katholisch und dem protestantischen Preußen wie den Hohenzollern wenig günstig gesinnt.

Die Kaiserin Zita und ihre Mutter, die Herzogin von Parma, waren nach Geburt und Erziehung keine Deutschen. Durch die Heirat des Kaisers zur Macht gelangt, dachten sie in erster Linie an das Wohl ihres eigenen Hauses. Frankreich hatte unter Umständen einen Thron an die Bourbonen zu vergeben. Auch die anderen Mächte der Entente standen ihnen innerlich sehr viel näher als das verbündete Deutschland.

Eine wesentliche Rolle spielte gerade bei den Frauen und auf dem Umweg über sie auch beim Kaiser die nach Rom orientierte Geistlichkeit und ihr unglückseliger Gegensatz gegen alles, was protestantisch und in diesem Sinne deutsch ist.“

Lloyd George hat später die Kaiserin Zita und ihren Einfluß auf Karl also gekennzeichnet:

„Die Kaiserin war eine Bourbonin. Sie liebte Preußen nicht und haßte auf keinen Fall Frankreich. Sie war eine starke Persönlichkeit, und ihr Einfluß auf den liebenswürdigen und gefälligen Gatten war ziemlich groß .... Ihr mißfiel der Gedanke, den Thron ihres Mannes und ihres Sohnes für die zweifelhafte Chance riskieren zu müssen, Frankreich zu demütigen und den deutschen Kaiser zu erhöhen."

Ueber die gleiche Frage schrieb Bethmann-Hollweg auf Grund seiner politischen Erfahrungen:

„Kaiser Karl, persönlich gutgewillt, aber schwach, entbehrte aller politischen Erfahrungen. Stark unterstand er dem Einfluß seiner Gemahlin, und die Sympathien der Kaiserin Zita waren, wie jeder mit den Verhältnissen der Häuser Bourbon und Braganza Vertraute wissen mußte, westmächtlich gerichtet. Auch ohne Kenntnis der später ans Licht gekommenen Transaktionen konnte auf das Standhalten des jungen Kaisers nicht mit Sicherheit vertraut werden."

General Ludendorff sagte später über die neue Kaiserin:

„Leider war sie ganz gegen uns gerichtet und in Händen von Klerikern, die nicht unsere Freunde waren."

Unter diesen dunklen Vorzeichen entwickelt sich nun ein beispielloser Verrat. Der Inhalt der Gespräche von Schwarzau gewinnt traurige Gestalt in der politischen Wirklichkeit.

Der Verrat

Noch während Franz Josef auf dem Sterbebette liegt, läßt Prinz Sixtus über den Generalsekretär Cambon dem französischen Außenminister Briand vertraulich davon Kenntnis geben, daß Frankreich im zukünftigen Kaiserhause in Wien einen zuverlässigen Bundesgenossen erblicken könne.

Vierzehn Tage nach dem Tode Franz Josefs schreibt die Herzogin von Parma an ihren Sohn Sixtus einen Brief.

Mit Einwilligung Karls schlägt sie darin eine geheime Zusammenkunft in der Schweiz vor. Ziel der Verhandlungen: Abschluß eines Sonderfriedens zwischen Oesterreich und der Entente ohne Wissen Deutschlands. Bedingung: Garantierung der Habsburger Monarchie.

Datum: 5. Dezember 1916. Am selben Tage melden die deutschen Heerführer von den österreichischen Fronten nach Wien: Galizien von den Russen befreit! Die Rumänen aus Siebenbürgen, die Serben aus Ungarn vertrieben!

Am 3. Dezember hat Karl dem deutschen Kaiser im großen Hauptquartier seinen Besuch gemacht. Wilhelm II. hat mit ihm über ein Friedensangebot an die Alliierten gesprochen. Karl hat sein Einverständnis dazu geheuchelt und von seinen eigenen geheimen Plänen wohlweislich geschwiegen!

Am 6. Dezember tagt das französische Kriegs-Komitee! Die Opfer der allgemeinen Krisenstimmung in Frankreich sind die Generale Joffre und Foch.

Sie müssen ihre Kommandos niederlegen. Am gleichen Tage können die k. u. k. Truppen dank des deutschen Eingreifens in Bukarest einmarschieren.

Am 12. Dezember macht Wilhelm II. der Entente das mit Karl besprochene Friedensangebot. Die Entente lehnt ab. Mit Spott und Hohn lehnt sie ab. Warum? Das wissen außer den Ententepolitikern nur noch der österreichische Kaiser, seine Frau und wenige „Vertraute". Die Entente braucht auf den Schlachtfeldern nicht mehr zu siegen, sie gewinnt diesen Krieg im Hause Habsburg-Parma. Die ahnungslosen Deutschen mögen sich später einmal auf ihre Weise wundern.

Das Jahr 1917 bringt den Alliierten durch die Wiener Hilfe ungeahnte Erfolge. Da reist zum Beispiel die Schwiegermutter des österreichischen Kaisers nach Neuchâtel in die Schweiz und trifft dort am 29. Januar ihre beiden Söhne. Mama hat kaiserliche Aufträge mitgebracht, Prinz Sixtus ist durch einen Diplomatenbrief des französischen Außenministeriums in aller Form ebenfalls autorisiert. Man feiert nicht nur Wiedersehen, man atmet nicht nur im trauten Verein die würzige Bergluft; nein, man hat dringende Geschäfte im engen Familienkreis, eilige Geschäfte. Die Söhne bringen umgehend die von der Mama eingetauschten Geheimnisse nach Paris. Bereits am 12. Februar sind sie wieder in der Schweiz und teilen nun ihrerseits dem Vertrauten Karls, dem Grafen Erdödy, mit, was ihnen Herr Poincaré aufgetragen hat. An diesem selben Tage aber feiert Karl in Wien seinen Gast Kaiser Wilhelm II. mit den schönsten Reden, macht, wenn er mit Wilhelm anstößt, sogar weinselige Worte von Treue und dergleichen. Tags darauf ist Erdödy in Neuchâtel mit den Prinzen schon so weit, daß er ihnen für Frankreich Elsaß-Lothringen und für Rußland Konstantinopel verspricht. Damit aber die Atmosphäre in Neuchâtel nicht gestört wird, entläßt Karl den Generalstabschef Conrad von Hötzendorf,* der für das Frühjahr eine Offensive gegen Italien vorzubereiten und im übrigen die nach Rom adressierten Briefe des päpstlichen Nun-

---

* Karl ließ nach dem Tode Franz Josefs das K. u. K. Hauptquartier von Teschen nach Baden bei Wien verlegen, da es ihm in Teschen zu nahe beim Großen Hauptquartier der Deutschen in Pleß schien. Diese Maßnahme spricht keineswegs dafür, daß ihm an einer militärischen Konzentration gelegen war; im Gegenteil, sie dürfte sogar als Auftakt seiner späteren planmäßigen Sabotage des militärischen Sieges der Mittelmächte anzusprechen sein. Ueber die Zusammenhänge bei der Entlassung Conrad von Hötzendorfs hat dessen Gemahlin in einem (in Oesterreich übrigens seinerzeit verbotenen!!) Buche berichtet:

„So hatte es die Kaiserin erreicht, die Leitung der Armee ihrer Einflußsphäre näherzubringen. Aber der Aufenthalt anderer Frauen war für Baden verboten. Conrad war wütend über diesen Befehl und sagte wiederholt: „Jetzt ist der Riß zwischen uns und den Deutschen da!" Am 2. Jänner 1917 erschien Conrad in Pleß, um sich von den Deutschen zu verabschieden. Kaiser Wilhelm empfing ihn mit den Worten: „Na, lieber Hötzendorf, Sie kündigen uns die Freundschaft!" Für meinen Gatten war es schwer, etwas darauf zu antworten. Der Kaiser wartete aber gar nicht die Antwort ab, sondern fügte bei: „Ich weiß genau, woher der Wind kommt." Auch dem hohen Klerus war Conrad ein Dorn im Auge, da er mit seinem Mißtrauen selbst vor angesehenen Persönlichkeiten dieses Standes nicht zurückhielt. Da war der Erzbischof Endrici von Trient, der schon vor dem Kriege seine Gesinnung als Irredentist nicht verleugnet hatte und deshalb vom Erzherzog Franz Ferdinand scharf beobachtet worden war. Ihn ließ Conrad für die Zeit des Krieges seine Residenz mit allen Ehren und unter allen Bequemlichkeiten in Heiligenkreuz aufschlagen. Noch ärger war es, daß Conrad dem päpstlichen Nuntius in Wien, der ursprünglich das Vorrecht genoß, dem Vatikan ohne Zensur zu berichten, die Korrespondenz unter Bewachung stellte."

tius in Wien aus gewissen Erwägungen zu kontrollieren gewagt hatte. Der Nuntius wird also nunmehr ungestört dem Heiligen Vater aus Wien berichten können, was er will; die Franzosen können ebenso ungestört ihre geplante Offensive an der Aisne vorbereiten, denn ein Vorstoß gegen die italienische Front zur Entlastung der Deutschen ist vorderhand nicht zu befürchten. General von Cramon hat den Sturz von Hötzendorfs gewissermaßen als nächster deutscher Beobachter miterlebt und seine Hintergründe gekennzeichnet:

„Die unheilvolle Tätigkeit der Allerhöchsten und höchsten Frau und ihres klerikalen Anhangs ist die treibende Kraft am Sturze Conrads gewesen."

Zwischen Paris und Wien kann nach der Kaltstellung des unbequemen „Conrad" jetzt im Akkord verhandelt werden, immer natürlich hinter dem Rücken Deutschlands. Am 5. und 8. März empfängt Poincaré die Parma-Prinzen. Dann holt Graf Erdödy zwei angebliche Ingenieure namens „Bertrand" über die Schweizer Grenze nach Oesterreich. Im Hause Kaiser Karls entpuppen sie sich allerdings als Sixtus und Xaver von Parma-Bourbon. Am 24. März bekommt Sixtus in Wien einen handgeschriebenen Brief seines Schwagers Karl. Darin steht u. a. folgendes zu lesen:

„Frankreich hat seinerseits eine große Widerstandskraft und einen prachtvollen Elan gezeigt. Wir alle bewundern rückhaltlos die herrliche, traditionelle Tapferkeit seiner Armee und den Geist der Aufopferung im ganzen französischen Volk. Daher ist es mir besonders angenehm zu sehen, daß, obgleich wir derzeit Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit in den Auffassungen und Bestrebungen mein Reich von Frankreich trennt, und daß ich berechtigt bin, zu hoffen, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich, vereinigt mit jenen, die in der ganzen Monarchie herrschen, für alle Zukunft die Wiederkehr des Kriegszustandes, für welchen mich keine Verantwortung treffen kann, verhüten werden.

Zu diesem Zweck, und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses, bei meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde."

Damit hat der kaiserliche Verräter — das Oberhaupt des „katholischen Staates ‚kat exochen'" — urkundlich sein geschichtliches Verbrechen besiegelt. Am 31. März übergibt Prinz Sixtus das Dokument dem Präsidenten der französischen Republik, Poincaré! Nicht nur ein Ziel Frankreichs, sondern auch ein heißer Wunsch der vatikanischen Diplomatie ist der Verwirklichung nahe: Die Trennung Oesterreichs von der „protestantischen" deutschen Vormacht! Moralisch ist diese Isolierung bereits vollzogen; die praktischen Folgen daraus können nur mehr eine Frage des günstigsten Zeitpunktes sein.

Der Preis

Diese praktischen Folgerungen werden umgehend gezogen. Am 27. März erscheint der österreichische Außenminister Graf Czernin in Berlin, klopft bei dem deutschen Kanzler wegen einer eventuellen Abtretung Elsaß-Lothringens auf den Busch, schweigt über die sonderbaren „Ingenieure", die zur Zeit in Wien weilen, schweigt auch über gewisse Geheimverhandlungen mit den Franzosen, kommt am nächsten Tage nach Wien zurück und teilt seinem Kaiser mit, daß man in Berlin bezüglich Elsaß-Lothringens taube Ohren habe. Das fällt nun Karl, dem Verräter, ein wenig hart auf die Seele und er telegraphiert sofort an Wilhelm II., ob er vielleicht am 3. April Zita der deutschen Kaiserin vorstellen dürfe. Zwischenhinein bringt er zum Ausdruck, daß er Wilhelm „noch vor Ostern aus allerdringendsten Gründen sprechen müsse". Am 3. April erfolgt dann in Homburg ein neuer Versuch Karls und Czernins, die Deutschen für eine Abtretung der insgeheim durch Karl den Franzosen bereits zugesprochenen Reichslande breitzuschlagen. Czernin bietet „großzügig" als Ersatz für Elsaß-Lothringen Polen und Galizien an, dabei weiß er ganz genau, daß Polen unter der Hand bereits „vergeben" ist. Denn auch in dieser Frage ist das Haus Habsburg nicht so selbstlos, wie es sich gibt: König von Polen soll nach seinen Plänen entweder der Erzherzog Karl Stephan oder — ein Bruder Zitas, (womöglich gar der intrigante Jesuitenschüler Sixtus) werden! Wieder lehnt Wilhelm eine Unterhaltung über Elsaß-Lothringen ab. Es entsteht für Karl den Verräter auf diese Weise die Gefahr, daß er sich nun eines Tages vor dem deutschen Bundesgenossen über sein hinterhältiges Angebot an Frankreich verantworten muß, wenn von französischer Seite auf der Einlösung des Versprechens bestanden wird. Daß die französischen Politiker das tun werden — auch ohne gegebenenfalls die von Sixtus für den lieben Schwager Karl ausgebetene Diskretion zu wahren —, erscheint mehr als sicher, wenn man bedenkt, daß sie diesen Krieg ja um Elsaß-Lothringens willen eigens vorbereiten halfen. Karl und Czernin sehen sich in einer Sackgasse. Graf Erdödy, der kaiserliche Vertraute, hat derweilen wieder in der Schweiz zu tun. Zu ihm äußert bei dieser Gelegenheit der Prinz Sixtus:

> **„Ich sprach über die Möglichkeit eines österreichisch-ungarischen Separatfriedens schon im Jahre 1916, noch vor dem Tode Ihres Kaisers Franz Josef, mit meiner Mutter. Ich äußerte die Ansicht, daß man den Tod des Kaisers abwarten müßte. Ich war schließlich über die Vorgänge an dem Wiener Hof durchaus orientiert, Ich kannte die Absichten meines Schwagers, kannte unter anderem genau seine Aversion gegen den Armeeoberkommandanten Erzherzog Friedrich, und wußte, daß sich nach dem Ableben Franz Josefs manches werde ändern lassen."**

Also wiederum ein Beweis für die Planmäßigkeit, mit welcher von Anfang an in der ganzen Angelegenheit zu Werke gegangen worden ist. Graf Erdödy bringt verlockende Nachrichten mit nach Wien zurück: Die Entente läßt Karl als Lohn für seine Judasdienste das „katholische" Land Bayern und die „katholische" Provinz Schlesien in Aussicht stellen!

Die Czerninsche Denkschrift

Der Habsburger geht jetzt aufs Ganze. Er hat viele Eisen im Feuer. Selbst sein eigener Außenminister ist nichts weiter als ein „Eisen", denn selbst er hat keine Ahnung von den speziellen Geheimnissen der kaiserlichen Hauspolitik. Er ist wohl im Bilde über die Profite, welche die Donaumonarchie daraus ziehen könnte, wenn es ihr gelänge, die Deutschen zu gewissen Zugeständnissen an die Entente reif zu machen. In dieser Richtung teilt er zweifellos die Gedankengänge seines Monarchen; über dessen geheime Familienmachenschaften jedoch weiß er auch nichts. Nun kommt er ihnen aber — ob aus eigener Initiative oder auf kaiserliche oder sonstige Anregung ist nicht deutlich — in einer geradezu unübertrefflichen Weise zu Hilfe. Offenbar im Zorn über die Berliner Hartnäckigkeit verfaßt er eine Denkschrift, in welcher schwarz auf weiß zu lesen ist, daß Oesterreich genau so wie Deutschland am Ende seiner Kraft sei und „um jeden Preis Schluß machen müsse". Der Gedanke eines Sonderfriedens zwischen der Donaumonarchie und der Entente hat — wenn auch zwischen den Zeilen — nun in einem diplomatischen Dokument den Charakter eines Trumpfes in aller Form angenommen. Vermutlich soll dieser fragwürdige Trumpf den deutschen Kaiser zum Einlenken gegenüber den Wiener Vorschlägen zwingen; tut Wilhelm II. das nicht, so kann man ja das Dokument oder die Kenntnis davon der Entente in die Hände spielen lassen und auf diesem Wege Berlin unter den erforderlichen Druck setzen. Unter dem Datum vom 12. April 1917 wird die Czerninsche Denkschrift als strenges Staatsgeheimnis den beiden verbündeten Kaisern sowie dem k. u. k. Botschafter in Berlin zur Kenntnisnahme zugestellt. Die Aushändigung an Wilhelm II. kommt moralisch natürlich einem Ultimatum gleich, wenngleich das Schriftstück formal an Karl gerichtet ist. Darin heißt es unter anderem:

> **„... Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht. Diesbezüglich erst lange Details zu entwickeln, hieße die Zeit Ew. Maj. mißbrauchen ... Wenn ich auch hoffe, daß es uns gelingen wird, noch die allernächsten Monate durchzuhalten und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, so bin ich mir doch vollständig klar darüber, daß eine weitere Winterkampagne vollständig ausgeschlossen ist, mit anderen Worten, daß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden muß. Die größte Wichtigkeit liegt zweifellos dabei auf dem Moment, die Friedensverhandlungen in einem Augenblick zu beginnen, in welchem unsere ersterbende Kraft den Feinden noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen ist. Treten wir an die Entente heran in einem Augenblick, in welchem Vorgänge im Innern des Reiches den bevorstehenden Zusammenbruch ersichtlich machen, so wird jede Demarche vergeblich sein, und die Entente wird auf keine Bedingungen, außer auf die, welche die vollständige Vernichtung der Zentralmächte bedeuten, eingehen ... Ich habe die feste Ueberzeugung, daß auch Deutschland genau ebenso wie wir an dem Ende seiner Kraft angelangt ist ... Ew. Maj. haben die wiederholten Versuche unserer Feinde, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen, unter meiner verantwortlichen Deckung abgelehnt, weil Ew. Maj. keiner unehrlichen Handlung fähig**

sind. Aber Ew. Maj. haben mich gleichzeitig beauftragt, den verbündeten Staatsmännern des Deutschen Reiches zu sagen, daß wir am Ende unserer Kräfte sind und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns wird rechnen können... Wir können noch einige Wochen warten und versuchen, ob sich Möglichkeiten ergeben, mit Paris oder Petersburg zu sprechen. Gelingt dies nicht, dann müssen wir noch rechtzeitig unsere letzte Karte ausspielen und jene äußersten Propositionen machen, die ich im Früheren angedeutet habe. Ew. Maj. haben den Beweis erbracht, daß Sie nicht egoistisch denken und den deutschen Bundesgenossen kein Opfer zumuten, welches Ew. Maj. nicht selbst zu tragen bereit wären. Mehr kann niemand verlangen. Gott und Ihren Völkern aber sind es Ew. Maj. schuldig, alles zu versuchen, um die Katastrophe eines Zusammenbruchs der Monarchie zu verhindern; vor Gott und Ihren Völkern haben Ew. Maj. die heilige Pflicht, Ihre Völker, das dynastische Prinzip und Ihren Thron zu verteidigen, mit allen Mitteln und bis zu Ihrem letzten Atemzug..."

Damit, daß Wilhelm II. das Dokument in seinem Schrank für Geheimakten verschließt, ist allerdings den österreichischen Absichten nicht gedient. Aber es gibt Mittel und Wege, diese Absichten auch ohne oder gegen Wilhelm zu verwirklichen. Das Haus Habsburg-Parma ist nicht umsonst das Kaiserhaus des „katholischen Staates kat exochen", es hat auch in Deutschland ein heißes „katholisches" Eisen im Feuer. Da ist zum Beispiel ein Abgeordneter des Zentrums Leiter des amtlichen deutschen Nachrichtenwesens. Er heißt Matthias Erzberger*. Der weiß, daß der Erzbischof von Wien, Kardinal Piffl, ihn, den Abgeordneten Erzberger, in diesen Tagen gerne einmal in Wien sehen möchte. Dazu kommt noch eine Information der k. und k. Hofkanzlei, daß der österreichische Kaiser ihn am 23. April ebenfalls in Wien sprechen möchte. Sollte er, der „Katholik" und „Politiker", diesen Wünschen seiner katholischen und politischen Freunde in Wien nicht entsprechen? Nein. Es wäre unhöflich, unklug und wer weiß, was sonst. Erzberger fährt nach Wien und bekommt dort — die Czerninsche geheime Denkschrift ausgehändigt. Von wem er sie erhält, ist nicht offenbar geworden. Die Vermutung liegt nahe, daß sie ihm aus dem kaiserlichen Familienkreise zugesteckt wurde. Dort hatte er gute Beziehungen, über deren Eigenart er sich wie folgt geäußert hat:

„Meine Beziehungen zum Hause Parma-Bourbon lagen in erster Linie nicht auf politischem Gebiet; die engsten Berührungspunkte fanden sich vielmehr in der Wahrung allgemein katholischer Interessen."

Erzberger fährt mit der Denkschrift in der Tasche nach Berlin zurück. Was er außerdem im Kopfe von Wien aus mitbringt, das kann in Deutschland niemand wissen, ahnen oder beweisen.

---

* Erzberger stammte aus Buttenhausen. Es wurde zu seiner Zeit behauptet, daß er ein Halbjude sei. Sein Vater soll ein jüdischer Viehhändler gewesen sein. Erzberger hat diese Behauptung nie widerlegt, obwohl sie ihm und seinen Zentrumsfreunden nicht immer politisch gleichgültig war. Er hatte als Chef der deutschen Pressepropaganda im Krieg 28 Millionen Mark verbraucht, über deren Verwendung er später Auskunft und Abrechnung verweigerte.

Die Krise auf der anderen Seite

Noch bevor Czernin in seiner Denkschrift den lapidaren Satz vom „Erlahmen der militärischen Kraft Oesterreichs und Deutschlands" und vom „Schlußmachen um jeden Preis" niedergeschrieben hat, haben die *Italiener* ihrerseits an die beiden verbündeten Kaiserreiche ein *Friedensangebot* gemacht. Obwohl Conrad von Hötzendorf seine Frühjahrsoffensive aus den bekannten Gründen nicht mehr ausführen konnte, ist die italienische Heerführung vom baldigen Zusammenbruch ihrer Front überzeugt. Lloyd George hat das später bestätigt.

„Dieser Versuch, mit Oesterreich einen Separatfrieden zu schließen, war durch Cadornas (des italienischen Oberbefehlshabers) Befürchtung veranlaßt worden, daß die italienische Armee kriegsmüde geworden sei und daß das italienische Volk, das niemals so kriegsbegeistert gewesen war wie seine Verbündeten, am Rande der Revolution stehe. Einige Monate später wurden seine Befürchtungen zu einem Teile durch den Zusammenbruch bei Caporetto gerechtfertigt."

Anfang *April 1917* hat das italienische Hauptquartier Vertrauensmänner zu Friedensverhandlungen mit dem deutschen und dem österreichischen Gesandten in die Schweiz geschickt. *Italien* ist zu einem *Separatfrieden* bereit, wenn ihm das Trentino — wohlgemerkt nur der italienisch sprechende Teil Südtirols — abgetreten wird. (Die Entente hat ihm seinerzeit beim Eintritt in den Krieg ganz Südtirol, Dalmatien, Triest und Görz versprochen). Ein solcher Separatfrieden wäre für die Alliierten ein schwerer Schlag.

Am 2. *April* erstattet Czernin seinem Monarchen Bericht über die Bedingung der Italiener. Beide wollen von dieser Bedingung nichts wissen. *Oesterreich lehnt ab*; zehn Tage später aber schreibt Czernin: „*Schluß um jeden Preis!*" Wem anders als den Deutschen wird also dieser „Preis" zugemutet? Karl hat ihn ja bereits brieflich an Frankreich versprochen! Deutschland wird Elsaß-Lothringen hergeben und Oesterreich wird das Trentino behalten, das ist die Bilanz, an die Karl der Verräter in dieser Situation denkt. *Die „protestantische deutsche Vormacht" soll eben einfach jenen Krieg bezahlen, den der Vatikan vor zweieinhalb Jahren seinem „stärksten Bollwerk" gegen die russische „Orthodoxie" anempfohlen hat. Denn mit der Schwächung der „protestantischen Vormacht" ist ja schließlich beiden gedient: Habsburg und dem Vatikan, von den Alliierten gar nicht zu sprechen!* Dieses hinterhältige Doppelspiel Karls ist später selbst von Lloyd George* eindeutig gekennzeichnet worden. Er schreibt:

---

* Hier ist die Feststellung des Grafen Wedel, des Bethmann-Hollwegschen Botschafters in Wien, aus den „Hamburger Nachrichten" vom 24. Juli 1919 von Interesse. Er berichtete damals: „Ein französischer Diplomat hat in Wien verraten, es habe 1917 einen Augenblick gegeben, wo Lloyd George, der über Krieg und Frieden entschied, in seiner Zuversicht infolge des U-Bootkrieges wankend geworden war. Lloyd George und Ribot hätten im Begriff gestanden, nach Rom zu reisen, um mit dem italienischen Kollegen über die Frage eines Verständigungsfriedens zu beraten. Die geplante Reise sei aber aufgegeben worden, weil veränderte Nachrichten aus Oesterreich eintrafen."

„In Karls Annäherungsschritt offenbart sich jener zynische Egoismus, der jegliche Bemühung durchkreuzt hat, den Weltfrieden auf gerechten und daher festen Fundamenten zu errichten. Während er die größte Bereitwilligkeit an den Tag legte, Deutschlands Eroberungen preiszugeben, sträubte er sich, das von den Oesterreichern eroberte italienische Gebiet herauszugeben. Er hatte gar keine Lust, Italien Konzessionen zu machen. Es gibt für einen derartigen Zynismus stets plausible Erklärungen, wenn nicht gar plausible Gründe."

Der sachliche Tatbestand ist nunmehr folgender: Karl hat einerseits den Separatfrieden mit Italien torpediert, andererseits mit der Entlassung Hötzendorfs die von den Italienern um den 15. April erwartete Offensive hintertrieben. Nach den Feststellungen des Freiherrn von Werkmann, der sich heute als politischer Vertrauensmann Zitas Verdienste um die Habsburger Restauration zu erwerben bemüht, mußte „Conrad" seinerzeit gehen, weil seine Beibehaltung als österreichischer Generalstabschef die „Friedenspolitik des Kaisers kompromittiert hätte". Diese angeblich „friedenspolitische" Maßnahme des Habsburgers bedeutete, wie gesagt, den Ausfall der Offensive gegen Italien. Die Italiener, General Cadorna, haben am 23. März dringend 20 französisch-englische Divisionen zur Abwehr des erwarteten Vorstoßes von ihren Bundesgenossen verlangt. Die Unterstützung wird abgelehnt, denn die Franzosen planen ihrerseits an der Westfront einen Durchbruchsversuch von gewaltigem Ausmaße. Am 6. April beginnt das vorbereitende Trommelfeuer auf die deutschen Stellungen am Chemin des Dames und in der Champagne. Es dauert volle zehn Tage und wird mit einem unerhörten Einsatz an Material durchgeführt. 950 000 Mann stehen zum Angriff auf eine Front von 40 km Breite bereit. Der 15. April vergeht und die österreichische Offensive erfolgt nicht. Der 16. April tagt. Die französischen Sturmtruppen steigen aus den Gräben, greifen an. General Nivelle gibt ihnen die triumphierende Parole mit: „Es gibt keine Deutschen mehr vor Ihnen!" Er hat in diesen zehn Tagen aus 5000 Geschützen auf jeden laufenden Meter der deutschen Linien des Offensivabschnittes 407 Kilogramm Feldgranaten und 705 Kilogramm schwere Granaten abfeuern lassen. Er hat außerdem 1000 Minenwerfer einsetzen lassen, deren Torpedo- und Grabenminen nicht einmal in dieser Berechnung mitgezählt sind. Er hat diese ganze phantastische Operation vorbereiten können, ohne daß die Italiener plötzlich die geforderten Divisionen wirklich benötigt hätten. Nein, was die französischen Truppenteile dabei betrifft, so stehen sie jetzt hier auf eigenem Boden in den eigenen Verbänden bereit, um hinter der gewaltigen Feuerwalze her Division um Division zu marschieren und den Sieg Frankreichs an den Trümmern der deutschen Armee zu besiegeln. Nicht einmal die von den Italienern angeforderten 300 schweren Geschütze brauchte man abzugeben. Sie bellen und ackern jetzt hier mit. So ist es. Denn die italienische Heerführung hat sich geirrt. Der österreichische Kaiser heißt nicht Conrad von Hötzendorf, sondern Karl von Habsburg. Und der treibt „Friedenspolitik". In diesem Punkte hat Nivelle richtig gerechnet. In einem anderen dagegen hat er sich furchtbar geirrt: es gibt in den verschütteten, verwüsteten Stellungen drüben noch immer Deutsche! Sie ersticken die übermächtige Offensive im Blute der französischen Elitetruppen. Am 3. Mai flackert die Meuterei in einer Kolonialdivision auf.

In den ersten Junitagen tritt die Katastrophe ein. Der französische Kriegsminister Painlevé muß im Ministerrate mitteilen, daß die Armee meutert. 45 Divisionen stehen moralisch und militärisch vor dem Zusammenbruch; zwei allein sind intakt geblieben. Das ist das Ergebnis der Offensive. Wenn die Deutschen wüßten, wie es jenseits ihrer Drahtverhaue zu diesem Zeitpunkte aussieht — Paris wäre verloren, der Krieg wäre zweifellos entschieden. Aber die Deutschen erfahren nicht, was drüben vor sich geht. Sie haben keinen Sixtus im anderen Lager und Poincaré ist nicht der Kaiser des „katholischen Staates kat exochen", sondern der Präsident der französischen Republik. Er handelt dementsprechend. Er läßt weder eine Denkschrift über die „verzweifelte Lage" schreiben, noch verzichtet er auf die Rückforderung Elsaß-Lothringens. Er verspricht auch nicht den Deutschen etwa Belgien oder Britisch-Indien oder sonst irgendein Stück vom Besitze seiner Bundesgenossen als Friedenspreis. Nein, er und seine Regierung führen ohne Zögern das Standrecht wieder ein, das sie vor einem Jahr erst als unrepublikanisch abgeschafft haben. Todesurteile, Erschießungen, Deportationen, strengste Zensur der Presse; auch mit den roten Demagogen wird kurzer Prozeß gemacht! Nivelle ist abgesetzt, General Pétain hat den Oberbefehl übernommen und säubert die Armee. Es gibt keine Rücksicht auf Verdienste, Ränge und guten Glauben. Weder an der Front, noch in der Etappe, noch gegenüber den Parteipolitikern. Die Gefahr wird auf diese Weise überwunden. Poincaré hat die richtigen Lehren aus dem Briefe gezogen, den ihm der Prinz Sixtus am 31. März übergeben hat. Ein feindlicher Kaiser, welcher die „große Widerstandskraft, den prachtvollen Elan Frankreichs" bewundert und seine „gerechten Rückforderungsansprüche mit allen Mitteln" zu unterstützen versprach, das ist eine moralische Reserve, welche in einer solchen Nervenprobe mehr wert ist, als die letzten zwei disziplinierten Divisionen zwischen Soissons und Reims. Sie ist eine eiserne Ration für die Willenskraft des französischen Kabinetts und der französischen Heerführung. Die Deutschen — wie gesagt — haben keine Ahnung von alle dem. So wird Frankreich wieder auf die Beine gestellt und der Habsburger kann seine „Friedenspolitik" weitertreiben. Ueber seine diesbezüglichen Gedankengänge unterrichtet er seinen Außenminister am 15. Mai schriftlich. Dabei bringt er Czernin unmißverständlich zum Ausdruck, daß er einen „eklatanten militärischen Sieg der Deutschen" grundsätzlich nicht wünscht. Dieses Dokument von Hinterhältigkeit beweist, daß Karl darauf ausgeht, den nach dem französischen Zusammenbruch erwarteten Sieg der deutschen Waffen mit allen Mitteln zu sabotieren. Der Habsburger schreibt darin:

> **„So wie ich jede Militärkonvention mit Deutschland auf das entschiedendste zurückgewiesen habe, so muß ich auch jeden Handelsvertrag, der uns in intimere Beziehungen zu Deutschland als zu jedem anderen Staate bringt, perhorreszieren. Der Zweck dieses Handelsvertrages für Deutschland ist klar, es ist**

dies ein Baustein im großen Werk der Hohenzollern, Oesterreich in ihre vollständige Abhängigkeit à la Bayern zu bringen... Ein eklatanter militärischer Sieg Deutschlands wäre unser Ruin... Der Friede à l'aimable auf dem Status quo wäre für uns das allerbeste, denn dann wäre Deutschland nicht zu übermütig, und wir hätten es uns mit den Westmächten, die eigentlich gar nicht unsere Feinde sind, nicht ganz verdorben... Ein Zugrundegehen mit Deutschland aus reiner Noblesse wäre Selbstmord... Resümierend glaube ich, daß für Oesterreich die einzige Möglichkeit, gut aus dieser Schlamastik (!) herauszukommen, ist, ein Friede ohne Annexion und nach dem Kriege außer Deutschland als Gegengewicht ein Bündnis mit Frankreich..."

Diese — angesichts der gegenwärtigen Lage — ungeheuerliche Spekulation Karl des Verräters ist zweifellos ein beweiskräftiges Argument für die später in Oesterreich weitverbreitete Ueberzeugung, daß die Wiener Hofburg die Unterstützung der entscheidenden militärischen Aktionen an der Westfront durch entsprechend starke österreichische Streitkräfte hintertrieben habe.

Der Judas mit dem Kardinalshut

Mit der Auslieferung der Czerninschen Denkschrift an Erzberger nimmt eine zweite Offensive auf die deutsche Stellung ihren Anfang; ohne Geschütz und Granaten, ohne den Einsatz einer Millionenarmee. Nichtsdestoweniger aber von entscheidender Gefährlichkeit. Was Karl und Czernin bisher trotz aller mündlichen und schriftlichen Bemühungen nicht erreicht haben — die deutsche Politik auf die von ihnen gewünschte Linie zu bringen — das wird jetzt gelingen. Gegen einen Angriff vom Rücken aus wird Berlin machtlos sein. Zwei Möglichkeiten werden entstehen:

1. Die deutsche Regierung gibt nach und zeigt sich den geheimen Wiener Plänen gefügig oder
2. sie gibt nicht nach und muß sich dann mit ihrem eigenen Reichstage herumschlagen. Dort aber werden die Marxisten und das Zentrum im Namen des deutschen Volkes sprechen und die Isolierung der Regierung vom Volke bewerkstelligen. In diesem Falle wird man dann den Beweis für die Parole haben: das deutsche Volk will Frieden, seine Regierung aber will den Krieg.

Die moralischen Folgen für Deutschland können nur in einer Schwächung der Regierungsautorität und in einer offenen oder schleichenden Vertrauenskrise bestehen. Die Entente dagegen wird aus jeder der beiden Möglichkeiten Kapital zur moralischen Wiederaufrichtung, zur Erneuerung des Kampfwillens ihrer eigenen Völker schlagen und den Druck auf Deutschland verstärken können. Sie wird im zweiten Falle — je mehr Streit in Deutschland über den „Frieden" entsteht und sie selbst den militärischen Druck gleichzeitig verstärkt — sogar planmäßig die deutsche Vertrauenskrise bis zur unüberbrückbaren Kluft treiben können, weil sie auf die eigensüchtigen Absichten sowohl der Marxisten als auch der „Bonifatiuspolitiker" rechnen darf. Das Haus Habsburg-Parma wird das

Gewicht seines „katholischen“ Staates in die Waagschale des Zentrums legen. Denn das Haus Habsburg-Parma hat ja diese Offensive „strategisch“ vorbereitet und in der Flanke bereits eröffnet. Der Abgeordnete Erzberger wird sie jetzt in Berlin, im Rücken der deutschen politischen Befehlszentrale fortführen.

Er beginnt. Am 6. Juli 1917 tagt der Hauptausschuß des Deutschen Reichstages. Der Zentrumsabgeordnete Erzberger ergreift das Wort zu einer Rede und verblüfft — *jetzt, einen Monat nach dem Scheitern der französischen Offensive* — den Ausschuß mit der Erklärung, Deutschland müsse Frieden machen, weil es am Ende seiner militärischen Kraft sei. Ungefähr mit den Argumenten der Czerninschen Denkschrift verlangt er, der Deutsche Reichstag müsse eine programmatische *Friedensresolution* beschließen.

Wenn man bedenkt, daß der deutsche Kaiser ein halbes Jahr vorher auf sein Friedensangebot die hohnvolle Ablehnung der Entente erfuhr, so kann sich dieser Erzbergersche Vorschlag nur als eine Maßregelung Wilhelms durch den Deutschen Reichstag auswirken. Als *Hindenburg* und *Ludendorff* von der Forderung Erzbergers hören, bitten sie sofort um Audienz beim Kaiser. Der läßt sie nach Berlin kommen. Der Reichskanzler Bethmann-Hollweg aber macht Wilhelm II. klar, daß die Einmischung der Heerführung in die Politik eine Gefahr sei. Daraufhin lehnt Wilhelm eine Aussprache über den Erzberger-Plan mit den beiden Generälen ab; sie müssen unverrichteter Dinge wieder in das Große Hauptquartier zurückfahren. Am 12. Juli schreiben sie ihre *Gesuche um Enthebung* vom Kommando an den Kaiser, der gerade mit Bethmann-Hollweg über den Erzbergerschen Antrag brütet. Beschluß: die Heerführer müssen bleiben, Bethmann-Hollweg geht. Hindenburg und Ludendorff werden auf den 13. nach Berlin zitiert, um aus dem kaiserlichen Munde zur Disziplin gerufen zu werden. *Am Nachmittag desselben Tages warnen sie die Führer der Reichstagsparteien* eindringlichst vor der Annahme der Resolution, verweisen darauf, daß eine solche Erklärung den Feind nur in seinem Kampfwillen bestärken kann. Vergebens! Die „Allianz von Speyer“ erweist sich als die stärkere Macht. Am 19. Juli beschließt sie im Deutschen Reichstage die Friedensresolution.* Diese wird von den Alliierten trotz aller darin enthaltenen Phrasen von „unerschütterlichem Ausharren und Kampf wie ein Mann“ als das gewertet, was sie ist: das offizielle Geständnis, daß Deutschlands Widerstandswille am Sinken ist. Sie ziehen ihre Folgerung daraus. Die lautet: „Nun erst recht!“ Der Schlußsatz, der von dem Bonifatiuspolitiker Erzberger arrangierten denkwürdigen Resolution aber ist ein

---

* Noch während des Krieges erschien ein Buch: „Kriegsbilder aus Paris 1914—1917“, von Hans Wram. Darin schilderte der Verfasser, wie der Feind die innerdeutsche Lage sah. Es hieß da: „Ich habe es bereits kurz angedeutet (es ist ein zu peinliches Thema), und doch muß ich mit Nachdruck darauf hinweisen, daß ein bedeutender Teil des Kampfeswillens des Feindes nur daraus erwächst, weil er glaubt, *daß große Parteien im Lande sowie im Reichstage unseren Sieg gar nicht wünschen und die richtige Ausnützung desselben zu verhindern wissen werden. Auf die Art betrachtet der Feind diese Parteien sozusagen als seine geheimen Verbündeten in Deutschland.* Auch diese unangenehme Wahrheit mußte endlich einmal gesagt werden, durch Totschweigen ist nichts gewonnen.“

geschichtliches Dokument für den zynischen Betrug der Speyerer Allianzpolitik am deutschen Volke geworden:

> **„In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich in dieser Bekundung eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher."**

Der infame Spott dieser Erklärung wird durch einen Kommentar des katholischen „Westfälischen Volksblattes" in Paderborn zu der Resolution vom 19. Juli deutlich entlarvt. Darin heißt es:

„Wir können dem Zentrum den Vorwurf nicht ersparen, daß es in schwerer Stunde versagt hat und vermögen uns seine Stellungnahme nur so zu erklären, daß das Zentrum vermeiden wollte, das Bild gestörter Einigkeit zu bieten. Das Zentrum hatte es als ausschlaggebende Partei in der Hand, die Erörterungen der letzten Zeit bis nach dem Kriege zu verschieben. Wurde es dabei gestört, so hatte es die heilige Pflicht, die Störenfriede abzuschütteln und seine Auffassung entschieden durchzusetzen. Es tat das nicht. Die Katholiken empfinden das Zusammengehen des Zentrums mit dem Linksblock in Fragen, die für sie und das Reich Entscheidungsfragen sind, aufs bitterste. Wir protestieren dagegen, uns in dieser Weise vertreten zu lassen und stehen nicht an, offen unserer Mißbilligung Ausdruck zu geben. Daß es so weit kommen mußte, haben die zu verantworten, die den Sturm heraufbeschworen haben. Wird die Taktik nicht gründlich geändert, sind die Konsequenzen einfach unabsehbar . . ."
Hier wird aus Zentrumsmunde erklärt, daß die Bonifatiuspartei das Parteiprestige über die elementarsten Belange der Nation gestellt hat, obwohl ihrer Leitung die Tragweite der Reichstagsaktion wohl genau so bekannt gewesen ist, wie ihrer Anhängerschaft.

Das französische Volk, das ja noch nichts von einem gewissen Briefe aus Wien in den Akten des Quai d'Orsay weiß, frohlockt natürlich über den üblen Erzbergerschen Streich. Es frohlockt um so mehr, als es ebendiesen Erzberger bisher als einen der fanatischsten „Wüteriche" auf der anderen Seite kannte. Im Zusammenhang mit dem „Friedensschritt" dieses politischen Intriganten schreibt nun das „Echo de Paris":

„Wir wollen uns nicht das Gehirn zermartern über die Nachrichten, welche uns in diesen Tagen aus Deutschland zukommen und welche nicht schlecht sind. Sie deuten zum mindesten auf eine nicht geringe Aufregung im Lande des Boches — aber es wäre unsinnig, aus den Vorgängen den Schluß zu ziehen, daß der Feind in den letzten Zügen liegt. Sei es wie ihm sei — die schöne Rede des vortrefflichen Herrn Erzberger ist ein erfreuliches Anzeichen. Um sich den vollen Genuß des tragischen Umschwunges zu verschaffen, ist es von Wert, sich ins Gedächtnis zurückzurufen, was dieser kecke Bursche einstmals war: Wüterich sondergleichen! Im „Tag" hat er seinerzeit einen großartigen Aufsatz veröffentlicht mit der Ueberschrift: „Keine Empfindelei!" Er beschwor seine sanftmütigen Landsleute, doch nicht die Milde selbst zu sein und die sprich-

wörtlich gewordene Gutmütigkeit des verschlafenen Michel abzuschütteln. Er rief nach einem Erfinder, der das Mittel finden sollte, „ganz London vom Erdboden wegzufegen". Bekanntlich hatten die Engländer gleich zu Beginn des Krieges einige hundert deutsche Schiffe beschlagnahmt; da sollte denn für jedes derartige Schiff in gerechter Vergeltung eine englische Stadt oder ein englisches Dorf zerstört werden, so wollte es unser mutiger Erzberger, und er betonte es mit Nachdruck — die Häuser und ihre Bewohner sollten vertilgt werden! Er kündigte seine äußerste Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Regierung an, wenn sie noch lange zögern sollte, einen Platzregen von Pech und Schwefel auf den englischen Boden niederprasseln zu lassen. Er beschwor Ingenieure, Chemiker und andere findige Geister, ja nicht saumselig zu sein, und machte ihnen sogar grausam wilde Vorschläge, er predigte Feuer, Vernichtung, ja die „Zermalmung der ganzen außerdeutschen Welt". Er war sich seiner Sache sicher, wutgeschwollen, und sann, kurz gesagt, nur noch über Kriegskünste und Pläne nach, die ihm die Gewähr eines herrlichen Sieges der deutschen Barbarei boten. Nach all dem sieht man den Erzschelm Erzberger in verdächtigen Friedensgeschäften reisen und sich aus einem mordgierigen Tiger zum listenreichen Füchslein wandeln. Ja, der Biedermann war bedenklich geworden! Seine stolze Siegesstimmung machte einer duckmäuserischen Geschäftigkeit Platz, die nicht frei von Aengstlichkeit erscheint. Gibt er denn nicht durch sein jetziges Verhalten einigermaßen seine Enttäuschung zu? — Der biedere Erzberger hat jedenfalls viel Wasser in den schäumenden Most seiner Begeisterung gegossen." —

Wie man sieht: es wiegt auf der anderen Seite doppelt, daß gerade der „Erzschelm" Erzberger sich zum Verkünder des deutschen Friedenswillens gemacht hat. Aber es wiegt leider nur „drüben" doppelt. In Deutschland bringt es niemand fertig, diesem charakterlosen, politisch durch und durch korrupten Bonifatiuspolitiker und Doppelspieler nach seinem gefährlichen Manöver das Handwerk zu legen. Seine Taktik hat sich gelohnt: einen Mann, der seinen wilden Patriotismus und Kriegsmut so oft und laut wie er an den Tag gelegt hat, einen solchen Mann kann niemand im Ernst der nationalen Unzuverlässigkeit zeihen — wenn er endlich aus „Vernunftgründen" dem Frieden das Wort redet!

Der Wiener „Trumpf" wird ausgespielt

Erzberger reibt sich die Hände. Dieser Schlag sitzt! Das kann er wohl behaupten, und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn einer seiner Gegner sich davon je erholen wollte. Er hat noch längst nicht alle Trümpfe gespielt. Aber er wird sie spielen. Er wird ganze Arbeit leisten. Er hat die große Karte aus Wien noch in der Hand. Nun legt er sie auf den Tisch: am 25. Juli verliest er auf der Parteikonferenz des Zentrums zu Frankfurt a. M. vor rund 200 seiner politisierenden „Bonifatiusfreunde" die geheime Denkschrift Czernins, von der bis dahin in Deutschland außer ihm und dem Kaiser niemand etwas wußte. Will jetzt noch jemand einen Stein auf ihn, den Abgeordneten Erzberger, werfen? Hat er in Punkto Friedensresolution anders handeln dürfen, wo er dieses

erschütternde Dokument in der Tasche trug? Warum hat Wilhelm II. nicht von sich aus der Wahrheit die Ehre gegeben? Die psychologische Auswirkung des Schachzuges, den Erzberger mit der Verlesung dieser Denkschrift getan hat, wird eindeutig sein. Parlament und Volk werden Wilhelm und die beiden verantwortlichen Heerführer des Hasardspieles bezichtigen, wenn diese auch jetzt noch nicht „Schluß um jeden Preis" machen wollen. Sie werden auch das Argument anführen können, daß der Kaiser seinem eigenen Volke die Gefährlichkeit der wahren Lage verschwiegen habe. Dieses Argument wird Oel in die schwelende Glut der Vorkämpfer einer künftigen deutschen Republik sein. Alles in allem: Herr Erzberger hat im gefährlichen Augenblick ein scharfes, zersetzendes Gift in die Kanäle der deutschen öffentlichen Meinung gespritzt. Er hat sich mit Czernins Denkschrift gerechtfertigt und umgekehrt Czernin mit der Berliner Friedensresolution. Das Netz ist von Wien bis Berlin geknüpft. Es fehlt nur noch die Masche Paris-London, dann wird wohl die „protestantische" deutsche Vormacht dem Hause Habsburg-Parma in bezug auf seine außenpolitischen und der Speyerer Allianz in bezug auf ihre innerpolitischen Wünsche aus der Hand fressen müssen. Nach der Frankfurter Konferenz hat Erzberger dringend in der Schweiz zu tun. Niemand weiß zwar, was er dort macht, aber schließlich fragt ihn auch niemand darüber aus. Jedenfalls, er hat dort zu tun und fährt hin. Zwei Jahre später, am 30. Juli 1919, gesteht die englische Zeitung „Times":

„Der Geheimbericht des Grafen Czernin über die hoffnungslose Lage der Mittelmächte ist etwa Juli 1917 dem englischen Ministerrat zugegangen und hat den Gegenstand eingehender Beratungen gebildet. Danach noch mit Deutschland zu verhandeln, wäre nach Ansicht aller Minister heller Wahnsinn gewesen."

Am 9. Oktober 1917 veröffentlichte Erzberger den Inhalt des Czerninschen Geheimberichtes im holländischen „Niewe Rotterdamsche Courant", während die österreichische Regierung den Inhalt dieser Denkschrift im gleichen Herbst widerrief und der Durchbruch der vereinigten deutschen und österreichischen Corps bis zur Adria den Tatsachenbeweis dafür lieferte, daß Herrn Czernins Auslassung über die militärische Kraft der Mittelmächte falsch war.

Aber dem Widerruf standen nun die Resolution des Deutschen Reichstages und ein kaiserlicher, handgeschriebener Brief in den Akten des Quai d'Orsay, dem Siege an der italienischen Front der Eintritt der Amerikaner in den Krieg gegenüber. Die Friedensresolution Erzbergers aber trug die Mehrheitsunterschrift des Deutschen Reichstages und konnte nicht auf Kosten etwaiger persönlicher Irrtümer eines einzelnen widerrufen werden. Unter diesen Umständen mag die feindliche Oeffentlichkeit auch die interessante Enthüllung im „Niewe Rotterdamsche Courant" als sehr willkommen aufgenommen haben. Der katholische Pfarrer Dr. W. Büttner hat in der „historisch-politischen Zeitschrift für das katholische Deutschland", „Gelbe Hefte", im Jahre 1931 die Erzbergerschen Aktionen von 1917 selbst als eine schwere Kompromittierung des politischen Katholizismus bezeichnet und wörtlich geschrieben:

„In einer Zeit höchster Not des Vaterlandes, wo alle Kräfte der Sammlung zur Stärkung der Staatsgewalt, zur Bekämpfung des inneren Feindes hätten aufgeboten werden müssen, in einem solchen Augenblicke sich mit Elementen verbündet zu haben, die mit der kommenden Revolution liebäugelten, aus Liebe zu einer revolutionären Partei eine ‚Reichsreform' eingeleitet und mit jener revolutionär eingestellten Partei sich für lange Sicht verständigt zu haben: das ist die historische Sünde des Erzbergerschen Zentrums vom Jahre 1917."

Die Entente wußte nur zu gut, daß die Keile im Innern Deutschlands und zwischen Berlin und Wien angesetzt waren. Der im Innern hieß Erzberger, der in Wien hieß Karl; und dieser Karl hatte seinem verräterischen Treiben damit die Krone aufgesetzt, daß er 1917 Herrn Briand in das Jesuitenkloster Feldkirch in Vorarlberg kommen ließ, um mit ihm den österreichischen „Separatfrieden" mit der Entente zu besprechen. Warum also sollten die Alliierten den Widerruf der Denkschrift Czernins noch ernst nehmen? Sie taten besser daran, auf die angesetzten Keile die Hämmer der Versprechungen und der geheimen Unterstützung zu setzen. Mit ihnen mußte die deutsche Burg zu sprengen sein!

Deutschland braucht U-Boote und — Jesuiten

Ueber zwei Jahre lang hat England die „uneingeschränkte Blockade" bereits durchgeführt, als die deutsche Staatsführung endlich am 1. Februar 1917 diesem brutalen Kampfmittel ein einigermaßen gleichwertiges entgegensetzt: den uneingeschränkten U-Bootkrieg. Der Blockade sind in Deutschland zirka 750 000 Zivilpersonen zum Opfer gefallen, aber es ist nichts davon gehört worden, daß der Heilige Vater dieserhalb jemals ein Wort der Mahnung an die Adresse der Entente verloren hätte. Es wäre gewiß nicht unchristlich gewesen, wenn er zugunsten jener verhungernden Frauen, Greise und Kinder einmal seine Stimme erhoben hätte. Das tat er nicht. Jetzt aber tut er etwas anderes. Er läßt in seinem politischen Vorgelände, in der „Civiltà Cattolica", erstes Märzheft, ein wenig gegen die deutsche „U-Boot-Barbarei" plänkeln, und die Welt beginnt davon zu munkeln, daß der Stellvertreter Gottes auf Erden den Deutschen in dieser Angelegenheit das Urteil sprechen werde. Die Welt wartet bereits ungeduldig darauf, zur Verdammung Deutschlands durch den Papst Beifall klatschen zu dürfen. Die deutsche Oeffentlichkeit erfährt von diesem vatikanischen Geplänkel erstmals etwas in den Spalten der „Kölnischen Volkszeitung". Darin wird am 7. März 1917 ein angeblicher Auszug aus dem U-Boot-Artikel der „Civiltà Cattolica" veröffentlicht, in dem es heißt:

„Das deutsche, als gerechtfertigte Verteidigung und Gegenmaßregel gegen Englands Aushungerungsplan unternommene Vorgehen sei gewiß entsetzlich, aber andererseits sei es auch gegen alles Internationale Recht, eine ganze Nation mit so vielen unschuldigen Leben, mit all den Frauen, Kindern, Greisen durch Hunger zur Uebergabe zu zwingen."

Nun müßten ja eigentlich die Deutschen Hände und Stimmen ihrerseits mit Genugtuung zum Beifall erheben. Sie müßten das, wenn das rheinische

Zentrumsblatt bei der Wahrheit geblieben wäre. Es ist aber nicht bei der Wahrheit geblieben. Es hat kurzerhand die deutsche Oeffentlichkeit mit einer Umfälschung betrogen. Denn die römische Jesuiten-Zeitschrift hat in Wirklichkeit folgende Erklärung vom Stapel gelassen:

> **„Wie dem auch sei — weder das englische Vorhaben noch der äußerste Fall ‚der Not, die kein Gebot kennt', kann vor der Moral und dem christlichen Gesetz als eine Rechtfertigung der angedrohten uneingeschränkten Zerstörung durch U-Boote gelten. Noch viel weniger läßt sich damit das sinnlose Umbringen unschuldiger Reisender rechtfertigen, die es wagen, mit ihren Schiffen das freie Meer zu befahren und die von einem anmaßenden Gegner bezeichnete Sperrgrenze zu überschreiten. Hier liegt die Sache nach den Normen des Rechts klar und deutlich: die Neutralen, die gewiß nicht verpflichtet sind, sich zum Vorteile Deutschlands zu opfern, und auf ihre Rechte zu verzichten, haben das größte Recht zum politischen Protest und zur Abwehr mit allen Mitteln."**

Das besagt klipp und klar, daß die halbamtliche „Civiltà Cattolica" die englische Blockadepolitik, die amerikanischen Waffenlieferungen an die Alliierten und die Begründung der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland deckt, daß sie dagegen den Notwehrakt Deutschlands offen als „unmoralisch" und „unchristlich" abstempelt. Gleichzeitig aber ruft sie nach einer Abwehr der deutschen Notmaßnahme „mit allen Mitteln". Nicht nur die Alliierten, sondern auch die Neutralen werden dazu aufgerufen und wohlweislich daran erinnert, daß man in Rom völkerrechtliche Einschränkungen nur gegenüber dem bedrängten Deutschland als gültig erachtet.

Ueber ein solch heuchlerisches Pharisäertum bleibt höchstens noch zu sagen, daß es sich einer Dialektik bedient, die sich in nichts von der Rabulistik jüdischer Rabbiner unterscheidet. Eine sachliche Auseinandersetzung über Recht und Unrecht auf dieser Ebene gibt es natürlich nicht. Geben die Deutschen das etwa der jesuitischen Perfidie zur Antwort? Nein. Die Deutschen haben ein Zentrum im Reichstag und in diesem Zentrum einen Abgeordneten, namens Erzberger.* Und von dieser Bonifatiusfront, die von den Jesuiten am Vatikan über das Zentrum im Deutschen Reichstag bis zu Herrn Erzberger mit seinen umfassenden Beziehungen reicht, lassen sie sich eine denkwürdige Erpressung gefallen. Die Verurteilung des deutschen U-Bootkrieges (‚der ja endlich Wilson den längst gesuchten Anlaß zum offiziellen Eintritt der USA. in den Krieg geboten hat') durch den Papst droht. Ein Konflikt der deutschen Regierung mit dem Papste würde selbstverständlich neue Schwierigkeiten mit den Bonifatiuspolitikern und ihren Genossen von der Speyerer Allianz im Innern bedeuten. Um das zu vermeiden, gibt es nur einen Ausweg: der Papst als solcher schweigt zum uneingeschränkten U-Bootkrieg, läßt die Entente mit „halbamtlichen" Angriffen im Stile der „Civiltà Cattolica" befriedigen und Deutschland öffnet in Anerkennung dieses Verhaltens den Jesuiten wieder seine Grenzen! Bei diesem Plane wäre allerdings zu prüfen, ob die Gründe, die im Jahre 1872 bei der Ausweisung der Jesuiten

* Siehe die Anmerkung auf Seite 29.

aus dem deutschen Reichsgebiete maßgebend waren, inzwischen entfallen sind. Eine solche Prüfung müßte immerhin selbst Erzberger und seine Fraktionskollegen ein wenig aus der Fassung bringen können. Der Objektivität halber ließe sich da zum Beispiel ein Zeuge zitieren, dem in keiner Weise der Vorwurf einer antikirchlichen oder gar erst antikatholischen Einstellung gemacht werden könnte. Dieser Zeuge heißt **Windthorst**, war zu seiner Zeit **Reichstagsabgeordneter des Zentrums**, Vorstandsmitglied seiner Partei und forderte am 15. Mai 1872 in seiner Rede vor dem Deutschen Reichstage selbst die Ausweisung der Jesuiten aus Deutschland. Er begründete seine Forderung folgendermaßen:

„Indem ich nun zu meiner Aufgabe übergehe, erhebe ich gegen den Jesuitenorden die fünffache Anklage: daß er **staatsgefährlich, reichsgefährlich, kulturgefährlich** ist, daß er den **konfessionellen Frieden stört**, und daß er **die Sittlichkeit und Bildung des Volkes gefährdet**. Seit zwei Jahrzehnten hat der Jesuitenorden die Herrschaft der katholischen Kirche sich angemaßt, und hat nicht versäumt, alle seine Sätze und Lehren mit der Sanktion der katholischen Kirche zu umkleiden.

Durch die ganze katholische Kirche geht ein Zwiespalt, der nicht mehr verdeckt werden kann. Die mächtige Partei (das Zentrum), eben die Partei des Jesuitenordens, bedient sich **aller** Mittel..., um ihre kirchlichen Gegner zu vernichten.

*Wer die Gründung der ihnen (den Jesuiten) unterworfenen Kongregationen, Sodalitäten und Bruderschaften, das sind die Affiliierten der Jesuiten in der Laienwelt, wer ihre Andachtsübungen und Feste beobachten konnte, wer ferner weiß, wie sie den **Ablaßkram** befördern, die **Wundergeschichten** verbreiten, den **Aberglauben** kultivieren, den **Handel mit Amuletten und Skapulieren** betreiben — es sind das alles anerkannte Tatsachen, die der gar nicht bestreiten kann, der irgendwie in Gegenden gelebt hat, in denen die Jesuiten gewirkt haben, wer sich endlich davon überzeugt hat, daß der Jesuitenorden zur Zeit die **Frauenwelt in katholischen Ländern vollständig beherrscht**, und daß er, um diese Herrschaft zu erreichen und zu behalten, den **Marienkultus** in seiner jetzigen Übertreibung **bis zur vollständigen Idiolatrie** (Selbstvergötterung) gebracht hat —, der wird es begreiflich finden, daß eine so große internationale, staatlich organisierte, einem Willen gehorchende Gesellschaft, welche dazu noch unter dem mächtigen Schutze der katholischen Kirche steht, in der Tat zu einer **ernstlichen, die Gesellschaft und den Staat bedrohenden Gefahr** geworden ist.*

Sehen wir nicht zur Zeit in allen katholischen Städten jene Brüderschaften und Kongregationen entstehen, welche sich aus allen, auch aus den gebildetsten Ständen und Berufsklassen rekrutieren? Bemerken Sie denn

* Die vorliegende Schrift ist seinerzeit (16. Oktober 1937) vom „Landesg'richt für Strafsachen Wien I, Gerichtsabteilung 6 d" für Oesterreich verboten worden. Dieses Verbot wurde damals damit begründet, daß u. a. der obige (durch * gekennzeichnete) Abschnitt „den Tatbestand des Vergehens nach § 303 StG." erfülle! Armer Windthorst!

nicht, wie sie allmählich ihr gewaltiges Netz ausbreiten über alle Länder mit Hilfe ihrer Affiliierten? Ist es denn nicht ein bedenkliches Zeichen ihrer Macht, daß ihnen jetzt die ganze Organisation der katholischen Kirche zu Gebote steht, daß Geistlichkeit und Volk sich zu einer großartigen Agitation zugunsten des Ordens benutzen lassen, um den ersten Versuch, die schädliche Tätigkeit des Jesuitenordens einzuschränken, im Namen der angeblich bedrohten Kirche entgegenzutreten?"

Damit hat Windthorst im vorhinein das gerechtfertigt, was dreizehn Jahre später der bei den Bonifatiuspolitikern so schlecht gelittene Kanzler Bismarck vor dem gleichen Forum feststellen mußte:

„Die Jesuiten sind eine Gefahr für das geringe Maß, für den geringen Rest von Nationalgefühl, der einer großen Mehrzahl von uns Deutschen geblieben ist . . .

Es ist dieser Kosmopolitismus, diese Neigung zur Vaterlandslosigkeit, die gerade der Jesuitenorden mehr als irgendein anderer durch seine Jugenderziehung fördert."

Wenn man es nun schon nicht mit Bismarck halten könnte oder wollte, man könnte es in diesem Falle ja immerhin mit Windthorst halten. Das wäre ein schöner Gedanke, zweifellos. Aber in Deutschland hat man jetzt bei Gott statt der schönen Gedanken die bittere Sorge, daß der Papst auf den alten Windthorst wenig Rücksicht nehmen wird. Schließlich könnte er nicht nur vor dem Weltforum bezüglich der U-Bootfrage die Deutschen schädigen, sondern auch seine Hilfstruppen von der Speyerer Allianz im Rücken der deutschen Front mobil machen. Die Anzeichen stehen durchaus danach. Denn auf Wunsch des Papstes hat das Zentrum am 12. Februar zu einer „Internationalen Konferenz katholischer Mitglieder der Parlamente und Parteien" eingeladen, und die „Augsburger Postzeitung" hat anläßlich dieser Unternehmung geschrieben, sie hoffe, „daß die katholische supranationale Macht im Kampf um die Rolle des welterlösenden, friedenbringenden Elements der Internationalen des Proletariats den Rang ablaufe." Noch im selbigen Februar hat diese „supranationale" Weltzentrumskonferenz stattgefunden. Zwar waren die Franzosen, Italiener, Belgier und die katholischen Vertreter der übrigen Entente-Mächte nicht vertreten, aber Herr Erzberger und die Seinen waren anwesend. Man hat hinter verschlossenen Türen getagt, man hat natürlich auch Verbindung mit dem gemeinsamen Heiligen Vater aufgenommen und im Auslande ist das Gerücht umgegangen, daß der Heilige Vater den deutschen Bonifatiuspolitikern den Preis für seine „Neutralität" in der Frage des uneingeschränkten U-Bootkrieges habe nennen lassen: Wiederzulassung des Jesuitenordens und Errichtung einer päpstlichen Reichsnuntiatur in Deutschland! Das bisherige Fehlen beider Einrichtungen ist ja schließlich auch kein Zeichen dafür gewesen, daß die protestantischen Deutschen mehr an ihre gemeinsame Rückkehr in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche als an die siegreiche Beendigung des Weltkrieges gedacht haben. Von einem gewissen Standpunkte aus aber kann selbstverständlich der ersten Frage mehr Beachtung zugemessen werden als der zweiten. Erz-

berger hat sich in der Schweiz ausgiebig mit dem Jesuitengeneral Ledochowski unterhalten und dabei vermutlich nicht gerade die vatikanische Haltung zur englischen Blockadepolitik getadelt. Mit einem solchen Gesprächspartner hat es sicherlich „katholischere" Gespräche gegeben, vielleicht über gewisse strategische Fragen der Bonifatiuspolitik in Deutschland, von der Bismarck einmal gesagt hat, daß sie auf die „Zerstörung des unbequemen Gebildes eines Deutschen Reiches mit evangelischem Kaisertum" abgestellt sei. Wie dem auch sei, die Dinge sind zweifellos im Bonifatiusgeiste vorbereitet. Die deutsche Regierung wird sich entscheiden müssen, ob sie nun *mit* oder *ohne* Jesuiten ihren U-Bootkrieg führen will. Am 10. März weiß die „Kölnische Volkszeitung" schon Bescheid darüber zu geben, daß der Papst nichts Übles über diesen deutschen U-Bootkrieg sagen wird. Am 15. März schreibt der „Berner Bund", *daß das päpstliche Schweigen zu dieser Frage mit der Wiederzulassung der Jesuiten im Reiche bezahlt werden muß.* Am 20. März kündet der „Corierre della Sera" bereits an, daß das Jesuitengesetz in Deutschland fallen wird. Am 22. März hält der Papst eine Ansprache und schweigt sich tatsächlich über die deutsche Unterwasserkriegführung aus; und endlich *vom 19. April 1917 ab kann die „Gesellschaft Jesu" in Deutschland nach fünfundvierzigjähriger Pause wieder ihre Mission aufnehmen.* Sie kann jetzt wohl sagen, daß dieser Weltkrieg — wie auch immer er ausgehen mag — für sie bereits ein klarer Erfolg geworden ist; und die „Civiltà Cattolica" darf zustimmen.

Man sollte nun annehmen, daß die Bonifatiuspolitiker mit dem erzielten Schweigepreis zufriedengestellt sind und die deutsche Regierung sich von jetzt ab mehr dem U-Bootkriege selbst als der Debatte über ihn widmen darf. Dem ist nicht so. In seiner bereits erwähnten Rede vom 6. Juli vor dem Reichstagsausschuß quittiert Erzberger die Nachgiebigkeit der deutschen Regierung in der Jesuitenfrage mit einem heimtückischen Schlage. Da er nicht der Papst ist, so kann er schlecht den U-Bootkrieg an sich verdammen. Da dies aber die „Civiltà Cattolica" bereits erledigt hat, so braucht er es auch aus diesem Grunde gar nicht mehr zu versuchen. Er entwickelt seinen Angriff von einer anderen Seite aus: *er erklärt nämlich, daß der deutsche U-Bootkrieg ein Versager gewesen sei! Diese Erklärung aber benutzt er als einen unter anderen Gründen zur Kulisse für seine Forderung nach einer Friedensresolution!* Die Hinterhältigkeit der Bonifatiuspolitik kann durch nichts krasser bewiesen werden, als durch dieses dunkle Manöver des Jahres 1917. Zuerst droht man der deutschen Regierung — wenn auch getarnt — in dieser entscheidenden Frage in den Arm zu fallen, um ihr ein paar Monate später vor der Volksvertretung zynisch die Unzulänglichkeit derselben Sache vorzuwerfen. Gesteht man skrupelloser Raffinesse überhaupt Vollkommenheitsgrade zu, so kann hier nur von dem höchst erreichbaren Grade solch verbrecherischer Strategie die Rede sein. Einer derartigen Zermürbungstaktik sind Wilhelm II., seine Regierung und die zivilen Reichsbehörden nicht gewachsen. Die deutsche Regierung nimmt alles hin, was ihr von den vereinigten Bonifatiuspolitikern präsentiert wird. Der Kaiser wacht peinlichst darüber, daß nicht etwa die Armee durch ihre Führung gegenüber diesem tollen Treiben zu Worte kommt, wiewohl es letzten Endes auf Kosten der

Armee geht. Der kaiserliche Berater Bethmann-Hollweg hat in den kritischen Tagen vor der Friedensresolution mehr Kredit bei dem Monarchen als die beiden verantwortlichen Heerführer.

Das stellvertretende Generalkommando Karlsruhe erhebt im Herbst in Berlin eindringliche Vorstellungen gegen die planmäßige Zermürbung des Volkes durch das Zentrum. Es bietet die Beweise dafür an und bezeichnet die Bonifatiuspartei als „Organisation der Flaumacher, getragen vom kirchlichen Sinne der kleinen Leute, allmächtig durch den Nimbus Erzbergers."

Dieser Nimbus ist im „kirchlichen Sinne" seit Neujahr 1916 wohlbegründet. Damals erfuhren die „kleinen Leute" aus den Spalten der „Kölnischen Volkszeitung" folgendes:

> **„Eine seltsame und deshalb besonders ehrende Auszeichnung hat Papst Benedikt XV. dem Abgeordneten Erzberger zu Neujahr zuteil werden lassen. Der Papst übersandte dem Abgeordneten ein ungemein herzlich gehaltenes Handschreiben, in welchem er den Eifer und die Arbeit Erzbergers für die Person des Heiligen Vaters und den Heiligen Stuhl in rühmender Weise anerkennt. Es kommt ganz selten vor, daß der Heilige Vater ein solches Handschreiben an eine Privatperson sendet; es dürften im Jahre höchstens vier bis fünf Personen solche Handschreiben erhalten."**

Nun, im September 1917, hält dieser anerkannte „Eiferer für die Person des Heiligen Vaters und den Heiligen Stuhl" in seinem Wahlkreise zu Biberach in Württemberg eine öffentliche Rede, in welcher er nach bewährter Methode zunächst militärische „Enthüllungen" macht, um damit des weiteren seine demoralisierenden inner- und außenpolitischen Forderungen zu rechtfertigen. Wiederum sehen die verantwortlichen Stellen untätig zu; denn das Reichsjustizamt vertritt die Meinung, daß in diesem Falle der „subjektive Tatbestand des Landesverrates" nicht schlüssig zu beweisen sei.*

Bedenkt man, daß im Kriegsfalle nicht allein der „bewußte Landesverrat", sondern auch der „sachliche Tatbestand des vielleicht (!!) ungewollten Landesverrates" von schwerstem Schaden zu sein vermag, so bleibt es unbegreiflich, daß dem „sachlichen" Landesverräter Erzberger nach allen seinen Machenschaften das Handwerk nicht gelegt wird. Es hat einerseits den Anschein, als ob in Deutschland die Verantwortlichen nichts von dem wüßten, was im Jahre 1898 Rampolla dem französischen Gesandten Mombel zu verstehen gab. Andererseits aber spricht mehr als genug dafür, daß der Geist Rampollas drohend über dem Geschehen in und um Deutschland schwebt. Dennoch: Deutschland schafft diesem Geiste immer neue Reservate, macht ihm immer neue Konzessionen. Eines Tages wird er hohnlächelnd die Maske fallen lassen, dann, wenn das Ziel erreicht ist: der Sturz der „protestantischen Vormacht" in Deutschland! Die geschichtlich als Pioniere dieses Zieles gekennzeichneten Jesuiten werden Erzberger gewiß nicht

---

* Wer denkt dabei nicht an das Verhalten gewisser hoher Kirchenvertreter vor den deutschen Gerichten im Jahre 1937, bei denen ebenfalls die Begriffe „subjektiv" und „objektiv" bezüglich der Feststellung etwaiger Meineide eine nicht unerhebliche Rolle spielen mußten?! Man kann daher sehr wohl auf den Gedanken kommen, daß von Erzberger bis zu jenen kirchlichen Vertretern ein gewisses dialektisches System befolgt wurde, welches in kritischen Augenblicken der weltlichen Justiz gegenüber eine gewisse Nützlichkeit besitzt.

im Stiche lassen. Sie brauchen nichts anderes zu tun, als den „kirchlichen Sinn der kleinen Leute" zu bestärken. Das übrige kann dann der „Nimbus" Erzbergers zu Ende führen. Das Wort Bismarcks aus dem Jahre 1892 bewahrheitet sich: es ist „ein Unglück und eine Gefahr für das Reich geworden, daß die Regierung ihre Tendenz darauf zuspitzt, dem Zentrum zu gefallen".

Der Vatikan wünscht „einen" Frieden

Wie erinnerlich, hat Wilhelm II. am 12. Dezember 1916 den Alliierten ein Friedensangebot gemacht. Damals hat der Papst sich diesem deutschen Friedensversuch gegenüber „unbedingt neutral" verhalten. Das heißt, er hat seine Diplomatie bei den Entente-Mächten nicht etwa befürwortend eingesetzt, sondern geschwiegen. Obwohl, wie Erzberger behauptete, der „päpstliche Vertreter in der Schweiz bereits im Oktober 1916 den Zeitpunkt für gekommen hielt, den Weltfrieden herbeizuführen". Demnach wäre es doch angebracht gewesen, den deutschen Schritt bei den Alliierten zu unterstützen. Jedenfalls: das geschah nicht. Vermutlich deshalb nicht, weil die Entente aus einer solchen Unterstützung eine Art von moralischem Beistande des Vatikans gegenüber dem deutschen Vorschlage hätte erblicken können. Erzberger hat erklärt, er habe „im Anschluß an die Wiener Besprechung im April 1917 beim Vatikan angeregt, ob nicht eine neue Kundgebung des Heiligen Vaters zugunsten des Friedens erfolgen könne". Erzberger identifiziert also hier die allgemeinen päpstlichen Anweisungen zu Friedensgebeten an die Katholiken der Welt und die allgemeinen Ermahnungen an die kriegführenden Mächte mit „Kundgebungen zugunsten des Friedens". Was Deutschland betrifft, so ist es bei diesen „Ermahnungen" bisher zumeist mit versteckt einseitigen Vorwürfen bedacht worden. Dagegen findet das deutsche Friedensangebot von 1916, wie gesagt, keine vatikanische Unterstützung. Der „Corriere della Sera" vom 21. Januar 1917 weiß sogar zu berichten, daß der Papst dem katholischen Klerus verboten hat, über die Friedensfrage überhaupt und über die Stellung des Papstes zum Friedensangebot der Mittelmächte (also der deutschen Regierung) insbesondere zu diskutieren. Erzbergers Anregung vom April 1917 bleibt zunächst ebenfalls ohne Wirkung. Aber im Juni überreicht der Nuntius Pacelli dem deutschen Kaiser im Großen Hauptquartier eine handgeschriebene Friedensanregung des Papstes. Pacelli hat auch mit Bethmann-Hollweg über die Unabhängigkeit Belgiens gesprochen; die Deutschen garantieren ihm dieselbe und wollen Frieden schließen, obwohl sich seit ihrem eigenen Angebot an die Alliierten manches zu ihren Gunsten geändert hat und sie jetzt die Friedensinitiative von der anderen Seite erwarten dürften. Rußland ist am Ende, die französische Märzoffensive ist zusammengebrochen und hat Frankreich schwer erschüttert, Italien hat sich um einen Separatfrieden bemüht, England spürt die Folgen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und wird nervös. Wenn dieser U-Boot-Krieg jetzt noch verstärkt wird, die Ostarmeen für den Einsatz

im Westen frei werden, dann darf Deutschland mit Recht auf den Endsieg hoffen. In dieser für die Entente bedenklich kritischen Situation setzt nun plötzlich die päpstliche Friedensvermittlung ein. Erzberger selbst bestätigt, daß das Ziel dieser Vermittlungsarbeit lediglich in einer einseitigen Intervention zugunsten der Auffassungen und Wünsche der Alliierten bestand. Er hat darüber geschrieben:

> **„In der deutschen Oeffentlichkeit hat man sich damals darüber aufgehalten, daß der Heilige Stuhl, trotz der besonderen Note von Berlin in der Oeffentlichkeit keine Schritte zugunsten des deutschen Friedensangebotes unternommen hat. Die deutsche Regierung hat damals niemand, auch mir nicht, Kenntnis davon gegeben, daß der Heilige Stuhl unermüdlich in jenen Tagen für den Frieden arbeitete, und zwar am nachdrücklichsten bei der deutschen Regierung selbst. Erst im Herbst 1919 wurde mir bekannt, daß über die Wiener Nuntiatur Depeschen des Kardinalstaatssekretärs Gasparri eingelaufen waren, in denen auf den Ernst und die Bedeutung der unmittelbar auf die deutsche Erklärung folgenden Wilsonschen Friedensvermittlung hingewiesen und Deutschland gebeten wurde, den Wilsonschen Schritt in jeder Richtung zu unterstützen, namentlich durch eine von allen kriegführenden Staaten abzugebende Erklärung über Abrüstung. Die von Wilson ausgegangene Friedensvermittlung fand also die völlige Unterstützung des Heiligen Stuhles... Auch hatte der Heilige Stuhl über denselben Weg mitteilen lassen, es bestünden gute Gründe zur Annahme einer Geneigtheit der Entente zu Friedensverhandlungen, wenn Deutschland etwas über die Friedensbedingungen bekanntgebe; namentlich komme es auf Garantien der Wiederherstellung und Unabhängigkeit Belgiens an. Damit wurde die Regierung bereits zum zweiten Male von so hoher Stelle aus auf diesen Kardinalpunkt hingewiesen."**

Nun hat Pacelli also bezüglich des von den Feindmächten genannten „Kardinalpunktes" die gewünschte Erklärung Bethmann-Hollwegs. Die Entente-Mächte könnten daher jetzt ihre „Geneigtheit zu Friedensverhandlungen" in die Tat umsetzen. Davor aber bewahrt sie, nach dem bekannten Geständnis der „Times" von 1919, ein unerwartetes Ereignis: die Friedensaktion Erzberger-Czernin, bestehend aus der Resolution des Deutschen Reichstages vom 19. Juli und der von Erzberger am 25. Juli in der geschilderten Weise preisgegebenen Denkschrift Czernins vom 12. April! „Danach noch mit Deutschland zu verhandeln, wäre nach Ansicht aller Minister heller Wahnsinn gewesen!" Das ist das Fazit, welches die Feinde Deutschlands aus dem meuchlerischen Beistande der Bonifatiuspolitik ziehen.

Und unter diesen Gesichtspunkten betreiben sie von Ende Juli ab eine moralische Neuaufrüstung ihrer Völker, aus welcher in Deutschland die „Speyerer Allianz" im Schlußakte des Weltkriegsdramas wiederum ihren Nutzen zieht, als sie endlich die bedingungslose Kapitulation Deutschlands mit dem Hinweis auf die Aussichtslosigkeit des deutschen Widerstandes gegen die feindliche Uebermacht fordert. Schon am 30. Juli — elf Tage nach der Erzbergerschen Friedensresolution, fünf Tage nach der Verlesung der Czerninschen Denkschrift durch Erzberger in Frankfurt — antwortet die französische Kammer

ihrerseits mit einer „Resolution“: *Sie besteht in der erneuten Proklamation des französischen Anspruches auf Elsaß-Lothringen.* Am 25. Juli anerkennt England durch den Mund Bonar Laws diese Friedensbedingung der Franzosen. Nach Lage der Dinge bedeutet das im voraus eine klare Absage an die päpstliche Friedensaktion, die erst am 15. August offiziell erfolgt und auf der Grundlage des „Status-quo-ante“ (des gegenseitigen Verzichtes auf Eroberungen) aufgebaut ist. Der Vatikan hat sich zwar durch Pacelli — allerdings vor der Erzbergerschen Sabotage — *für die Interessen der Entente in der belgischen Frage bei der deutschen Regierung eingesetzt und ihre Bereitwilligkeit zum Nachgeben in dieser Frage feststellen können;* umgekehrt aber unternimmt er jetzt *keinen Versuch,* in der Frage Elsaß-Lothringens zugunsten Deutschlands auf die Alliierten einzuwirken. Denn nun ist ja auch die Lage eine ganz andere: *nun ist Deutschland als kranker Mann in Waffen gekennzeichnet,* und *seine Feinde glauben, daß sie nur seinen inneren Zusammenbruch abzuwarten brauchen, um den Krieg auf einfache Weise zu gewinnen.* Die Parole vom „Totsiegenlassen“ scheint ihre Richtigkeit endgültig bewiesen zu haben. Dem vatikanischen Friedensschritte kommt danach in bezug auf Deutschland die Bedeutung einer *Erkundungspatrouille* zu, in der durch Pacelli festgestellt wurde, daß die deutsche Regierung auf der Grundlage des „Status-quo-ante“ zum Frieden bereit ist. Diese Haltung kann jetzt ebenfalls als Symptom der von Erzberger behaupteten Schwäche ausgelegt werden. Dadurch aber, daß der Vatikan den Grundsatz des „Status-quo-ante“ gegenüber der Entente nicht ernsthaft zur Geltung bringt, läßt er seinen Friedensschritt als reines Lockmittel für die Deutschen erkennen. Auch die offizielle Proklamation desselben *nach* dem französischen Kammerbeschluß bezüglich Elsaß-Lothringens ändert nichts daran. Wollte sie als eine Mahnung an die französische Adresse gewertet werden, so steht dem unumstößlich die nachfolgende völlige diplomatische Passivität des Heiligen Stuhles gegenüber Frankreichs Forderungen entgegen. Diese Passivität zugunsten der Franzosen gibt er auch dann nicht auf, als im Oktober der Staatssekretär im Auswärtigen Amt zu Berlin, *Kühlmann* (einer der Steigbügelhalter des nachmaligen Zentrumskanzlers *Hertling**, im Deutschen Reichstage in Weiterführung der Erzbergerschen Geständnispolitik wissen läßt, daß dem Frieden zwischen Deutschland und den Alliierten außer dem französischen Anspruch auf die Reichslande nichts mehr im Wege stünde. Damit wäre nun auch dem Papste eine förmliche Gelegenheit geboten, die Objektivität seiner Friedensstifterrolle durch einen entsprechenden Schritt bei der anderen Seite unter Beweis zu stellen. *Dieser Schritt bleibt aus.* Der Papst scheint den wesentlichsten Grundsatz seines eigenen Friedensvorschlages entweder

---

* Ueber Hertling schrieb seinerzeit die russische Zeitung „Utro Rossii“: „Graf Hertling ist kein Anhänger von Annexionen im Osten mit Ausnahme des Kurlandes. Er ist gegen Annexionen im Westen und tritt ein für die Bildung eines möglichst selbständigen Polens und die Schaffung eines autonomen Litauens. Das alles wird diktiert durch seine Ueberzeugung als katholischer Politiker und durch seinen Wunsch, *die Interessen Deutschlands mit denen der römischen Kirche in Uebereinstimmung zu bringen.*“

selbst nicht ernst zu nehmen oder bereits wieder vergessen zu haben. Gewiß, seit Pacellis Junibesprechungen mit Bethmann-Hollweg und Wilhelm II. hat sich durch Erzbergers Verrat manches geändert. Es steht nicht mehr die Unversehrtheit der alliierten Gebiete, sondern die Preisgabe deutschen Besitzes zur Debatte. In dieser Situation hört der Rampollaschüler auf dem päpstlichen Throne auf, Frieden zu makeln. Seine größte Sorge gilt ja auch — wie er 1914 sagte — derjenigen Seite, „auf welcher ‚mehr als anderswo' Söhne in erprobter Liebe an dem gemeinsamen Vater der Gläubigen hängen". Deutschland muß jetzt zwangsläufig nach dieser Formel ein wenig zu kurz kommen. Es besteht ja nun einmal zu seinem größeren Teile aus „protestantischer Vormacht". Nach Rampolla aber liegt in diesem Tatbestand „die größte Gefahr für den Vatikan". Es ist alles unerhört klar und eindeutig, das läßt sich wohl sagen, selbst jetzt, wo es wirklich darum geht, den Völkern durch einen Frieden der Vernunft weitere Blutopfer zu ersparen!

Am 19. August 1917 schreibt der „Temps" über den päpstlichen Friedensschritt:

„Nach dem Genfer Berichterstatter der ‚Daily News' wäre die Note des Papstes weitgehendst beeinflußt worden durch Informationen, die dem Vatikan im verflossenen Juli (also zur Zeit der Erzbergerschen ‚Friedensaktion' d. V.) durch die internationale katholische Friedensliga zugegangen sind. Diese Organisation wurde im Frühjahr 1917 gegründet und befindet sich unter der Leitung des deutschen Abgeordneten Erzberger. Sie setzt sich aus deutschen, österreichischen und einer kleineren Anzahl schweizerischer Katholiken zusammen. Diese Liga sandte im letzten Juni eine Abordnung nach Rom, um den Papst zu bitten, Friedensvorschläge zu machen. Dieser Bitte wurde damals nicht entsprochen. Herr Erzberger begab sich letzte Woche nach der Schweiz und verhandelte mit mehreren hervorragenden katholischen Persönlichkeiten, besonders mit Herrn Wirz, dem Präsidenten der genannten Liga. Am 19. August kehrte er nach Berlin zurück."

Diese Darstellung vermag nur die Annahme zu bestätigen, daß der Vatikan mit seiner Friedensnote eine außenpolitische Rückendeckung für den innerpolitischen Vorstoß Erzbergers bzw. die Verstärkung dieses Vorstoßes bezweckte. Die Bonifatiuspolitiker konnten sich in der Tat ihre Bälle nicht geschickter zuwerfen als es hier geschehen ist: Erzberger beruft sich auf Czernin und „informiert" den Papst. Im gleichen Augenblick, wo Erzberger durch seine Friedensresolution das Zentrum innerpolitisch in eine gewagte Lage bringt, springt der Vatikan ein und — lenkt ab! Denn was soll der einfache deutsche Katholik noch an Erzberger und seiner Partei auszusetzen wagen, wenn er sieht, daß der Heilige Vater dieselben Erwägungen pflegt wie jene? Das sachliche Ergebnis dieses gemeinsamen Manövers von Vatikan und Bonifatiuspartei ist jedenfalls dies, daß Deutschland in den Augen der Welt nunmehr als der friedensbedürftigste Staat dasteht. Das ist für die Entente mehr wert als eine gewonnene Schlacht. Denn mit diesem Argument lassen sich ihre Völker großartig über die eigenen Krisen hinwegbringen. Hier bleibt nur mehr hinzuzufügen, daß

der vatikanische Staat später als erste politische Macht Frankreich seine diplomatische Anerkenntnis zur Besitznahme von Elsaß-Lothringen gezollt hat.

Ein kaiserlicher Meineid

21. März 1918. Die Deutschen haben an der Westfront eine entscheidende Offensive vorbereitet. Heute beginnt sie. Deutschland scheint trotz allem, was hinter seinen Fronten bereits geschehen ist, den Weltkrieg dennoch durch seine Front zu entscheiden und zu gewinnen. Der deutsche Soldat ist wieder an der Reihe, und die Welt weiß, daß er aus anderem Holze geschnitzt ist als die deutschen Politiker und Parlamentskämpfer. Die marxistischen Genossen von der Speyerer Allianz haben zwar mit ihrem Munitionsstreik die politischen Sabotageakte der befreundeten Bonifatiuspolitiker wirkungsvoll unterstützt, aber dennoch läßt sich in diesem Augenblick nicht sagen, wer der Stärkere sein wird: die Front oder die Speyerer Allianz. Die Anzeichen stehen gegenwärtig zugunsten der Front. Der österreichische Außenminister Graf Czernin stellt sich darauf um. Er eröffnet jetzt ein diplomatisches Flankenfeuer auf den stärksten Widerstandsexponenten, den Frankreich besitzt: auf Clémenceau, den Tiger. Ein phantastisches Spiel beginnt. Am 2. April 1918 erklärt Czernin vor dem Wiener Gemeinderat:

> **„Herr Clémenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis. Ich habe sofort im Einvernehmen mit Berlin geantwortet, daß ich hierzu bereit sei und gegenüber Frankreich kein Friedenshindernis erblicken könne als den Wunsch Frankreichs nach Elsaß-Lothringen. Es wurde aus Paris erwidert, auf dieser Basis sei nicht zu verhandeln. Darauf gab es keine Wahl mehr."**

Jetzt wird man in Frankreich den „Tiger" in die Enge treiben, jetzt wird man ihn fragen, warum er sich draußen um den Frieden bemüht, während er im Innern den Krieg bis aufs Messer predigt. Es wird Auseinandersetzungen geben, es muß zweifellos Mißtrauen entstehen; vielleicht wird Clémenceau sogar fallen. Czernin sieht bereits im Geiste einen gewaltigen Triumph seiner Politik. Die Deutschen sollen sich wundern lernen! Clémenceau gibt den Schlag blitzschnell zurück. Bereits am 3. April läßt er durch das amtliche französische Pressebüro, „Agence Havas", folgende Gegenerklärung abgeben:

> **„Bei einer Vorsprache der Obmänner des Wiener Gemeinderates beim Minister des Aeußern Grafen Czernin hat dieser erklärt, daß einige Zeit vor der gegenwärtigen Offensive Ministerpräsident Clémenceau bei ihm angefragt habe, ob er zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis.**
>
> **Ministerpräsident Clémenceau, der von den Erklärungen des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern heute vormittag an der Front Kenntnis erhalten hat, hat einfach geantwortet: „Das hat Graf Czernin gelogen."**

Czernin ein Lügner? Das kann er unmöglich hinnehmen. Er holt zu einem noch kräftigeren Schlage aus. Clémenceau soll seine verzweifelte Aeußerung

noch bereuen. Er soll sie sofort bereuen. Czernin hat einen schlagenden Beweis dafür, daß Clémenceau lügt. Am 4. April spielt er ihn durch das Wiener k. u. k. Pressebüro aus. Darin heißt es:

„Im Auftrage des k. u. k. Ministers des Aeußern hatte der Legationsrat i. R. Graf Nikolaus Revertera mit dem zu einer Unterredung mit letzterem nach der Schweiz entsendeten Vertrauensmanne Herrn Clémenceaus, dem dem französischen Kriegsministerium zugeteilten Grafen Armand, dortselbst wiederholte Besprechungen. Anläßlich einer am 2. Februar d. J. in Freiburg in der Schweiz stattgehabten Unterredung der beiden Herren wurde die Frage erörtert, ob und auf welcher Grundlage zwischen den Ministern des Aeußern Oesterreich-Ungarns und Frankreichs oder zwischen offiziellen Vertretern dieser Minister eine Aussprache über die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens möglich wäre. Hierauf hat Graf Revertera nach Einholung der Weisungen des k. u. k. Ministers des Aeußern in dessen Auftrage dem Grafen zwecks Mitteilung an Herrn Clémenceau in den letzten Februartagen erklärt, Graf Czernin sei zu einer Aussprache mit einem Vertreter Frankreichs bereit und halte ein Gespräch mit Aussicht auf Erfolg für möglich, sobald Frankreich nur auf seine Eroberungsabsichten betr. Elsaß-Lothringen verzichtet. Dem Grafen Revertera wurde hierauf im Namen Herrn Clémenceaus erwidert, dieser sei nicht in der Lage, die vorgeschlagene Verzichtleistung Frankreichs auf Annexion anzunehmen, so daß eine Zusammenkunft von Vertretern nach beiderseitiger Ansicht derzeit zwecklos wäre."

Czernin mag sich die Hände reiben. Was will Clémenceau gegen diese vernichtende Beweisführung noch unternehmen! Er ist in die Falle gegangen, er wird sich nicht mehr daraus befreien können. Seine Landsleute werden ihn einen Lügner heißen und über kurz oder lang zum Teufel jagen. Clémenceau aber wird nicht umsonst „der Tiger" genannt. Er kennt keine Rücksichten, wenn es darauf ankommt! Poincaré, der Präsident der Republik Frankreich, hat zwar seinerzeit dem Prinzen Sixtus von Parma-Bourbon allerstrengstes Stillschweigen über den Brief des österreichischen Kaisers zugesichert, aber das kann jetzt den „Tiger" nicht mehr stören. Jetzt geht es um Sein oder Nichtsein. Er wird dem perfiden österreichischen Minister den Rest geben, er wird vor allem dafür sorgen, daß die Deutschen stutzig werden, daß sie womöglich mit dem verbündeten Kaiserhause und seinem Außenminister in Konflikt geraten. Am 6. April bringt die „Agence Havas" folgende sarkastische Erklärung:

„Bei Uebernahme der Regierung fand Clémenceau in der Schweiz auf die Initiative Oesterreich-Ungarns eingeleitete Besprechungen zwischen dem Grafen Revertera, einem persönlichen Freund des Kaisers, und dem Major Armand vom Zweiten Departement des Generalstabes vor, welch letzterer von dem damaligen Minister dazu bestimmt worden war. Herr Clémenceau glaubte nicht die Verantwortung auf sich nehmen zu dürfen, diese Besprechungen zu unterbrechen, die bisher kein Ergebnis geliefert hatten, die aber nützliche Informationsquellen bieten konnten. Major Armand konnte sich also auf eine Bitte des Grafen Revertera neuerlich nach der Schweiz begeben. Die Instruktion, welche ihm in Gegenwart seines Vorgesetzten von Clémenceau gegeben worden war, lautete: ‚Anhören und nichts sagen'. Als Graf Revertera sich

endlich die Ueberzeugung verschafft hatte, daß sein Versuch, den Köder für Deutschland auszuwerfen, ohne Erfolg geblieben sei, übergab er, um seine Mission genau zu charakterisieren, am 25. Februar dem Major Armand eine von seiner Hand geschriebene Note, deren erster Satz lautet, wie folgt: ‚Im Monat August 1917 waren Besprechungen in der Absicht eingeleitet worden, um von der französischen Regierung im Hinblick auf einen künftigen Frieden Vorschläge zu erhalten, welche, an die Adresse Oesterreich-Ungarns gerichtet, so geartet wären, daß sie von Oesterreich-Ungarn bei der Berliner Regierung unterstützt werden könnten.' Bittsteller und Nichtgebetener, gibt also Graf Revertera mit diesen Worten zu, daß es sich darum handelte, von der französischen Regierung Friedensvorschläge zu erhalten, die an Oesterreich-Ungarn adressiert und für Berlin bestimmt sein sollten. Dies ist der durch ein authentisches Dokument festgestellte Sachverhalt, welchen Graf Czernin mit folgenden Worten umzudeuten wagt: ‚Clémenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis.' Indem er so sprach, hat Graf Czernin nicht nur nicht die Wahrheit gesagt, sondern das Gegenteil der Wahrheit, was wir in Frankreich ‚lügen' nennen. Es ist nur zu natürlich, daß Herr Clémenceau seine Entrüstung nicht zurückhalten konnte, als er sah, daß Graf Czernin, der über die schließlichen Folgen der Offensive mit Recht besorgt war, in so kühner Weise die Rollen vertauschte, und die französische Regierung so hinstellte, als ob sie in derselben Stunde um den Frieden gebettelt habe, in welcher wir uns mit unseren Verbündeten anschickten, den Mittelmächten die letzte Niederlage zuzufügen. Es wäre leicht, daran zu erinnern, bis zu welchem Grade Oesterreich-Ungarn mit seinen Bitten um einen vorgeblichen Separatfrieden Rom, Washington und London ermüdet hat, welche Bitten keinen anderen Zweck hatten, als unter das Joch zu locken, unter dem es nach seinem eigenen Geständnis steht. Wer kennt nicht die Geschichte der auch in der Schweiz erfolgten jüngsten Zusammenkunft eines früheren Botschafters Oesterreich-Ungarns mit einer hohen Persönlichkeit der Entente? Diese Konferenz dauerte nicht mehr als einige Minuten. Auch diesmal war es nicht unser Verbündeter, sondern die österreichisch-ungarische Regierung, welche die Zusammenkunft erbeten hatte. Könnte sich Graf Czernin nicht an einen anderen Versuch der gleichen Art erinnern, welcher nur zwei Monate vor der Unternehmung Reverteras durch eine im Rang weit über ihm stehende Persönlichkeit in Paris und London gemacht worden ist? Auch hier ist, wie im gegenwärtigen Falle, ein authentisches, aber noch bezeichnenderes Beweisstück vorhanden."

Dieser Schuß Clémenceaus geht allerdings zum Teil auch in die eigenen Reihen. In Frankreich herrscht große Aufregung über die Geheimnisse, die sich durch diese Pressefehde enthüllen. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der sich tatsächlich hintergangen fühlt, fordert Einsicht in die Geheimakten des Quai d'Orsay. *In der Umgebung Poincarés wird bereits die Beseitigung der Kaiserbriefe erwogen. Der Tiger verhindert das. Diese Briefe, vor allem jener vom 24. März 1917, sind unschätzbare Trümpfe, wenn man entschlossen ist, sie im geeigneten Augenblick auszuspielen.* Dazu ist Clémenceau entschlossen; und Czernin, selbst in Verlegenheit,

weil er die genannte, „im Rang weit über ihm stehende Persönlichkeit" zwar genau kennt, ihren Namen nach dem Willen Karls aber nicht preisgeben darf, zwingt ihn geradezu, den entscheidenden Trumpf zu spielen. In seiner Erklärung vom 7. April muß Czernin zwar die Tätigkeit jener anonymen, im Rang ihm „überlegenen" Persönlichkeit zugeben. Im übrigen aber läßt er durchblicken, daß diese Feststellung gegenüber seiner früheren Behauptung, wonach die Initiative zu diesen Verhandlungen von Frankreich ausgegangen ist, keine Entkräftung bedeute. Die Erklärung lautet:

> **„Von ‚Bitten um einen angeblichen Separatfrieden, mit welchen Oesterreich-Ungarn die Regierenden in Rom, Washington und London ermüdet habe', ist der österreichisch-ungarischen Regierung nichts bekannt. Wenn Herr Clémenceau den k. u. k. Minister des Aeußern fragt, ob er sich erinnere, daß zwei Monate vor der Unternehmung Reverteras — also vor etwa Jahresfrist — ein Versuch der gleichen Art durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit gemacht worden sei, so nimmt Graf Czernin keinen Anstand, dies zu bejahen, wobei der Vollständigkeit und vollen Korrektheit halber noch beizufügen ist, daß dieser Versuch gleichfalls zu keinem Ergebnis geführt hat."**

Bezüglich des Seperatfriedens hat Lloyd George später berichtet, daß Karl Anstrengungen gemacht habe, auf dem Umwege über Norwegen und Dänemark dieserhalb mit den Engländern zu einer „streng geheimen diplomatischen Aussprache" zu gelangen. Ob Czernin davon gewußt hat, steht dahin. Von seinen eigenen Bemühungen vor Jahresfrist um die Preisgabe Elsaß-Lothringens bei den Deutschen zugunsten gewisser österreichischer Friedenspläne schweigt er jetzt natürlich wohlweislich. Immerhin, er hat Clémenceau mit seinem Manöver zum Aeußersten getrieben, und zwei Tage später erhält er dafür von diesem eine Antwort, die ihn selbst mitsamt seinem Kaiser zu vernichten droht. Am 9. April bringt die „Agence Havas" folgende Verlautbarung:

> **„Auch eine verwässerte Lüge bleibt eine Lüge... Wer hätte geglaubt, daß man eines Revertera bedurft habe, um den Geist Czernins über die Frage aufzuklären, über die der Kaiser von Oesterreich selbst das letzte Wort gesprochen hat? Denn Kaiser Karl ist es, welcher in einem Brief vom Monat März 1917 mit eigener Hand seine Zustimmung „zu den gerechten Rückforderungsansprüchen Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen" bestätigt hat. Ein zweiter kaiserlicher Brief stellt fest, daß der Kaiser ‚mit seinem Minister einig sei'. So bleibt Czernin nichts übrig, als sein Selbstdementi hinzunehmen."**

Czernin weilt am 10. April in Bukarest, um mit den Rumänen über den Friedensschluß zu verhandeln, als er Kenntnis von dieser Verlautbarung erhält. Er eilt zum Fernschreiber und unterhält sich auf diesem Wege in Frage und Antwort mit seinem Kaiser in Baden bei Wien über Clémenceaus Behauptungen. Karl bezeichnet diese als „Lug und Trug", kündigt ein „Treuetelegramm" an Wilhelm II. an, entrüstet sich ungeheuer und erklärt, „daß er als Souverän viel zu hoch stünde, als daß er sich mit einem ‚Kerl wie Clémenceau' in weitere Diskussionen einlassen wolle." Czernin ist erleichtert, bringt die Rede aber nochmals auf die Briefe und bittet den

Habsburger, mit Gegenerklärungen bis zu seiner Rückkehr nach Wien zu warten. Das Schlußwort Karls besagt, daß seine Briefe an den Prinzen Sixtus niemals politischen Charakter gehabt hätten. Daraufhin läßt Czernin sofort folgende Erklärung veröffentlichen:

> **„Nun sucht Herr Clémenceau die Aufmerksamkeit dadurch abzulenken, daß er angebliche politische Aeußerungen in die Diskussion wirft, welche Kaiser Karl brieflich getan haben soll und welche, wie er behauptet, besagen, daß er ‚den gerechten Wünschen Frankreichs auf eine Rückerwerbung Elsaß-Lothringens zustimme', daß ferner sein Minister des Aeußern ebenso denke wie er.**
> **Die Unsinnigkeit dieser Behauptung liegt auf der Hand. Sie steht in krassestem Widerspruch mit allen öffentlichen Reden, welche der verantwortliche Minister des Aeußern stets gehalten hat und welche auch in Frankreich bekannt sind. Insbesondere beweist die nicht einmal von Clémenceau ableugbare Tatsache, daß k. u. k. Truppen für Elsaß-Lothringen an der Westfront kämpfen, klarer als alle Argumente die über jeden Zweifel erhabene bundestreue Gesinnung unseres Monarchen. Zum Ueberfluß aber sei ausdrücklich festgestellt, daß die Angaben Herrn Clémenceaus über die brieflichen Aeußerungen Kaiser Karls von Anfang bis zum Ende erlogen sind."**

Gleichzeitig erhält Wilhelm II. von seinem Kollegen in Wien folgendes Telegramm:

> **„Der französische Ministerpräsident, in die Enge getrieben, sucht dem Lügennetz, in das er sich selbst verstrickt hat, zu entrinnen, indem er immer mehr und mehr Unwahrheiten anhäuft und sich nicht scheut, nunmehr auch die völlig falsche und unwahre Behauptung aufzustellen, daß ich in irgendeiner Weise ‚gerechte Rückerwerbungsansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen' anerkannt hätte.**
> **Ich weise diese Behauptung mit Entrüstung zurück. In einem Augenblick, in welchem die österreichisch-ungarischen Kanonen an der Westfront donnern, bedarf es wohl kaum eines Beweises dafür, daß ich für Deine Provinzen genau so kämpfe und ferner zu kämpfen bereit bin, als gelte es, meine eigenen Länder zu verteidigen.**
> **Obwohl ich es angesichts dieses sprechenden Beweises einer völligen Gemeinschaft in den Zielen, für welche wir seit nunmehr fast vier Jahren den Krieg fortführen, für überflüssig halte, auch nur ein Wort über die erlogene Behauptung Clémenceaus zu verlieren, liegt mir doch daran, Dich bei dieser Gelegenheit erneuert der vollständigen Solidarität zu versichern, die zwischen Dir und mir, zwischen Deinen und meinen Reichen besteht.**
> **Keine Intrige, keine Versuche, von wem immer sie ausgehen mögen, werden unsere treue Waffenbrüderschaft gefährden. Gemeinsam werden wir den ehrenvollen Frieden erzwingen."**

Am Vormittag des 11. April ist Czernin wieder in Wien. Die erbetene Rücksprache mit seinem kaiserlichen Herrn findet statt. Darin gibt dieser zu, daß in seinem Briefe an den Schwager wohl von dem Gedanken eines Friedensschlusses die Rede war. Die schwerwiegende, Elsaß-Lothringen betreffende Wendung jedoch l e u g n e t er ab. Czernin möchte nun eine Abschrift des fraglichen Briefes haben. Karl verspricht, sie am nächsten Tage zu schicken und hält Wort. Am 12. April läßt er Czernin die Abschrift durch den Sektionsrat Graf

Demblin überbringen, und, siehe da, es steht genau darin zu lesen, daß der Habsburger Frankreichs Forderung auf Elsaß-Lothringen als ungerecht ablehnte. Czernin darf triumphieren. Die Deutschen müssen dem Leiter ihres Nachrichtenwesens, dem Abgeordneten Erzberger, dafür dankbar sein, daß er die peinliche Angelegenheit bisher in der deutschen Presse in ausnehmend delikater und — für ihn ungewöhnlich — diskreter Weise zu behandeln wußte. Am 9. April ließ er die deutsche Oeffentlichkeit zwar nichts von Clémenceaus Enthüllungen erfahren, dafür stellte er aber an diesem Tage dem befreundeten Kaiserhause in Wien durch den von ihm beherrschten Apparat eine Art von amtlichem Vertrauensvotum zur Verfügung:

> **„Wir sind von Oesterreich-Ungarn stets in loyalster Weise auf das genaueste über den Gang der geheimen Verhandlungen zwischen der Monarchie und der Entente unterrichtet worden. Es handelte sich zunächst darum, eine Einigung zwischen England und Oesterreich herbeizuführen; weiterhin wurde auch die Frage erwähnt, ob eine Einigung zwischen England und Deutschland möglich sein würde."**

Am 10. April ließ er es in der Berliner Presse mit der kurzen Feststellung bewenden, daß der k. u. k. Botschafter bei der deutschen Regierung die Existenz eines solchen Briefes, wie Clémenceau ihn skizzierte, in Abrede stelle. Nun aber, am 12. April, wo Czernin gerade voller Genugtuung vom Inhalt der Abschrift des kaiserlichen Briefes Kenntnis genommen hat, schlägt Clémenceau in seiner „Agence Havas" brutal und absolut indiskret zu. Seine amtliche Erklärung beginnt:

> **„In dem Lügengewebe muß haltgemacht werden. Da Kaiser Karl unter den Augen Berlins die lügnerischen Ableugnungen des Grafen Czernin auf seine Rechnung nimmt, so legt er der französischen Regierung die Verpflichtung auf, den Beweis zu erbringen. Folgendes ist der Wortlaut des handschriftlichen Briefes, welcher am 31. März 1917 vom Prinzen Sixtus von Bourbon, dem Schwager des Kaisers von Oesterreich, Herrn Poincaré, dem Präsidenten der Republik, überreicht und mit Zustimmung des Prinzen sofort dem französischen Ministerpräsidenten mitgeteilt wurde."**

Dann folgt der volle Wortlaut des Briefes.* Clémenceau hat seinen Gegner Czernin aus dem Sattel geworfen. Wahrscheinlich weiß er es selbst gar nicht, daß Czernin von seinem eigenen Kaiser belogen worden ist. Das ist für ihn schließlich auch belanglos. Czernin mag jetzt zusehen, wie er mit seinem betrügerischen Monarchen fertig wird; und Czernin verlangt von Karl, nun die reine Wahrheit zu erfahren. Karl bleibt bei seiner bisherigen Darstellung. Da fordert der k. u. k. Außenminister von ihm die Abgabe einer schriftlichen Ehrenerklärung über die Echtheit der vormittags ausgehändigten Briefabschrift. Der Verräter auf dem Habsburger Kaiserthrone gibt in der Tat diese Er-

---

* Siehe Seite 26.

klärung ab. Sie befindet sich zusammen mit der gefälschten Abschrift des bewußten Briefes noch heute in den Wiener Akten. Sie lautet:

> „Ich gebe meinem Außenminister mein kaiserliches Ehrenwort, daß ich nur einen Brief an den Prinzen Sixtus von Bourbon geschrieben habe und daß die Abschrift, die im Außenministerium am 12. April 1918 übergeben ist, wortgetreu und authentisch ist. Der Prinz von Bourbon hat von mir keine Bevollmächtigung erhalten, den Brief der französischen Regierung vorzulegen; Belgien wurde nicht erwähnt, und der Teil des Briefes, der sich auf Elsaß-Lothringen bezieht, ist in der Veröffentlichung des Herrn Clémenceau gefälscht.“

Damit hat der letzte Herrscher der Habsburger Dynastie sich unterschriftlich und dokumentarisch als Judas in der Weltgeschichte verewigt. Czernin glaubt an die Ehrenerklärung seines Kaisers und baut darauf umgehend eine neue Verlautbarung auf. Darin bezichtigt er Clémenceau der Fälschung und gibt die nach seiner Meinung echte Lesart der umstrittenen Briefstelle bekannt:

> „Der von dem französischen Ministerpräsidenten in seinem Communiqué vom 12. April 1918 veröffentlichte Brief Se. k. u. k. Apostolischen Majestät ist verfälscht.
> Vor allem sei erklärt, daß unter der ‚im Range weit über dem Minister des Aeußern stehenden Persönlichkeit‘, welche, wie in der amtlichen Verlautbarung vom 7. April zugegeben wurde, im Frühjahr 1917 Friedensbemühungen unternommen hat, nicht Se. k. u. k. Apostolische Majestät, sondern Prinz Sixtus von Bourbon verstanden werden mußte und verstanden wurde, da Prinz Sixtus im Frühjahr 1917 mit der Herbeiführung einer Annäherung der kriegführenden Staaten befaßt war.
> Zu dem von Herrn Clémenceau veröffentlichten Brieftext erklärt das k. u. k. Ministerium des Aeußern über Allerhöchsten Befehl, daß Se. k. u. k. Apostolische Majestät seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus von Bourbon, im Frühjahr 1917 einen rein persönlichen Privatbrief geschrieben hat, der keinen Auftrag an den Prinzen enthielt, eine Vermittlung beim Präsidenten der französischen Republik oder sonstwie einzuleiten und die ihm gemachten Mitteilungen weiterzugeben sowie Gegenerklärungen zu veranlassen und entgegenzunehmen. Dieser Brief erwähnte die belgische Frage überhaupt nicht und enthielt bezüglich Elsaß-Lothringens folgende Stelle:
> ‚Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsaß-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären; sie sind es jedoch nicht‘.“

Nach menschlichem Ermessen muß nun Clémenceau vor seinen eigenen Landsleuten und vor seinen Verbündeten ein für allemal unmöglich und erledigt sein. Auch in Oesterreich, wo Czernin, und in Deutschland, wo Erzberger die Uebernahme des französischen Brieftextes in die jeweilige Landespresse ver-

hinderten, muß die letzte Wiener Verlautbarung zweifellos diese Ueberzeugung auslösen und Oel in die aufsteigenden Wogen der Nervosität gießen. Es wird nicht mehr ausbleiben können, daß man Czernin bald für den Sturz eines der gefährlichsten Ententepolitiker zu danken haben wird. Aber es kommt anders. Am 14. April erwidert Clémenceau durch sein Nachrichtenbüro die Wiener Attacke mit einem schweren Angriff auf Karl selbst. Vor der Weltöffentlichkeit bezichtigt er den österreichischen Kaiser der Lüge und der Fälschung:

„Es gibt verrottete Gewissen. In der Unmöglichkeit, ein Mittel zu finden, um das Gesicht zu wahren, verfällt Kaiser Karl in das Stammeln eines in Verwirrung geratenen Menschen. Er ist nun darauf angewiesen, seinen Schwager der Fälschung zu beschuldigen, indem er mit eigener Hand einen lügenhaften Text des Dokumentes herstellt.

Das Original, dessen Text von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist, war in Gegenwart des vom französischen Ministerpräsidenten delegierten Generalsekretärs im Ministerium des Aeußern, Jules Cambon, mitgeteilt worden, der eine Kopie desselben mit Ermächtigung des Prinzen dem Ministerpräsidenten übergeben hat.

Der Prinz hat sich mit Ribot (früherer Ministerpräsident und Amtsvorgänger Clémenceaus) selbst in Wendungen unterhalten, welche keinen Sinn gehabt hätten, wenn der Text nicht jener gewesen wäre, der von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist.

Ist es nicht offensichtlich, daß eine Besprechung nicht hätte eingeleitet werden können und daß der Präsident der Republik den Prinzen nicht ein zweites Mal empfangen hätte, wenn dieser auf Initiative Oesterreich-Ungarns der Ueberbringer eines Schriftstückes gewesen wäre, das unsere Rechte bestritt, statt sie zu bestätigen!

Der Brief des Kaisers Karl, so wie wir ihn zitiert haben, ist vom Prinzen Sixtus selbst Regierungsoberhäuptern gezeigt worden. Uebrigens können zwei Freunde des Prinzen und insbesondere jener von ihnen die Authentizität des Briefes bestätigen, welcher ihn vom Prinzen erhalten hat, um ihn abzuschreiben."

Was geschieht nun? Es steht Behauptung gegen Behauptung. Es steht für den Habsburger alles auf dem Spiel, sogar das Allerletzte. Die Wiener Bevölkerung hat bereits allen Humor verloren. Er, der in die Enge getriebene, feige Verräter, veranlaßt ebenfalls am 14. April eine neue, abschließende Gegenerklärung seines Außenministers, in welcher nochmals die „Wahrheit" der bisherigen österreichischen Darstellungen behauptet und der liebe Schwager Sixtus schlauerweise aus dem Feuer genommen wird. *Wer weiß, ob nicht sonst am Ende der Parma-Prinz sich auch noch zur Zeugenschaft melden würde, um dem erschütterten Alibi des Habsburgers den Rest zu geben!* Das Wiener „Schlußwort" lautet:

„Die letzten Ausführungen Herrn Clémenceaus ändern nichts an der Wahrheit der bisherigen Erklärungen des k. u. k. Ministeriums des Aeußern. Prinz Sixtus von Bourbon, dessen Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät bekannter Charakter eine Fälschung ausschließt, wurde derselben ebensowenig beschuldigt wie irgendeine andere spezielle Persönlichkeit, da vom k. u. k. Ministerium des Aeußern nicht festgestellt werden kann, wo die Unterschiebung des falschen Briefes erfolgt ist. Hiermit wird die Angelegenheit als beendet erklärt."

Nach bewährtem Rezept bekommt auch der kaiserliche Verbündete in Deutschland noch einen telegraphischen Treueschwur, welcher aller Niedertracht die Krone aufsetzt:

„Die Anschuldigungen Clémenceaus gegen mich sind so niedrig, daß ich nicht gesonnen bin, mit Frankreich über die Sache ferner zu diskutieren. Unsere weitere Antwort sind meine Kanonen im Westen.
In treuer Freundschaft Karl."

Karl läßt außerdem, um ganz sicher zu gehen, den vom deutschen Kaiser bei ihm attachierten General von Cramon in seine Villa kommen, gibt ihm mit Biedermannsmiene die falsche Briefabschrift zu lesen und bittet ihn, daraufhin bei Wilhelm II. „zu seinen Gunsten zu intervenieren."

Die Vertrauenskatastrophe in Oesterreich

Damit ist die weltgeschichtliche Intrigantenrolle des Habsburgers zunächst mit dem Erfolge zu Ende gespielt, daß der Wahrheit der Zweifel, der Wirrwarr, die Lüge, ein kaiserliches Ehrenwort und ein unbekannter Fälscher gegenüberstehen. Die Völker werden es in dieser Lage jeweils mit denjenigen halten müssen, die ihnen von Natur aus am nächsten stehen. Die Völker werden vielleicht je nach Notlage und nach der Kraft ihrer Führung den Gegner von neuem hassen lernen, oder es ersteht ihnen — wo sie den Glauben an ihre Führung verlieren — im Mißtrauen wider die eigene Sache der gefährlichste Feind, das Gift in Blut und Seele. Was Oesterreich angeht, so tritt das letztere ein. Karl, der feige Verräter, der stündlich um die restlose Enthüllung seiner Verbrechen bangen muß, begeht jetzt einen folgenschweren Fehler. Auf Betreiben seiner bekanntlich „willensstarken" Gattin Zita schickt er nun seinen Außenminister, der inzwischen durch die Verhältnisse aus einem Vertrauten zum ersten und gefährlichsten Zweifler geworden ist, in die Wüste. Es ist allerhöchste Zeit, daß die kaiserliche Familie ihre „Politik" wirklich völlig hinter den Türen der Wiener Hofburg verschließt und selbst die Schlüssellöcher an diesen Türen abdichtet. Czernin ist schon früher insgeheim im „Zivilkabinett" scheinbar ein wenig „unangenehm" empfunden worden. Aber er hatte noch „Funktionen". Graf Polzer, der Kabinettsdirektor Karls, also ein „wirklicher" Vertrauter desselben, offenbarte darüber später folgendes:

„Einige Tage darauf sagte er (der Kaiser) mir, er könne sich derzeit zu einer Verabschiedung Czernins noch nicht entschließen, und zwar wegen dessen Teilnahme am Zustandekommen der Friedensresolution des Deutschen Reichstages, die ja ganz im Sinne seiner (Karls) Politik gewesen sei."

Die hier bezeichnete „Aufgabe" hat Czernin bekanntlich längst erfüllt, jetzt erhält er den Lohn für seinen Verratsbeistand und muß gehen. Diese kaiserliche Dankbarkeit wirft ein grelles Schlaglicht mehr auf die völlige Korruptheit des Habsburgers und seiner Hausclique. Die Wiener jedenfalls sind hellhörig genug, um aus dieser merkwürdigen Maßnahme ihre Schlüsse zu ziehen. Sie rotten sich vor der Hofburg zusammen, schreien hinauf: „Die Welsche hat uns verraten!"

E. von Glaise-Horstenau, Direktor des österreichischen Kriegsarchives, hat die von den Habsburgern verursachte Vertrauenskatastrophe im österreichischen Volke wie folgt gekennzeichnet:

„Die dynastiefeindliche Stimmung, die früher mehr im Verborgenen um sich gegriffen hatte, wagte sich nach der Junischlacht (1918) erstaunlich vor. Zahlreiche Gerüchte,* zum Teil sehr abenteuerlicher Natur, durchschwirrten das Land. In ihrem Brennpunkt stand vor allem die Kaiserin mit ihrer Familie. Daß es nur ihrem Einfluß zuzuschreiben war, wenn man auf dem französischen Kriegsschauplatze nicht stärkere österreichisch-ungarische Streitkräfte eingesetzt hatte, galt für alle Welt als ausgemachte Sache. Darüber hinaus bezichtigte man die Kaiserin sogar, daß sie den Plan für die Juni-Offensive an Italien verraten habe."

Von den Bonifatiuspolitikern in Deutschland aus gesehen, darf man allerdings im großen und ganzen mit dieser Entwicklung zufrieden sein. Denn, wenn der Habsburger mit dem Hinweis auf die Spannung in seinem Staate jetzt aus der Front der Mittelmächte ausbricht, so ist alles gerechtfertigt: die Friedensresolution, die Verlesung der Czerninschen Denkschrift, alles, alles! Erzberger ist der große, unbestechliche Mahner gewesen! Sein Nimbus wird noch gewaltiger steigen, sein Wort noch gewichtiger wiegen. Der Druck der Entente wird zunehmen, Wilhelm II. wird nachgeben müssen, und die Speyerer Allianz wird der eigentliche Gewinner dieses Weltkrieges sein. Man breche aus einem himmelhohen Turme Stein um Stein aus dem Fundament und sehe zu, ob er nicht eines Tages nach einfachem Gesetze zusammenstürzen wird. Er wird um so eher fallen, je stärker der Sturm von draußen ihn gleichzeitig anfährt! Erzberger geht zweifellos großen Erfolgen entgegen, auch ohne Czernin.

Warum schweigt jetzt Clémenceau?

Es erscheint zunächst verwunderlich, daß Clémenceau just in dem Augenblicke den Kampf einstellt, wo er Karl den Gnadenstoß geben könnte. Der „Tiger" tut das nicht. Der „Tiger" ist nicht nur brutal, er ist auch klug. Er

---

* Anläßlich des Ablebens des österreichischen Feldmarschall-Leutnants Goiginger im Jahre 1931 schrieben die „Innsbrucker Nachrichten": „Feldmarschall-Leutnant Goiginger hatte Ende Oktober 1917 mit mehreren Divisionen einige wichtige Tagliamentobrücken besetzt (bei der großen deutsch-österreichischen Offensive bis zur Piave), als noch der italienische König samt dem italienischen Armee-Oberkommando und mehr als 200 000 Mann auf dem östlichen Ufer weilten. Aus dynastischen Rücksichten, angeblich wegen eines künftigen „Einvernehmens" mit Italien, glaubte Kaiser Karl auf den Rat seiner Gemahlin die Italiener schonen zu müssen, und der Feldmarschall-Leutnant Goiginger mußte auf höheren Befehl die Brücken wieder räumen. Der italienische König, sein Stab und ein Großteil der italienischen Armee entrannen auf diese Weise glücklich der Gefangenschaft."

könnte zweifellos durch die Veröffentlichung der photographischen Reproduktion des handgeschriebenen Briefes aus Wien den Schlußstein in seine Beweisführung setzen. Der Habsburger würde dem dann kaum mehr etwas einigermaßen Glaubhaftes entgegnen können. Tatsächlich wird er ja auch auf diese Weise seines Verrates überführt. Aber erst im Januar 1920, als in Paris die Zeitschrift „L'Illustration", in London der „Daily Telegraph" das Bild des Briefes bringen. Warum setzt Clémenceau diesen letzten und vernichtendsten Trumpf nicht in dem Augenblicke ein, wo Karl ihn selbst zwischen den Zeilen der Fälschung bezichtigt? Die Antwort auf diese Frage ist klar. Würde Clémenceau das jetzt tun, so wäre die wahrscheinliche Folge davon der vorzeitige Sturz des Habsburgers. Das österreichische Volk und der deutsche Verbündete würden zweifellos dafür sorgen, daß dem Treiben in der Wiener Hofburg ein rasches Ende bereitet würde. Es könnte in Oesterreich, gestützt auf die Volkswut, gestützt auf Deutschland, ein Regiment eintreten, das die Sünden des Habsburgers entschlossen und energisch wiedergutmacht. Die Gefahr einer Neuentzündung des Kampfwillens im österreichischen Staate, zumindest in seinem deutschstämmigen Bevölkerungsteil, auf Grund einer tiefen, nationalen Empörung will Clémenceau offenbar nicht herausfordern. Er fährt besser, wenn er es bei dem erreichten Mißtrauen zwischen dem Habsburger und seinem Kernvolke einerseits und dem Mißtrauen zwischen dem deutschen Verbündeten und dem Wiener Kaiserhause andererseits bewenden läßt. Dieses Mißtrauen wird wie ein schleichendes und lähmendes Gift an der Kraft der Mittelmächte zehren und diese Kraft aushöhlen helfen. Wilhelm II. hat diese Ueberlegung in seiner Darstellung des deutsch-österreichischen Verhältnisses nach der Thronbesteigung Karls bestätigt. Er schreibt:

„Oesterreich hatte ohne unser Wissen das erste Sonderfriedensangebot gemacht und brachte dadurch den Stein ins Rollen. Kaiser Karl war wohl unter der Hand schon von sich aus mit der Entente in Fühlung getreten und längst entschlossen, uns allein zu lassen. Er handelte nach dem von ihm zu seiner Umgebung geäußerten Plan: ‚Wenn ich zu den Deutschen gehe, dann stimme ich ihnen in allem zu, und wenn ich nach Hause komme, dann tue ich, was ich will.' So kam es, daß meine Regierung und ich von Wien aus fortgesetzt getäuscht wurden, ohne daß wir etwas dagegen tun konnten, da man von dort immer durchfühlen ließ: Macht Ihr Schwierigkeiten, dann lassen wir Euch im Stich, d. h. unser Heer ficht nicht mehr an Eurer Seite...."

Hätte also Clémenceau das Beweisstück des kaiserlichen Verrates in dokumentarischer Form in diesem denkwürdigen Zwölftage-Kampf vom April 1918 ausgespielt, so hätte er damit zugleich den Deutschen das Mittel zum aktiven Vorgehen gegen den Verräter in die Hand gegeben und sicherlich auch das österreichische Heer und Stammvolk von dem Habsburger Hause endgültig getrennt. Er selbst kann zu seiner eigenen innerpolitischen Rechtfertigung auf den Sturz Czernins hinweisen, er kann seinem auswärtigen Ausschusse den Originalbrief zeigen. Er hat eine sichere Stellung. So schweigt er, läßt den Judas zu Baden bei Wien weiter bangen und zittern, bis sich sein Schweigen gelohnt hat. Dann

beweist er, daß er es mit dem französischen Worte hält, das da lautet: „Der Franzose liebt den Verrat, aber er haßt den Verräter!" Nachdem er auch das Versailler Diktat ohne den erwarteten nationalen Widerstand der deutschen Nation unter Dach und Fach gebracht hat, gibt er Karl den Fangstoß. Die deutschen Völker mögen jetzt, im Jahre 1920, die Wahrheit erfahren. Es kann Clémenceau nicht mehr schaden. Der habsburgische Verräter aber mag sehen, wo er bleibt. Die Entente will nichts mehr von ihm wissen. Am 1. April 1922 stirbt er in Funchal auf Madeira in den Federn, ein ehrloser Jämmerling, der, weil er keinen Ehrbegriff kennt, auch kein Selbstgericht gekannt hat. Er durfte es auch nicht kennen, denn er war nicht nur Kaiser, sondern auch Katholik.

Das „Milieu" des Verräters mit der Kaiserkrone

Es wird von katholischer Seite seit Jahr und Tag gegen die Erziehung des deutschen Menschen zu einem blutsmäßig bedingten, nichtsdestoweniger sittlich klar begründeten, unbestechlichen Ehrbegriff unausgesetzt Sturm gelaufen. Das geschieht nicht erst, seitdem der Nationalsozialismus die Ehre der Nation zum verpflichtenden Begriff für jeden Deutschen erhoben hat; es ist längst und wiederholt zuvor geschehen, verkörpert und getarnt in Angriffen von der Art jener Bonifatiusbroschüre des Jahres 1895, die da den „modernen Patriotismus als ein Stück Barbarei, ein Vergehen an der Menschheit, eine Sünde gegen die Nächstenliebe, einen Abfall vom Christentum" bezeichnet und verdächtigt hat. Nach dieser These kann es überhaupt keine bindende Verpflichtung gegenüber der Nation geben; sie müßte danach geradezu als unmoralisch gelten. An die Stelle einer tatsächlichen und kontrollierbaren sittlichen Verpflichtung auf das Volk als den Urgrund und den Staat als den aktiven Vollstrecker jeglicher sittlichen Gestaltung ist eine Gerichtsinstanz gesetzt, die den einzelnen Menschen aus der wirklichen und unmittelbaren Verantwortung gegen jene Gemeinschaft heraushebt, deren positive sittliche Gesamtleistung erst tatsächliche Maßstäbe für den sittlichen Wert und die sittliche Leistung des einzelnen sicherstellt. Eine Gerichtsinstanz, welche sich das Recht aneignet, diesen einzelnen von den natürlichen Pflichten des artbedingten Gemeinschaftslebens grundsätzlich entpflichten zu können, kann natürlich in einer solchen Gemeinschaft nicht den Anspruch auf Anerkennung stellen. Würde z. B. in einer Familie ein Mitglied sich zu Zeiten einer Hungersnot die Freiheit vorbehalten, am Lebensunterhalt dieser Familie nicht mitzuwirken, dagegen das von der ganzen Familie ersparte Brot in der Erwartung eines gewissen späteren Vorteiles an irgendeinen beliebigen Nachbarn zu verteilen, so könnte das unter Umständen zwar dialektisch als Tat der Nächstenliebe frisiert werden, praktisch aber zur Zerschlagung der Familie selbst führen. Nach dieser Regel darf der Familienvater seinen Wochenlohn versaufen und seine Kinder verhungern lassen, ohne daß damit ein entscheidendes sittliches Werturteil über ihn von seiten seiner Angehörigen gefällt oder gar eine tätige Abhilfe durch sie als sittlich gerechtfertigt bezeichnet werden dürfte. Nach dieser Regel ist jede natür-

liche Gemeinschaft nichts weiter als eine bedauerliche — allerdings unabänderliche — Voraussetzung des leiblichen Lebens. Nach dieser Regel hat ferner jede Macht recht, die irgendein willkürliches Ideengebilde in das Denken der Völker einschiebt, wenn dadurch die tatsächliche biologische Ordnung auch noch so schweren Schaden erfährt. Nach dieser Regel hat weiterhin auch der Pazifist das Recht, sich unter Berufung auf seinen „Gott" vor dem persönlichen Einsatze im Kriege zu drücken*; die kämpfende Gemeinschaft aber, die ihn an die Wand stellt, wäre danach sittlich im Unrecht. Ein solcher Grundsatz kann nicht nur nach Rom, sondern — in der heutigen Zeit — ebenso gut und ebenso sicher nach Moskau führen! Was jener Kaiser des katholischen Staates „kat exochen" getan hat, liegt auf der genauen Linie dessen, was die Marxisten und ihre Bonifatiusfreunde in der gleichen Geschichtsperiode getan haben, was später der Kommunismus in Deutschland versucht und heute in der ganzen Welt zum Programm erhoben hat. Der Habsburger aber als Typus hat jenem Bonifatiusziele von 1895 völlig entsprochen, er hat es sowohl als Charakter wie auch als politischer Akteur verkörpert, er ist außerdem auch noch das unmittelbarste Produkt der „Bonifatiusschule" selbst gewesen. Dafür sprechen nicht nur seine eigenen geschichtlichen Leistungen, sondern auch die knappen Schilderungen über ihn und seine Herkunft. General von Cramon hat auf Grund seiner nahen Beobachtungen festgestellt:

„Dem jungen österreichischen Monarchen (Karl) fehlte das Empfindungsleben eines deutschen Fürsten vollkommen. Er war in diesem Sinne weit mehr als seine Vorgänger auf dem Habsburger Thron ein richtiger Repräsentant seines Geschlechts: er war weder Deutscher, noch Slawe, noch Maghare . . . Er war im wahrsten Sinne des Wortes anational."

Im wahrsten Sinne „anational"! Wie sollte er dann einen nationalen Ehrbegriff kennen? Der Schluß ist gewiß berechtigt, daß dieser „Anationale" jener Bonifatiusparole von 1895 vorbildlich entsprach. Das bedeutet, daß er den klerikalen Freunden seiner Gattin zu allermindest ein sympathischer Monarch gewesen sein muß. Danach stehen auch die übrigen Vorzeichen seiner Herkunft. Seine Mutter ist bereits an anderer Stelle nach von Cramon als „streng katholisch und dem protestantischen Preußen wenig günstig gesinnt" gekennzeichnet worden. Auch die Feststellung des Generals Alfred Krauß über gewisse Erziehungseinflüsse auf den Habsburger spricht ebenfalls nicht dafür, daß sie dem Klerus in Wien (vielleicht auch dem in Rom!) etwa als Gefährdung einer Entwicklung des späteren Thronfolgers im echten Bonifatiusgeiste hätten erscheinen können. Der General sagt darüber:

„Die erste Erziehung des Erzherzogs Karl lag aber in merkwürdigen Händen. Sein Erzieher, der ihm das Wissen der Elementarklassen und der unteren Mittelschulen beibringen sollte, glaubte ernstlich an das Bündnis der Freimaurer mit dem Teufel und an den Unfug der schwarzen Messen. Er erzählte mit allen Anzeichen der Ueberzeugung, daß es einem ihm befreundeten Geistlichen gelungen sei, im verborgenen einer solchen schwarzen Messe beizuwohnen

---

* Siehe die „moraltheologischen" Auslassungen Seite 10 bis 13.

und mit Hilfe der Teufel-Austreibungsformel den Teufel unter Donnerschlag und Schwefelgestank zu vertreiben."

An anderer Stelle schildert Krauß einen Vorgang, welcher die eigentliche, haltungsmäßige Verfassung dieses feig veranlagten und dazu noch zauberhaft erzogenen „anationalen Monarchen" erschütternd kennzeichnet:

„Für die Veranlagung des Kaisers besonders bezeichnend ist folgende Begebenheit, die mir kurz nachher von einem Offizier der Militärkanzlei und späterem Vertrauensmann des Kaisers erzählt wurde:

Im Mai 1918 war Kaiser Karl auf der Fahrt nach Spa zu Kaiser Wilhelm. Als sich der Hofzug Aachen näherte, langte ein Telegramm an, welches neue Veröffentlichungen in Angelegenheit des Sixtusbriefes meldete.

Kaiser Karl geriet in große Aufregung. Es befiel ihn eine solche Angst vor der Begegnung mit Kaiser Wilhelm, daß er den Befehl gab, der Hofzug solle sofort umkehren. Nur mit schwerer Mühe konnte seine Begleitung zur Geltung bringen, daß jetzt, wo der Zug in kürzester Zeit in Spa eintreffen müsse, eine Absage und eine Umkehr unmöglich sei.

In höchster Erregung und vom Schuldbewußtsein sichtlich gedrückt, entstieg Kaiser Karl in Spa dem Hofzug.

Kaiser Wilhelm empfing aber seinen Gast in so herzlicher Weise, als ob nichts vorgefallen wäre. Kaiser Karl atmete sichtlich erleichtert auf, gewann wieder seine gewöhnliche Sorglosigkeit, alles war wieder gut, als ob tatsächlich nichts geschehen wäre, als ob nicht das Vertrauen in seine kaiserliche Verläßlichkeit in Brüche gegangen wäre." *

Alles in allem: das Bildnis eines geschichtlichen Prototypus jener Art von Mensch, wie sie einst in Paderborn als vorbildlich in einem bestimmten Sinne angekündigt war. Ob einmal die größere Verachtung der Geschichte diesem Typus selbst oder seinen geistigen Züchtern und Begünstigern gehören wird, das soll an dieser Stelle nicht ausgemacht werden. *Hier ist lediglich die Feststellung vonnöten, daß die katholische Kirche sich auch heute noch mit dem Hause Habsburg-Parma gerne eng liiert sieht.*

Der „Heiligenschein" im Hintergrunde

Peinlichsten Aufschluß über die schamlose Art, wie man sich im Lager der Bonifatiuspolitiker im Falle des Verräters Karl aus der Affäre zu ziehen be-

---

* Heinrich Zillich, der siebenbürgische Dichter, hat aus seiner Heimat folgende bezeichnende Geschichte über Karl berichtet: „Kaiser Karl, der letzte Habsburger, besuchte kurze Zeit, nachdem er den berühmten Sixtusbrief geschrieben und damit nach unserer Auffassung die Sache des verbündeten Deutschen Reiches verraten hatte, das siebenbürgische Städtchen Tartlau. Unter Führung des Ortspfarrers ging er durch das 30 Schritt lange Gewölbe des Torturms. In der Mitte hängt von alten Zeiten her ein Fallgatter. Der Pfarrer erzählte, nichtsahnend, eine alte Ortssage. Nach der Meinung der Bauern fällt nämlich das Gatter auf jeden herunter, der vor kurzem gelogen hat. Darum nennen sie es das Lügengatter. Dem Kaiser war anscheinend nicht ganz wohl zumute, denn er machte einen großen und heftigen Satz, der ihn rasch aus dem gefährlichen Bereich des Gatters brachte. Das Gefolge des Kaisers aber, das mehr wußte, als es wissen durfte redete aufgeregt auf den Pfarrer ein, ‚er solle keine solchen Witze machen'. Heute gehört Tartlau zu Rumänien, aber die Erinnerung an das böse Gewissen des letzten Habsburgers lebt in den Herzen der deutschen Siebenbürger Bauern fort."

liebt, hat eine im Jahre 1933 zu Freiburg in der Schweiz erschienene Schrift „Kaiser Karl" gegeben. Dieses Kabinettstück kirchenpolitischer „Idiolatrie" trägt ein amtliches Imprimatur (kirchlichen Zensurvermerk) und ist erschienen im „Kanisiuswerk, Päpstliche Druckerei, Freiburg i. d. Schweiz, Konstanz, Mainz, München". Darin feiert der Verfasser Hermann Büeler den gewissenlosen Habsburger in einer Weise, die jeden sachlichen Kommentar unmöglich macht. Es heißt da:

> **„Die Welt, die nur Sinn hat für materiellen Erfolg, aber kein Verständnis für Treue (!!), Wahrheit (!!) und Gerechtigkeit, hat begreiflich nur Spott oder ein mitleidiges Lächeln für einen Mann, der sein Lebens- und Regierungsprogramm zusammenfaßte in die Worte: ‚Mein ganzes Bestreben ist immer, den Willen Gottes in allen Dingen möglichst klar zu erkennen und zu befolgen, und zwar auf das vollkommenste', der mit vorbildlicher Treue (!!) den anläßlich der Salbung und Krönung zum apostolischen König von Ungarn geschworenen Eid hielt und der ein Opfer seines praktischen Christentums (!!), seiner Treue, der Bosheit seiner Feinde und der Feigheit jener wurde, die ihn in Stunden schwerster Entscheidungen verließen, so daß sich das Wort Papst Gregors VII. auf ihn anwenden läßt: ‚Ich haßte das Unrecht und liebte die Gerechtigkeit, deshalb sterbe ich in der Verbannung...'**
>
> **Der Kaiser erkannte, daß das Haupthindernis für den Frieden nicht nur beim Feinde, der auch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, sondern ebenso sehr bei den Siegfriedsträumen des preußischen Generalstabes lag. Leider fanden sich auch in Oesterreich Politiker und Militärs, die sich von der preußischen Kriegsführung berücken ließen und ihr für den Siegfrieden und gegen Kaiser Karl sekundierten. Kaiser Karl verabscheute den Krieg, sein fester Christenglaube, seine innige Liebe zu Gott und allen Menschen, sein Weltblick betreffs der immer schwieriger werdenden Lage der Mittelmächte drängten ihn, Mittel und Wege für einen für beide Teile ehrenvollen Frieden zu suchen. Er bat deshalb seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Bourbon, die Rolle eines Friedensvermittlers (wie harmlos!!) übernehmen zu wollen...**
>
> **...Es muß als eine der traurigsten Auswirkungen der Kriegspsychose und anderer Haßinstinkte bezeichnet werden, daß man den Edelsten (!!) unter den Führern der Weltkriegsmächte des Verrates und der Unzulänglichkeit beschuldigte*, weil er in einer Zeit sinnloser Greuel und tiefsten moralischen Stumpfsinnes den hohen Mut hatte, Verstand und Herz zu betätigen und nach dem Frieden zu suchen...**
>
> **...Daß Karl der anständigste Mensch und Herrscher des Krieges gewesen, wird für alle Zeiten sein weltgeschichtlicher Ruhmestitel bleiben."**

Dieser Versuch einer Geschichtsklitterung ist ebenso albern wie unverschämt. Angesichts des dokumentarisch belegten Geschichtsurteils über Karl den Verräter erübrigt sich jede Diskussion in dieser Richtung. Bemerkenswert aber bleibt die Methode, die hier von den Bonifatiuspolitikern zur Vertuschung eines ge-

---

* Herr Büeler unterschlägt, daß Karl nicht nur des Verrats „beschuldigt", sondern auch überführt war.

schichtlichen Verbrechens angewandt wird, wenn sie auch auf das politische Begriffsniveau jenseitslüsterner Pfarrersköchinnen berechnet ist. Denn selbst dann bleibt die grenzenlose Unmoral bestehen, die erforderlich ist, um einen Verbrecher von dem Format Karls einem naiven Publikum als Märtyrer religiöser Pflichterfüllung vorzustellen. Selbst dem wohlwollendsten Kritiker am Katholizismus kann der Abscheu über den Grad von religiöser Entartung nicht erspart bleiben, der sich in dieser Schrift offenbart. Herr Büeler wagt es (wohlgemerkt mit Genehmigung des kirchlichen Zensors!!) zu schreiben:

„Wer gleich dem Heiland am Kreuze, gewissermaßen von Gott und den Menschen verlassen, seine Seelengröße bewahrt, der allein ist wahrhaft groß. Diese Größe zeigt sich in heroischer Weise bei Kaiser Karl in seinem Kampf um den innern und äußern Frieden, in seiner Treue zum blinden, unbelehrbaren Bundesgenossen, in seiner Geduld im Pflichtenkonflikt zwischen Treue und Friedenswillen...
Die Gesinnung, die aus den Worten des am Kreuze verblutenden Heilandes: ‚Verzeih' ihnen, sie wissen nicht, was sie tun' und den Worten des unter dem Steinhagel zusammenbrechenden Stephanus: ‚Herr, rechne es ihnen nicht zur Sünde an', spricht, war die Gesinnung Kaiser Karls..."

Die Identifizierung der Person und Gesinnung Christi mit dem habsburgischen Landesverräter stellt eine solch ungeheuerliche Kompromittierung der christlichen Religion schlechthin dar, daß es mit Rücksicht auf das religiöse menschliche Anstandsgefühl schlechthin gestattet sein muß, von einer Analyse solch beispielloser Hysterie an dieser Stelle abzusehen. Die Auseinandersetzung über diesen Punkt muß den Angehörigen der christlichen Religionen jeweils für das eigene Gewissen vorbehalten bleiben. Von politischem Interesse dürfte jedoch wiederum die folgende Bemerkung in der genannten Schrift sein:

„Ein französischer Priester, der 1930 anläßlich eines Besuches in Disentis (Schweiz) von Kaiser Karl erzählen hörte, rief aus:
‚Wenn Karl unser König gewesen wäre, würden wir die Portale des Vatikans stürmen, um seine Seligsprechung zu erzwingen'. Wir wollen nicht so stürmisch sein; denn erstens läßt sich die Seligsprechung nicht erzwingen, und zweitens handelt es sich in diesem Falle nicht um eine nationale Angelegenheit, sondern um eine solche der katholischen Weltkirche. Liegt Karls Seligsprechung im Plane Gottes, dann kommt kein Stürmen, kein Erzwingen, sondern nur ein vertrauensvolles und demütiges Erflehen in Betracht, wofür die bereits erwähnte Gebetsliga das kirchlich approbierte Gebet empfiehlt: ‚O Herr Jesus Christus... Wandle auch die Schmach und Verleumdung gegen deinen Diener Karl, des verkannten und gelästerten Friedensbereiters, in die Freude und Verherrlichung und lasse seine in der Fremde verlassene Familie und uns alle in seinem mächtigen Schutze stehen'."

Ueber Ziel, Wirken und Wesen der hier genannten „Gebetsliga" geben gewisse „Kaiser-Karl-Gedächtnisjahrbücher", die seit einer Reihe von Jahren fortlaufend erscheinen, bemerkenswerten Aufschluß.

Im Jahrbuch 1933 heißt es:

„Die Gebetsliga wurde mit der ausdrücklichen Absicht gegründet, die Person Kaiser Karls den weltlichpolitischen-kontroversen Erörterungen zu entziehen und im Raum des religiösen Lebens seiner Verehrung einen religiösen Boden zu geben . . . Aus diesem Raum führt eine Pforte in ein geheimnisvolles Gemach, über dem geschrieben steht: Hier beginnt das Reich der Mystik . . . Die mystischen Gedanken sind: Glücklicher Kaiser Karl! Du hast von Gott den hohen Beruf des Opfers und der Sühne auf den Lebensweg mitbekommen. Du bist heroischen Leidens würdig befunden worden. Du bist Gottes Berufung gehorsam geblieben, gehorsam bis zum Tode, zum heiligmäßigen (!) Tode in der Verbannung und in der Verlassenheit, aber als Ueberwinder des Leidens, als Triumphator. Glücklicher Kaiser Karl! . . .

Wir konzentrieren also mit bewußter Absicht unsere Kraft in der Gegenwart auf das private geistige Leben, und nichts hindert uns, dieses Leben uns in der Gestalt eines geistigen Kaisertums vorzustellen. Damit bleibt die Tradition des katholischen Kaisertums Oesterreichs aufrecht, und in geistiger, gleichwohl wirksamer Weise (!!) bleibt Otto, der Erbe, unser Kaiser. Hier wird die Tätigkeit der Gebetsliga zu einer apostolischen (Tätigkeit)."

Dieser merkwürdige Gebetsverein, der also einen geschichtlichen Verräter den „weltlichpolitischen-kontroversen Erörterungen entziehen und im Raum des religiösen Lebens seiner Verehrung einen religiösen Boden geben" soll, ist nun keineswegs eine kirchlich unkontrollierte Sekte. Vielmehr ist die „Gebetsliga für Karl von Oesterreich" kirchlich „approbiert und empfohlen". Auch ihr Extragebet für Karl hat die ausdrückliche kirchliche Genehmigung. Dieses kuriose Gebet hat folgenden Text:

„Oh, Herr Jesus Christus,
um der überreichen Sühne Deines liebeentbrannten Herzens willen, nimm unsere Gebete und Werke gnädig auf, die wir zur Sühne allen Unrechtes Dir darbringen, das gegen kirchliche und weltliche Autorität, welche beide von Gott selbst zum Heile der Menschheit angeordnet sind, gegen die Kirche und das Vaterland, gegen den Kaiser und seine Familie in den letzten Jahren in unseren Landen so vielfach verübt wurde;
wandle die Schmach und Verleumdung (!) gegen Deinen Diener Karl von Oesterreich in die Freude der Verherrlichung und lasse seine in der Fremde verlassene Familie und uns alle in Deinem mächtigen Schutze stehen. Amen."

Der kirchliche Genehmigungsvermerk dazu lautet:

„Für dieses Gebet, das keineswegs gegen Glaube und Sitte (!!) verstößt, wurde die Drucklegung gestattet durch die Apostolische Administratur, Innsbruck, am 2. Februar 1927, A/219, Urban Draxl, Provikar."

Es ist nicht bekannt, ob es in der katholischen Kirche etwa auch eine Gebetsliga für die Wiedergutmachung des grenzenlosen Elendes gegeben hat, in

welches das deutsche Volk einst mit durch die historische Schurkerei des letzten Habsburger Kaisers gestürzt wurde. Es wäre ein solches Gebet immerhin auch inkonsequent gewesen. Denn selbst bezüglich des famosen Karl wird ja nicht zur Sühne des von ihm begangenen Unrechtes, sondern zur Sühne des ihm angeblich zugefügten Unrechtes gebetet! Eine schlimmere Moralkorruption, als sie von dieser „Gebetsliga" mit ausdrücklicher kirchenamtlicher Empfehlung betrieben wird, ist schlechthin undenkbar. Würden in einem Staate alle Landesverräter bei ihren Verbrechen sich namens irgendeiner Religion auf einen „von Gott auferlegten hohen Beruf" hinausreden wollen, so müßte das zwangsläufig zum Untergang dieses Staates oder zum Untergang der Religion schlechthin in jedem sittlich geordneten Staatswesen führen. Beide Möglichkeiten aber sind von wesentlicher politischer Bedeutung, auch die letztere insofern, als nämlich der Staat eines Tages im „religiösen Landesverrat" ja wohl oder übel ein elementares politisches Problem erblicken müßte. Nun betreibt aber jene „Gebetsliga" eingestandenermaßen die Selig- bzw. Heiligsprechung eines Verräters ausdrücklich als eine „Angelegenheit der katholischen Weltkirche". Das heißt praktisch: sie will den moraltheologischen Lehrsatz, daß Landesverrat ein Christenrecht sei, vom „Stellvertreter Gottes auf Erden" am geschichtlichen Beispiel für die Katholiken aller Länder als unfehlbar und verbindlich abstempeln lassen. Diese „Gebetsliga" bereitet also vom „religiösen Raume" aus einen Angriff auf die fundamentalsten Voraussetzungen des staatlichen Gemeinschaftswesens vor, der für jeden Staat mit katholischem Bevölkerungsteil von gleicher Gemeingefährlichkeit sein müßte. Dieser Angriff aber wird sehr methodisch vorbereitet. Im „Jahrbuch 1931" steht:

> **„Diese Erhebung zum Range eines Heiligen und Seligen und damit zu Schutzpatronen der Heimat ist nicht, wie man oft glaubt, das Werk einer willkürlich verfahrenden kirchlichen Autoritätsorganisation, sondern das Werk des engsten geistlichen Mitbetens der lebenden Menschen mit den in Gott Verstorbenen. Denn ein Volk ist, was seine Heiligen aus ihm machen und was es selbst aus seinen Heiligen macht.**
>
> **Die Kirche erklärt nur öffentlich, was in der Stille längst schon vorhanden war, sie erfüllt und vollendet das, was ein katholisches Volk vorher selbst erbetet und erarbeitet hat.**
>
> **Die Kirche spricht nur dann, wenn die Gläubigen vorher handeln, d. h. die Heiligen erleben, also ihr Vorbild in den Seelen lebendig und in der Gnade fruchtbar machen . . ."**

Inzwischen hat das „katholische Volk" (lies: Die katholische Aktion mittels ihrer „Gebetsliga"!) schon allerlei „Wunderbares" für die Heiligsprechung des gewissenlosen Habsburgers „erbetet und erarbeitet". Das „Jahrbuch 1933" berichtet bereits über „Wunderwirkungen" des Verräters in allen möglichen Ländern, die sich von „auffälliger Geldhilfe in höchster Not" bis zur wundersamen „Heilung von Zahngeschwüren" erstrecken. Die Gebetsliga registriert fleißig diese Raritäten des zwanzigsten Jahrhunderts, die für eine Seligsprechung schon heute statistisch ausreichen dürften. Die Frage ist nun, ob

die Weltkirche zu guter Letzt (vor allem angesichts der mittlerweile vollzogenen Heimkehr des österreichischen Volkes in das Reich!) nicht doch diplomatischer ist als ihre Gebetsliga. Denn schließlich wäre aus solch einer weltkirchlichen Demonstration nur der politische Schluß zu ziehen, daß Landesverrat eine mögliche Voraussetzung der Heiligkeit ist. Diese Möglichkeit jedoch müßte dann wohl oder übel das katholische kirchliche Geschehen grundsätzlich zu einem kriminellen Weltproblem machen. Benedikt XV. hat immerhin schon (nach dem „Jahrbuch 1931") gesagt:

„Kaiser Karl und Kaiserin Zita sind meine liebsten Kinder."

Das deutsche Volk insbesondere dürfte der Verherrlichung des Habsburger Verräters durch den Katholizismus seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Denn die nächstliegendsten Ziele, welche die „Weltkirche" mit diesem Heiligkeitsanwärter verfolgt hat und vermutlich weiterverfolgen wird, scheinen jedenfalls die deutsche Nation zu betreffen. Darüber hat seinerzeit „Der Christliche Ständestaat" vom 24. August 1935 keinen Zweifel gelassen. Er schrieb:

„So muß der Gedanke an Kaiser und Reich als die ideale Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in das Volk getragen werden und zu dessen Gemeingut werden nicht nur bei uns, sondern bei allen Völkern im Donauraum und darüber hinaus. Die Völker müssen sich darüber klarwerden, daß es heute darum geht, das sacrum imperium zu bilden, das Reich Gottes auf Erden, das berufen ist, den Kampf aufzunehmen gegen den Fürsten dieser Welt, gegen den Antichrist — das heilige, völkerumspannende Reich nicht „deutscher Nation", sondern römischer Prägung: Hinaus aus dem engen Gesichtskreis des Nationalismus und Vereinigung unter dem mittelalterlichen Schlachtruf: Hie Kaiser und römisches Reich allerweg."

Man möge es allerorten wohl behalten: die Rückkehr zum „völkerumspannenden Reich römischer Prägung" ist also das Programm jener Afterpolitik mit dem geistigen Erbe eines entarteten fürstlichen Wichtes gewesen! Es läßt sich auch so ausdrücken, daß der Papst in Rom wie einst wieder Kaiser über den Deutschen sein soll. Dem steht, wie der „Ständestaat" andeutete, ein heiliges Reich deutscher Nation ebenso antipolar gegenüber, wie das Mittelalter mit seinen Hexenverbrennungen der Neuzeit mit dem Rechte der Gewissensfreiheit. Im Grunde genommen hat sich in der Bonifatiuspolitik seit dem Dreißigjährigen Kriege bei der Behandlung der Deutschen augenscheinlich nichts geändert. Der Heiligenschein im Hintergrunde demonstriert das. Es bleibt abzuwarten, ob die Bonifatiuspolitiker nun nach der epochalen Umwälzung in Oesterreich sich noch etwas von der Heiligsprechung des Verräters versprechen. Mögen sie es damit halten, wie sie wollen: politisch gesehen bleibt auch der Versuch dazu eine Ungeheuerlichkeit der modernen Kirchenpolitik.

Der Schlußakt des Dramas

Deutschland wird „entpreußt"

Im Oktober 1918 erklärt das klerikal-bayerische Organ, die „Augsburger Postzeitung", interessanterweise, daß der Vatikan „zur Zeit" für Deutschlands und seiner Zentrumspartei Probleme wenig Aufmerksamkeit beweisen könne, da er mit der Wahrung seiner Belange in ganzen Kontinenten viel Wichtigeres zu tun habe. Es ist von Missionen in Afrika, Asien, in der Südsee und Australien, von Problemen in den „übrigen" Staaten Europas und Amerikas die Rede, die vielleicht einmal über die Geschicke der Kirche in den kommenden Jahrhunderten entscheiden würden. Wozu wird das eigentlich geschrieben? Will man in Deutschland klarmachen, daß der Vatikan in diesem Lande wirklich am wenigsten zu gewinnen hat, daß er daher an seine dortigen Interessen gleichsam nur in seinen Mußestunden denkt? Ja. Das will man. Der Vatikan wird rechtzeitig in Deckung gebracht und zum Scheine vom Zentrum distanziert. Die Zeichen stehen darauf, daß bald entscheidende Dinge eintreten können. Dabei darf das Prestige des Heiligen Stuhles selbst deshalb nicht eingesetzt werden, weil man nicht weiß, ob alles nach Wunsch ausgeht. Andererseits will man den Schein erwecken, als ob bei allen diesen Vorgängen lediglich parteipolitische Ziele und Zwecke verfolgt würden, bei welchen das Zentrum keine Aufträge aus Rom zu befolgen hätte. Die Politik der Kirche wird in solch hohe Dimensionen hinaufgehoben, daß selbst der mißtrauischste Deutsche sich sagen muß, daß sie in bezug auf Deutschland gar keinen Anteil an Parteiwünschen und Parteiaktionen zu nehmen braucht. Die „Augsburger Postzeitung" stellt das so dar:

„Die Politik der Kirche ist keine Augenblickspolitik, das darf man ja nie übersehen; sie rechnet mit Jahrhunderten, wo die Parteipolitik kaum mit Wochen oder Monaten zu rechnen vermag. Was bedeutet gegenüber diesen ins Unermeßliche gereckten Aufgaben (der kurialen Politik) das Soll und Haben der kleinen katholischen Filiale im protestantischen Deutschland?"

Man beruhigt, ist auch ein wenig zynisch, bagatellisiert ein wenig die inneren deutschen Nöte und die riskanten Machenschaften der Bonifatiuspolitiker und ihrer marxistischen Spießgesellen und eröffnet dem braven Zentrumsbürger rechtzeitig den Ausblick auf einen überlegenen Trost, der ihm gewisse kommende Geschehnisse als recht unbedeutend erscheinen lassen darf. Das ist am 10. Oktober 1918 so. Sechs Tage vorher hat es in Berlin einen neuen Staatssekretär gegeben: Erzberger. Einen Monat später hat sich bereits allerlei Bemerkenswertes ereignet und gewisse kleine „Filialhelfer" sind über Nacht Mitinhaber einer bisherigen Großmacht geworden. Am 13. November hat der Staatssekretär Erzberger bereits Waffenstillstandsverhandlungen geführt, ist er selbst für den Sechserrat der „Volksbeauftragten" schon unentbehrlich geworden. Seine Meinung, die er von den Verhandlungen mitbringt, ist die, daß man sämtliche vom Feinde gestellten Bedingungen bedingungslos annehmen solle. Der Marxist Barth hat ihm dieserhalb in einer Schrift später ein sehr bemerkenswertes Lob erteilt. Er schrieb:

„Ich beantragte, bedingungslosen Frieden anzubieten. Alle traten entrüstet gegen mich auf, nur — zur Schande meiner beiden Parteigenossen

(die Marxisten Haase und Dittmann) sei es gesagt — Erzberger stellte sich voll und ganz auf meinen Standpunkt."

Sollte diese Uebereinstimmung der beiden über eine ehr- und wehrlose Selbstaufgabe Deutschlands vielleicht lediglich auf einer zufälligen Aehnlichkeit ihrer Charaktere beruhen? Gewiß, beide sind auf Grund ihrer geistigen Marschbefehle von den Pflichten einer nationalen Ehrerhaltung entbunden. Wenn ein Charakter aber eine solche Entpflichtung überhaupt annimmt, so muß wohl von vornherein auch ein persönlicher Mangel im Punkte Ehrenhaftigkeit vorliegen. In diesem Augenblick treffen sich an der Spitze Deutschlands nicht nur die finstersten Charaktere, sondern auch jene geistigen Systeme, die allein mit Hilfe solcher ehrverachtenden Elemente ihre Macht zu errichten und zu erhalten vermögen. Erzberger ist nicht allein und denkt nicht aus sich selbst. Er verkörpert das eine jener usurpatorischen* Systeme, die in Deutschland skrupellos ihre eigensüchtigen Ziele verfolgen. Er tritt für bedingungslose Entwaffnung ein. Warum? Weil diese Entwaffnung eine praktische „Entpreußung" des ganzen Landes bedeutet und eine Voraussetzung dafür ist, daß der Bonifatiuspolitik in Zukunft von innen her kein erfolgreicher Widerstand mehr entgegengesetzt werden kann. Worauf die Bonifatiuspolitik jetzt aber abzielt, das wird sehr bald offenbar. Die „kleine katholische Filiale" soll in irgendeiner Form selbständig gemacht, aus einem integrierenden Bestandteil des Reiches zu einem Gegenspieler des Reichsrestes, das heißt der bisherigen „protestantischen Vormacht", erhoben werden. Bereits am 26. November richtet das bayerische Zentrum durch sein Organ, den „Bayerischen Kurier", einen denkwürdigen Aufruf an den Rätejuden und weiland Ministerpräsidenten des Volksstaates „Baiern" (Rätedeutsch!), Eisner:

> **„Warum, Herr Präsident Eisner, lassen Sie das alte von Preußen beherrschte Reich nicht verschwinden wie die deutsche Kokarde?... Sagt Euch endlich los von einem Deutschland, in dem Preußen und Berlin, das herrschsüchtige, immer noch den Ton angeben wollen! Sagen Sie, Herr Minister, nochmals: Bayern will den Sonderfrieden. Alles, was nicht-preußisch ist, wird sich uns anschließen... Ebenso sicher kommt schließlich der Deutsche Staatenbund ohne das Berlinertum und sein spezifisches Preußen... Herr Minister, ich glaube, Sie denken selbst so — ich sage: Los von Preußen! Schaffen Sie den verfassungsmäßigen Volksstaat Bayern, erbitten Sie den Sonderfrieden — wir werden den Frieden haben, nur die Preußen nicht, die der slawische Einschlag verdorben hat!..."**

Damit ist die Maske gefallen. Diese offene Anfeuerung zum Landesverrat an den jüdischen Usurpator, die offene Herabsetzung nicht des hohenzollernschen Kaiserhauses, sondern des preußischen Volksstammes selbst, diese hysterische Kriegserklärung an den deutschen Reichsbegriff lassen keinen Zweifel mehr darüber, daß ganz klare Pläne zugrunde liegen. Man will die Dinge rechtzeitig so weit vortreiben, daß die „Preußen", wenn sie ihre

* Usurpator = Thronräuber.

Selbstachtung behalten wollen, selbst von dem „bayerischen" Beleidiger abrücken müssen. Das Ganze sieht so aus, wie das Volk die vergangenen innerdeutschen Machtkämpfe zu sehen gelehrt wurde: nach einer Auseinandersetzung zweier durch Charakterunterschiede unverträglicher Stämme. Wohlgemerkt: vom „protestantischen Preußen" kein Wort, aber vom slawischen Einschlag, der „die Preußen" verdorben habe!

Diese „slawisch verdorbenen" Preußen werden gleichsam aus dem deutschen Volksbegriffe verdrängt, und es steht zwischen den Zeilen, daß sie eigentlich gar keine Deutschen sind! Warum soll man diesen Fremdkörper nicht auch praktisch aus dem Deutschtum entfernen? Der deutschbewußte Bayer wird durch die Behauptung von der „slawischen Verderbtheit der Preußen" zweifellos verwirrt und entwaffnet. Gleichzeitig ist mit dieser Behauptung den damals als „Muß-Preußen" bezeichneten Rheinländern, Hessen und Hannoveranern im preußischen Staatsgebiet die Losung für eine Befreiungsaktion vom „Unterdrückervolke" gegeben. Man bringt natürlich auch „sachliche" Argumente herbei, welche die Notwendigkeit zur Bildung eines „neuen" Reiches plausibel machen sollen.

Im Jahre 1913 schrieb R. Hessen in seinem Buche „Philosophie der Kraft":

„Kein Ultramontaner kann jemals etwas anderes bezwecken und herbeiwünschen als die Tilgung politischer Grenzen, die Ausrottung anstößiger Muttersprachen, die Zermürbung und Lähmung hinderlicher Staatsgewalten bis zur Zurückführung der ganzen Christenheit unter die Priesterherrschaft, als des Papstes treueste „Leibgarde", wie Graf Ballestrem in einem unbewachten Augenblicke das deutsche Zentrum genannt hat. Das Zentrum ist eine schon „verhärtete" Partei, bei der jede nationale Entwicklung ausgeschlossen bleibt. Es zeigt gerade soviel Verständnis für Deutschlands Bedürfnisse, um regierungsfähig zu bleiben und lauert auf den Augenblick, dem Reich irgendeine furchtbare Wunde zu schlagen."

Der Zeitpunkt, wo die römische „Leibgarde" aus dem politischen Dickicht heraustritt, um dem Reich eine furchtbare Wunde zu schlagen, ist gekommen. Der 9. November 1918 ist zum Tage des Triumphes nicht nur für die Entente, sondern auch für die Bonifatiuspolitik geworden.

Dr. Heim macht einen „Vorschlag"

Mit dem Biedermannstone des besorgten Nährvaters veröffentlicht der sogenannte „bayerische Bauernführer" Dr. Heim am 1. Dezember 1918 im „Bayerischen Kurier" folgenden Vorschlag:

> **„Wenn feststeht, daß die Alliierten niemals zugeben werden, daß das alte Deutschland durch Oesterreich vergrößert wird, dann hat Bayern nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder es bleibt im Gefüge des alten Reiches, dann muß es auf diese glänzende Perspektive verzichten, oder Bayern vollzieht und erstrebt diesen Anschluß. Meiner Ansicht nach kann nur das letztere in Betracht kommen. Aber die Bedenken, die hiergegen sprechen könnten, sind folgende:**

Das neue Wirtschaftsgebiet hat keinen Zugang zum Meer, kein genügendes Erz- und Kohlenvorkommen, dagegen gewaltige Wasserkräfte... Hierfür gäbe es aber eine Lösung, kurz bezeichnet mit dem erweiterten alten deutschen Rheinbund: Hannover, Westdeutschland bis zur Elbe und Süddeutschland mit Oesterreich..."

Trotz aller „wirtschaftlichen" Tarnung: Heim kann die Katze nicht im Sacke halten! Der alte deutsche Rheinbund, dieser einst von Napoleon so zynisch als Fangnetz seiner Politik gekennzeichnete deutsche Schadensbund, das ist das Ziel! Es könnte scheinen, als sei der Sinn dieses gewaltigen Weltkrieges für die Deutschen darin erschöpft, das Rad der Geschichte um ein Jahrhundert opferreichen Kampfes um die Einheit des Reiches einfach zurückzudrehen. Was hier im Süden Deutschlands von einer Handvoll skrupelloser Ehrgeizlinge kaltblütig in die Debatte geworfen wird, findet im Westen des Landes ein wohlberechnetes und berechnendes Echo. Am 4. Dezember steht in der „Kölnischen Volkszeitung", dem rheinischen Zentrumsblatte, zu lesen:

„... Die Länder am Rhein rufen den Stämmen an der Donau, von Donaueschingen bis Preßburg zu: Lösen wir uns von allen Fremdlingen los und bauen wir in treuer deutscher Gemeinschaft ein neues Staatswesen auf, das Militarismus und Revolution, überhebliches Junkertum und gewissenloses Demagogentum mit gleicher Entschiedenheit abschüttelt, um einem freien Volke freies Land zu schaffen; um ein neues Deutschland zu gestalten, das die ganze in Trümmer gesunkene Periode von 1866 bis 1918 endgültig in den Hintergrund der Vergangenheit schiebt, um wieder an die Zeiten echter deutscher Geschichte anzuknüpfen."

Die Zeiten „echter deutscher Geschichte"? Was ist das, wenn die Bismarcksche Reichsgründung einfach daraus gestrichen wird? Es sind die Zeiten des „heiligen römischen Reiches deutscher Nation", dessen Kaiser die deutsche Krone von den Päpsten in Empfang nehmen mußten und gestürzt oder verflucht wurden, wenn sie diesen herrischen Machtanspruch nicht anerkennen wollten! Für die Rückkehr dieses „Ideales" wird jetzt unausgesetzt die Trommel gerührt; die kleine „Filiale" ist eine große Macht geworden! Vor ihr zittert und bangt ein ganzes Reich. In den „Historisch-Politischen Blättern für das katholische Deutschland", (Görres-Blätter), steht zu Beginn des Jahres 1919 unter dem Titel „Neujahr 1919" folgendes zu lesen, was an drohender Deutlichkeit für Deutschland nichts zu wünschen übrigläßt:

„Mit dem Zusammenbruch der Schöpfung Bismarcks, in welcher der Geist der Welt, was äußeren Glanz und innere Korruption betrifft, wohl eines seiner größten Wunderwerke geschaffen hat, das jemals den blöden Augen der geistlosen Sinnenkultur ist vorgetäuscht worden, ist noch lange nicht alles zu Fall gebracht, was wert ist, daß es zugrunde geht."

Die Trommeltöne sind verschieden, der Rhythmus ist derselbe. Am 4. Januar 1919 bringt das „Echo der Gegenwart", das Zentrumsblatt in Aachen folgenden Artikel:

„... Es wäre das Beste und Natürlichste, die Länder am Oberrhein bis nach Basel hinauf und die Frankenländer am Main bis Würzburg und Bamberg hinauf mit den Rheingauern und Rheinpfälzern sowie den bisher badischen und württembergischen Ländern zu einer gemeinsamen oberrheinisch - fränkisch - alemannischen Republik zusammenzuschließen. Wir wären dann nicht nur am Oberrhein selber ein kräftiger Stamm, sondern auch fähig, unserer durch die natürliche Lage uns zugefallenen Aufgabe gerecht zu werden, ein Verbindungsglied mit der Schweiz und der Niederrheinisch-westfälischen Republik bzw. Holland einerseits sowie mit der Bayerisch-Oesterreichischen Donaurepublik andererseits, zugleich aber auch ein versöhnendes Zwischenglied zwischen unseren norddeutschen Namens- (!!) brüdern und dem französischen Volke zu sein. Am besten freilich wäre es, wenn Mainz und die sämtlichen vorerwähnten Landesteile mit ganz Bayern und den deutsch-österreichischen Ländern zu einer gemeinsamen Rhein-Main-Donau-Republik sich zusammenschlössen. Ein solcher Zusammenschluß liegt ganz in dem Zuge der natürlichen Zusammenhänge und der wirtschaftlichen Entwicklung. Auch wäre eine solche Rhein-Main-Donau-Republik das geeignetste Mittel, um sowohl die neuerdings in Oesterreich aufgetretenen Bedenken gegen den Anschluß an Deutschland als auch sonstige auf anderer Seite obwaltende Bedenklichkeiten, die aus dem früheren preußischen Regierungssystem herrühren, ein für allemal zu beseitigen."

Das alles aber ist erst Ankündigung, Sichtung des Terrains. Die Taten werden folgen und Clémenceau, dem Tiger, mehr als willkommen sein.

Ein Prälat im finsteren Hintergrund

Der Waffenstillstand nach Erzbergers Rezept wird angenommen, Clémenceau kann jetzt unbesorgt und unbarmherzig seinen „Revanchefrieden" machen. Die Vertretung Deutschlands ruht in den Händen der Speyerer Verbündeten; und das sind Schieberhände, keine Soldatenhände oder Mannesfäuste. Was die Bonifatiuspolitiker selbst angeht, so helfen sie ohne alle Scham an Clémenceaus Drähten ziehen. In ihnen beweist sich die Bedeutung des durch Rampolla im Jahre 1895 an den französischen Gesandten Mombel ergangenen Angebotes buchstäblich. Der berüchtigte Pfarrer Moenius hat ebenfalls einen aufschlußreichen Ausspruch getan, dessen Richtigkeit in diesem Frühjahr 1918 ersichtlich bewiesen worden ist. Moenius sagt:

„Durch alle Jahrhunderte ist es in allen Ländern des orbis christianus der Ruhm von Episkopat und Klerus, auf seiten des Papstes zu stehen, auch gegen das eigene Land."

Die Beweisführung dieser These in Deutschland gelingt jetzt vorwiegend unter dem Namen „Prälat Dr. Kaas". Dieser höhere Priester aus der alten Domstadt Trier hält am 10. März 1919 die Zeit für gekommen, um ein denkwürdiges Telegramm an den Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei, Trimborn, zu schicken. Das Telegramm lautet:

„Der Rheinischen Republik senden vom Moselstrande begeisterte Grüße Trierer Bürger aller Stände!"

Diese priesterlich-landesverräterische Glückwunschadresse hat allerdings den Nachteil, daß sie den Ereignissen ein wenig vorauseilt. Man könnte gegebenenfalls auch die andere Meinung vertreten, daß sie eine Art von Geburtshilfe, eine freundschaftliche Nötigung zur entscheidenden Tat darstellen soll. Jedenfalls beweist sie, daß der Herr Prälat in Trier von einer Rheinischen Republik unter allen Umständen zu begeistern wäre. Was die „Trierer Bürger aller Stände" betrifft, so müßten im Hinblick auf das spätere Schicksal der Kaasschen Republik bezüglich ihrer Anzahl doch vermutlich erhebliche Einschränkungen gemacht werden. Das ist sicher: bei Kaas ist zu allermindest der Wunsch der Vater des Gedankens geworden. Mit diesem Wunsche aber steht er nicht allein: denn dieser Wunsch entsprang nicht dem „Privatgehirn Kaas", sondern dem Bonifatiusgeiste an sich. Beweis? Der Beweis ist ein indirekter: am 24. März enthält sich das Zentrum in der Preußischen Landesversammlung der Stimme, als eine Entschließung gegen alle Loslösungsbestrebungen zur Abstimmung gestellt wird! Das ist politische Zuhälterei zugunsten kommender Dinge, von denen man wohl zu wissen scheint. Diese Dinge lassen dann auch nicht lange auf sich warten. Am 1. und 5. Mai tagt in der alten Kaiserstadt Aachen ein Ausschuß. Das wäre in diesen Zeiten, in welchen allerorten der Parlamentarismus fleißig eingeübt wird, an sich nichts Besonderes. Aber dieser Ausschuß hier ist kein alltäglicher Ausschuß; er ist ein unvergeßlicher Ausschuß und beschäftigt sich mit unvergeßlichen Problemen. Seine geistigen und geistlichen Koryphäen heißen: Jesuitenpater Dr. Froberger und Oberpfarrer Kastert. Dieser Ausschuß also faßt Beschlüsse, die unter dem Titel „Aachener Punktationen" eine traurige Berühmtheit in der Geschichte von Versailles erlangt haben.

Die „Aachener Punktationen"

Diese Beschlüsse — gefaßt im Augenblick, da zu Versailles die deutschen Unterhändler demütig und wehmütig auf die Aushändigung der Diktatsbedingungen durch den „Tiger" warten müssen — sind ein Dokument, das unmittelbar neben jenem berüchtigten Kaiserbriefe des Habsburgers rangiert. Es heißt da:

„Unter der Annahme, daß die politische, militärische Zoll- und Wirtschaftsgrenze an den Rhein gelegt wird, möchte der Arbeitsausschuß nachstehende Gesichtspunkte vertreten:

1. **Der linksrheinische Staat, rheinische Republik oder rheinischer Volksstaat umfaßt auch die Pfalz und das Saargebiet sowie Rheinhessen mit Mainz.**
2. **Er wird regiert durch ein Parlament, auf welches die Januarwahlen 1919 zur Preußischen Nationalversammlung mit 100 Abgeordneten übertragen werden. (Hierbei wird sich schätzungsweise eine positive Mehrheit von etwa 65 Abgeordneten ergeben!)**
3. **Das Parlament wird einberufen durch den vorläufigen Präsidenten und entscheidet darüber, ob er in seinem Amte bestätigt wird.**
   Das Parlament wählt einen Zehnerausschuß (Ministerium) — aus Parlamentariern oder anderen Personen zusammengesetzt —, der

dem Präsidenten als Beirat zur Seite steht. Den Herren soll auch die Leitung der verschiedenen Verwaltungszweige übertragen werden. Ferner sollen in die Ministerien besonders befähigte Verwaltungsbeamte berufen werden:
Kuckhoff, Abgeordneter, Cöln-Aachen,
Oberpfarrer Kastert, Abgeordneter, Cöln,
Louis Hagen, Präsident der Handelskammer, Cöln (getaufter Jude),
Talbot, Präsident der Handelskammer, Aachen,
Dr. Brauns, M.-Gladbach,
Dr. Hoeber,
Oberstaatsanwalt Rust, Cöln,
Postrat Bachus, Aachen,
Justizrat Dr. Clemens Schreiber,
Dr. Krusmann, Münster i. Westfalen.
Chefredakteur Salm, Aachen,
Freiherr von Loe, Präsident des Rheinischen Bauernvereins,
Johannes Bergmann, Arbeitersekretär,
Schifferings, Trier,
Oekonomierat Bollig, Cöln,
Oberpostsekretär Dahlen, Aachen,
Dr. Froberger, Redakteur der Cölnischen Volkszeitung, Cöln,
Regierungssekretär Moenikes, Aachen,
Ober-Postassistent Bremer, Aachen,
Hochschulprofessor Dr. Benedikt Schmittmann, Abg. f. Preußen,
Graf Berghe von Trips auf Burg Hemmersbach bei Horem,
Landrat Eberhard, Mülheim (Rhein).

4. Zum Präsidenten ist in Aussicht zu nehmen:
Exzellenz Wallraf, Oberbürgermeister a. D. von Cöln.

5. Finanzen:
Als Staatsbank wird der Schaafhausen'sche Bankverein in Aussicht genommen.
Finanzfachleute:
Consul von Stein, Cöln,
Dr. Albert Ahn,
Louis Hagen,
Josef Rosemeyer, Cöln-Lindenthal (im Entwurf gestrichen!).
Die Staatsbank wird gestützt durch das Staats- und Kommunaleigentum.

6. Kirchenpolitik
Die Erzdiözese Cöln wird geteilt.
Aachen wird Bischofssitz.
Als Sprengel wird in Aussicht genommen Regierungsbezirk Aachen und die Kreise M.-Gladbach, Viersen, Dülken und andere.
Referent: Das Generalvikariat Cöln durch Vermittlung des Oberpfarrers Kastert.
Das Bistum Trier bleibt bestehen.

7. Französische Kontrolle (Zivilkontrolle), die sich darauf erstreckt, daß im neuen deutschen Gliedstaate nichts geschieht, was den berechtigten Interessen der Entente zuwiderläuft. (!!!)
Vorgeschlagen wird ein Résident am Sitze des Präsidenten mit seinem Stabe und in den Hauptstädten der Regierungsbezirke je ein Kommissar, dem a u c h (!!) deutsche Beamte zuzuweisen wären.

8. **Verschiedenes:**

a) Die Filiale des Aachener Ausschusses für Cöln übernehmen die Herren Dr. Hoeber und Dr. Froberger (Pater S. J.), beide Redakteure der Cölnischen Volkszeitung, und der Verleger Franz Xaver Bachem.

b) Oberpfarrer Kastert ist Leiter der Ausschüsse in Aachen, Cöln, Trier, Coblenz, Bonn, Neuß, M.-Gladbach, Crefeld und Cleve. Er erläßt zusammen mit diesen Ausschüssen den Aufruf zur Proklamierung der Rheinischen Republik und zur Berufung des vorläufigen Präsidenten. Der vorläufige Präsident beruft dann das unter 2. erwähnte Parlament, welches die Leitung der Staatsgeschäfte übernimmt."

Fürwahr, alles in allem ein famoser Plan! Zunächst nimmt man ganz einfach und harmlos an, daß die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich in Zukunft am Rhein liegen wird! Sollte das im Ernste eintreten, so wäre ja zweifellos Frankreich nicht mehr an einer „Rheinischen Republik" auf dem von ihm annektierten Gebiete interessiert. Es handelt sich also hier um eine Fiktion, die man aufstellt, um eine Art von Rechtfertigung für die eigene Planung zu finden. Umgekehrt aber ist diese Planung eine Ermunterung für Clémenceau, bei seinen alliierten Freunden den Besitz des ganzen Rheinlandes zu fordern. Er kann jetzt darauf verweisen, daß selbst die „führenden Kreise" dieser Gebiete eine solche Lösung ohne Widerspruch als im Bereiche des Möglichen liegend gekennzeichnet, sich also damit im Grundsätzlichen bereits mit der Abtrennung der rheinischen Länder von Deutschland einverstanden erklärt haben. Bleibt also nur noch die Frage, wer die „reife", von Deutschland abfallende Frucht in Zukunft besitzen soll.

Hier dürfen die separatistischen Bonifatiuspolitiker darauf spekulieren, daß die Alliierten Clémenceaus ihm zwar nicht nachgeben werden, weil sie aus eigenem Interesse eine solch übermäßige Stärkung Frankreichs wiederum nicht wünschen. Sie werden aber zweifellos den Aachener Vorschlag als das kleinere Uebel ansehen, ihn dann auch wohl unterstützen. Clémenceau behält auch in diesem Falle noch gewaltige Vorteile für sich. Er kann einen etwaigen Verzicht in dieser Frage zum Anlasse erpresserischer Forderungen auf anderen Gebieten machen; er kann sogar im Grunde genommen ruhig verzichten, da ja der Aachener Plan ihm alle Garantien dafür bietet, daß der geplante rheinische Pufferstaat unter französischer Kontrolle der Wahrung der „berechtigten Interessen der Entente" am Rheine dient. Stellt man nun noch fest, daß der Oberpfarrer Kastert sowohl „Referent für Kirchenpolitik" als auch „Beauftragter für die Proklamierung der Republik und die Berufung ihres vorläufigen Präsidenten" sein soll, so kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, *daß hier die kirchliche Macht auf landesverräterischem Wege einen zweiten Kirchenstaat bilden will, dessen Tendenz eindeutig reichsfeindlich sein muß. Dieser ganze Plan bedeutet daher nichts anderes als die gegebene Folgerung aus jenem Ausspruche des Papstes Benedikt XV. gegenüber dem Juden Emil Cohn (der sich den Namen „Ludwig" gab), daß Luther den Weltkrieg verloren habe!*

Dieser Papst gibt also unumwunden sein „religiöses" Interesse an der deutschen Niederlage zu! Dieses Interesse darf daher auch zu allermindest moralisch als eine grundsätzliche Befürwortung aller Maßnahmen angesehen werden, welche zur politischen Schädigung der „Luther-Vormacht" in Deutschland führen könnten. Da man aus dem Munde des Jesuiten Moenius inzwischen Näheres über einen gewissen „Ruhm" des Klerus in Fragen des Verhältnisses von päpstlichem und patriotischem Interesse erfahren hat, kann die geistliche Führerschaft bei jener niederträchtigen Aktion des Jahres 1919 am Rhein nicht wundernehmen. Diese Führerschaft ist außer durch das Kaassche Telegramm und den Inhalt der „Aachener Punktationen" auch durch andere Belege erwiesen worden. So hat z. B. der Vertrauensmann des französischen Bezirksdelegierten Oberst Cochet, ein Monsieur Griner, geäußert:

> **„Wenn ich alles aussprechen kann, wird man mit Staunen erfahren, welche Angebote uns Prälat Kaas gemacht hat. Diese Angebote gehen weit über das hinaus, was die Separatisten jemals gewollt und angeboten haben*."**

Diese Aeußerung ist dem Herrn Prälaten Dr. Kaas peinlicherweise in seiner späteren politischen Tätigkeit des öfteren begegnet. Er würde, wenn sie den Tatsachen nicht entsprochen hätte, zweifellos die Gerichte gegen diejenigen mobil gemacht haben, die sich ihrer zu bedienen wagten. Denn sie war immerhin auch für einen „führenden Politiker der Systemzeit" eine schwere Belastung, der gegenüber christliche Nachsicht kaum am Platze sein konnte. Der Herr Prälat ließ es trotzdem bei dieser Belastung, weil ihm offenbar aus guten Gründen eine gerichtliche Klarstellung nicht „zweckmäßig" erschien. Inzwischen hat ein anderer „Sachverständiger", der emigrierte Separatist Dr. Dorten, im Jahre 1933 ebenfalls aus der Schule jener Zeit geplaudert und das Bild gerundet. Dorten erklärte im November 1933 in einem Vortrage in Paris:

> **„Der rheinische katholische Klerus war 1918 und 1919 Mitkämpfer für die Rheinische Republik. Seit Ende 1918 verlangte der gesamte katholische Klerus mit den Bischöfen an der Spitze die sofortige Ausrufung eines Rheinstaates. Der Rheinstaat würde ein katholischer Staat gewesen sein. Der Rheinstaat würde sieben Millionen Katholiken unter zehn Millionen Einwohnern gezählt haben. Er konnte überhaupt nur in der Form eines katholischen Staates gedacht werden."**

Es ist, außer dem Geständnis selbst, immerhin das Thema interessant, unter dem es abgegeben wurde. Dieses Thema lautete: „*Von Luther über Bismarck zu Hitler.*"

Daraus läßt sich zweifellos der Schluß ziehen, daß Dorten auch heute noch jener geistigen Macht nahesteht, die sich „seit Luther über Bismarck zu Hitler" in einer unausgesetzten Angriffsstellung auf ein Deutschland befindet, welches seine geistige und politische Freiheit dem Primate des Vatikans nicht mehr unterwerfen will.

---

* Die französische Zeitung „Liberté" vom 25. September 1921 berichtete über die Separationspläne der Bonifatiuspolitiker: „Bayern sollte sich mit den Resten Oesterreichs unter katholischer Herrschaft vereinigen. Die Rheinprovinz sollte vatikanisches Gebiet werden und Norddeutschlands Vorherrschaft gebrochen werden."

Aber selbst diese späte Enthüllung des Herrn Dr. Dorten aus dem Jahre 1933 wäre eigentlich für die Feststellung des klerikalen Schuldkontos am Rhein und der römischen Beziehungen des separatistischen „Präsidenten" gar nicht mehr so dringlich gewesen. Denn er hat damit nach vierzehn Jahren lediglich den Inhalt eines phantastisch aufschlußreichen Dokumentes unterstrichen, das mehr auszusagen vermag, als alle nachträglichen Kommentare. 1919 nämlich hat der „untertänigste Sohn" seinem „seligsten Vater" folgenden sehnsuchtsvollen Brief geschrieben:

„Seligster Vater!

Zu den Füßen Deiner Heiligkeit hingeworfen, lege ich, Dein untertänigster Sohn, Dr. jur. Hans Adam Dorten, Folgendes dar. Du, der Du auf uns Vertrauen setzest mit der väterlichen Liebe, mit der Deine Heiligkeit gar oft zur Zeit des unglücklichen Krieges den Völkern Europas den Frieden zu bringen versucht hat — Dir übersende ich untertänigst anliegende Schriftstücke, die von der Sehnsucht der Stämme am Rhein handeln, die sich auf Frieden, Wohl des Vaterlandes und eigenes Wohlergehen, mit größtem Nachdruck auch auf Freiheit und Unversehrtheit der katholischen Kirche in diesem Gebiet richtet. Bestimmt kann sich niemand der Einsicht entziehen, daß die traurige und beklagenswerte Lage, in die die Gesellschaft gegenwärtig in Deutschland von Tag zu Tag mehr gerät, sich aus den zahlreichen unseligen Machenschaften herleitet, die in Gang gesetzt werden zu dem Zweck, aus öffentlichen Einrichtungen und aus den Familien täglich mehr den heiligen Glauben an Christus, seine Religion und Heilslehre zu beseitigen und ihre heilsame Macht einzuengen und zu hemmen. Diese verderblichen Bestrebungen würden zunichte gemacht werden, wenn unsere Sehnsucht nach Unabhängigkeit der Rheinlande erfüllt würde. Deshalb empfehle ich dem Wohlwollen Deiner Heiligkeit untertänigst, was alle Söhne der Mutter Kirche, vor allem ihre Priester, wünschen. Mit dieser Bitte erflehe ich untertänigst von Deiner Heiligkeit den apostolischen Segen und verbleibe Deiner Heiligkeit untertänigster Sohn."

Der Dr. jur. Hans Adam Dorten, in brennender Sorge um „die Freiheit und Unversehrtheit der katholischen Kirche im Rheinlande", wünscht sich also den Segen des Stellvertreters Gottes auf Erden für sein landesverräterisches Unternehmen. Verrat um Gotteslohn, wie man sieht. Ob er den päpstlichen Segen bekommen hat, ist unbekannt geblieben. Ob er einmal Gotteslohn ernten wird, darüber läßt sich streiten. Jedenfalls: im Stadium seiner verbrecherischen Pläne und Aktionen rühmt er sich des „Vertrauens", das der Papst auf ihn und seine Konsorten gesetzt habe. Demnach dürfte er damals ein päpstlicher Vertrauensmann gewesen sein. Umgekehrt hat er durch seinen Brief den Papst zum „Vertrauensmann" der rheinischen Verräter gemacht; der Heilige Vater hat sich das nicht etwa verbeten. Im Gegenteil! Er hat das Dortensche Vertrauen so sehr zu würdigen gewußt, daß er sogar einen besonderen „Vertrauensmann" zur Abholung des unerhörten Briefes und der darin genannten „Anlagen" nach Deutschland schickte! Dieser Bote hieß Monsignore Laffite und war Geheimsekretär des Erzbischofs von Mailand, wie die beiden separatisti-

schen Mitverschwörer Matthes und Dr. Klingelschmitt bezeugt haben. Damit dem Heiligen Vater in Rom etwaige Mühen mit der ungewohnten — vielleicht auch unsympathischen — deutschen Sprache erspart blieben, war der Brief Dortens rechtzeitig im Generalvikariat zu Köln in das vatikanische Latein übersetzt worden. Das war zweifellos eine Geste diplomatischer Wohlerzogenheit, außerdem aber auch eine feinfühlige Beweisführung für die Erklärung des Verräters, daß „vor allem die Priester der Mutter Kirche das Wohlwollen Seiner Heiligkeit" zu gewissen Absichten wünschten. Hier bleibt die ungeheuerliche Feststellung übrig, daß Benedikt XV. niemals öffentlich von dem verbrecherischen, untertänigsten Sohne abgerückt ist, auch dann nicht, als das rheinische Volk diesen „Sohn" hinausgeworfen und ein Recht auf eine Verurteilung desselben durch die katholische Kirche gehabt hätte, für deren Interessen er ja zu handeln vorgegeben hatte.

Wenngleich die geheimnisvollen „Anlagen", die Dorten erwähnt, leider niemals bekanntgeworden sind, so spricht doch allein der Brief, seine Uebersetzung durch ein katholisches Generalvikariat und sein Transport durch einen exterritorialen Monsignore eine beredte Sprache, die allen Zweifel über jene dunklen Zusammenhänge behebt.*

Wenn Dorten 1933 als „Eingeweihter" von 1918/19 die rheinischen Bischöfe im allgemeinen als geistige Führer der Loslösungsbestrebungen jener Tage bezeichnet, so kann hier der Bischof von Limburg, Dr. Damian, als namentlich bekannter, besonders aktiver Vertreter in der Verratspolitik des rheinischen Episkopates genannt werden.

Clémenceau findet Zuhälter für ein „Diktat"

Die separatistischen Bonifatiuspolitiker haben es nun keineswegs bei papierenen Beschlüssen und Telegrammen bewenden lassen, obschon ja das bereits genügt hätte, um den Tatbestand der politischen Zuhälterei gegenüber der Entente zu erfüllen. Clémenceau läßt zunächst einmal die deutschen „Friedensunterhändler" in Versailles tagelang auf die Eröffnung der Friedensbedingungen warten. Das macht mürbe und hat auch sonst noch einen sehr realen Zweck. Am 7. Mai 1919 trifft sein Beauftragter, der Chef der französischen Besatzungstruppen, General Mangin, in Aachen ein, um jene „Punktationen" in Empfang zu nehmen. Am gleichen Tage auch übergibt Clémenceau der deutschen Abordnung endlich den Vertrag. Er tut das mit folgenden Worten:

„Meine Herren Delegierten des Deutschen Reiches! Es ist weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich heute die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den schrecklichsten Krieg, der ihnen aufgezwungen worden ist, zu beenden. Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen . . ."

---

* In der Schrift von Khaynach: „Der Separatismus und die Karawane Loyolas" wird folgendes gesagt: „Auf dem berüchtigten Freimaurerkongreß, der vom 28. bis 30. Juni 1917 in Paris stattfand, wurde die Zerschlagung Deutschlands und Oesterreichs beschlossen. Das Ergebnis dieser Tagung war, daß der Jude Walter Rathenau über den Jesuitensöldner Erzberger und den getauften Juden und Ordensjesuiten Gasparri mit dem Vatikan einen Geheimvertrag abschloß, nach welchem Deutschland in drei Teile zerfallen sollte." (In zwei „katholische" Neuschöpfungen — Bayern mit Rumpfösterreich und den „vatikanischen" Rheinstaat — und den „protestantischen" norddeutschen Rest!)

Von Verhandlungen kann demnach also keine Rede sein. Der „Tiger" macht auch keinen Hehl daraus. Er „rechnet ab". Sollten die deutschen Unterhändler sich z. B. im Namen des Deutschen Reiches mit der Inpfandnahme der Rheinlande nicht zufrieden geben, so ließe sich ihnen gegenüber ja unter anderem darauf hinweisen, daß das Reich über die Meinung dieses Pfandes selbst nicht im Bilde ist. Die „Aachener Punktationen" könnten also sowohl gegen deutsche Proteste als auch gegen etwaige Milderungsvorschläge der eigenen Verbündeten Clémenceaus ins Feld geführt werden. Daß diese Tatsache eine ungeheuerliche Unterhöhlung des deutschen Standpunktes bedeutet, braucht wohl kaum weiter ausgeführt zu werden.

Die Deutschen nehmen also nicht nur tatsächlich, sondern auch moralisch völlig entwaffnet den Diktatsentwurf entgegen, um ihn der Nationalversammlung in Weimar zu überbringen. Die Frist zur Unterzeichnung ist möglichst kurz bemessen. In dieser kurzen Frist aber leistet die Bonifatiuspolitik gewaltige Arbeit. Am 17. Mai erscheint bei dem Regierungspräsidenten der Rheinpfalz der Landauer Zentrumsjude Dr. Haas mit einem „Ausschuß". Er protestiert nicht etwa gegen die erpresserischen Diktatsbedingungen, nein; er verlangt vielmehr die Proklamation eines neutralen Pfalzstaates! Aber er kommt an die unrichtige Adresse. Der pfälzische Regierungspräsident setzt ihn mitsamt seinem Ausschuß hinter Schloß und Riegel. Am 22. Mai erzwingt der französische General Girard die Freilassung der Verräter; denn sie erfreuen sich begreiflicherweise seiner heißesten Sympathien. Am 19. Mai trifft sich Dr. Heim „aus Bayern" in Luxemburg mit dem französischen General Destiker. Der geheimrätliche Bonifatiuspolitiker aus Regensburg hat später erklärt, er habe diese Reise nach Luxemburg im Auftrage der Reichsbehörden und im Einvernehmen mit der Bayerischen Volkspartei unternommen und die Aufgabe gehabt, die Absichten und Ansprüche Frankreichs festzustellen. Er hat es aber nicht bei diesem Auftrage bewenden lassen. Er hat vielmehr seinen Lieblingsplan, die Gründung eines katholisch-deutschen Staatenblockes unter Einbeziehung Rumpfösterreichs und Ausscheidung Preußens, bei dem Franzosen zur Debatte gestellt. Er hat dabei als schwerwiegendes Argument ins Feld geführt, daß ein solcher „katholischer" Staatenblock ein sicheres Bollwerk gegen den Bolschewismus sei, der Preußen bereits verseucht habe. Da Frankreich damals selbst sehr große Besorgnis vor einem Uebergreifen dieser Seuche hegte, sollte dieser Hinweis ihm zweifellos den „Heim-Plan" als eine billige „Sicherung vor Ansteckungsgefahr" erscheinen lassen.

Heim gab später folgende Darstellung:

„Meine Besprechung mit dem französischen General hat tatsächlich stattgefunden, aber nicht aus eigener Initiative. Vielmehr sind die Reichsbehörden (Scheidemann) und die Bayerische Volkspartei, die damals mit dem Zentrum vereinigt war, davon unterrichtet gewesen." Dr. Heim teilt dann noch mit, daß der Unterredung Besprechungen mit Gröber, Trimborn und Mayer vorausgegangen seien. Der Zweck der Unterredung sei lediglich gewesen, Fühler auszustrecken und abzutasten, wie sich Frankreich künftig zu der innerdeutschen Politik ver-

halten werde. Von der Bildung eines „neuen Bundes einschließlich Oesterreich", welcher als „katholischer und konservativer Block" einen wirkungsvolleren Puffer gegen den Bolschewismus bilden würde als ein Preußen-Deutschland, sei nur insoweit die Rede gewesen, als man für einen Eventualfall hätte vorsorgen wollen."

Dieses Wort von der „Vorsorge für den Eventualfall" auf Kosten der Einheit des Reiches ist bezeichnend für die spitzfindige und unverschämte Verbrämung, mit welcher die Bonifatiuspolitiker ihre verräterischen Umtriebe zu beschönigen und geradezu als Beweis nationaler Verantwortungsfreudigkeit vorzugeben wagten. Das Urteil ist im Falle Heim allerdings von der Gegenseite selbst gesprochen worden. Der Pressechef Wilsons, Ray Stannard Baker, ist später bei der Aufdeckung jener trüben Geheimnisse zu dem Schlusse gekommen, daß der „Doktor Heim aus Bayern" ein Intrigant gewesen sei.

Jetzt, im Mai 1919, scheitert Heims „bayerischer" Separationsplan nur daran, daß die Franzosen zwar einen süddeutschen Staatenbund, aber keine Einbeziehung Rumpfösterreichs wünschen. Damit aber kommt die Bonifatiuspolitik selbst praktisch zu kurz. Hier ist noch wesentlich die Feststellung Heims, daß er mit Gröber, Trimborn und Mayer Fühlung hatte. Denn damit beweist sich die Einheitlichkeit der Pläne und Aktionen in Bayern und am Rhein. Am Rhein schlägt man tatsächlich am 1. Juni los. Der Verräter Dr. Dorten teilt kurzerhand an diesem Tage nach Berlin mit, daß das Rheinland nunmehr eine selbständige Republik und er selbst deren Oberhaupt sei. Er will sogar bei den Versailler Verhandlungen und bei der Friedenskommission der Entente dem Reiche die Sorge und Vertretung für den neuen Staat entgegenkommenderweise abnehmen. Er erläßt Gründungsaufrufe an sein Volk. Die Zentrumspresse steht natürlich nicht an, diese Aufrufe entsprechend zu veröffentlichen. Die „Kölnische Volkszeitung", die „Koblenzer Volkszeitung", die „Trier'sche Landeszeitung", das „Rheinische Volksblatt" und das „Echo der Gegenwart" haben ja schließlich auch einen Anspruch darauf, als „öffentliche Meinung der rheinischen, katholischen Volksmehrheit" angesprochen zu werden. Sie täuschen eine von Herrn Dorten benötigte, von Herrn Pfarrer Kastert behauptete und von Herrn Prälaten Dr. Kaas gesegnete rheinische Volksmeinung vor. Der Zentrumsjude Dr. Haas macht es Herrn Dorten nach, proklamiert seinerseits am 1. Juni in Speyer eine „pfälzische Republik". So schön die ganzen, neuen „Staatenbildungen" auch aussehen, sie haben einen gewaltigen Fehler. So sehr ihnen auch französische Generale ihre Sympathien angedeihen lassen, das rheinische Volk hat nichts für sie übrig. Und auf dieses Volk kommt es ja letzten Endes in diesem Falle an. Der Zentrumsjude Dr. Haas findet bei ihm kein Gefallen und keine Gefolgschaft. Der Verräter Dorten erlebt als Antwort auf seine Aufrufe an den entscheidenden Orten seiner neuen Republik Generalstreiks. Die Huldigungen seiner neuen Untertanen für ihn und seine Regierung sind etwas derber Natur und haben bereits am 4. Juni die Beendigung seiner Staatslenkung in Wiesbaden zur Folge. Der französische Militärkommandant

dieser Stadt kann die Dortensche Regentschaft auch nicht verlängern. Das rheinische Volk hat sie alle enttäuscht, die Bonifatiuspolitiker. Kein Kaas, kein Dorten, kein Haas, kein Damian, kein Kastert, kein Trimborn und kein Froberger hat recht behalten. Die Stimme des Blutes und das angeborene Ehrgefühl der rheinischen Stämme ist — Gott sei Dank! — stärker gewesen als die Prälatenworte und Bischofswünsche. Dieses Ergebnis aber richtet die Frivolität jener finsteren Verräterclique, die sich dem Feinde gegenüber in jener entscheidungsschweren Zeit anmaßte, im Namen des rheinischen Volkswillens zu sprechen.

Von besonderem Interesse muß nun hier wiederum die Frage nach dem Verhalten des Vatikans zu der ganzen Hoch- und Landesverratsaktion seiner Prälaten, Patres, Oberpfarrer, Bischöfe und Zentrumsschützlinge sein. Dabei erweist sich, daß weder vor noch nach der Aktion überhaupt eine Stellungnahme von dort aus bekanntgeworden ist. Man könnte daraus auf eine unbedingte Neutralität des Heiligen Stuhles schließen. Man müßte dann allerdings bewußt übersehen wollen, daß gerade in dieser scheinbaren Neutralität für die politisierenden Kleriker der Freipaß für ihre Taten zu erblicken ist. Der Vatikan hat weder verboten, noch gerügt, noch selbst von dem Treiben seiner Geweihten in Deutschland Abstand genommen. Er hat sich also stillschweigend mit ihnen und ihrem Tun identifiziert. Denn, da er in späteren, das rheinische Volk vorwiegend betreffenden Ereignissen durchaus politisch-diplomatisch aktiv wurde, so kann nicht davon die Rede sein, daß ihm diese Ereignisse am Rhein grundsätzlich nicht berührt hätten. Der Tatbestand des Landesverrates aber ist immerhin nicht nur ein politisch-strafwürdiger, sondern auch ein moralisch verdammenswerter. Dieser Tatbestand ist für Kaas und Genossen durch die Willenskundgebung der rheinischen Bevölkerung selbst in jeder Beziehung beglaubigt worden. Die Verräter aber haben — wie die Dokumente und Geständnisse selbst beweisen — kein Hehl daraus gemacht, daß sie ihre politischen Pläne wesentlich auf angebliche konfessionelle Interessen und Gefühle dieser Bevölkerung stützten. Die Bevölkerung hat diese Angabe Lügen gestraft; sie hatte daher einen Anspruch auf Genugtuung für diesen Mißbrauch und diese Mißdeutung ihrer religiösen Eigenart. Diese Genugtuung ist ihr nie gegeben worden! Der Vatikan hat geschwiegen und mit diesem Schweigen zu allermindest zugegeben, daß die klerikalen Verratsumtriebe von ihm nicht als strafwürdig erachtet wurden. Im Erfolgsfalle hätten sie ja auch zweifellos zu einer tatsächlichen und erheblichen Schwächung der protestantischen Vormacht in Deutschland geführt. Dann wären sie gewiß sogar einer Belobigung im Sinne beispielhafter Bonifatiuspolitik würdig gewesen. Die herausfordernde Tendenz des vatikanischen Schweigens von damals ist im Jahre 1934 durch eine unmißverständliche Geste bestätigt worden. Am 15. März 1934 teilte der „Osservatore Romano" mit, daß der geistige Exponent jenes schmachvollen Geschehens der Jahre 1918/19 am Rhein, der spätere strategische Mitarbeiter an den Regierungstaten der Speyerer Allianz in der Novemberrepublik, Prälat Dr. Kaas, durch den Papst Pius XI. zum Wirklichen Apostolischen Protonotar (Geheimschreiber) am Vatikan ernannt worden ist. Die päpstliche Diplomatie weiß, wie sie gewisse Leistungen ihrer Bonifatius-

jünger am besten belohnt! Das deutsche Volk aber möge sich die Methode wohl merken. Sie bedeutet praktisch eine grundsätzliche Ermunterung zum Landesverrat an alle jene Träger des geistlichen Kleides, die den Ehrgeiz haben, einmal größere Würden in der Umgebung des Papstes selbst zu ernten.

Die „große Karte" wird gesetzt

Der Separationsversuch der Bonifatiuspolitiker am Rhein während der Friedensverhandlungsperiode hat zum Glücke noch so rechtzeitig Schiffbruch erlitten, daß die Kaasschen Trümpfe in der Hand Clémenceaus im entscheidenden Zeitpunkt nur mehr Archivwert besitzen. Clémenceau, der französische Präsident der Friedenskonferenz, legt daher diese schwarze politische Karte beiseite und ergreift eine andere. Die Rheinlandfrage ist durch das rheinische Volk entschieden, und zwar sowohl für ihn wie auch für die größeren und kleineren „Kaase" im negativen Sinne. Der „Tiger" aber will „abrechnen", daraus hat er kein Hehl gemacht. Deutschland soll diese „Abrechnung" unter allen Umständen mit dem Verluste seiner Ehre bezahlen; das ist des „Tigers" fanatisches Ziel. Was Deutschland sonst noch alles bezahlen und sich auferlegen lassen muß, ist nichts weiter als das Resultat aus dieser einen Wurzel: Entehrung und Feststellung der Alleinschuld Deutschlands an dem zu liquidierenden, furchtbaren Kriege! Seit Carthago hat die Welt nicht mehr ähnliche Friedensbedingungen wie die von Versailles vernommen. Sollten die Deutschen Derartiges überhaupt hinnehmen, gibt es bei ihnen keine Charakterreserven mehr, welche diese drohende Schändung abwehren werden? Clémenceau weiß die Antwort auf diese Frage. Er weiß, daß diese etwaigen letzten Charakterreserven bei den maßgebenden Machthabern und Machtgruppen der neuen Republik drüben planmäßig von einer in dieser Beziehung routinierten und erprobten Kraft unterhöhlt werden. Diese Kraft ist seit dem 13. Februar 1919 in Deutschland Minister ohne Portefeuille; sie könnte besser als Minister ohne Ehre und Gewissen bezeichnet werden und heißt: Erzberger! Das ist der Mann, der sich schon im Jahre 1917 um die Sache der Entente so sehr verdient gemacht hat. Das ist der Mann der „Friedensresolutionen" und landesverräterischen „Enthüllungen", der Mann, von dem man nicht weiß, ob er den Alliierten seinerzeit die „Denkschrift Czernin" ausgeliefert hat oder nicht, der Mann, von dem man nur weiß, daß er ein mächtiger Bonifatiuspolitiker, ein Mensch ohne Charakter und Skrupel ist und ein heißer Befürworter für die bedingungslose Annahme des Waffenstillstandes war. Er war sogar in einem sehr fragwürdigen Sinne ein unmittelbarer Interessent und Regisseur an diesem Waffenstillstand, der Deutschland inzwischen dem Rachedurst des „Tigers" auf Gnade und Ungnade ausgeliefert hat.

Ein Zeuge jener Verhandlungen von Compiègne, Dr. Rohde-Liebenau, berichtete darüber, daß die deutsche Heerführung sich zwar in jenen Novembertagen mit aller Energie der Annahme der gefährlichen Waffenstillstandsbedingungen widersetzt habe, „daß aber der von der Heeresleitung nach Com-

piègne entsandte Bevollmächtigte, General von Gündell, durch den Bevollmächtigten der Reichsregierung, Matthias Erzberger, kaltgestellt wurde, und daß dieser mit wissendem Lächeln die Verhandlungen solange hinauszog, bis aus Berlin die längsterwartete Nachricht vom Ausbruch der Revolution eintraf."

Dem skrupellosen Jesuiten Moenius allerdings ist es im Jahre 1928 nicht bedenklich erschienen, trotz dieser Zeugenaussage eine Ehrenrettung des intriganten Waffenstillstandsunterhändlers Erzberger durch eine zynische Fälschung zu versuchen. Nach seiner Darstellung war Erzberger der Ehrenmann, der die „Pflichtvergessenheit" der Obersten Heeresleitung gutmachen wollte. Moenius hat behauptet:

„Der Zivilist Erzberger mußte die undankbare Aufgabe übernehmen, die Ehrensache der Obersten Heeresleitung hätte sein müssen. Aber es war zu spät. Für Wilsons vierzehn Punkte war die Frist verstrichen, und denen, die keinen Verständigungsfrieden wollten, wurde ein Gewaltfrieden diktiert."

Daß der Jesuit hier ein Schulbeispiel gemeinster Geschichtsfälschung zur Verdunkelung eines historischen Verbrechens jenes hervorstechenden Bonifatiuspolitikers Erzberger geliefert hat, ist sogar dann eindeutig beweisbar, wenn man den deutschen Verhandlungszeugen Rohde-Liebenau der Unglaubwürdigkeit bezichtigen könnte. Hier steht die Aussage eines amerikanischen Angehörigen der Friedenskommission vom Juni 1919 zur Verfügung:

„Wenn ich Ihnen gerade von Erzberger gesprochen habe, so geschah das, weil Erzberger der Prototyp derjenigen Leute ist, die Deutschland zugrunde gerichtet haben. Ich meine damit nicht den Erzberger, der ein Annexionsprogramm, noch auch den Erzberger, der einen Völkerbundsentwurf ausarbeitete, sondern den Erzberger, der sich auf den Trümmern Deutschlands einen Ministersessel aufgebaut hat, der zum Entsetzen des Präsidenten Wilson die mörderischen militärischen Bedingungen des Marschalls Foch unterschrieb, den Erzberger, der die deutsche Kriegsflotte auslieferte, den Erzberger, der die deutsche Handelsflotte preisgab, den Erzberger, der die Truppen des polnischen Generals Haller nach Polen ließ. Erzberger hat eine Aktion des Präsidenten Wilson zur Milderung der Waffenstillstandsbedingungen des Marschalls Foch vereitelt, weil Erzberger die Bedingungen, so wie sie waren, annahm. Erzberger hat es uns Amerikanern unmöglich gemacht, Deutschland vor dem von uns nicht gebilligten englischen Knockout zu schützen, weil er die Flotte auslieferte und die Handelsflotte verschenkte und so Deutschland vor der Friedenskonferenz seine letzte Wehr und sein bedeutendstes Verhandlungsobjekt raubte."

Mit diesem Erzberger, mit diesem politischen Wicht, mit diesem chamäleonartigen Verräter auf der anderen Seite rechnet der „Tiger". Diesmal rechnet er richtig. Der Zentrumspolitiker Bachem hat in seiner „Geschichte des Zentrums" später erklärt, daß es Erzberger gewesen sei, welcher sich damals in dieser Partei „schließlich mit aller Macht für die Annahme des Diktates von

Versailles" eingesetzt habe. Welches Gewicht dieser „Erzbergerschen Macht" in der Bonifatiusfraktion zukam, ergibt sich nahezu von selbst aus jener Erklärung der „Kölnischen Zeitung" vom 1. Mai 1918, aus welcher hervorgeht, daß Erzberger bereits damals als der „Vertrauensmann der römischen Kurie und des Münchener Nuntius" anzusprechen war. Also er plädiert jetzt, in diesen kritischen Tagen des Kampfes um das furchtbarste Diktat moderner Geschichte, für die Feindinteressen. Sogar die damalige Judenzeitung, das „Berliner Tageblatt" (1871 ausdrücklich zur „Förderung der Interessen des Judentums" gegründet) kommt bezüglich der Erzbergerschen Judaspolitik zu der folgenden, vernichtenden Feststellung:

> **„Jedesmal, wenn man in den letzten Wochen einem der in Deutschland weilenden Ententegesandten klargemacht hatte, daß die deutsche Regierung unerträgliche Bedingungen nicht unterzeichnen könne und werde, zog er, mit der Verschmitztheit eines Untersuchungsrichters, ganz zum Schluß des Gesprächs den Namen Erzberger hervor. Erzberger war für diese Herren der Dolch im Gewande, die große Karte, die man nicht übertrumpfen konnte."**

In dem Buche „Versailles" von Nowack wird mitgeteilt, daß Erzberger dem deutschen Außenminister, den Grafen Brockdorff-Rantzau, der sich bei den Alliierten um Milderung der Diktatsbedingungen bemühte, planmäßig in den Rücken fiel. Während Brockdorff-Rantzau die Annahme der entehrenden Paragraphen vor den gegnerischen Unterhändlern als unmöglich feststellt, telegraphiert Erzberger eigenmächtig nach Berlin, die bedingungslose Annahme sei unumgänglich.

Als selbst Lloyd George den „Tiger" zu einer nachgiebigeren Haltung gegenüber den Deutschen zu bewegen sucht, und ihn darauf hinweist, daß sie diesen „Vertrag" unmöglich unterzeichnen könnten, erwidert Clémenceau spöttisch: „Sie werden unterzeichnen. Ich habe zuverlässige Nachrichten." Diese Informationen stammen von dem Vertrauensmann des Tigers in Berlin, dem Franzosen Professor Hesnard. Der aber hat gute Beziehungen zu dem Minister ohne Portefeuille, Erzberger. Mit ihm hat er gesprochen. Am 14. Juni erholt sich dieser Minister in Gesellschaft seines Fraktionskollegen Dr. Bell im „Goldenen Adler" zu Weimar von den Strapazen der Nationalversammlung. Dabei schreibt er den bezeichnenden Spruch nieder: „Erst schaff' dein Sach', dann trink und lach'!" Er hat „sein Sach" geschafft: am 22. Juni beschließt die Weimarer Nationalversammlung ihr Einverständnis zur Unterzeichnung des Diktates. 237 Stimmen für, 138 Stimmen gegen diesen Beschluß, 6 Stimmenthaltungen wurden gezählt. Die Mehrheit für die Beschlußannahme ist von der Speyerer Allianz gestellt worden. Am 28. Juni, dem fünften Jahrestage der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zu Sarajevo, unterzeichnen die Beauftragten dieser Allianz im Spiegelsaale des Versailler Schlosses das Raubdiktat. Der Vertreter des Zentrums, Dr. Bell, der Kneipfreund Erzbergers, darf jetzt nach Vollzug der Unterschrift zweifellos trinken und lachen. Denn auch er hat „sein Sach geschafft". Er hat noch mehr getan: er hat die „Sache" des Zentrums, die „Sache" der Rampollas urschriftlich und unauslöschlich in der Geschichte verewigt. Das Versailler Diktat wird den verhaßten „Preußengeist" in Deutschland für alle Zeiten aus-

rotten. Die Bonifatiuspolitik wird in diesem Diktat einen mächtigen Verbündeten haben.

Ein denkwürdiger Lohn

Am 25. Juli 1919 ist Erzberger in der Weimarer Nationalversammlung wegen seines seinerzeitigen Mißbrauches der Czerninschen Denkschrift angegriffen worden, dessen gefährliche Auswirkungen Deutschland inzwischen mit furchtbarer Eindringlichkeit zu spüren bekam. Es wird ihm die Frage gestellt, wie er in den Besitz jenes geheimen und von ihm so hinterhältig ausgeweideten Dokumentes gelangt sei. Die Antwort, die er darauf gibt, beweist einerseits die Dreistigkeit, mit welcher dieser hervorragende Bonifatiuspolitiker selbst vor dem Forum der republikanischen Volksvertreter den Anspruch auf eigene Geheimpolitik sogar in Fragen des unmittelbaren Staatswohles aufrechterhält. Andererseits belegt sie schlagend die heuchlerische Art, mit welcher die Bonifatiuspolitiker ihren Verrätereien methodisch den Mantel eines höheren, menschheitsumspannenden Idealismus umzuhängen vermögen. Erzberger erklärte damals:

> **„Die Person (die ihm seinerzeit die Denkschrift aushändigte) nenne ich nicht und werde sie niemals nennen; denn ich habe keinen Grund, sie zu nennen. Ich wahre die Diskretion ... Man hat die eine Bedingung an die Uebergabe dieses Dokumentes geknüpft, daß ich es so verwerten sollte, daß damit dem Frieden gedient werde."**

Gegenüber den Interessen seiner intimen Zuspieler beansprucht er also das Recht auf Diskretion, das er gegenüber dem Interesse der Nation selbst nicht anerkennt. Das bedeutet praktisch den Staat im Staate, verkörpert durch die Vertreter und Akteure einer gewissen „Filiale", deren Befehlszentrale außerhalb Deutschlands liegt. Die Republik nimmt das hin. Sie muß es hinnehmen, denn auch ihre übrigen machttragenden Gruppen teilen auf ihre Art dieses Merkmal, das Erzberger hier offenbart. Außerdem beruht das republikanische Regiment auf dem in der Speyerer Allianz gekoppelten parlamentarischen Uebergewicht, wobei das Zentrum die Zunge an der Waage in Händen hält. Erzberger darf dreist sein, weil er weiß, daß er wiederum über das stärkste Machtgewicht in seiner Partei und damit über den Ausschlag dieser Zunge selbst verfügt. Außerdem aber darf er sich erprobter Erfahrungen in der Behandlung selbst allerpeinlichster politischer Geheimnisse rühmen. Er hat sich in dieser Beziehung nachweislich nicht erst in der Republik mit allen Wassern gewaschen. Im Gegenteil, er hat sich den Ruf eines ausgekochten politischen Filous bereits in jenen schönen Tagen redlich erworben, da Herr Dompfarrer Bettinger die Speyerer Allianz soeben aus der Taufe gehoben hatte. Damals gab es einen „Deutschen Flottenverein". Dieser Verein nahm der offiziellen politischen Führung des deutschen Volkes die Aufgabe ab, in „weiten Kreisen Verständnis für die Notwendigkeiten eines deutschen Küstenschutzes zu erwecken". Jedenfalls hat Reichskanzler Bülow das am 26. Februar 1907 dem Deutschen Reichstage klarzumachen versucht. Er hatte seine guten Gründe dazu. Das kam so: Die Bonifatiuspolitiker hatten zum Zwecke der Wahlpropaganda dem Präsidialmitglied des Flottenvereins, General Keim, kurzerhand einige Briefe stehlen lassen, dieselben verstümmelt oder verfälscht

in ihrer Presse wiedergegeben und das ganze für einen großen „Coup" gegen Regierung, Flottenverein und General Keim gehalten.

Nach dem auf diese Weise erzielten Stimmenfang stellten sich sehr merkwürdige Dinge heraus, über die Bülow mit ihnen abrechnete und General Keim berichtete:

„Diese Briefe — sie waren außerdem teilweise verstümmelt, selbst gefälscht wiedergegeben — konnten aus dem verschlossenen Aktenschranke der Präsidialgeschäftsstelle nur durch Diebstahl in den Besitz des „Bayerischen Kuriers" gelangt sein. Es wurde damals strafrechtliche Verfolgung gegen zwei verdächtige Angestellte, die Brüder Janke, eingeleitet, die jedoch sofort, der eine in ein belgisches, der andere in ein österreichisches Kloster verschwanden. Sie waren aber nur „angestiftete" Werkzeuge gewesen. Im weiteren Verlaufe der Untersuchung stellte sich nämlich heraus, daß die Zentrumsmitglieder Reichstagsabgeordnete Dasbach und Erzberger um die Sache wußten.* Das Endergebnis der gerichtlichen Untersuchung war folgendes:

Die Strafkammer des Landgerichts I Berlin hatte folgende Erklärung abgegeben:

„In seinem Antrage an die Strafkammer habe der Staatsanwalt dargelegt, daß ein Teil der Briefe durch Diebstahl im Sinne des Strafgesetzbuches dem Flottenverein entwendet worden sei. Dem Abgeordneten Erzberger, so führte der Staatsanwalt weiter aus, sei der Dieb offenbar bekannt. Herr Erzberger habe aber seine Aussage verweigert, und da er sich bereit erklärt habe, zu beschwören, daß er nach bestem Wissen und Gewissen annehme, er würde sich durch Auskunft darüber, ob der Angeschuldigte das Material zu den Artikeln des „Bayerischen Kurier" geliefert habe, die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen, so könne er zu einer Aussage nicht gezwungen werden. Auch der ehemalige Chefredakteur des „Bayerischen Kuriers", Siebertz, hat unter Berufung auf das Redaktionsgeheimnis sein Zeugnis verweigert . . . . ."

Wie man sieht, hatte Erzberger fürwahr eine gute Schule der Abfeimung hinter sich. Warum also sollte er sich jetzt nicht der Methode erinnern, die ihm — als er gleichsam noch ein politischer Lehrling war — bereits damals so sehr zustatten kam, daß selbst ein Gericht vor ihm kapitulieren mußte? Jedenfalls, nachdem er auf bewährte Weise auch diesmal mit seiner Aussageverweigerung Glück gehabt hat, darf er nun so dreist sein, sich zu seiner Rechtfertigung den Titel eines „Friedensdieners aus Prinzip" vor der Weimarer Versammlung zu geben. Angesichts der Versailler Bedingungen wagt er den Zweck jenes düsteren Geheimnisses aus dem Jahre 1917 mit dem Worte zu heiligen, daß damit „dem" Frieden habe gedient werden sollen! Mit einem abstrakten Idealbegriffe deckt er seine niederträchtige Handlung, die Deutschland in jenes furchtbare Diktat hineintreiben half, das juristisch ein „Friedens"-Vertrag geheißen wird! Etwa ein Jahr später, am 12. März 1920, stellt ein deutsches Gericht fest:

---

* Einer der Erzbergerschen „Beauftragten" hieß Oskar Janke. Nach dem Dokumentendiebstahl ließ Erzberger ihn rechtzeitig in ein belgisches Jesuitenkloster verschwinden und — taufen. Das war sozusagen eine doppelte Sicherung.

„Der Angeklagte (Helfferich) wirft dem Nebenkläger (Erzberger) vor:

1. Vermischung politischer Tätigkeit und eigener Geldinteressen (Geschäftspolitik),
2. Unwahrhaftigkeit,
3. Unanständigkeit,
4. politische Tätigkeit zum Nachteil Deutschlands.

Der Wahrheitsbeweis ist im wesentlichen gelungen."

Das Reichsgericht muß dieses Urteil später bestätigen.* Erzberger ist gerichtet als Schieber und Lügner, als minderwertiger Charakter und als Landesverräter. Wird er sich nun auch selbst richten? Nein. Er wird es nicht. Auch seine „Ehre" unterliegt nicht dem Urteil der Nation. Es ist mit ihm, wie mit jenem anderen Verräter, der die Kaiserkrone Oesterreichs trug. Ja, es ist bei ihm sogar noch weit offenkundiger, daß er sich der Richtkraft des nationalen Ehrbegriffes nicht verpflichtet fühlt. Seine „Ehre" wird auf einer Ebene testiert, auf welcher die sittliche Ordnung der Volksgemeinschaft keine Instanz bedeutet. Er besitzt sogar ein äußerlich sichtbares Zeichen für den hohen Ehrengrad, den ihm die „moralischste Macht der Welt" verliehen hat. Er besitzt eine für einen Laien außerordentlich seltene Auszeichnung: einen Kardinalshut! Dieser Kardinalshut ist nicht etwa ein beliebiges Exemplar dieser so eigenartigen Gattung unter den menschlichen Kopfbedeckungen. Das ist ausdrücklich von Erzberger in der „Kölnischen Volks-

---

* Um das für sie so peinliche Urteil des Reichsgerichtes in der Oeffentlichkeit zu entwerten, haben die Bonifatiuspolitiker 1921 bei der „Süddeutschen Verlagsanstalt" ein „Rechtsgutachten" zum Erzberger-Helfferich-Prozeß herausgegeben. Dieses „Rechtsgutachten" ist in jeder Beziehung bezeichnend für die bonifatiuspolitischen Verdunkelungsmethoden. Es ist angeblich von einem „anonymen, namhaften deutschen Juristen in hoher aktiver Dienststellung" verfaßt und mit einem Geleitwort des Berliner Juden Justizrat Dr. Siegfried Löwenstein versehen. In diesem „Geleitwort" heißt es u. a.:

> „Da es ein Rechtsmittel für die erneute Verhandlung des Helfferich-Prozesses nach Verwerfung der Revision durch das Reichsgericht nicht gab, so versprach sich Erzberger einen wichtigen Einfluß auf die öffentliche Meinung daraus, daß er einem angesehen Juristen das gesamte Prozeßmaterial zur Verfügung stellte und ihn um ein objektives Gutachten über die im Gerichtsurteil gegen ihn getroffenen Feststellungen bat. Aus diesem Gedanken Erzbergers ist das (folgende) Rechtsgutachten entsprungen. . . . Es ist verfaßt von einem namhaften deutschen Juristen in hoher aktiver Dienststellung. Diese dienstliche Stellung läßt es ihm wünschenswert erscheinen, daß das Gutachten ohne Bekanntgabe seines Namens veröffentlicht werde . . .
>
> Als reine und obendrein anonyme Privatarbeit kann und will es gegenüber dem Gerichtsurteil Anspruch auf irgendwelche Autorität nicht erheben. Aber gerade dadurch erscheint es mir für den erstrebten Zweck doppelt wertvoll zu sein. Gegenüber der nüchternen Art der Darstellung tritt die Person des Verfassers vollkommen in den Hintergrund. Für den Leser ist es völlig gleichgültig, ob dieses Gutachten von einem hohen Richter, einem juristisch geschulten Staatsbeamten oder selbst von einem gebildeten Laien geschrieben ist . . .
>
> Rein und geläutert von dem Staube, der als Folge des Helfferich-Prozesses an ihm zu haften schien, wird sein (Erzbergers) Andenken der Geschichte überliefert werden.
>
> Diesem Ziele soll auch die Veröffentlichung des nachfolgenden Rechtsgutachtens dienen.
>
> Schon hat der Reichskanzler Wirth mit Rücksicht auf den Verlauf und die Folgen des Helfferich-Prozesses erhöhten strafrechtlichen Schutz gegen politische Beleidigungen (!!) in nahe Aussicht gestellt. Das Gutachten gibt wertvolle Fingerzeige, wie dieser Schutz praktisch zu gestalten sei."

Der letzte Satz deutet wohl deutlich genug an, daß der anonyme „Sachverständige" bei dem dreisten Versuche, die Zuverlässigkeit der obersten deutschen Gerichtsinstanz in öffentlichen Mißkredit zu bringen, auf die Rückendeckung des Zentrumskanzlers Dr. Wirth (wohlgemerkt: nicht des Justizministers, sondern des Kanzlers!) rechnen kann. Im übrigen versteht es der Jude Löwenstein, seinen anonymen Schützling von vornherein vor juristischen Gegenangriffen zu sichern, indem er erklärt, es sei „völlig gleichgültig, ob das Gutachten von einem hohen Richter oder von einem gebildeten Laien" geschrieben sei. Eine frechere und zugleich raffiniertere Herausforderung der deutschen Rechtsprechung dürfte nicht leicht zu finden sein.

zeitung" am 14. September 1919 zurückgewiesen worden. Er erklärte damals anläßlich einer Polemik über die umstrittene Bedeutung der denkwürdigen Hutschenkung:

„Wahr ist lediglich, daß Papst Benedikt XV. seinen Kardinalshut — da er nur sechs Wochen Kardinal war, besaß er nur ein Exemplar seines Kardinalshütes — dem Minister Erzberger geschenkt hat. Der Privatsekretär des Papstes hat überdies in einem privaten Schreiben Erzberger bestätigt, daß es sich wirklich um den einzigen von Benedikt XV. getragenen Kardinalshut handelt."

Es ist anzunehmen, daß der Papst bei der Verleihung einer so einmaligen und exquisit-persönlichen Auszeichnung auch eine besondere, einmalige Anerkennung besonderer, exquisit-persönlicher Leistungen zum Ausdruck bringen wollte. Die früher notierte „geringfügige Bedeutung der kleinen Filiale" in Deutschland im Rahmen der päpstlichen Gesamtpolitik unterstreicht die Annahme, daß der einzigartige Hut als vatikanischer Ehrenausweis für die „Persönlichkeit" Erzberger abgegeben wurde. Nach der Erklärung in der „Kölnischen Volkszeitung" dürfte Erzberger zum Zeitpunkte der Schenkung bereits Minister gewesen sein, das heißt, also seine „Haupterfolge" schon hinter sich gehabt haben. Wenn ihm daher gerade in diesem Stadium seiner Laufbahn die päpstliche Ehrung zuteil wird, so liegt der Schluß nahe, daß auch das kein Zufall ist. Benedikt ist schon seit mehreren Jahren Papst und könnte also auch seit mehreren Jahren des bewußten Hutes entraten haben. Aber er hat ihn dennoch aufgehoben und gibt ihn nun, nachdem Erzberger im großen und ganzen gewisse Kriegsziele endgültig erreichen half, an diesen ab. Das bedeutet zumindest in der Wirkung eine Demonstration zugunsten des bereits als Landesverräter in der öffentlichen Meinung verdächtigen Zentrumsministers. Es bedeutet aber bestimmt einen unmittelbaren Ehrenschutz für ihn gegenüber der eigenen Fraktion, die durch diese päpstliche Geste gegenüber Erzberger deutlich verpflichtet wird. Sie hat diese Verpflichtung auch durchaus beherzigt, den Verräter nicht etwa aus ihren Reihen entfernt und sich ihrerseits dadurch mit ihm und seiner Arbeit für alle Zeiten identifiziert. Da von einer Zurücknahme des Kardinalshutes durch den Papst Benedikt XV. auch nach der gerichtsnotorischen Feststellung der Erzbergerschen Minderwertigkeit und Verrätereien nichts bekanntgeworden ist, kann diese Tatsache als Beweis dafür angesprochen werden, daß der Papst von seinem Standpunkte den Verräter dennoch als „ehrenwert" gekennzeichnet sehen wollte. Ob zwischen der privaten und der diplomatischen Meinung eines Heiligen Vaters in solchen Fällen unterschieden werden muß oder nicht, scheint im Hinblick auf gewisse politische und moralische Rückschlüsse uninteressant. Der Tatbestand selbst bestätigt jedenfalls die Methode im Falle Kaas, bestätigt das Wort des Jesuiten Moenius über eine gewisse klerikale Auffassung von „Ruhmwürdigkeit". Diesmal findet sich dieses Wort von Moenius lediglich im erweiterten Sinne auf einen „Laienzeugen" bewahrheitet und die gegenüber dem Separatisten Kaas festgestellte „Ehrungsmethode" auf die Werkzeuge der Bonifatiuspolitik schlechthin ausgedehnt. Warum sollte Erzberger aus dem deutschen Gerichtsurteil Folgerungen ziehen, wo der Papst selbst solche Folgerungen ignorierte? Verrat um

Gotteslohn scheint wohl keinem diesseitigen Ehrencodex zu unterliegen? Der geschichtliche Judas übte wenigstens Selbstjustiz, obwohl ihm kein Gericht seinen Verrat bestätigte. Aber er wurde auch statt mit dem Kardinalshute eines Papstes nur mit dreißig Silberlingen belohnt; und dabei entspricht der Sachwert einer solchen Kopfbedeckung kaum jenem historischen Münzwerte! Immerhin, in zwanzig Jahrhunderten haben sich gewiß manche Maße und manche Werte verändert.

Der „Hüter der immanenten Gerechtigkeit"

10. April 1919. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer spricht zur deutschen Nationalversammlung in Weimar:

> **„Die deutschen Katholiken setzen bis zur letzten Stunde die höchste Hoffnung auf den Papst, weil er der Hüter der immanenten Gerechtigkeit ist, jener Gerechtigkeit, die keinen Wandel der Auffassungen und Gemütsstimmungen unterworfen ist, der immanenten Gerechtigkeit, die über die Laune des Siegers und über der Wehmut des Besiegten unerschütterlich thront."**

Was berechtigt die deutschen Katholiken zu dieser Hoffnung? Was berechtigt den Abgeordneten Pfeiffer dazu, den Papst vor dem deutschen Forum als „den Hüter der immanenten Gerechtigkeit" zu feiern? Hat der Papst etwa Deutschland gegenüber diesen eminenten Anspruch gerechtfertigt? Der Anlässe dazu hätte es in den fünf Monaten seit dem 9. November 1918 und auch vorher gewiß nicht gemangelt. Der Abgeordnete Pfeiffer aber müßte doch wohl als Weimarer Volksvertreter einen gewissen Einblick in die politische Wirklichkeit gehabt haben? Diese Annahme jedoch vorausgesetzt, kommt seine Behauptung einem Fälschungsversuche gleich. Die bis dahin bestehenden Tatsachen überführen ihn dessen unwiderleglich. Bereits die päpstliche Friedensnote vom 1. August 1917 (an die kriegführenden Mächte offiziell erst am 15. August überreicht) widersprach dem Begriffe „immanenter Gerechtigkeit", indem sie einseitig auf die Nachgiebigkeit Deutschlands abzielte. * Der Kardinalstaatssekretär Gasparri hat diese Auffassung selbst bestätigen müssen, als er dem französischen Episkopat bezüglich der päpstlichen Friedensbotschaft schrieb:

> **„Wenn in dem päpstlichen Schreiben eine Nation bevorzugt wird, so ist das nicht Deutschland, sondern Frankreich und Belgien."**

Angesichts der brutalen Waffenstillstandsbedingungen hat dann Benedikt XV. folgende Botschaft an seine Gläubigen erlassen:

> **„Das Waffengetöse ist endlich verstummt. Was die Welt so lang ersehnte, was die Christenheit mit inbrünstigem Gebete erflehte, ist nun endlich eingetreten! Der Waffenstillstand hat das Blutvergießen beendet und die Verwüstungen zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft eingestellt. Dem Frieden ist der Weg glücklich gebahnt!"**

* Kriegsminister von Stein schrieb 1919 in seinem Buche „Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges": „Der Vatikan hat sich für Franzosen, Italiener, auch für Engländer und Amerikaner oft an uns gewandt. Eine besondere Verwendung für Deutsche ist mir nicht begegnet."

Wenn der Papst die völlige Entwaffnung Deutschlands und die damit verbundene bedingungslose Auslieferung des „Besiegten" an die Willkür der „Sieger" als einen „glücklichen" Friedensauftakt bezeichnete, so durften die Alliierten das zweifellos als vatikanische Bestärkung ihrer weiteren Unterdrückungsabsichten ansehen. Gerecht wäre es gewesen, wenn der Papst die „Diktatoren" zur Mäßigung ermahnt hätte! Am 5. April 1919 hat die „Civiltà Cattolica" einen Artikel aus der Feder des Sulpizianerpaters Le Floch veröffentlicht, der ebenfalls Pfeiffers Behauptung Lügen strafte. Der Artikel hatte die Aufgabe, französische Vorwürfe über eine angebliche Mittelmächtefreundlichkeit des Papstes zu widerlegen. Der Pater Le Floch, Rektor des französischen Kollegs zu Rom, erfüllte diese Aufgabe auf Grund eines entsprechenden Auftrages und genauer Studien in den diplomatischen Archiven des Vatikans. Er kam zu folgenden Feststellungen:

> **„Wenn man an die Charaktere der verschiedenen in diesen Krieg verwickelten Staaten denkt und an die religiösen Gefühle der Mehrheit ihrer Bürger, wird man mit Klarheit sehen, daß der Heilige Stuhl ein höchstes Interesse hatte, die Wiederherstellung Belgiens und die Erhaltung Frankreichs als Großmacht, zweier durchaus katholischer Nationen, zu betreiben.**
> **Nicht nur Lehrgrundsätze, sondern auch natürliche Sympathien und historische Tatsachen, wie auch die realen Interessen des Katholizismus, machten es dem Papste unmöglich, sich auf die Seite der Mittelmächte zu stellen. Keinesfalls konnte er einen Sieg der Mittelmächte erwünschen, wo er doch tausend Gründe hatte, die Vernichtung und Verminderung der katholischen Nationen, wie Belgien und Frankreich, zu befürchten.**
> **Er konnte nicht ohne Schrecken ins Auge fassen die Aussicht eines schließlichen Sieges Deutschlands, eines Sieges, der den Triumph des Luthertums und des Nationalismus mit der Niederwerfung Frankreichs und Belgiens besiegelt hätte."**

Die Ernsthaftigkeit dieser Auslassung hat bereits am 6. April ihre authentische Unterstreichung durch den Papst selbst gefunden. An diesem Tage wurde im Vatikan die französische Nationalheldin, die „Jungfrau von Orléans", heilig gesprochen. Marschall Joffre hatte einen Tagesbefehl erlassen, in welchem der „Jeanne d'Arc" eine Art von militärischem Dank für das „Wunder an der Marne" vom September 1914 gezollt wurde. Der Bischof Touchet feierte sie im Vatikan vom „geistlichen Standpunkte" in ähnlicher Weise und Benedikt XV. antwortete (nach dem „Osservatore Romano" vom 7. April 1919) darauf in der „Diplomatensprache" (französisch):

> **„Wir finden es so gerechtfertigt, daß die Erinnerung an Jeanne d'Arc die Liebe der Franzosen für ihr Vaterland entflammt, daß wir es bedauern, Franzose nur von Herzen zu sein. Aber die Aufrichtigkeit, mit der wir Franzosen dem Herzen nach sind, ist eine solche, daß wir an diesem Tage die Freude zu der unsrigen machen, die von den Franzosen von Geburt empfunden wird über den großen Fortschritt, die die Sache der Jeanne d'Arc heute dank den beiden Wundern gemacht hat, die ihrer Hilfe zugeschrieben werden.**

Die Franzosen von Geburt sind davon überzeugt, daß die Verbreitung, die der Kult der Jeanne d'Arc infolge ihrer Kanonisation (Heiligsprechung) genommen hat, noch größere Gnadenerweisungen und Wohltaten ihrem Vaterlande bringen wird. In diesem Wunsche und diesem Gelöbnis ist der Franzose dem Herzen nach mit dem Franzosen von Geburt einig, um Frankreich die Vermehrung seines Ruhmes und seines Glückes zu wünschen."

Einfach gesagt, sprach der Papst hier seine Genugtuung darüber aus, daß die Deutschen seinerzeit die Marneschlacht verloren hatten. Nicht nur das, er bestätigte auch die Darstellung, daß dies eine göttliche Fügung gewesen sei. Vom deutschen Standpunkte aus läßt sich bekanntlich sehr wohl die Meinung vertreten, daß diese Fügung auf sehr „ordinäre" Weise durch die historische Wehrsabotage des Zentrums gebührend vorbereitet worden ist. Abgesehen von der interessanten Tatsache, daß eine durch diesen berüchtigten Zentrumsakt mitbewirkte Schädigung Deutschlands als wesentliches Motiv zur Heiligsprechung der Jungfrau von Orléans erachtet wird, bleibt auch das päpstliche Herzensbekenntnis außerordentlich interessant. Man muß genauestens beachten, daß Benedikt sich nicht nur als Freund des französischen Volkes bezeichnete, sondern ausdrücklich bedauerte, nur Franzose „dem Herzen nach" sein zu können. Diese Erklärung kann nach Anlaß und Zeitpunkt nur als eine offenkundige *Preisgabe der „immanenten Gerechtigkeit"*, als moralische Parteiergreifung für Frankreich durch den Heiligen Vater angesehen werden, zumal sie sich ja auch mit durchaus politischen Wünschen befaßt. Die „Mehrung des Ruhmes" für Volk und Land der heiligen Johanna ist gewiß mehr ein *politisches*, als ein *religiöses* Problem. Wenn der Papst diese Ruhmvermehrung als seinen Herzenswunsch ausspricht, so gibt er nach Lage der Dinge dem bevorstehenden Revanchetriumph von Versailles seinen Blankosegen. Dieser Revanchetriumph aber wird von den verantwortlichen französischen Politikern zur „Mehrung des Ruhmes Frankreichs" angestrebt. Der vatikanische Wunsch kann von ihnen jedenfalls nur sehr eindeutig ausgelegt und erfüllt werden. Er bedeutet für sie daher einen willkommenen moralischen Beistand nach innen und nach außen. Diese Tendenz Benedikts XV. ist außerdem durch eine andere ungeheuerliche Auslassung desselben aus dem Jahre 1916 längst unwiderleglich erhärtet. Damals (am 4. Dezember 1916) wurden von ihm zehn neue Kardinäle ernannt. Dem Herkommen nach wären der deutsche Bischof von Breslau und die österreichischen Bischöfe von Salzburg und Prag an der Reihe gewesen. *Der Rampollaschüler auf dem Heiligen Stuhle aber berief einzig und allein sieben Italiener und drei Franzosen in das römische Kardinalskollegium!* Als die Deutschen darob unmutig erschienen, wurde der Fürstbischof Bertram von Breslau „*Kardinal in petto*". Erst im Dezember 1919 — also nach Kriegsende — wurde seine Ernennung offiziell im Konsistorium zu Rom vom Papste mit der Bemerkung bekanntgegeben, daß „*schmerzliche Umstände der Zeit es ihm damals nicht erlaubt hätten, die Erhebung Bertrams zum Kardinal öffentlich kundzugeben*". Also *einseitige Rücksicht* auf die Gefühle der „*alliierten* Katholiken"! Nicht genug mit dieser offenen Brüskierung der Deutschen, nein! Als die neu-

gebackenen französischen Kardinäle am 6. Dezember 1916 ihre neuen Würdenzeichen in Rom in Empfang nahmen, erklärte Benedikt XV.:

> **„Aber warum verschweigen, daß wir, indem wir die Oberhirten ehren, auch ihre Herden ehren wollen? Warum es nicht frei heraussagen, daß, indem wir drei Söhnen Frankreichs einen Beweis unseres Wohlwollens geben, wir betonen wollten, daß immer lebendig in unserem Herzen brennt die Flamme der Liebe für das Vaterland eines Chlodwig, eines heiligen Ludwig und der Jeanne d'Arc? . . . Es freut uns, das Band, mit dem es (das „katholische" Frankreich) mit dem Heiligen Stuhl verbunden ist, fester angezogen zu haben, im Vertrauen, unsern alten Wunsch erfüllt zu sehen: utinam renoventur gesta Dei per Francos (mögen sich „die Taten Gottes durch die Franken" erneuern)!"**

Unzweideutiger, authentischer und zynischer konnte also nicht mehr gesagt werden, daß dieser „Hüter der immanenten Gerechtigkeit" in der Sache der Franzosen seine eigene, ja die Sache Gottes selbst sah!

Der Abgeordnete Pfeiffer ist durch alle diese seiner Erklärung vorausgehenden Geschehnisse zweifellos längst widerlegt. Es kann kaum zu seinen Gunsten angenommen werden, daß er von ihnen nichts weiß. Denn wer in Deutschland sollte über die Tendenzen und Proklamationen des Heiligen Vaters besser im Bilde sein, als die Bonifatiuspolitiker selbst? Demnach läßt sich die Pfeiffersche Auslassung nur als ungeheuerliche Heuchelei bezeichnen, welche der Zentrumspolitik in jenen ereignisreichen Tagen den Anschein geben soll, als könne durch sie für Deutschland tatsächlich die Hilfe der „moralischen Weltmacht" mobil gemacht werden. Es handelt sich also um ein skrupelloses Manöver zur Stärkung des innerpolitischen Einflusses der Bonifatiuspolitik in der hilfsbedürftigen, frischgebackenen Republik! Im Schutze dieses Manövers aber operieren gleichzeitig Kaas und Erzberger! Am 24. Mai 1919 schreibt der vatikanische „Osservatore Romano" bereits ohne diplomatische Verbrämung:

> **„Die Wirksamkeit des Heiligen Stuhles während des Krieges betätigte sich beständig zugunsten der Ententemächte, insbesondere zugunsten Belgiens, Italiens und Frankreichs."**

Das Märchen vom „Hüter der immanenten Gerechtigkeit", ist wohl tatsächlich nur für die Kinder in der Schule bestimmt gewesen. Knapp zwei Monate später, am 15. Juli, hält der Papst es für nötig, dem tief gedemütigten deutschen Volke einen neuen Beweis für die Unwahrhaftigkeit der seinerzeitigen Behauptung des Abgeordneten Pfeiffer zu liefern. Die deutschen Bischöfe erhalten von ihm ein Schreiben mit Ratschlägen, deren Zynismus unverkennbar ist. Da wird den deutschen Katholiken empfohlen, „den verderblichen Haß sowohl gegen die Fremden, mit denen der Krieg geführt wurde, als auch unter den Mitbürgern" abzulegen. Was den Haß gewisser Katholiken gegen ihre nichtkatholischen Mitbürger betrifft, so wäre diese päpstliche Mahnung zu einem früheren Zeitpunkte an die Bonifatiuspolitiker gerichtet für Deutschland nützlicher gewesen. Inzwischen haben sie auf Grund eines wohlpräparierten Hasses gegen Preußen-

Deutschland „Versailles" bewerkstelligen helfen! Was aber den „Haß gegen die Fremden" angeht, so würde ein solcher Appell ebenfalls ein wenig früher an die Adresse der Siegernationen gerichtet auch zweckmäßiger, mutiger und gerechtfertigter gewesen sein. Aber selbst jetzt, wo das deutsche Volk die furchtbarste Erniedrigung hat hinnehmen müssen, findet der „Franzose von Geburt" es für angebracht, ihm etwas anzuempfehlen, was er der anderen Seite nicht empfiehlt!! Jenen wünscht er die „Vermehrung ihres Ruhmes", den Deutschen läßt er „die Verminderung ihres Hasses" anraten. Dabei wären die Deutschen ohne Zweifel wirklich von Herzen friedfertig gewesen, wenn man ihnen eine gerechte und vernünftige Behandlung hätte widerfahren lassen. So aber müssen sie den Haß der Sieger an allen Ecken und Enden verspüren und dazu noch jene einseitige Mahnung hinnehmen, welche das Verhalten der Diktatorenmächte neuerdings zu rechtfertigen scheint.

Dann weihen die Franzosen auf dem Montmartre eine Sieges-Basilika ein. Bei diesem Anlasse ergreift Benedikt XV. die Feder und schreibt unter dem Datum vom 9. Oktober 1919 an den französischen Kardinal Amette die lapidaren Worte:

> **„Von Frankreich aus möge sich Gottes Gnade über die ganze Welt ergießen; was menschliche Klugheit auf der Versailler Konferenz begonnen, möge göttliche Liebe veredeln und vollenden."**

Wäre hier wenigstens statt von „menschlicher Klugheit", von „menschlichem Hasse" die Rede gewesen, so wäre der später bezüglich dieser Auslassung von dem Münchener Kardinal Michael Faulhaber unternommene rabulistische Deutungsversuch einigermaßen begründet gewesen. Faulhaber hat in seinem Buche „Deutsches Ehrgefühl und katholisches Gewissen" die päpstliche Meinung über „Versailles" wie folgt interpretiert:

> **„Der Versailler Vertrag mit seinen 440 Artikeln war also in den Augen von Papst Benedikt XV. etwas Unvollendetes, etwas Ergänzungsbedürftiges, etwas, was als Werk rein weltlicher Klugheit vom Geiste des Evangeliums ergänzt werden mußte. Darin liegt ein scharfes Urteil über den Versailler Vertrag."**

Diese Deutung mag dem Kardinal als wohlgeübtem Schriftgelehrten Ehre machen. Er korrigiert ein wenig: nach ihm ist also der Begriff „menschliche Klugheit" im päpstlichen Sprachgebrauch mit dem Begriffe „rein weltliche Klugheit" identisch. Man kann durchaus darüber streiten, ob diese Begriffe im Sinne des außerpäpstlichen, allgemeinverständlichen Sprachgebrauches ebenfalls identisch sind. Man kann dann sogar der Meinung sein, daß der Papst gewiß dialektisch und diplomatisch genug geschult gewesen sei, um den von Faulhaber ergänzten Akzent selbst eindeutig auszudrücken, wenn er ihn damals wirklich beabsichtigt hätte. Man muß als Laie der theologischen Schriftgelehrtheit des Münchener Kardinals gegenüber noch weitere Bedenken haben. Der Papst hat nach seiner eigenen Niederschrift in dem Versailler Diktat „Veredelungs- und Vollendungsmöglichkeiten", keine „Ergänzungsbedürftigkeit" erblickt. Der nichttheologische Sprachgebrauch sieht durchaus diese Begriffe nicht als gleichbedeutend, eher

als entgegengesetzt an. Spricht man von „veredeln", so setzt man eine Fähigkeit zum „edel werden" voraus. Spricht man von „vollenden", so denkt man an die Fähigkeit einer Sache oder Person zu einer gewissen „Vollkommenheit". Spricht man von Ergänzungsbedürftigkeit, so setzt man einen klaren Mangel voraus, dem man „Abhilfe" schaffen möchte. Keinem Menschen wird schlechthin einfallen, bei dieser Ausdrucksabsicht die irreführenden Bezeichnungen vom „Vollenden" und „Veredeln" anzuwenden. Dem Laien muß gegenüber dem schriftgelehrten Kardinal ferner der Einwurf gestattet sein, daß es gewiß ein schlechtes Licht auf die Sprachkraft eines Papstes wirft, wenn eines seiner lapidarsten Worte erst nach Jahr und Tag von einem seiner Untergebenen auf das „richtige" Geleise gebracht werden muß. Befremdlich ist, daß dieser Papst selbst die von Faulhaber für notwendig erachtete Erläuterung nicht gegeben hat, obschon er gewiß genau so gut wie Faulhaber gewußt haben mochte, was eine solche „Erläuterung" bedeutete. Offenbar hat Benedikt XV., der Franzose dem Herzen nach, eine derartige Festlegung seines diplomatischen Wortes gar nicht gewünscht. Faulhabers Richtigstellung aber ist unter dem früher erwähnten interessanten Titel erst nach dem Tode Benedikts erschienen! Das heißt: sie konnte von dem, den sie betraf, weder bestätigt noch zurückgewiesen werden. Beachtenswert ist außerdem der defensive Charakter des Titels, unter dem sie 1925 erschien. Inzwischen hatte sich das nationale Ehrbewußtsein in weiten Kreisen unseres Volkes wieder erholt und war gegen die Bonifatiuspolitiker aggressiv geworden. Wäre die Uebereinstimmung von „deutschem Ehrgefühl und katholischem Gewissen" eine Selbstverständlichkeit gewesen, so hätte es einer rabulistischen Auseinandersetzung unter einem solchen Buchtitel kaum bedurft. Gewisse Erfahrungen aber sprachen in der Oeffentlichkeit dafür, daß diese Uebereinstimmung keine grundsätzlich selbstverständliche war. So wurde eine theologische Schriftdeuterei notwendig. Alles in allem scheint sie mehr vom schlechten als vom guten „katholischen Gewissen" diktiert gewesen zu sein. Denn schließlich war ja inzwischen von Rampolla bis Faulhaber allerlei geschehen, auf Grund dessen das deutsche Volk mit Recht gegenüber der Bonifatiuspolitik mißtrauisch sein durfte. Sieht man bezüglich des fraglichen Papstwortes von den Problemen der Rabulistik ab, die Faulhabers Darlegung aufgibt, hält man sich an das Benediktsche Wort selbst, so bleibt noch etwas sehr Wesentliches festzustellen. Wenn Benedikt nun wirklich, wie Faulhaber es deutet, dem Versailler Geschehen das Urteil gesprochen hätte, so hätte er sich damit auch bezüglich seines Verhaltens in der Vorgeschichte von Versailles das Urteil selbst gesprochen. Denn zweifellos hat dieser Papst während der Vorbereitung des Diktates selbst die Diktatoren nicht dazu ermahnt, sich gottgefälliger Gerechtigkeit und Nächstenliebe zu befleißigen. Er hat im Gegenteil dem ungerecht „verurteilten" Deutschland den „Haß" gegen seine ungerechten Richter, das heißt — politisch gesprochen — den berechtigten Widerstandswillen gegen die Unterdrückung und Ausbeutung „abgeraten" und damit dem Unrecht tatsächlich den Weg erst recht geebnet. Er hat andererseits Frankreich durch seine Auslassungen niemals kritisiert, dagegen in dessen Streben nach „Ruhm", der nach Lage der Dinge auf die Erniedrigung Deutschlands abzielte, eindeutig bestärkt. Warum sollte er also, nachdem er zuerst durch sein eigenes

Verhalten die „Sünden" wider die gottgefällige Gerechtigkeit moralisch ermöglichen half, sich hinterher zum Richter über diese Sünden aufgespielt haben? Abgesehen von allen diesen logischen oder dialektischen Bedenken gegen die Auslegung Faulhabers, spricht ein anderer Umstand dafür, daß das Papstwort zu allermindest von den Franzosen zwangsläufig im zustimmenden Sinne verstanden werden mußte. Der Jesuit Moenius schreibt über die stimmungsmäßige Verfassung Frankreichs bei Abschluß des Diktates:

„Der Franzose hört am 28. Juni 1919 nicht den Viktoria-Klang erfüllter kleinlicher Revanche, sondern den Drommetenschall des Weltgerichts, das sich zuweilen schon in diese Welt mit michelangelesker Geste hereinreckt."

Warum sollte Benedikt — der vatikanische „Franzose dem Herzen nach" — bei seinem betonten Verständnis für das französische Gefühl um diesen Gemütszustand der Nation seiner Herzenswahl weniger gewußt haben, als der deutsche Jesuit? Es wäre lächerlich, eine solche Unwissenheit angesichts der verschiedenen verständnisinnigen päpstlichen Beteuerungen anzunehmen. Daraus ergibt sich aber erneut, daß der Herzensfranzose in Rom in der Tat bei seiner Bemerkung nicht jenen Sinn beabsichtigt hat, den der Kardinal Faulhaber später gerne wahrhaben wollte. Unbedingt liegt hier ein gewaltiger Zwiespalt zwischen Wort, Wissen, Tat und schriftgelehrter Deutung vor. Der Theologe mag sich mit der Auslegung der Münchener Eminenz abfinden, der politische Deutsche kann es nicht, ohne zu dem Ergebnis zu gelangen, daß der damalige Stellvertreter Gottes der „göttlichen Gnade" nicht mit „unerschütterlicher Gerechtigkeit" gedient hat. Irgendwo in der christlichen Lehre aber findet sich der Hinweis, man solle mit „Ja" oder „Nein", und nicht mit beidem zugleich reden. Nach Faulhabers Methode aber scheint man bei der katholischen Kirche mit zwei Zungen rechnen zu müssen! Vielleicht hatte er es auch nur verabsäumt, jene Nummer der klerikalen „Augsburger Postzeitung" vom 30./31. Dezember 1920 zu lesen, in der das peinliche Geständnis stand:

„Bis jetzt leben Rom und Versailles in äußerem Frieden. Das Vertrauen auf einen Protest des Papstes gegen die scheußlichste Mißgeburt der Geschichte war eine leere Hoffnung."

Die „zwei Zungen"

Die vorerwähnte Annahme wird durch die folgenden zwei dokumentarischen Belege bestätigt: Benedikt XV. Grußwort an den marxistischen Novemberpräsidenten Ebert aus dem Jahre 1919 und eine Treueerklärung der deutschen Bischöfe an die deutschen Fürsten aus dem Jahre 1917! Unter dem 2. April 1919 richtete der Papst an den „ausgezeichneten, ehrenwerten Mann Friedrich Ebert" (den Organisator der Munitionsstreiks) folgendes Schreiben:

„Wir erhalten Deinen Brief, in dem Du in Deiner Liebenswürdigkeit uns benachrichtigst, daß Du am 10. Februar in der Nationalversammlung Deutschlands zum Präsidenten dieses Reiches gewählt worden bist und daß Du dieses Amt angenommen hast. Wir danken Dir für

Deinen Brief und beglückwünschen Dich zu der Dir übertragenen hohen Würde, und dies um so mehr, als Wir sehen, daß Du Sorge dafür tragen wirst, daß die zwischen Unserem apostolischen Stuhle und dem Deutschen Reiche bestehenden Beziehungen nicht nur unverändert bleiben, sondern auch fester werden sollen. Mit Recht nimmst Du an, daß es an Unserer Mitarbeit nie mangeln wird. Indem wir die Aeußerungen Deiner Ehrerbietung und Liebenswürdigkeit erwidern, erbitten Wir für Dich von Gott alles Segensreiche und Glückliche.
Gegeben zu Rom bei St. Peter, 2. April 1919, im 5. Jahre unseres Pontifikates."

Im Hirtenbriefe der deutschen Bischöfe zum Allerheiligenfeste 1917 hieß es:

„Wir werden stets bereit sein, wie den Altar so auch den Thron zu schützen gegen äußere und innere Feinde, gegen Mächte des Umsturzes, die auf den Trümmern der bestehenden Gesellschaftsordnung einen erträumten Zukunftsstaat aufrichten wollen, gegen jene geheimen Gesellschaften, die dem Altar und dem Thron den Untergang geschworen haben!"

Wie wenig sich die Eminenzen scheinbar mancherorts im kritischen Stadium der Auseinandersetzung mit den „Mächten des Umsturzes" dieses Treuschwures erinnern konnten, dürfte auch aus einer Information des seinerzeitigen „Volkskommissars der bayerischen Räterepublik", Dr. Lipp, an seinen Moskauer Chef Tschitscherin hervorgehen, Sie lautete:

„Proletariat Oberbayerns glücklich vereint. Sozialisten plus Unabhängige plus Kommunisten fest als Hammer zusammengeschlossen, mit Bauernbund (Dr. Heim) einig, Klerikal uns wohl gesinnt."

„Klerikal uns wohlgesinnt!" Man gestatte der heutigen deutschen Nachwelt einige Verwunderung zu diesem Geständnis und die Frage nach den Gründen solch rätselhafter „Wohlgesinntheit". Vielleicht gibt über diese Gründe eine damals an den Münchener Nuntius Pacelli gerichtete Depesche des famosen Rätekommissars ein wenig Aufschluß:

„Volksstaat Bayern, Ministerium des Aeußeren.
Ich gebe mir die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich es mir zur heiligen Pflicht mache, die Sicherheit Ihrer verehrlichen Person und des gesamten Instituts der Nuntiatur in München zu garantieren.
Glauben Sie an meine Ergebenheit. Dr. Franz Lipp."

Solche Belege dürften weitere Kommentare zu der prekären Frage, was von klerikalen Treuschwüren gegenüber politischen Mächten zu halten ist, an sich überflüssig machen. Im Hinblick auf die jüngere Vergangenheit mögen hier noch die beiden folgenden Auslassungen darüber einigen interessanten Aufschluß geben. Auf der „Tagung der katholischen Erzieher" im September 1930 wurde unter Zustimmung deutscher Bischöfe die nachstehende Entschließung gefaßt:

„Wir fordern eine übernationale Erziehung. Wir wollen die Einordnung der nationalen in die übernationale Völkergemeinschaft. Die letzten Werte und Normen der Erziehung liegen für uns Katholiken nicht im Nationalen. Für die katholische Erziehung ist die Ablehnung der autonomen Politik und des Nationalismus bestimmend. Wir fordern neue Lese- und Lehrbücher, in denen das Ge-

dankengut übernationaler Erziehung enthalten ist, und einen Geschichtsunterricht, der unter Ablehnung kriegerischen Heldenideals Begeisterung für aufbauende, kulturschaffende Taten der Völker weckt."

Hier wird also im groben der „nationalen Erziehung" der Prozeß gemacht. Das ist damals zweifellos eine sehr schöne Geste gegenüber dem marxistischen Machtpartner und zugleich ein Seelenbekenntnis der Bonifatiuspolitiker gewesen. Im Jahre 1935 dagegen schreibt ein Herr Schröteler in der „Sammelmappe der bischöflichen Hauptarbeitsstelle für die katholische Aktion":

„Für den Katholiken ist die Hingabe an die deutsche Nation nicht nur eine Sache des Blutes und der Begeisterung, sondern tiefe, sittliche Verpflichtung. Gott hat uns als deutsche Menschen geboren werden lassen. Er verlangt von uns, daß wir diese Mitgift, die er uns schenkte, nicht verkommen lassen, sondern mit Hilfe seiner Gnade deutsches Wesen in vollendeter Form zur Ausprägung bringen... Ueberblickt man so die Prinzipien der neuen nationalsozialistischen Weltanschauung, und vergleicht man sie mit den Prinzipien des christlichen Glaubens, so darf man sagen, daß beide Welten nicht in einem absoluten Gegensatz stehen, wie Irrtum und Wahrheit, Ideologie und Wirklichkeit, Heldentum und Christentum, daß sie sich vielmehr ergänzen wie natürliche Weltanschauung und übernatürlicher Glaube."

Daraus ergibt sich immerhin eine ganz andere Beurteilung der „nationalen Werte" als bei jener Entschließung des Jahres 1930; für den kritischen Beobachter jedoch bleiben nur zwei Urteilsmöglichkeiten offen: entweder war die Stimme aus dem Jahre 1930 eine politische Zweckmäßigkeitsmaske, oder die Stimme aus dem Jahre 1935 ist eine solche. Beide Stimmen können sich ja offensichtlich auf die bischöfliche Genehmigung berufen. Diese Tatsache wiederum spricht dafür, daß der deutsche Episkopat entweder in der grundsätzlichen Beurteilung „nationaler Werte" uneinig ist, oder daß er diese Beurteilung grundsätzlich den „jeweiligen Verhältnissen" anpassen läßt. Der bischöfliche Widerstand gegen die deutsche Gemeinschaftsschule, in welcher die „nationalen Werte" (unter Beibehaltung des Religionsunterrichtes wohlgemerkt!) ja sicherlich die beste erzieherische und praktisch wirksamste Würdigung erfahren, läßt auf jeden Fall den Schluß zu, daß die Erklärung des Jahres 1930 auch heute noch ernster zu nehmen ist als die aus dem Jahre 1935.

„Geständnisse" und „Bekenntnisse"

Je schwieriger in dem blutigen Weltdrama von 1914 bis 1918 die Lage „Preußen-Deutschland" wird, desto offener werden auch die Auslassungen über Grundsätze und Ziele der Bonifatiuspolitik. Am 30. September 1917 liest man im Zentralorgan des Zentrums, der „Germania":

„Eines läßt sich schon mit Sicherheit behaupten, daß nämlich die katholische Kirche nach außen hin durch den Krieg ganz erhebliche Vorteile erzielt hat."

Am 17. November 1917 begleitet die „Augsburger Postzeitung" die Berufung des Zentrumsgrafen Hertling zum Kanzler des Deutschen Reiches mit der aufschlußreichen Feststellung, daß „das Deutsche Reich katholisch und weißblau angestrichen und daß die Wege nach Wien und Rom fest gepflastert seien."

Als dann im November 1918 die Würfel endgültig gefallen sind, läßt man auch in den Bonifatiuskreisen allerorten die Masken endgültig fallen. Da hält zum Beispiel ein Franziskanerpater Heribert Schwanitz aus Dortmund zur schwülen Sommerszeit des Jahres 1919 auf dem Sankt-Rochusfest zu Bingen folgende Predigt:

„Gott hat alles wohlgemacht! Wenn wir den Krieg gewonnen hätten und unsere Heere siegreich in die Heimat gezogen wären, so hätte jedes Bataillon, jedes Regiment, ja jede Kompanie ihr Fest gefeiert. Alle Jahrestage großer Schlachten wären gefeiert worden und damit die Unzucht, Sittenlosigkeit und die Vergnügungssucht noch mehr gestiegen. ... Wir haben das Jubeljahr der Reformation bei uns gesehen. Hätten wir gesiegt, dann wäre bis zum Jahre 1946 — dem Todesjahre des Reformators — gejubelt und gefeiert worden. Luthergeist hat uns entgegengeweht, Geist des Mannes, der als Mönch von der Kirche abgefallen ist. Der Papst jener Preußenreligion (Wilhelm II.) ist weggefegt, ist gegangen und, wenn wir es auch nicht mehr erleben, so wird später doch einmal das ganze Gebäude von selbst zusammenbrechen müssen. Gott hat alles wohlgemacht!"

Der Sadismus dieser Auslassung benötigt kaum eines Kommentars. Fast gerät man in Zweifel darüber, wer eigentlich die Feinde Deutschlands waren und sind, die diesen Krieg gewonnen haben. Jedenfalls ist der Zynismus der Ententepolitiker ein reines Nichts gegen jenen, welchen die Bonifatiuspolitiker jetzt an den Tag legen. Einen Monat nach der Diktatsunterzeichnung (am 29. Juli 1919) schreibt ein Pfarrer Wächter im „Reichsboten":

„Ja, Rom ist schuld an unserem Zusammenbruch, aber nicht in ihrem Sinne; das Schifflein der deutschen Fürstenhäuser ist zerschellt am Felsen Petri..."

Die katholische „Bonner Reichszeitung" kann ebenfalls ihre höhnische Genugtuung über das deutsche Unglück nicht mehr länger meistern und schreibt am 19. September 1919:

„Die religiös politischen Wetterwarten melden eine Sintflut. Laßt uns in die Arche gehen! Die Arche ist unsere heilige Kirche. Laßt die Wasser steigen! Mit dem Wasser steigt auch die Arche. Oben aber auf der Wasserwüste schwimmen herrenlose Fürstenthrone, Regierungssessel, Professorenhüte — es lebe die katholische Aktion!"

Das klerikal redigierte „Deutsche Volksblatt" wiederum fordert im Dezember die Ausweisung der beiden Heerführer Hindenburg und Ludendorff, denn sie seien „Mörder am deutschen Volke". Die „Augsburger Postzeitung" schließlich erklärt 1920 voller Genugtuung darüber, daß das November-Deutschland kein „Nationalstaat" im wirklichen Sinne ist:

„Das Prinzip des reinen Nationalstaates ist direkt unchristlich, denn alle Völker sind Brüder. ... Das alte römische Reich deutscher Nation kannte keinen Nationalstaat."

1921 läßt sich der Professor Franz Spirage aus Prag in einem Buche wie folgt über den „katholischen" Weltkriegserfolg vernehmen:

> **„Der Luthergeist in Deutschland hat einen furchtbaren Schlag erlitten, und zwar hauptsächlich dadurch, daß der Lutherische Papst (der Kaiser) vom Schauplatz der Weltbühne verschwunden ist... Mit der Entthronung der Hohenzollern ist in den Protestantismus Deutschlands eine schwere Bresche geschossen worden. Es ist nun ein gewaltiges Hindernis für die Rückkehr zur Religion der Ahnen (des Bonifatius natürlich!) beseitigt... Bei dieser Gelegenheit möge nicht unerwähnt bleiben, daß gleichzeitig auch die von der katholischen Kirche abgefallene russisch-orthodoxe Kirche einen herben Schlag erlitten hat durch den Verlust ihres religiösen Oberhauptes, des Zaren... Die Rückkehr Rußlands zur Mutterkirche ist jetzt leichter möglich, der Weg nach Rom frei geworden."**

Im Jahre 1923 fallen die französischen Truppen wider alles Recht, selbst wider das formale Recht von Versailles, in das Ruhrgebiet ein. Das deutsche Volk erlebt neue Demütigungen, neue Gewalt, wird mitten im angeblichen Frieden in neue tiefe Verzweiflung getrieben. Beherzte Männer, Soldaten wagen den Widerstand gleichsam mit blanker Faust. Sie wagen das Letzte, das sie noch haben: ihr Leben selbst. Auf der Golzheimer Heide steht heute ihr Mahnmal mit dem Namen des Helden, der jene verzweifelte Tapferkeit verkörperte und mit dem Tode bezahlt hat: Schlageter! Während er in jenen unglücklichen Tagen des Jahres 1923 unter französischen Kugeln fällt, gibt der Papst in Rom durch seinen Kardinalstaatssekretär Gasparri einen telegraphischen Auftrag an seinen Nuntius in Berlin durch. Der Auftrag lautet:

> **„Während der Heilige Vater mit einem Schreiben die Mächte zu einer friedlichen Verständigung zu bewegen bestrebt war und alles zu vermeiden anriet, was eine solche Verständigung verhindern könnte, bedauert er tief, von den Sabotageakten im besetzten Gebiet und von anderen unter dem Vorwand des passiven Widerstandes begangenen Verbrechen zu vernehmen. Der Papst beauftragt Sie, entschieden dahin zu wirken, daß die deutsche Regierung ein für allemal solchen verbrecherischen Widerstand verurteile, der von dem Heiligen Vater selbst verurteilt wird."**

Nuntius Pacelli führt diesen Auftrag aus, die deutsche Regierung mag sehen, wie sie mit der päpstlichen Rüge fertig wird. Dem deutschen Widerstandswillen ist jedenfalls wieder ein „moralischer" Schlag versetzt worden. Der neue Papst, der im Vorjahre den Heiligen Stuhl bestiegen hat und sich Pius XI. nennt, fällt nicht nur der Notwehr des gepeinigten Volkes „moralisch" in den Arm, sondern regiert auch ungeniert in Deutschland „moralisch" ein wenig mit.

Die „Germania" erklärt zwar, daß das Papst-Telegramm nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesen sei, sondern nur eine dienstliche Anweisung an den Nuntius dargestellt habe und daher keine Abkanzelung der deutschen Regierung bedeuten könne.

Damit ändert sich allerdings nichts an der tatsächlichen und „moralischen" Wirkung des päpstlichen Schrittes. Es ist jedenfalls außerordentlich bezeichnend,

wie der Bundesgenosse von der Speyerer Allianz den zugespielten vatikanischen Trumpf sofort im Sinne seiner nationalen Demoralisierungstendenzen verarbeitet. Ein prominentes Marxistenblatt schreibt:

„Die katholische Kirche hat einen Feldzug gegen den Geist der Gewalt begonnen. Wir wissen nicht, ob das angeblich aus führenden katholischen Kreisen stammende Wort wirklich gefallen ist, daß die nächste Häresie, die in Rom verurteilt werde, der Nationalismus sei. Aber die Taten des Papstes entsprechen dem Geiste, den dieses Wort kennzeichnen will. Kein Zweifel, daß damit tiefste Werte des Christentums lebendig und für die Menschheit fruchtbar gemacht werden können, kein Zweifel, daß auch viele Nichtkatholiken die Bedeutung einer übernationalen kirchlichen Macht würdigen werden, die gegenüber waffenrasselndem Militarismus und Gewaltgeist die Idee des Rechtes und des Friedens zur Geltung bringt. Kein Zweifel endlich, daß alle ehrlichen Friedensfreunde ohne Rücksicht auf ihre religiöse Stellung diese Politik der Kurie unterstützen und ihre Förderung durch die Regierungen verlangen müssen."

Man kann hier wohl sagen, daß der Speyerer Alliierte die Freundesdienste der Bonifatiusfront erstaunlich klar gekennzeichnet und anerkannt hat. Wer der politische Nutznießer jenes Papsttelegrammes außer Frankreich gewesen ist, steht damit zweifellos fest. Ebenso steht fest, daß die späterhin betriebene klerikale Hetze gegen „den schmachvollen Schlageterkult" für eifrige Bonifatiusapostel geradezu eine Missionsaufgabe am deutschen Volke bedeuten mußte. Warum sollte der katholische Pfarrer Rugel in einer Broschüre den ermordeten deutschen Freiheitskämpfer nicht als „patriotischen Abschaum" bezeichnen dürfen, wenn der Stellvertreter Gottes auf Erden selbst ihn als Verbrecher abgestempelt hatte? Man muß nun allerdings diesem Papste, dem ehemaligen Nuntius Ratti in Polen, jetzigem Pius XI. in Rom, in anderer Beziehung wieder dankbar sein. Denn er verhehlt wenigstens nicht die Ziele, welche die vatikanische Politik in Deutschland verfolgt. Er hat gewiß auch die allergünstigsten Vorbedingungen für eine Belehrung der Deutschen in nationalpolitischen Fragen auf den römischen Thron mitgebracht. Auch das muß gesagt werden. Die „Augsburger Postzeitung", die ja gewiß in bonifatiuspolitischen Angelegenheiten stets gut unterrichtet war, hat am 11. November 1920 den damaligen Nuntius Ratti als ein „verständnisvolles Werkzeug für die deutschfeindlichen Pläne der polnischen Regierung" bezeichnet. Diese ihre Meinung ist geschichtlich bestätigt von der alliierten Abstimmungskommission in Oberschlesien. Sie sah sich bei dem schlesischen „Plebiszit" gezwungen, den päpstlichen Abstimmungskommissar infolge seiner offenkundigen Begünstigung des Polentums abzuberufen. Dieser „Kommissar" hieß Ratti, ging nach Rom, wurde dort Kardinal und dann Papst. Ohne Frage ein Fachmann im Falle Schlageter, der ja auch der Prototyp jenes Kämpfertums war, das der polenfreundliche päpstliche Schiedsrichter bereits in Oberschlesien hassen lernte. Inzwischen ist der ehemalige Abstimmungskommissar wie gesagt als Pius XI. auf den Heiligen Stuhl gestiegen und hat die Macht, den Deutschen in jeder Beziehung seine Meinung zu sagen. Am 23. Mai hat er im Konsistorium zu Rom den deutschen Katholiken

ein denkwürdiges Lob erteilt. Dieses Lob bekamen sie deshalb, weil sie „sowohl mitten im Toben des Weltkrieges, wie auch unter den jetzigen verwickelten Verhältnissen (1923) ihren Eifer und ihr Organisationsgeschick dafür eingesetzt haben, den traurigen Abfall von der römischen Kirche, der vor 400 Jahren erfolgte, wieder wettzumachen."

Vielleicht gibt es in Deutschland Leute, die auch in diesem Gleichmaß von „Lob" und „Tadel" wiederum einen Ausdruck „immanenter Gerechtigkeit" erblicken. Näher aber liegen gewisse zwangsläufige Folgerungen über gewisse „immanente" Zielsetzungen der Bonifatiuspolitik selbst an allerhöchster Stelle. Das ereignisreiche Jahr 1923 verzeichnet bekanntlich neben dem französischen Ruhreinfall auch ein anderes geschichtliches Ereignis: den Verrat der bayerischen Bonifatiuspolitiker an der ersten nationalsozialistischen Erhebung. Wieder steht das Gespenst der Reichszertrümmerung über Deutschland. Die Tat Adolf Hitlers durchkreuzt die finsteren Pläne. Das Blutbad an der Feldherrnhalle in München ist die heimtückische Rache dafür. Am gleichen Tage, da die erste nationalsozialistische Erhebung von der Polizei des verräterischen Herrn von Kahr heimtückisch niederkartätscht wird, bringt der Staatsanzeiger für Württemberg (Nr. 263 vom 9. November 1923) ein Interview, das der Vertreter der französischen Zeitung „Le Temps" kurz zuvor mit einem „hohen kirchlichen Würdenträger in Bayern" gehabt hat. Dieses „Interview" offenbart den ganzen abgrundtiefen Haß der Bonifatiuspolitiker gegen die völkische Bewegung im allgemeinen und Adolf Hitler und General Ludendorff im besonderen. Es heißt darin u. a.:

> **„Sie sprechen mir von diesen Condottieri, die zugleich Geschäftsleute sind und bereit scheinen, sich im kritischsten Augenblick ihrer Nation in ein wahnsinniges und verbrecherisches Abenteuer zu stürzen. Vergleichbar jenem Rattenfänger von Hameln, der mit seinen Fanfaren die Ratten aus allen Häusern herausholte, durchziehen die Hitler und Erhardt Bayern, Württemberg, Hessen und locken mit ihrem Rufe die hungrigen Wölfe, den Abschaum der Städte und des platten Landes hervor, mit dem sich unsere hochherzige, enthusiastische, aber, ach, so naiv leichtgläubige und schlecht beratene Jugend vermischt...**
>
> **Dieses Scheusal mit tausend Fratzen, das die völkische Propaganda ist und dessen Joch unsere Regierenden nicht einmal mehr abzuschütteln versuchen, wird der Totengräber ganz Bayerns werden, wenn die Regierung sich nicht im letzten Moment noch aufrafft. Wir haben nicht das Recht, den geistigen Schatz der Kirche in dem Zusammenbruch untergehen zu lassen, der uns bedroht...**
>
> **... Bayern vergißt nicht. Es ist 1871 hinter's Licht geführt worden. Einige Jahre nach dem Siege Bismarcks kam der Kulturkampf. Die Bischöfe und die katholischen Arbeiterführer, wie Stegerwald, wenden sich entrüstet gegen das Beiwort ‚christlich', das Abenteurer wie Roßbach, Antikatholiken wie Ludendorff monopolisieren wollen. Was bedeutet dieses Wort auf den Lippen der nationalistischen Klopffechter, welche**

die Lehren des friedfertigen und menschheitliebenden Juden Jesus von Nazareth ablehnen, all dieser Völkischen mit ihrem schändlichen grotesken Neuheidentum, die davon träumen, die Herrschaft der Urinstinkte, eines gleichzeitig theatralischen und kriegerischen Adels, die Priesterschaft Odins, des Gottes kriegerischer Metzelei, wiederaufzurichten? Der Patriotismus dieser Landsknechte, dieser Raufbolde, vereinigt mit entgleisten Studenten, heruntergekommenen und gewinngierigen Bürgern, beschäftigungslosen Militärs, ehrgeizigen oder bornierten Professoren, reaktionären Arbeitern und Schiebern, die ihr übel erworbenes Gut in Sicherheit bringen wollen, gleicht in meinen Augen der Kirche des heiligen Grabes, wo alle Religionen ihren Zutritt und ihren Ramschbazar haben und wo sich vor dem Kriege unter den wohlwollenden Blicken des türkischen Gendarmen die Christen balgten. — Heute haben unsere organisierten Banden Panzerautos mit Maschinengewehren, Flammenwerfern, Handgranaten, aber unter ihren Stahlhelmen ahne ich die gleiche Gier nach Plünderung, Vergewaltigung und Mord wie ehemals. Und ich würde nicht erstaunt sein, wenn sie eines Tages nach der Plünderung einer Stadt auf schmutzigen Lastwagen die in den Kapellen geraubten heiligen Geräte hinter sich herziehen sollten."

Um in der aufreizenden Wirkung dieses „Interviews" auf die Franzosen auch ganz sicher zu gehen, hat der geheimnisvolle „hohe kirchliche Würdenträger aus Bayern" dann noch hinzugefügt, „daß das gläubige und gastfreie Bayernvolk von einigen Nichtbayern an den Triumphwagen der lutherischen und zentralistischen Hohenzollern gekettet werden solle". Man muß es genau behalten, daß diese perfide Erklärung zu einem Zeitpunkte abgegeben wird, wo das wehrlose deutsche Volk gerade von Frankreich maßlos gepeinigt wird. Und just unter diesen Umständen wendet sich ein deutscher Kirchenfürst durch den „Temps" an die Franzosen, um das völkische Erwachen der Deutschen in der niederträchtigsten Weise zu verdächtigen! In dem auf den 9. November folgenden geschichtlichen Prozeß kennzeichnet einer der Verteidiger vor dem Gericht die inzwischen gestörten Pläne der bayerischen Bonifatiuspolitiker sehr deutlich mit einem Zitat aus einem führenden Blatte der „Bayerischen Volkspartei". Darin wurde geradeheraus erklärt, die „bevorstehende Sendung Bayerns bestehe darin, den Geist des Bonifatius über ganz Deutschland zu verbreiten".

Im Verlaufe der Verhandlungen macht der „Angeklagte" General Ludendorff einige für Bonifatiuspolitiker sehr unangenehme Feststellungen. In dem Prozeßbericht heißt es:

„. . . Weiter kommt Ludendorff auf die Amerikareise des Kardinals Faulhaber zu sprechen, der dort über den Eintritt Deutschlands in den Krieg, den Lusitania-Fall usw. in einer Weise gesprochen habe, die jedem deutschen Gefühl widersprechen mußte."

Ludendorff sagt in diesem Zusammenhang vor Gericht:

„Die Art und Weise, wie die Presse (in Bayern) das mit Stillschweigen überging, zeigte mir, wohin die Reise gehe. Besonders auffallend war dann für mich gerade um den 8. November herum, als Herr v. Kahr seine große Rede halten, seine große politische Aktion einleiten wollte, die Inschutznahme der Juden durch die römische Kirche.

Ich erinnere an den Brief des Kardinals an Dr. Stresemann, an die Auslassungen eines hohen katholischen Würdenträgers, die im „Temps" standen, und worin Hitler und ich in empörender Weise angegriffen wurden. Ich betrachte es auch nicht als Zufall, wenn der Reichskanzler Marx die Loslösungsbestrebungen in Hannover von Preußen begünstigt und Dr. Adenauer, der Vorsitzende des vorletztjährigen Katholikentages, den Ruf ertönen läßt: „Heraus aus Preußen!'"

Daraufhin gibt der Münchener Kardinal dem Gerichte eine Gegenerklärung ab. Im Bericht über den 16. Verhandlungstag wird festgestellt:

„Der Vorsitzende teilt nach Eröffnung der Sitzung kurz nach ½9 Uhr eine Richtigstellung des Kardinals

Dr. v. Faulhaber

mit, die eben eingelaufen ist. Der Kardinal erklärt darin, daß er ursprünglich die Absicht hatte, mit der Richtigstellung der von General Ludendorff gegen ihn erhobenen „unwahren" Angaben bis zum Schlusse des Prozesses zu warten. Da aber bereits von mehreren Seiten dieses Abwarten mißgedeutet wurde, erkläre er schon jetzt: daß die Behauptung, der Kardinal stünde hinter dem Plane eines Zusammenschlusses von Bayern und Oesterreich, unrichtig ist und daß er von diesem Plane erst jetzt erfahren habe. Ueber die Versenkung der „Lusitania" als einen völkerrechtswidrigen Akt habe er bei seiner Amerikareise niemals und nirgends gesprochen. Ebensowenig über die Schuld Deutschlands am Kriege, wie im gleichen Zusammenhang behauptet worden war."

Da der Kardinal in dieser Erklärung eine Stellungnahme zu den Vorwürfen des Generals Ludendorff bezüglich des Briefes an Stresemann offenbar vergessen hat, müssen die interessanten Stellen dieses Briefes des besseren Verständnisses halber hier zitiert werden. Stresemann wollte, wie die „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 8. November 1923 schrieben, den Kardinal dafür gewinnen, „in einer großen politischen Kundgebung aller politischen Parteien in der Reichshauptstadt oder an einem anderen Orte seine Gedanken über die sittliche Erneuerung des Volkes als Voraussetzung für eine soziale und politische Gesundung Deutschlands zu entwickeln". Er hatte seinem Briefe an die Münchener Eminenz den Gedanken zugrunde gelegt, daß „jeder an seinem Platze im Sinne der Reichseinheit wirken müsse". Er wollte also scheinbar Faulhaber gegenüber gewissen reichsfeindlichen Plänen der Bayerischen Volkspartei festlegen und bekam folgende Antwort:

„Geehrter Herr Reichskanzler! In Ihrer geschätzten Zuschrift vom 13. Oktober haben Sie wiederholt einen Gedanken ausgesprochen, der auch in Ihren öffentlichen staatsmännischen Reden zum Teil wiederklingt, daß nämlich nur in einer sittlichen Wiedergeburt des

deutschen Volkes die starken Wurzeln seiner wirtschaftlichen und politischen Wiedererhebung liegen, und daß die katholische Kirche für diese Rettung der Volksseele einen großen Einfluß auszuüben imstande sei. Dieser Gedanke ist mir so ganz aus der Seele gesprochen und enthält eine so hohe Einschätzung der friedlichen Zusammenarbeit von Kirche und Staat, daß ich mich verpflichtet fühle, Eurer Exzellenz für den Brief vom 13. Oktober ergebenst zu danken. Es ist mir leider aus gesundheitlichen Gründen und aus kirchenrechtlichen Bedenken nicht möglich, für den in Ihrem Brief gemachten Vorschlag mich zur Verfügung zu stellen."

Der Kardinal gab also zu, daß er nicht nur aus gesundheitlichen, sondern auch aus „kirchenrechtlichen" Gründen eine solche Festlegung nicht wünschte. Vielleicht war er gesundheitlich von jener Amerikareise noch ein wenig heftig strapaziert, bei der er offenbar ebenfalls aus kirchenrechtlichen Gründen ja gerade sehr delikate politische Angelegenheiten Deutschlands behandelt hatte. Nachdem er eingangs seines Briefes Herrn Stresemann nun eine Absage erteilt hatte, schrieb er hinterdrein:

„Wie sollen berufene Staatsmänner auf die Dauer den Mut haben, in der Regierung die Last der Verantwortung zu tragen, wenn ihnen fortwährend die Zirkel gestört und alle Kundgebungen und Maßnahmen der Regierung in unfruchtbarer, rein negativer Kritik, statt mit positiver Mitarbeit beantwortet werden? Wie wollen wir über die ins Riesenhafte gewachsene wirtschaftliche Not, über das mit der Arbeitslosigkeit kommende Elend dieses Winters Herr werden, wenn nicht alle sittlichen Mächte ohne Unterschied der Konfession und Partei zusammen helfen? Wie wollen wir sonst den Haß abbauen, der blindwütig über unsere israelitischen Mitbürger oder über andere Volksgruppen in Bausch und Bogen, ohne Schuldnachweis von Kopf zu Kopf den Stab bricht oder den Bürgerkrieg anrät, der unabsehbare neue Verwüstungen anstiften und die Verelendung unseres armen Volkes durch Selbstzerfleischung besiegeln würde."

Das ging natürlich an die Adresse der sogenannten „völkischen Rassenhasser", die dem armen und schwachen Gustav Stresemann Opposition machten und im übrigen auch nicht den bayerischen Bonifatiusplänen gehorchen, sondern eine nationale Erhebung Deutschlands wollten. Faulhaber gibt sich also in diesem Punkte mit der Deutung Ludendorffs bereits zufrieden. Bezüglich der übrigen Fragen erhält er von dem „angeklagten" General — ebenfalls vor Gericht — folgende Antwort:

„Ich muß zu meinem Bedauern auf die durch Herrn Kardinal Faulhaber veröffentlichte Erklärung zurückkommen, weil der Herr Kardinal mehrmals unwahre Behauptungen aufstellt. Ich erkläre zu den einzelnen Punkten des Herrn Kardinals folgendes:

...Ein authentischer Wortlaut der bekannten Rede des Kardinals in Neuyork ist trotz verschiedener an den Kardinal herangetretener Bemühungen in der deutschen Presse nicht veröffentlicht. Darum sind Mißverständnisse über einige Redewendungen selbstverständlich und an und für sich nicht ausgeschlossen.

Kardinal Faulhaber hat sich mit dem Lusitania-Fall und dem deutschen Einmarsch in Belgien befaßt. Nach der „New Yorker Staatszeitung" hat Faulhaber diese beiden Fälle, den Lusitania-Fall und den deutschen Einmarsch in Belgien, als „Verbrechen" verurteilt. Diese Zeitung schreibt unter Bezugnahme hierauf:

Und was den Eindruck seiner Keulenschläge der Wahrheit noch erhöhte, war die Tatsache, daß er nicht anstand, auch seinem eigenen Volke (von Amerika aus!) offen und unverblümt die volle Wahrheit zu sagen. Der Kardinal verurteilt ... die eingangs erwähnten Akte militärischer Natur als Verbrechen."

Der Kardinal selbst bezeugt in einem Brief vom 30. Juli 1923 an die „München-Augsburger Abendzeitung", daß er über diese beiden Fälle gesprochen hat. Er schreibt:

„Die zwei Bemerkungen über den Einmarsch in Belgien und die Versenkung der „Lusitania" habe ich in meiner Rede in Neuyork-Brooklyn mit voller Ueberlegung und in klarer Voraussicht der üblichen Nachreden gemacht. Leider kann ich die Vorgeschichte dieser Bemerkungen aus Gründen der Diskretion (!!) nicht veröffentlichen. Die Gruppe Deutschvölkischer, die Ihnen von Neuyork-Brooklyn aus einen Protest sandte, leistete dem Deutschtum in Amerika schlechte Dienste. Wenn das evangelische Sonntagsblättchen den Inhalt meiner anderthalbstündigen Rede in Widerspruch mit Admiral Sims bringt, beweist mir das aufs neue, daß dem Deutschen nicht mehr zu raten und auch nicht mehr zu helfen ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung gez. M. Faulhaber."

Demgegenüber steht fest, daß die Rede des Herrn Kardinals in Amerika und Europa als den Deutschen abträglich empfunden worden ist. Ich konnte mich da auf viele Zeitungsstimmen, z. B. „Berliner Lokalanzeiger", wenn ich nicht irre, 1923 beziehen. Der „Lusitania"-Fall und der Einmarsch in Belgien hatte die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten besonders gegen Deutschland erregt. Die Versenkung der „Lusitania" war aber gerade von dem Admiral Sims endlich als völkerrechtlich bezeichnet worden. Wenn sich nun Kardinal Faulhaber in irgendeiner Form gegen die Versenkung wendet — und das war eben geschehen — so wird damit die Rechtmäßigkeit der Versenkung neuerdings in Zweifel gezogen und wieder zu einem Völkerrechtsbruch gestempelt. Anders kann ich mir auch heute nach der Erklärung des Kardinals Faulhaber den Fall nicht zurechtlegen. Dem Einmarsch in Belgien wird bekanntlich in der Welt die Schuld an dem Eintritt Englands in den Krieg beigemessen. Er wird überdies noch als eine besonders schwere völkerrechtswidrige Handlung angesehen, mit der die Entente dank der Unfähigkeit v. Bethmanns in den Vereinigten Staaten eine besonders heftige Propaganda gegen uns trieb, selbst als amerikanische Schriftsteller in tiefem Verständnis für die Belange Deutschlands diesen Einmarsch als notwendig und rechtmäßig erklärten. Wenn nun Kardinal

Faulhaber diesen Einmarsch als Verbrechen oder auch nur als Fehler bezeichnete, sprach er damit eine Ansicht aus, die die übrige Mehrheit des deutschen Volkes als nicht gerecht empfindet."

Man sollte nun annehmen, daß der Kardinal diese Entkräftung seiner „Richtigstellung" vor dem Gerichtshofe widerlegt hätte. Er hat es nicht getan. Damit bleibt die Tatsache zu verzeichnen, daß ein hoher kirchlicher Würdenträger nach anfänglichen, gerichtlichen „Richtigstellungsversuchen" im Stadium urkundlicher Auseinandersetzung vor dem Gerichte das Schweigen einer stichhaltigen Beweisführung vorzieht. Der deutschen Oeffentlichkeit ist also nach wie vor freigestellt, über die kardinalerzbischöflichen Aeußerungen in Amerika beliebig zu denken. Die erhärteten Erklärungen General Ludendorffs gestatten allerdings nur äußerst eindeutige Schlüsse.

Sie werfen der bischöflichen Eminenz mehrfach unwahre Behauptungen vor, dennoch sind sie von dieser Eminenz hingenommen worden. Es ist nichts darüber bekannt, daß Faulhaber etwa in einem anderen Gerichtsgange dieserhalb General Ludendorff beklagt hätte. Nur etwas anderes ist damals bekanntgeworden: daß nämlich der Kardinal Schulte in Köln in einem Rundschreiben an die Pfarrämter „Richtlinien für die Zurückweisung der Ludendorffschen Erklärungen" zu geben beabsichtigte. Eine solche Zurückweisung gleichsam unter Ausschluß der Oeffentlichkeit käme allerdings im Werte nicht sehr hoch. Allenfalls könnte sie wiederum eine „Rechtsauffassung" beleuchten, welche auf einen Staat im Staate schließen läßt. Daß tatsächlich mit einer solchen Auffassung zu rechnen ist, beweist im Jahre 1924 die „Augsburger Postzeitung", die infolge ihrer engen Bindungen zum katholischen Klerus in Bayern über diese Frage ja näheren Bescheid wissen durfte. Sie schreibt am 16. März kurz und bündig, daß die Ordnungen der katholischen Kirche über denen des Staates stünden. Danach freilich kann auch ein Kardinal — wenn es darauf ankommt — ruhigen Gewissens auf gerichtliche Wahrheitsbeweise verzichten, sobald Erklärungen allein nicht zu dem gewünschten Erfolge führen oder gar widerlegt werden. Vielleicht war das kardinalerzbischöfliche Verhalten auch durch das Machtbewußtsein bedingt, das die Bonifatiuspolitiker in jenen Nachkriegsjahren aus guten Gründen besaßen. Auch in dieser Beziehung ließen sie damals ruhig und siegesbewußt aus der Schule plaudern. Der Jesuit Muckermann schrieb:

„Es ist klar, daß von katholischer Seite ein mächtiger Offensivstoß eingesetzt hat... Schöne Erfolge haben wir zu verzeichnen."

Der Jesuit Muckermann mußte es wohl wissen. Er ist heute Emigrant, Leiter des **„Officio romano informazione"**, eines internationalen katholischen Korrespondenzbüros und ein prominenter, kirchlicher Hetzer gegen Deutschland. Er ist offenbar auch 1924 schon ein sachlich und ideell gut unterrichteter Bonifatiusapostel gewesen.

1929 aber scheinen die „schönen Erfolge" bereits so gefestigt zu sein, daß man den allerletzten Rest von diplomatischer Vorsicht bedenkenlos preisgeben

kann. Während Herr Faulhaber seinen verdächtigen Beitrag zur Lösung der Kriegsschuldfrage seinerzeit noch im Halbdunkel abgab, tritt nun der katholische Stadtpfarrer Dr. Georg Moenius aus München völlig ungetarnt auf den Plan, um ganz unverblümt in das Horn der infamsten Greuelhetze gegen Deutschland zu blasen. In der Belgien-Sondernummer der katholischen „Allgemeinen Rundschau" vom 14. November 1929 schreibt er:

> **„Was sonst noch geschehen ist, auch wenn nicht Blut dabei floß, übersteigt die Greuel des tempelschändenden Nabuchodonosor, über dessen Schandtaten uns Abscheu einzuflößen es sich unsere Erzieher haben angelegen sein lassen. Warum dem katholischen Volk in Deutschland so schamhaft verschweigen, was in Belgien geschah? Kirchen und Altäre wurden geschändet, Tabernakel eingeschlagen, die heiligen Hostien auf den Boden gestreut, auf dem Altar ein Schwein geschlachtet, Ziborien an den Eingang geschleudert, heilige Gefäße mit Kot besudelt, die Statuen der Kirche geköpft. Gott läßt seiner nicht spotten. Heißt das den deutschen Soldaten schmähen, wenn einem Vorsehungsgläubigen der Gedanke kommen sollte, einer solchen Soldateska habe der katholische (!) Gott doch nicht die Bahn zu einem Siegeslaufe freigegeben?"**

Es bewahrheitet sich immer wieder, daß die schlimmsten Deutschenhasser und Deutschenhetzer in Deutschland sitzen!

Landesverrat, ein „Christenrecht"?

Lloyd George, einer der Mitverfasser des Versailler Schanddiktates, schrieb schon sehr bald nach der Unterzeichnung dieses Sklavenvertrages:

„Niemals haben erbärmlichere Köpfe für die Bemäntelung ihrer vulgären Gelüste schlimmere Heucheleien ersonnen und sie anderen Nationen als Gesetzes- und Friedensparagraphen aufzuerlegen gewagt. Das ist kein Friedensvertrag, dieser Vertrag von Versailles: Er ist weiter nichts als ein mitleidsloses Gesetzesknäuel, der eine weitere militärische Verwicklung und ausbeuterische Verwaltung unserer Erde nach sich ziehen wird."

Man sollte nun annehmen, daß dieses Eingeständnis eines Verantwortlichen der Gegenseite die Deutschen vom ersten bis zum letzten Manne zu eindeutigen Folgerungen (wenigstens im Denken) veranlaßt hätte. Auch bewiesen alle praktischen Erfahrungen bei der Anwendung und Erfüllung des Diktates fortgesetzt die Richtigkeit des von diesem führenden Ententepolitiker abgegebenen Urteils. Die Präambel des Diktates lautete:

„Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftschiffahrt genau innezuhalten."

Das hieß doch klar und deutlich, daß Deutschlands Entwaffnung vertragsmäßiger Auftakt einer allgemeinen Weltabrüstung sein sollte. Bereits die Waffenstillstandsverhandlungen hatten erwiesen, daß die „Welt der Sieger" selbst sich im Besitze ihrer militärischen Macht sehr wohl fühlte. Die Versailler Ver-

handlungen bewiesen, daß diese „Sieger" das Gewicht ihrer militärischen Macht auch rücksichtslos zu gebrauchen wußten. Das Diktat selbst aber belegte, daß die „Sieger" diese ihre militärische Macht auf alle Zeiten zu erhalten und Deutschland auf alle Zeiten wehrlos zu halten gedachten. Denn es war eine logische Folgerung aus diesem wahnwitzigen Diktat, daß es auf die Dauer nur mit Gewalt der waffenlosen deutschen Nation gegenüber in Geltung gehalten werden konnte. Die Deutschen konnten — sofern sie überhaupt an die Zurückgewinnung ihrer Freiheit dachten — nur zu dem Schlusse kommen, daß diese ihre Freiheit mit der Wiedergewinnung der Wehrkraft stand und mit ihrer Wehrlosigkeit fiel. Die Frage der Wiedergewinnung war dabei eine Frage der politischen Strategie. Die Voraussetzung der Wiederbewaffnung aber war die Wiederherstellung des Wehrwillens im Volke selbst. Diese Wiederherstellung des Wehrwillens war daher eine Lebensfrage der deutschen Nation schlechthin, ausschlaggebend für die ganze deutsche Zukunft — wenn es überhaupt noch eine solche geben sollte.

Was hat nun unter diesen Umständen die Bonifatiuspolitik betrieben? Sie hat die planmäßige Vernichtung der letzten Reste des deutschen Wehrwillens, den politischen Vollzug ihres moraltheologischen Pazifistentumes betrieben! Und gerade das ist eines ihrer schwersten geschichtlichen Verbrechens. Zwar kann sie darauf hinweisen, daß der herrschende Marxismus ein Gleiches getan hat. Der Marxismus aber hat wenigstens den lieben Gott aus dem Spiele gelassen!

Auch das muß festgehalten werden, daß die Wehrsabotage der Bonifatiuspolitiker in der Versailler Aera nicht einmal mehr mit der Begründung einer Opposition gegen das Bismarckreich oder gegen ein „protestantisches" Kaisertum zu verbrämen ist! Wem galt sie dann sonst? Es gibt nur die eine Antwort, daß Wehrsabotage ein Instrument der Bonifatiuspolitik zur Entwurzelung der nationalen völkischen Kraft schlechthin ist, und daß diese Entwurzelung ein grundsätzliches Ziel der Bonifatiuspolitik darstellt. Das Verhalten der Klerikalpolitiker zu der Wehrfrage in der Nachkriegszeit beweist eindeutig, daß die Motivierung ihrer Opposition gegen Bismarck und das protestantische Kaisertum ein grober Schwindel am deutschen Volke war. Das deutsche Volk möge endlich erkennen, daß die Bonifatiuspolitik grundsätzlich gegen seine völkische Unabhängigkeit operiert!

Der bereits an anderer Stelle zitierte Jesuit Viktor Cathrein schreibt in seinem 1924 erschienenen Buche „Morolphilosophie":

> **„Wenn schon das System der stehenden Heere nur durch die Notwendigkeit gerechtfertigt werden kann, so gilt das noch viel mehr von dem System der stehenden Heere in Verbindung mit der allgemeinen persönlichen Wehrpflicht. Diese reißt alle waffenfähigen jungen Männer für mehrere Jahre aus ihren Lebensberufen heraus, um sie zum Kriegshandwerk abzurichten (!). Der Schaden, den diese allgemeine Wehrpflicht der richtigen Berufswahl und der Ausbildung in dem einmal ergriffenen Berufe bringt, ist viel größer, als man glaubt. Dabei wollen wir von den sittlichen Folgen des Kasernenlebens gar nicht reden."**

Das ist zweifellos ein pharisäisches Meisterstück. Während der Jesuit mit wehleidigen Phrasen gegen die Pflicht zum Waffendienst agitiert, sucht er sich gleichzeitig durch eine raffinierte Verunglimpfung des Wehrdienstes selbst zu rechtfertigen. Dem „katholischen" Soldaten aber ist das Hintertürchen zur Desertion oder zum Scheineid mit dem Hinweis auf die „sittlichen Gefahren des Kasernenlebens" bereits deutlich geöffnet. 1925 heißt es in dem von Prälat Seipel (österreichischer Bundeskanzler) und dem Dominikanerpater Strathmann unterschriebenen „Internationalen Manifest gegen die Wehrpflicht":

> „Zwangsdienst bedeutet Entwürdigung der freien menschlichen Persönlichkeit, das Kasernenleben, der militärische Drill, der blinde Gehorsam gegenüber noch so ungerechten und sinnlosen Befehlen, das ganze System der Trainierung zum Töten (!), untergraben die Achtung vor der Persönlichkeit, der Demokratie und dem menschlichen Leben."

Der gleiche Strathmann (heute Emigrant in der „Heiligen Stadt") erklärt 1929 auf einer katholischen Pazifistentagung zu Frankfurt a. M.:

> „Die allgemeine Wehrpflicht ist von der katholischen Ethik abzulehnen,
> 1. weil sie keine Stütze in der katholischen Tradition hat, sondern auf durchaus unkatholischem Boden (!) erwachsen ist;
> 2. weil sie bei ihrem ersten Aufkommen von katholischer Seite bekämpft wurde;
> 3. weil sie die offene Mißbilligung der letzten Päpste fand.
>
> Es muß in Deutschland die Wiedereinführung der zwangsweise abgeschafften Wehrpflicht mit allen Mitteln verhindert werden. Es muß eine internationale Einheitsfront gegen die allgemeine Wehrpflicht geschaffen und ein Boykott gegen die Staaten, die sie einführen, eröffnet werden. Es muß, wenn die Regierenden versagen, die Rebellion gegen den Krieg von unten her rechtzeitig organisiert werden durch Kriegsdienstverweigerung und Generalstreik ...
>
> Man muß, um den Krieg auszumerzen, den Landesverteidigern die Hand zum Gruße verweigern."

Ein kirchenamtlicher Widerruf dieser Auslassung ist nicht bekannt. Es muß demnach angenommen werden, daß die Wehrdienstverweigerung in der Tat der katholischen „Ethik" entspricht und der päpstlichen Billigung sicher ist.

Bestätigt wird diese Auffassung hinsichtlich der katholischen „Ethik" auch durch jene Erklärung, die der Zentrumschef Prälat Kaas 1931 im Deutschen Reichstage abgegeben hat:

> „Ich lege Wert darauf, mit allem Nachdruck zu erklären, daß für meine politischen Freunde nicht nur aus realpolitischen, sondern auch aus ethischen und grundsätzlichen Erwägungen eine Aufrüstung nicht in Frage kommt."

Eine ebenso eindeutige Auslassung hat der katholische Priester Professor Dr. Ernst Michel in der Systemzeit auf einer Tagung von sich gegeben:

„Das Zentrum muß den Reichswehrstaat ablehnen und für unbedingte Kriegsdienst- und Rüstungsverweigerung eintreten. Es gibt heute keine politischen Objekte mehr, die auch nur das Blut eines einzigen Menschen wert sind."

Der Kardinal Faulhaber sagt am 7. Februar 1932 in der St. Bonifatiusbasilika zu München (laut Bericht des „Katholik" vom 21. Februar 1932) folgendes:

„Wir leben in einer Zeitenwende, und wie in anderen Fragen wird sich auch in der Frage Krieg oder Frieden eine Wandlung der Geister vollziehen. Die öffentliche Meinung muß umlernen, wenn es auch nicht ohne Gegensätze abgehen wird. Der militärischen Abrüstung muß die moralische Abrüstung vorausgehen. Der Nimbus der Uniform und Militärparade ist verblaßt. Die alten Kriegslieder können ruhig zum alten Eisen im Kriegsmuseum gelegt werden. Das Heldentum der Waffen ist nicht die einzige Form heldischen Daseins. Sogar die theologische Sittenlehre über den Krieg wird eine neue Sprache sprechen ... Das alte Sprichwort: ‚Wenn du den Frieden willst, rüste den Krieg' muß wie ein altes Kriegsboot abgetakelt werden."

Im „Katholik" vom 6. März 1932 heißt es:

„Wir bilden eine Armee von Friedenskämpfern. Alle zusammen! Ohne jedwede Ausnahme. Wir stehen für den Frieden unter allen Umständen, bedingungslos, radikal. Wir erklären einfach, aber so entschieden, wie es die heilige Sache verlangt: wir tun nie und nimmer mehr mit, wenn eine Regierung den Krieg erklären will. Wir verweigern den Kriegsdienst. Auf uns Katholiken ist im Falle eines Krieges nicht mehr zu rechnen."

Die „Allgemeine Rundschau" des Pfarrers Moenius (Nr. 16 vom 16. April 1932) hat diese bemerkenswerte Erklärung des „Katholik" wie folgt kommentiert:

„Wahrhaftig, eine solch offene und unzweideutige Sprache verdient die höchste Anerkennung. Wer bringt in unserem von blindem Hitlerwahn betörten deutschen Volk den Mut auf, sich offen zu solch durch und durch christlichen und katholischen Grundsätzen zu bekennen und für die Verbreitung einer konsequenten Friedensgesinnung sich rücksichtslos einzusetzen? Katholische Presse, erwache! Ein Geistlicher."

Diese „offene und unzweideutige" Sprache verdient allerdings auch heute noch die „höchste Anerkennung" dafür, daß sie den notorischen Haß belegt, mit welchem die Bonifatiuspolitiker in Deutschlands Notzeit gegen den Führer der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung loszogen. Hier hat die Geschichte das Urteil bereits gesprochen. Deutschland verdankt seine wiedergewonnene Freiheit weder dem Zentrum, noch der Kirche, noch dem Papste, sondern einzig und allein Adolf Hitler. Die klerikalen Hetzer aber vergessen heute scheinbar wieder, daß gerade sie einst die gefährlichsten

Zuhälter der Versklavung waren, indem sie nicht nur im Namen Gottes die Wehrmoral im deutschen Volke vernichteten, sondern auch den Haß gegen den ersten Freiheitskämpfer der Nation im Namen Gottes schürten! Es wäre besser, sie schwiegen endlich. Dies wäre auch klüger für sie. Denn das deutsche Volk könnte sie letzten Endes einmal nach den Früchten richten, die sie ihm in der Zeit ihrer politischen Regentschaft beschert haben!

Die „sachlichen" Erfolge

Die Wahrheit des von Muckermann eingestandenen „mächtigen katholischen Offensivstoßes" von Rampolla bis zu Pius XI. und ihren Helfern in Deutschland ist eine geschichtliche. Der tatsächliche „rein kirchliche" Erfolg — unter Abzug aller „rein politischen" Gewinne der Systemzeit, die im Dritten Reiche wieder verlorengingen — stellt sich wie folgt dar:

Von 1920—1926 wurden nach dem „Generalschematismus der katholischen Männer- und Frauen-Klöster Deutschlands" innerhalb des Reichsgebietes 33 Jesuiten-Niederlassungen ins Leben gerufen. Allein in München sind in wenigen Jahren vier Jesuitenklöster entstanden.

Eine Vergleichsstatistik der Ordensniederlassungen schlechthin aus den Jahren 1918 und 1935 ergibt für Deutschland folgendes Bild:

	1918	1935
Niederlassungen von männlichen Orden . .	388	662
Männliche Ordensmitglieder	7 592	15 337
Niederlassungen von Frauenorden	6 655	7 891
Weibliche Ordensmitglieder	71 661	92 269

Die sonstigen kirchlichen Neugründungen nicht eingerechnet, erhellen allein diese Zahlen die Macht der katholischen Offensive auf „Preußen-Deutschland".

Ein Geständnis der „Germania" vom 4. November 1924 aber zeigt eindeutig die Strategie auf, über deren „schöne Erfolge" diese Zahlen Aufschluß geben. Damals schrieb die „Germania":

> **„Gerade der Katholik in Preußen stand in einem ganz anderen Milieu als etwa der Katholik in Bayern. Seine Arbeit seit 1917 ist wohl am tiefsten als eine Ueberwindung der brandenburgisch-preußischen Geschichtspsychose zu verstehen und zu werten und als ein Versuch zur Rückkehr zu den Toren des mittelalterlichen Deutschtums, das durchaus demokratisch war."**

Warum setzte die „Germania" gerade das Jahr 1917 als Ausgangstermin ihrer Betrachtung? Ist dieses Jahr durch die Rückkehr der Jesuiten als Beginn einer neuen bonifatiuspolitischen Aera in Deutschland besonders gekennzeichnet? Will man sich an Windthorsts scharfes Urteil über diesen Orden zurückerinnern, über die Hörigkeit der „ihm unterworfenen Kongregationen, Sodalitäten und Bruderschaften", über seine Methoden und Ziele, über seine Herrschaft in der katholischen Kirche selbst, will man auch den „sachlichen" Geländegewinn dieses römischen Stoßtrupps im Lichte jenes Urteils betrachten, so liegt der obige Schluß sehr nahe, daß die Rückkehr der Jesuiten nach Deutschland von der „Germania" als eine entscheidende Wende in der Geschichte der

Bonifatiuspolitik angedeutet werden sollte. Auch läßt sich dann gut begreifen, warum die Bonifatiuspolitiker von 1918 bis 1933 unentwegt in allen Parlamenten auf seiten des Marxismus gegen alle völkischen Erneuerungsbestrebungen in Deutschland gekämpft haben. Der Speyerer Bundesgenosse wurde als geborener Zerstörer des brandenburgisch-preußischen Geschichts- und Geisteserbes angesehen; er sollte offenbar als politischer Eisbrecher in diesem Sinne wirken und die Fahrt für die Bonifatiusbarke freimachen. Brachte er das nicht fertig, so war er auf alle Fälle jene natürliche Last, welche das Gewicht der nationalbewußten Kräfte auf einfache Weise an der Waage der Entwicklung in der Schwebe zu halten versprach. Man glaubte die sogenannte nationale Opposition durch den Marxismus und umgekehrt diesen Speyerer Verbündeten wiederum durch diese Opposition gebunden zu haben, begünstigte daher das marxistische Regiment, das von der Zustimmung der Bonifatiusfraktionen in Reich und Ländern abhängig war, und kam auf diese Weise zu „schönen Erfolgen". Die hier zugrunde liegende strategische Regel lautet: „Divide et impera!" Der päpstliche Nuntius Aleander hat sie einst zu Worms Luther gegenüber deutsch ausgesprochen!

Die „immanenten" Ziele der „Bonifatiuspolitik"

Bekanntlich heißt Bonifatius auf deutsch: „Wohltäter". Der erste Bonifatius ist derjenige „Wohltäter" gewesen, dem man nachrühmt, daß er die „heidnischen" Germanen zum Christentum bekehrt habe. Er war also ein hervorragender Missionar und Glaubenseiferer. In Anerkennung seiner Leistungen und Eigenschaften ist er von der katholischen Kirche zum „Heiligen" erklärt worden. Er personifiziert also gleichsam den angeblich „göttlichen Bekehrungsauftrag" Roms gegenüber den Deutschen. Dieser Bekehrungsauftrag wird von der römischen Kirche als ein Anspruch und Recht auf die unbedingte und alleinige Gefolgschaft aller Völker und Menschen in religiöser Beziehung ausgegeben. Ueber die Begründung dieser einzigartigen Forderung ist an dieser Stelle, wo ihre politischen Auswirkungen in Deutschland zu beleuchten sind, nicht zu sprechen. Es taucht lediglich die Frage auf, ob zwischen einem sittlich und geistig selbstverantwortlichen Menschen und einem sittlich und geistig durch ein Dogma in seiner Verantwortung beschränkten Menschen überhaupt über gewisse Ursachen, Wirkungen und Werte in der menschlichen Geschichte mit Aussicht auf Erfolg diskutiert werden kann. Nach den Erfahrungen ist diese Frage zu verneinen. Denn der kirchlich-katholische Standpunkt beansprucht ja von vornherein die Unterordnung aller anderen menschlichen Standpunkte unter seine römischen Maßstäbe. Die „Bekehrung", das heißt die bedingungslose Unterordnung, ist für jene Seite die Voraussetzung für die Anerkennung der sittlichen Daseinsberechtigung eines Menschen überhaupt. Anerkennt aber dieser den „Bekehrungsanspruch" nicht, so wird er zum Objekt der „Bekehrungspolitik". In Deutschland war dieses „Objekt" bis in unsere Zeit hinein eingestandenermaßen

der Protestantismus. Seit der Reformation ist leider allzuviel von dem traurigen Worte Aleanders in Worms wahrgemacht worden. Allein der mörderische Ruin, den das deutsche Volk im Dreißigjährigen Kriege erlebte, wo von 18,6 Millionen deutscher Menschen zu Beginn des Blutbades nur mehr 3,6 Millionen am Schluß übrigblieben, ist ein ungeheuerliches Beweisstück für die Gefährlichkeit des „immanenten" römischen Bekehrungsprogrammes. Denn da es erwiesenermaßen mit geistig-seelischer Ueberzeugungskraft allein auf Grund gewisser Mängel bei geistig und seelisch freiheitsliebenden Menschen, Völkern und Rassen nicht zum Erfolg gelangen kann, muß es notwendigerweise auch den Einsatz offener oder geheimer Machtmittel grundsätzlich vorsehen. Aus dem Anspruch auf die religiöse Beherrschung der Welt aber ergibt sich, daß diese Machtmittel folgerichtig und grundsätzlich gegen alle Völker mobil gemacht werden, die sich dem totalen römischen Machtanspruch nicht total unterwerfen wollen. Wie wenig wählerisch in der Wahl dieser „Mittel" auch und gerade der Katholizismus unserer Tage ist, darüber hat der katholische Theologe Professor Adam in einem Artikel der Wiener Bonifatiuszeitschrift „Schönere Zukunft" im Jahre 1932 dankenswerten Aufschluß gegeben. Er schrieb:

> **„Wenn sich der Katholizismus im Laufe seiner langen Entfaltung primitive, griechische, hellenistische und germanische Elemente reich einbaute, und wenn wir mit äußerster Gewissenhaftigkeit darauf vertrauen, daß er dereinst auch die besonderen natürlichen Gaben der indischen, chinesischen und japanischen Kulturen zum übernatürlichen Leuchten bringen wird, warum soll der göttliche creator spiritus nicht auch das alte Römertum mit seiner straffen Disziplin, seinen klaren Rechtsbegriffen und seinem energischen Führergeist zum Dienst an der Kirche Christi herangeholt haben? Je nach der besonderen geschichtlichen Lage, je nach den Zeitbedürfnissen und Zeitfragen, welche die Kirche Christi auf ihrem Weg durch die Jahrtausende anspringen, wird bald der eine, bald der andere natürliche Faktor der sichtbaren Kirche stärker in Erscheinung treten. Es gab eine Epoche in der Geschichte des Christentums, wo das Griechentum, und eine andere, wo das Germanentum die unbestrittene Führung hatte. Es wird auch einmal eine Zeit geben, wo irgendein Asiatismus dem kirchlichen Leben sein Gepräge gibt. Von da aus gesehen muten uns Katholiken die immer von neuem aufkochenden antirömischen Instinkte des modernen Protestantismus wie krankhafte Hysterie an."**

Dieser Sachkenner kündigt also „irgendeinen Asiatismus" an, von dem er zwischen den Zeilen voraussetzt, daß er wohl auch eines Tages mit dem als hysterisch bezeichneten modernen Protestantismus, der ja vorwiegend eine „preußisch-deutsche" Angelegenheit ist, fertig werden wird. Aber selbst diese unglaubliche Auslassung steht nicht allein; vielmehr schwächt sie lediglich ein noch infameres Geständnis der gleichen Zeitschrift aus dem Jahre 1931 ab, in dem es hieß:

> **„Ueber alle erhebt sich heute der heilige Geist der Kirche, auch in den nichtkatholischen Ländern. Es wird die Zeit kommen, da der Nachfolger Christi auf dem päpstlichen Stuhl die Völker der ganzen Erde**

in seiner Hürde vereinigt sehen wird, zum Heil der Menschheit. Der Bolschewismus schafft die Möglichkeit, daß das starre Rußland katholisiert wird (!!). Durch die Beseitigung gewisser reichsdeutscher Dynastien ist ein Hindernis der Rekatholisierung Deutschlands beseitigt worden... Geistig hochstehende Männer aus dem Protestantismus erkennen, daß das Geistesleben im Katholizismus das sicherste Bollwerk gegen Untergangs- und Umsturzgedanken bildet..."

Hier ist sogar zugegeben, daß man katholischerseits selbst den Bolschewismus nach bewährter Methode als einen Rammbock der Bonifatiuspolitik zu betrachten imstande ist. Die frohlockende Aeußerung über die Beseitigung gewisser „Hindernisse für die Rekatholisierung Deutschlands" aber läßt den bedeutungsvollen Schluß zu, daß das „immanente" Bonifatiusziel in Deutschland tatsächlich die Rekatholisierung des deutschen Volkes unter allen Umständen ist. Was von dem Katholizismus als „sicherstem Bollwerk des Geisteslebens gegen Untergangs- und Umsturzgedanken" zu halten ist, darüber läßt sich kaum ernsthaft streiten. Die unter der politischen Machtführung des Katholizismus für Deutschland heraufgezüchtete und vom Nationalsozialismus niedergeworfene Bolschewisierungsgefahr hat diese Behauptung bereits geschichtlich widerlegt. Die Bolschewisierung des vorwiegend katholischen spanischen Volkes hat ihr inzwischen ebenfalls das Urteil gesprochen. Der Katholizismus ist nicht ein Bollwerk gegen Untergangs- und Umsturzgedanken, sondern geradezu der raffinierte Nutznießer aus deren tatsächlichem Wirken! Die „Schönere Zukunft" muß diese Tatsache trotz ihrer unerhörten Doppelzüngigkeit in einem und demselben Atemzuge sogar zugeben. Wie sollte sonst ihre Spekulation über die „Nützlichkeit" des Bolschewismus in Rußland und des seinerzeitigen Dynastiensturzes in Deutschland noch logischerweise anders zu begreifen sein?! Was sollte sonst jenes andere Wort bedeuten, das der Münchener Kardinal Faulhaber bereits am 2. November 1930 geprägt hatte und das den ungebändigten Klang des Frohlockens über ein erhofftes infernalisches Weltgeschehnis in sich trägt? Damals sagte diese Eminenz:

„Wenn die Welt aus tausend Wunden blutet und die Sprachen der Völker verwirrt sind wie in Babylon, dann schlägt die Stunde der katholischen Kirche!"

Das ist die ungeheuerliche Sprache derer, die aus Tod, Brand und Chaos der Menschen und Nationen die Altäre ihrer Herrschaft zu bauen gewillt sind. Das ist die brutale Sprache derer, die in religiösen Fragen den Herrgott auf der Erde zu vertreten behaupten und aus diesem Anspruche für sich das Recht zur Heiligung aller Mittel für die Zwecke ihrer angemaßten Herrschsucht herleiten.

Der Machtfanatismus der Bonifatiusapostel geht also so weit, Kultur, Ordnung, Leben und Schicksale der Völker bedingungslos dem „immanenten" Bekehrungsziele unterzuordnen oder gar zu opfern!

Das Nachspiel ...

Die Bekenntnisfront springt ein

Nachdem die Bonifatiuspolitik von Worms bis Versailles unzweideutig auf die Schwächung des Protestantismus und zugleich auf die Schädigung der ihn tragenden politischen Macht „Preußen-Deutschland" abgezielt hat, ist heute merkwürdigerweise eine Art von geistiger Einheitsfront zwischen Katholizismus und „bekenntnistreuem" Protestantismus festzustellen. Die „Schönere Zukunft" hat ja bereits 1931 den „geistig hochstehenden Männern aus dem Protestantismus" ihr Kompliment für die Anerkennung des „Geisteslebens im Katholizismus als sicherstes Bollwerk gegen Untergangs- und Umsturzgedanken" gezollt. Ein ausgesprochener Zufall dürfte das wohl kaum gewesen sein, wenn man bedenkt, daß bereits damals eine ganz beachtliche Bewegung zur nationalen Wiederaufrichtung durch das deutsche Volk ging, an deren politischer Entschlossenheit kaum zu zweifeln war. Es schien also, als ob der politische „Geländegewinn" aus der Versailler Aera kein dauernder bleiben würde. Sollte jene völkische Bewegung in Deutschland wirklich zum Siege kommen, so müßte damit auch folgerichtig die durch „brandenburgisch-preußischen" Geist eingeleitete und mit Versailles unterbrochene Entwicklung der Deutschen zur Nation ihre siegreiche Krönung finden. Die Gefahr, daß sich dann sogar die religiöse Kraft dieses freiheitlichen Geistes mit der befreiten völkisch-politischen Kraft zu einer großen und artbewußten Einheit verbinden könnte, daß diese Einheit den germanischen Protest gegen die Anmaßungen des Bonifatiusprogrammes auf allen Gebieten erneuern und vollenden könnte, ist in jener Zeit der Komplimente sicherlich vom politischen Katholizismus erwogen worden. Der konventionell-kirchliche Protestantismus aber hat — ebenso wie der Katholizismus in gewissen Ueberlieferungen und dogmatischen Festlegungen erstarrt — wohl gegen alles Erwarten der Bonifatiuspolitiker selbst nach dem siegreichen Durchbruch der nationalsozialistischen Bewegung nicht etwa seine Stellung in der völkischen, sondern in der dogmatischen Front gesucht.

Man möchte fast von einer geistigen Verbastardierung des Protestantismus durch das moraltheologische Gedankengut des Jesuitentums sprechen, wenn man liest, was im Jahre 1930 der damalige Generalsuperintendent der Kurmark, Dr. Otto Dibelius in seiner Schrift „Friede auf Erden?" geschrieben hat. Er präzisierte dabei eigentlich nur eine Meinung, die bereits jenen „20 hannoverschen evangelischen Pastoren" * zu eigen gewesen scheint, die in der „Deutschen Volkszeitung" vom 10. März 1918 erklärten:

> **„Wir können nicht Gott dienen und dem Vaterlande. Wir müssen Gott dienen im Vaterlande, d. h. unsere Vaterlandsliebe muß aus Gott genährt sein."**

---

* Diese „zwanzig hannoverschen evangelischen Pastoren" ließen im übrigen in ihrer „Erklärung" wissen, jener „Friedensschritt des Papstes (siehe Seite 44 bis 47) sei nicht eine katholische, sondern eine christliche Tat" gewesen.

Wer nun seine Vaterlandsliebe im gefährlichsten Augenblicke des Vaterlandes nicht „aus Gott nähren" will, der darf sich dann ja wohl ohne weiteres auf den ersten Satz berufen, daß man nicht „Gott und dem Vaterlande dienen könne". 1930, wie gesagt, brachte der Herr Generalsuperintendent Dr. Dibelius in der genannten Schrift diese Schlußfolgerung sehr ausführlich und eindeutig zu Papier. Er schrieb:

„**Daß wir in Deutschland religiöse Dienstverweigerer in Zukunft haben werden, läßt sich schon heute mit Bestimmtheit sagen. Wie es bei den Sekten stehen wird, wissen wir nicht. Mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht hat bei den Mennoniten und bei anderen kleinen Gemeinschaften der alte Grundsatz der Kriegsgegnerschaft neuen Auftrieb gewonnen. Wie es in der katholischen Kirche sein wird, wissen wir vollends nicht. Aber in der evangelischen Kirche ist schon heute eine kleine Zahl von Menschen da, die jede Mitarbeit am Kriege zu verweigern entschlossen ist. Von ihnen werden nicht ganz wenige auf ihrem Grundsatz auch dann verharren, wenn es ernst wird. Hier sind Kräfte des Gewissens wieder zum Leben erwacht, die unter der Geschichte der letzten vierhundert Jahre verschüttet waren.**

Ueber diese christlichen Pazifisten wird die Kirche ihre Hände halten. Auch wenn sie ihre Stellungnahme nicht billigt. Denn noch einmal: Kein Staat hat das Recht, das Gewissen eines Menschen zu vergewaltigen. Was aus dem Glauben geht, hat höheres Recht als alle staatlichen Ordnungen und Gesetze. Es mag falsch sein, aber es hat sein Recht. (!)

... Der radikale Pazifismus christlicher Art schließt immer die Bereitschaft zum Martyrium ein. Wer das Gottesreich ohne Uebergänge und ohne Kompromisse will, stößt mit den Mächten dieser Welt zusammen und wird zum Märtyrer. Das hat Jesus (!) seinen Jüngern vorhergesagt. Das weiß jeder Christ. Und darf es denn anders sein? Dürfen es die, die den Dienst mit der Waffe verweigern, besser haben als die, die in den Schützengräben liegen? Nein, sie dürfen es nicht besser haben. Sie wollen es auch nicht besser haben. Gerade daran muß sich der Ernst ihres Christentums bewähren!

Dann wird die Kirche die einzige Macht auf Erden sein, die für sie eintritt."

Das ist die protestantische Formulierung jenes von der katholischen Moraltheologie erfundenen Grundsatzes, daß Landesverrat ein Christenrecht sei. Die Gemeinsamkeit eines solchen Grundsatzes allerdings macht auch die Angriffsgemeinschaft von Katholizismus und Bekenntnisfront gegen den Nationalsozialismus verständlich.

Die groteske Allianz von Speyer, in welcher zwei ideelle Todfeinde durch gemeinsame politische Interessen gegen ein gemeinsames „Hindernis" zueinander fanden, erlebte auf dieser „moraltheologischen" Grundlage dann auch eine einzigartige Nachfolge in solch einer geistigen Angriffsgemeinschaft von Katholizismus und Bekenntnisfront zuerst gegen die

nationalsozialistische Weltanschauung und Partei und später gegen den nationalsozialistischen Staat.

Im „Kirchlichen Jahrbuch für die Evangelischen Landeskirchen Deutschlands", Jahrgang 1932, erlaubte sich der Theologe Hermann Sasse die folgende phantastische Herausforderung an jene Bewegung, die allein aus der Kraft eines angeborenen — nicht vorgeschriebenen — „germanischen Moralgefühls" den Kampf um die Rettung von Volk und Reich gewagt hatte. Dieser famose „Protestant" schrieb damals:

> **„Wir wollen nicht wissen, ob die Partei für das Christentum eintritt, sondern wir möchten erfahren, ob auch im Dritten Reich die Kirche das Evangelium frei und ungehindert verkünden darf oder nicht, ob wir also unsere Beleidigungen des germanischen oder germanistischen Moralgefühls ungehindert fortsetzen dürfen, wie wir es mit Gottes Hilfe zu tun beabsichtigen."**

Man kann wohl sagen: päpstlicher hätte selbst ein Papst nicht sein können! Die „protestantische" Bekenntnispriesterschaft hat dem Nationalsozialismus den Fehdehandschuh hingeworfen, weil er der Rasseerkenntnis nicht den geistigen Lebensraum in Deutschland zugunsten einer überlieferten konfessionellen Alleinherrschaft darin verboten hat. Dabei wird dieser Herrschaftsanspruch geradezu so begründet, als sei die Beleidigung des rassischen germanischen Moralgefühles eine Aufgabe der Religion überhaupt! Das ist Bonifatiusgeist in „protestantischer" Soutane, an sich zwar ein Widersinn, aber nichtsdestoweniger eine unserer Zeit vorbehaltene Erscheinung. So nimmt es nicht wunder, wenn heute die katholische Bonifatiuspolitik in dem ehemaligen protestantischen Todfeind einen vortrefflichen Bundesgenossen für den Kampf gegen den Staat und die Bewegung Adolf Hitlers gefunden hat. Der Form nach ist diese Bundesgenossenschaft zwar nicht öffentlich anerkannt, der Wirkung nach jedoch ist sie eine politische Tatsache geworden, nachdem auch die Bekenntnisfront auf ihre Art dogmatische Unfehlbarkeitsansprüche selbst gegenüber dem Staate erhoben hat. Dieser merkwürdige „Protestantismus", der heute den charakteristischsten Grundsatz seiner eigenen geschichtlichen Entstehung, nämlich die Forderung nach Freiheit vor dogmatischer Unterdrückung, selbst eifernd bekämpft, mag wohl zusehen, daß nicht durch ihn Luther tatsächlich und endgültig den „Weltkrieg verliert". Moralisch hat er seine Rekatholisierung bereits vollzogen, der praktische Vollzug könnte das lediglich legalisieren. Vermutlich würde der große Reformator selbst — wenn er heute leben würde — sich sehr über seine Nachfolger wundern. Denn gerade heute geht es ja um die Beseitigung aller sachlichen und moralischen Schadensquellen, die soviel nationales Unheil und schließlich sogar ein „Versailles" in der Geschichte unseres Volkes ermöglichen halfen und aus allen politischen Nachteilen der deutschen Nation in „Gottes Namen" systematisch profitierten. Eine der stärksten Schadensquellen ist zweifellos in dem Mißbrauch der Religion zur politischen Einflußnahme festgestellt. Ob er mit Hilfe von Ablaßbriefen oder mit Hilfe von Enzykliken und dergleichen erfolgt, ist lediglich eine Frage des geschichtlichen Geschmackes. Wie aber sollte in einem Volke der

konfessionelle Friede als eine maßgebliche Voraussetzung des Bürgerfriedens, die geistige und religiöse Freiheit als eine maßgebliche Voraussetzung sittlicher Weiterentwicklung gesichert werden, wenn der Staat den Monopolansprüchen der Kirchen im öffentlichen Leben stattgeben wollte? Das Bonifatiusprogramm und die Bonifatiuspolitik aber zielen unverhohlen darauf ab. Das geht offenkundig aus dem Hirtenbriefe des österreichischen Episkopates über „wahren und falschen Nationalismus" hervor, der 1933 in aller Form gegen den Nationalsozialismus polemisierte, die rassischen Probleme „theologisch" zugunsten gewisser aus dem Judentum entstammender konfessioneller Ueberlieferungen zu bagatellisieren und wegzudisputieren suchte und zu folgender Feststellung kam:

> **„Ein weiterer dogmatischer Irrtum liegt in ‚der Forderung der Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staate'; grundsätzlich betrachtet, ist diese Forderung unchristlich. Es heißt dies nichts anderes als alle religiösen Bekenntnisse einander gleichstellen, als gleich und gut und gleichberechtigt anerkennen... Oder frommt es in unserer Zeit nicht mehr, daß die katholische Religion als einzige Staatsreligion unter Ausschluß aller anderen Kulte gelte. Dies grundsätzlich behaupten zu wollen, stände im offenen Widerspruch mit der Erklärung der Kirche. Oder war es wirklich gut getan, wenn in gewissen katholischen Ländern gesetzlich bestimmt wurde, daß die öffentliche Ausübung jeglichen Kultus gestattet sei? Die Kirche verurteilt auch diesen Grundsatz ganz entschieden. Schrankenlose Gewissens- und Kultusfreiheit, d. h. staatliche Anerkennung oder Duldung aller Religionen und Kulte verlangen, ist ein unchristlicher Grundsatz des Liberalismus. Gregor XVI. hat diese Gewissens- und Kultusfreiheit schon vor 100 Jahren als ‚absurde Albernheit' bezeichnet... In einem Parteiprogramm, das noch Grundsätze aufstellt, sich für die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse aussprechen, heißt die dogmatische Toleranz aller Irrtümer fordern, was nicht nur mit der göttlichen Offenbarung und mit echtem Katholizismus*, sondern auch mit der gesunden Vernunft unvereinbar ist."**

Es ist anzunehmen, daß damit eine Forderung des Katholizismus von heute schlechthin ausgesprochen wurde. Was österreichische Bischöfe so offen sagen, muß für deutsche Bischöfe schließlich ebenfalls bindend sein, da die Möglichkeit eines „Nationalkatholizismus" nach allen authentischen Belegen ja nicht besteht.

---

* Hier ist immerhin der Aufruf des Kardinals Innitzer, Chefs des österreichischen Episkopates, anläßlich des Umsturzes in Oesterreich interessant. Er lautet:

„Die Katholiken der Wiener Erzdiözese werden ersucht, Sonntag, 13. März, zu beten, um Gott dem Herrn zu danken für den unblutigen Verlauf der großen politischen Umwälzung und um eine glückliche Zukunft für Oesterreich zu bitten. Selbstverständlich möge allen Anordnungen der Behörden gerne und willig Folge geleistet werden."

Ob sich hier ein grundsätzlicher oder nur taktischer Stellungswechsel zum Nationalsozialismus andeutete, wird die Zukunft erweisen müssen. Jedenfalls scheint der Wiener Kardinal inzwischen eine „glückliche Zukunft" trotz des ehedem so verpönten nationalsozialistischen Programmpunktes Nr. 24 durchaus für möglich zu erachten. Das wäre dann eine stillschweigende Revision jenes Hirtenbriefes von 1933, welche allerdings zu berechtigten Zweifeln in die Theorie und Praxis der Kirchenpolitiker veranlassen dürfte.

Die Bekenntnisfront wäre also dann ohne weiteres überflüssig, wenn der Katholizismus je durch die Niederringung des Nationalsozialismus in Deutschland das erklärte Ziel erreichen könnte, nämlich: „daß die katholische Religion als einzige Staatsreligion unter Ausschluß aller anderen Kulte gelte"! Der konfessionelle Protestantismus „kämpft" also in Wahrheit für seinen geistigen Henker. Die Bonifatiuspolitik mag heute mit ihm ebenso zufrieden sein, wie sie es ehedem mit dem Speyerer Bundesgenossen gewesen ist. Was sie trotz Dreißigjährigem Krieg und trotz Versailles nicht fertiggebracht hat, will heute eine „Bekenntnisfront" selbst übernehmen: das „germanische Moralgefühl", diese Urkraft, aus welcher sich einst der Protestantismus erhob, niederzukämpfen! Gelänge das den Nachfahren Luthers, so wäre Deutschland endlich kein Problem mehr für die römische Politik!

Schlußwort zur ersten Auflage

Mit der Feststellung jener dogmatischen, geistigen und politischen Machtansprüche aus einer mittelalterlichen Geistesverfassung heraus ist die Frage nach dem tieferen Grunde kirchlicher Aggressivität gegen die nationalsozialistische Bewegung und den nationalsozialistischen Staat geklärt, denn *beide* — Partei und Staat — verfechten die „*Freiheit aller religiösen Bekenntnisse in Deutschland, soweit sie nicht den Bestand des Staates gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.*" Das bedeutet allerdings eine geschichtliche Absage an die öffentlichen Bekehrungsansprüche der Bonifatiusapostel sowie an ihre im Grunde genommen völlig „*anti* protestantischen" Gehilfen von der Bekenntnisfront.

Diesen letzteren, die gleichsam das Freundschaftsexperiment des Hasen mit dem Fuchse geschichtlich erproben wollen und es wahrscheinlich mit entsprechendem Erfolge bezahlen werden, kommt vorerst *weltpolitisch* eine untergeordnete Bedeutung gegenüber der Bonifatiuspolitik selbst zu. Zwar spielen sie dieser zweifellos angebliche Beweise für die verleumderische Behauptung zu, daß im nationalsozialistischen Staat die Religion und die Kirchen an sich in Gefahr seien. — Immerhin aber sind sie angesichts eines *modernen* deutschen Protestantismus nicht berechtigt, im Namen der deutschen evangelischen Kirchen schlechthin zu handeln und zu sprechen. Außerdem aber stellen sie keine internationale politische Weltmacht, sondern lediglich die Assistenten einer solchen dar. Mit ihnen kann sich also das deutsche Volk *intern* auseinandersetzen. Anders verhält es sich mit dem politischen Katholizismus, der erwiesenermaßen unter Einsatz seiner *internationalen* Mittel auch vor der Ausnutzung weltpolitischer Möglichkeiten zum Nachteile Deutschlands bis in unsere Tage hinein nicht zurückgeschreckt hat und daher eine *latente politische Gefahr von innen und von außen für das deutsche Volk darstellt.*

Dieses deutsche Volk — wenigstens in seinen politisch wertvollsten Teilen — hat es daher mit Recht satt, Objekt der katholischen Bekehrungspolitik zu sein, und hat den Wunsch und den Willen, wenigstens im Innern dieser Politik ein Ende zu bereiten. „Versailles" liegt ihm noch viel zu nahe, als daß seine Lehren bereits vergessen sein könnten. Selbst die letzten Zweifel darüber, daß die Bonifatiuspolitik *klarer Interessent* auch an diesem heute — Gott sei Dank — erledigten Vernichtungsdiktat gewesen ist, sind durch einen Ausspruch des Zentrumsabgeordneten im Preußischen Landtag Dr. *Wester-Overath* am 1. November 1931 — *also nach zwölfjähriger Erprobung der verheerenden Auswirkungen von „Versailles"* — endgültig behoben worden. Dieser Bonifatiusparlamentarier erklärte damals:

> **„Meines Erachtens ist die Unterschrift unter den Versailler Vertrag so richtig gewesen, daß ich sie heute noch einmal wiederholen könnte!"**

Sollte Deutschland den Aposteln solchen Geistes noch einmal die Chance geben, derartiges in irgendeiner

Zukunft in der Tat zu wiederholen? Der harten geschichtlichen Lehren für unser Volk sind wahrhaftig genug und nach dem Willen aller guten Deutschen muß die von „Versailles" die letzte gewesen sein, welche eine Handvoll verräterischer Fanatiker der deutschen Nation „um Gotteslohn" mitbereiten durfte.

Wer aber in aller Welt zu einem nüchternen politischen Urteile fähig ist, der vermag gerade aus dieser letzten Lehre zu erkennen, daß die Ausrottung des politischen Katholizismus in Deutschland einem Akte der nationalen Selbsterhaltung gleichkommt. Erst dann aber, wenn die Begriffe der Religion und der Kirche durch ihre endgültige Verweisung aus den politischen Lebensbereichen für die Zukunft von dem geschichtlich gerechtfertigten Verdacht einer Mißbrauchsmöglichkeit gereinigt sind, werden sie auch wieder jene absolute Ehrwürdigkeit zurückgewinnen, die sie allein zu Elementen menschlicher Kultur zu machen vermag. Das nationalsozialistische Deutschland aber erfüllt im Kampfe um dieses Ziel eine wahrhafte „Wohltat" für das eigene Volk und vielleicht auch für andere Völker, denen schließlich auch einmal — je nach den Umständen — aus dem Geiste des „Bonifatius" ein „Versailles im Namen Gottes" bereitet werden könnte! Insofern geht es heute in Deutschland allerdings um ein wahrhaft religiöses Ziel: um die Rehabilitierung der Religion selbst im sittlichen Bewußtsein eines gottgläubigen Volkes!

München, den 28. Juni 1937. Der Verfasser.

Schlußwort zur dritten, erweiterten Auflage

Die Entwicklung, welche der politische Konfessionalismus seit dem erstmaligen Erscheinen der vorliegenden Schrift genommen hat, machte nicht nur eine Erweiterung des Inhaltes und der Aufgabenstellung, sondern auch eine Erweiterung der Folgerungen notwendig. Im Schlußwort der Erstfassung war die „Bekenntnisfront" sozusagen als eine Hausangelegenheit des deutschen Volkes dargestellt. Inzwischen aber läßt sich erkennen, daß diese „Front" auch außerhalb der deutschen Grenzen im Dienste des kirchenpolitischen Kampfes gegen das nationalsozialistische Deutschland mobilisiert worden ist. Es ist außerordentlich bemerkenswert, mit welch zynischer Genugtuung der politische Katholizismus die „protestantischen" Angriffe dieser ausländischen Bekenntnisfront registriert. Es soll an dieser Stelle lediglich auf diesen Verhalt hingewiesen werden. (Eine erschöpfende Darstellung desselben würde nachgerade ein ganzes Buch erfordern. Im übrigen hat Alfred Rosenberg in seiner Schrift „Protestantische Rompilger" diese Frage eingehend beleuchtet!)

In dem katholischen Blatt „Der Deutsche Weg", das der emigrierte Jesuit Muckermann in dem Jesuitensitz Oldenzaal in Holland herausgibt, wurde am

24. Oktober 1937 von einer „wachsenden Christenfront in Budapest" berichtet. Es hieß da:

„Wie der Budapester Korrespondent der Wiener „Reichspost" berichtet, werden auf den protestantischen Konferenzen und Kongressen neuerdings Töne angeschlagen, die man bis in die neueste Zeit in Ungarn nie zu hören bekam. Auf der Landesmissionskonferenz der Reformierten in Budapest, die am 2. Oktober abgeschlossen wurde, hielt der reformierte Seelsorger Benko einen Vortrag über „Das Kind und Christus". Julius Muraközy behandelte das Thema: „Das Kind und die Kirche". Senior Emmerich Szabo sprach über die „Missionsarbeit unter den Erwachsenen" und führte aus, das Geheimnis des Kreuzes trete wieder in den Vordergrund der Sehnsucht der Menschheit, der Mensch könne beim allgemeinen religiösen Suchen nicht stehenbleiben, er müsse die Kirche finden. Das sind Themen und Ideen, wie man sie früher nur auf katholischen Missionskonferenzen behandeln hörte. Gleichzeitig mit der reformierten Missionskonferenz in Budapest hielt der transdanubische evangelische Kirchendistrikt in Fünfkirchen seine Generalversammlung. Bischof Bela Kapy sprach über die Weltgefahr der Gottlosigkeit, äußerte sich positiv für ein Zusammenwirken zwischen Katholizismus und Protestantismus und stimmte dem vielbesprochenen Aufsatz zu, in dem Pater Bela Bangha S. J. einer Verständigung zwischen Katholizismus und Protestantismus zur gemeinsamen Verteidigung des christlichen Glaubensgutes das Wort geredet hatte. Der Papst hatte mit hocherhobenem Kreuz den Weltkatholizismus gegen die Gottlosigkeit zum Kampf aufgerufen; an diesem Kampf seien auch die Protestanten gewillt, Anteil zu nehmen, bedrohe doch die Gottlosigkeit Katholizismus und Protestantismus in gleicher Weise. Es habe in Deutschland den Anschein — führte der protestantische Bischof aus —, als würde nicht allein gegen die Kirche, sondern gegen Gott gekämpft... (!) Der Kirche wird die Seelsorgeerziehung aus der Hand genommen und die Verkünder des Wortes Gottes gelangen von der Kanzel in den Kerker... (!) Wo sind die geheiligten Traditionen von vier Jahrhunderten? Wo die Heiligkeit des Priestereides? Wo ist der Genius Luthers? In inbrünstigem Gebet denken wir an die leidenden und ihren Glauben mutvoll verteidigenden deutschen Seelsorger (siehe Dibelius!) und Gläubigen... Die erschreckenden kirchlichen Ereignisse in Deutschland bestimmen uns, unserer kirchlichen Arbeit mit voller Entschiedenheit die Richtung der Bekenntniskirche zu geben."

Dazu schrieb Muckermann:

„Die Rede des hohen protestantischen Würdenträgers hat in der ungarischen Oeffentlichkeit tiefe Wirkung ausgelöst. Sie wird den vielfach schon entgifteten Beziehungen zwischen den Katholiken und den Protestanten in Ungarn nützen und dazu beitragen, daß in Ungarn eine einheitliche christliche Front gegen Kommunismus und Neuheidentum errichtet werde."

Die ganze demagogische Niedertracht des Muckermannschen Kommentars wird deutlich, wenn man liest, was dieser Jesuit einen Monat vorher (am

26. September 1937) im „Wiener Kirchenblatt" über einen Artikel der „Rundschau der Komintern" geschrieben hatte, in welchem Moskau dem Papste für eine „Antinazi-Enzyklika" Beifall klatschte. Damals stellte Muckermann fest:

„Betonen wir einen gewissen Fortschritt der Diskussion. Wiegt auch noch die rein politische Betrachtung vor und wird der Katholizismus in erster Linie als politischer Bundesgenosse gegen das Hitlertum angesprochen, so wird doch auch ein Wert genannt, der auf einer höheren Ebene liegt. Es wird das Martyrium der freiwilligen Hingabe für eine Sache gefeiert, bei den einen wie bei den anderen. Hier können wir anknüpfen, obgleich ein Martyrium auch gewertet werden muß nach den Motiven, die dazu geführt haben, und nach der objektiven Bedeutung der Idee, für die man sich opfert. Nein, wir haben es nicht nötig, die menschliche Größe bei einem Kommunisten zu verkennen, der sein Leben für eine ihm heilige Ueberzeugung einsetzt... Wir nehmen sogar an, daß die „echten" Kommunisten, das heißt jene, die es wirklich gut mit der arbeitenden Klasse meinen, im Laufe der Zeit zu Bundesgenossen einer Religion werden müssen, die sich hilfreich zu den Armen neigt. Ja, wir wären froh, wenn die Auseinandersetzungen zwischen Katholizismus und Kommunismus endlich sich aus der Einseitigkeit der politischen und wirtschaftlichen Denkweise befreiten und auf die Ebene jenes religiösen Geistes gelangten, auf der sich die Enzyklika des Heiligen Vaters bewegt..."

Das ist angesichts der „menschlichen Größe", welche die Moskauer Mordbrenner einst bei ihrem viehischen Terror gegen die Nationalsozialisten in Deutschland, bei der Errichtung ihres Blutsystems in Rußland und bis in die Gegenwart in Spanien bewiesen haben, eine ungeheuerliche Herausforderung des menschlichen Anstandes überhaupt.

Offenbar glaubt Herr Muckermann fest an den jesuitischen Lehrsatz, daß der „Zweck die Mittel heilige". Der Zweck, durch den er hier den Kommunismus heiligt, ist zweifellos darin zu erblicken, daß der Bolschewismus „im Laufe der Zeit zum Bundesgenossen" des Katholizismus werden könnte. Die jesuitische Skrupellosigkeit ist einzigartig. Während er hier das Moskowitertum als Feind des Nationalsozialismus (den er „Neuheidentum" nennt) streichelte, begrüßte er die protestantische Verstärkung der „christlichen Front" in Ungarn „gegen Kommunismus und Neuheidentum". Das heißt: zur Bestärkung der Feindschaft der ungarischen Bekenntnisfront gegen den Nationalsozialismus stellte er Nationalsozialismus und Bolschewismus als gleich gefährlich hin. Das war zweifellos eine raffinierte Spekulation. Denn da die ungarische Oeffentlichkeit den deutschen Nationalsozialismus nicht näher kennen kann,

den Bolschewismus aber seit der ungarischen Rätezeit mit Recht tief verabscheut, so sollte diese Gleichsetzung aus priesterlichem Munde den Abscheu gegen den Kommunismus auch gegen den Nationalsozialismus als „identische Erscheinung" übertragen. Bei der Anstachelung des Moskowitertumes gegen den Nationalsozialismus entdeckte jedoch der perfide Jesuit die Möglichkeit einer „religiösen Bundesgenossenschaft" zwischen dem Bolschewismus und der katholischen Kirche!!* Klarer lassen sich die gewissenlosen Kampfmethoden der Bonifatiuspolitiker kaum noch beweisen. Klarer läßt sich auch nicht dartun, daß die „Bekenntnisfronten" bewußt oder unbewußt Hilfstruppen der vatikanischen Machtpolitik geworden sind. Sie machen aus dieser Tatsache kaum noch ein Hehl. So berichtete Muckermanns „Deutscher Weg" vom 14. November 1937:

> **„Das Papsttum ist eine der größten Einrichtungen, die je in der Welt existiert haben. Es ist das Größte, was es heute gibt, und mit ruhiger Gewißheit sieht es einer noch größeren Zukunft entgegen. Seine Herrschaft erstreckt sich über die ganze Welt. Alle anderen Kirchen sind national oder provinzial in ihrer Organisation. Es reicht ohne Unterbrechung über 18 Jahrhunderte bis zu St. Petrus zurück, der vom Welterlöser zum Primas der Apostel ernannt wurde. Er regiert die große Gemeinschaft der Christenheit, die seit den Apostelzeiten immer die gleiche geblieben ist. Auch für die christlichen Organisationen, die sich vom Stammbaum getrennt haben, bleibt das Papsttum ein Teil des christlichen Erbgutes. Die Geschichte des Papsttums ist eine Geschichte der Stürme und der Konflikte. Seinetwegen wüteten jahrhundertelang die größten Schlachten der Weltgeschichte. Von Rom kann man sagen, wie von keinem anderen Worte der Welt: Die Pforten der Hölle haben sich aufgetan. Dennoch sind ihre Mächte immer geschlagen worden, und aus jedem Kampf ging das Papsttum stärker hervor denn je."**
> **Das schreibt der protestantische Geistliche Dr. Charles A. Brigge in der nordamerikanischen Zeitung „North American Review".**

Aus all dem ergibt sich, daß die Bonifatiuspolitik sich seit Rampolla weder in ihren Zielsetzungen noch in ihren Methoden geändert hat. Was sich änderte,

---

* Inzwischen haben die Moskowiter ihrerseits diese Bundesgenossenschaft praktisch erhärtet. Als der letzte Exponent der seinerzeitigen Klerikalpolitik in Oesterreich, Schuschnigg, sein bekanntes Wahlbetrugsmanöver zur endgültigen Unterdrückung der Nationalsozialisten unternahm, sekundierten ihm die Bolschewisten mit einem Aufruf, in dem es u. a. hieß:

> „Wir Kommunisten bekennen uns offen und rückhaltlos hierzu (zu Schuschniggs Aktion), weil wir in der Abwehr des Hitler-Faschismus und in der Sicherung der Unabhängigkeit Oesterreichs die erste Voraussetzung dafür erblicken, in unserem Lande endlich Freiheit und Wohlstand verwirklicht zu sehen.
> Wir reichen unsere Hand euch Katholiken ...
> ... Unterstützt in der Vaterländischen Front und in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft alle Bestrebungen, die einen ernsthaften Widerstand gegen die Nazisierung im Sinne haben."

Dazu gab die Kommune noch eine genaue Anweisung zur Provozierung des Bürgerkrieges, wobei ausdrücklich erklärt wurde, daß alles im Zeichen der „Vaterländischen Front" zu betreiben sei.

Nach Schuschniggs unrühmlichem Abgang von der politischen Bühne wurde ihm von seinen Moskauer Freunden in Spanien eine ungeahnte Ehrung zuteil; eine der roten Mordkolonnen erhielt den Namen „Brigade Schuschnigg"!!

ist die Parole. Während die Parole einst lautete: „Kampf dem Luthertum", heißt sie heute „Kampf der Gewissensfreiheit und der rassischen Weltanschauung". Man muß festhalten, daß der Protestantismus nur solange Angriffsziel war, als er der einzige Verfechter einer — wenn auch noch kirchlich gebundenen — Gewissensfreiheit war. Heute weicht dieser Protestantismus vor den elementarsten Erkenntnissen des Jahrhunderts — Rasse- und Vererbungslehre — in das theokratische Geisteslager. Mit anderen Worten: er fühlt sich dieser veränderten Geisteslage nicht mehr gewachsen, er hat auch nicht mehr den Mut, ihr zuliebe eine vernünftige Dogmenreformation vorzunehmen oder zu fordern, er ist so dekadent geworden, daß er zu jenem von Luther einst so tapfer bestrittenen Grundsatz seine Zuflucht nimmt: die Kirche habe ein göttliches Recht zur geistigen und politischen Zwangsherrschaft. Damit hat sich dieser Protestantismus jenes Merkmales begeben, um dessentwillen er einst Angriffsziel der Bonifatiuspolitik war; er ist damit auch zwangsläufig in jene Angriffsgemeinschaft politisierender Priesterschaften geraten, die immer noch glauben, die geistige und politische Struktur der Welt sei seit dem Mittelalter die alte geblieben. Wie anders sollte sonst jene ebenso anmaßende wie törichte Auslassung zu erklären sein, welche der katholische Bischof von Berlin 1937 am 2. Adventssonntag von den Kanzeln seiner Diözese verlesen ließ? Sie lautete:

> **„Dem Heiligen Vater war und ist der Gedanke fern, sich seiner Autorität und seines Auftrages zu bedienen, den Gott mit seinem Amte verbunden hat, nämlich: die Gesetze zu verletzen, die den Staat angehen."**

Eine solche „Religionsdeutung" ist immerhin im zwanzigsten Jahrhundert ein kulturgeschichtliches Kuriosum. Darüber hinaus regt sie unbedingt zu der Ueberlegung an, welcher Wert den Loyalitätskundgebungen kirchlicher Würdenträger gegenüber dem Staate demnach überhaupt beizumessen ist. In Deutschland haben die amtierenden Bischöfe jedenfalls den folgenden Eid vor den Statthaltern des Reiches abgelegt:

> **„Vor Gott und auf die heiligen Evangelien schwöre und verspreche Ich, so wie es einem Bischof geziemt, dem Deutschen Reiche und dem Lande ...... Treue. Ich schwöre und verspreche, die verfassungsgemäß gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen. In der pflichtgemäßen Sorge um das Wohl und das Interesse des deutschen Staatswesens werde Ich in Ausübung des mir übertragenen geistlichen Amtes jeden Schaden zu verhüten trachten, der es bedrohen könnte."**

Wenn nun der „Heilige Vater" von Gott angeblich den Auftrag hat, die „Gesetze zu verletzen, die den Staat angehen", so darf wohl nicht erwartet werden, daß seine Bischöfe sich durch ihren „Treueid" gegenüber dem Staate im Ernste moralisch gebunden fühlen müssen. Ein solcher Eid erinnert unter den gegebenen Umständen sehr eindringlich an den Lehrsatz des Jesuiten Lehmkuhl bezüg-

lich des Fahneneides, wonach „erwogen" werden muß, ob nicht genügender Grund vorliegt, einen solchen Eid als „Scheineid oder als Eid mit Mentalrestriktion abzulegen". Denn wenn es an sich „göttlicher Amtsauftrag" des Papstes ist, Staatsgesetze zu verletzen, warum sollte dies dann nicht gegebenenfalls auch seinen Bischöfen „geziemen"? Sei dem, wie es wolle. Fest steht, daß auf die Dauer kein heutiger Staat solche in das politische Leben zielenden Herrschaftsansprüche einer Priesterkaste hinnehmen kann. Fest steht ebenfalls, daß ein Volk auf die Dauer den politischen Religionsmißbrauch nicht ohne schwerste Erschütterung seines Vertrauens in die Kirchen selbst ertragen kann. Die politische Kirchenverwilderung der Gegenwart, die bereits so weit geht, daß sie sogar die Möglichkeit eines „religiösen" Bündnisses mit dem Bolschewismus ventiliert, ist geradezu eine latente Gefahr auch für den äußeren Frieden geworden. Denn was heute „erwogen" wird, kann morgen verwirklicht werden. Wir Deutschen werden gut daran tun, die Lehren der Speyerer Allianz nicht zu vergessen und der Gefahr eines „religiösen Bündnisses" zwischen Rom und Moskau die Spitze dadurch abzubrechen, daß wir die priesterlichen Politikaster unnachgiebig zur Rückkehr zu ihrem eigentlichen religiösen Berufe zwingen. Das wird zweifellos der beste Dienst sein, den wir unserem Volke und der Religion selbst erweisen können. Der Glaube an den Herrgott muß jedenfalls unserem Volke gerettet werden — auch wenn es gegen die Kirchen geschehen müßte! Denn dieser Glaube ist der Glaube an Führer, Volk und Vaterland. Wir können seiner nicht entbehren, wenn Deutschland leben soll.

München, den 13. März 1938. Der Verfasser.

Quellennachweis

„Acta Apostolicae Sedis".

„Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch".

Bethmann-Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkrieg", Berlin 1921.

Beumelburg, „Deutschland in Ketten", Oldenburg 1931.

Büeler, Hermann, „Kaiser Karl", Freiburg / Konstanz / Mainz / München 1933.

Cathrein, Viktor, S. J., „Moralphilosophie", Leipzig 1924.

Cathrein, Viktor, S. J., „Die Aufgaben der Staatsgewalt und ihre Grenzen", Freiburg 1882.

Cramon, „Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkrieg", Berlin 1920.

Dibelius, Otto, „Friede auf Erden?", Berlin 1930.

Erzberger, „Erlebnisse im Weltkriege", Stuttgart 1920.

Faulhaber, „Deutsches Ehrgefühl und Katholisches Gewissen", München 1925.

Glaise-Horstenau, „Die Katastrophe", Leipzig 1929.

Gury-Ballerini, S. J., „Compendium theologiae moralis, Romae 1882".

Hessen, R., „Philosophie der Kraft", 1913.

„Der Hitler-Prozeß", München 1924.

Hötzendorf, Gina von, „Mein Leben mit Conrad von Hötzendorf", Leipzig 1935.

Jlges-Schmid, „Hochverrat des Zentrums am Rhein", Berlin 1934.

Jam, „Die katholische Kirche als Gefahr für den Staat", Leipzig 1936.

„Kaiser-Karl-Gedächtnis-Jahrbücher", Wien 1931, 1933.

Khaynach, „Der Separatismus und die Karawane Loyolas", Düsseldorf 1935.

Krauß, „Die Ursachen unserer Niederlage", München 1923.

Langemann, „Der Kampf des Papsttums gegen das protestantische deutsche Kaisertum", Leipzig 1919.

Lloyd George, „Mein Anteil am Weltkriege", Berlin 1934.

Ludendorff, „Meine Kriegserinnerungen", Berlin 1919.

Ludendorff, „Auf dem Weg zur Feldherrnhalle", München 1937.

Ludendorff, „Wie der Weltkrieg 1914 ‚gemacht' wurde", München.

Pachtler, S. J., „Der europäische Militarismus", Amberg 1876.

Polzer, „Kaiser Karl", Leipzig 1929.

Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender", Jahrgang 1918.

Spirage, Franz, „Das Schicksal Deutschlands nach der Leninschen Weissagung", Ems 1921.

Stark, „Zentrumsherrschaft und Jesuitenpolitik", München 1932.

Stein, „Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges", Leipzig 1919.

Struker, „Die Kundgebungen Papst Benedikt XV. zum Weltfrieden", Freiburg 1917.

De Waal, „Papst Benedikt XV.", Hamm 1915.

Werkmann, „Deutschland als Verbündeter", München 1931.

Wilhelm II., „Ereignisse und Gestalten", Leipzig 1922.

Wrisberg, „Der Weg zur Revolution 1914—1918", Leipzig 1921.

Zarnow, „Verbündet — Verraten", Bern 1936.

Ziegler, „Bilddokumente zur Kriegsschuldfrage", Berlin 1924.

Außerdem wurden benützt:

„Allgemeine Rundschau",
„Augsburger Postzeitung",
„Bayerischer Kurier",
„Berliner Monatshefte",
„Civiltà Cattolica",
„Corriere della Sera",
„Das Schwarze Korps",
„Der Christliche Ständestaat"
„Der Deutsche Weg",
„Der Katholik",
„Deutsche Volkszeitung",
„Echo der Gegenwart",
„Gelbe Hefte",
„Germania",
„Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland, Jahrgang 1919,
„Kölnische Volkszeitung",
„Le Temps",
„Magdeburgische Zeitung",
„Münchner Neueste Nachrichten",
„Münchener Zeitung",
„Nationalsozialistische Monatshefte",
„Neue Zürcher Nachrichten",
„Osservatore Romano",
„Reichsbote",
„Reichstagssitzungsberichte",
„Schönere Zukunft",
„Völkischer Beobachter".